

„Volksgemeinschaft“ in Bonn

**Die Bonner Gesellschaft
und die Judenverfolgung
von 1933 bis 1942**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

vorgelegt von
Sandra Dentler
aus
München
2020

Referent: Prof. Dr. Thomas Raithel

Korreferent: Prof. Dr. Andreas Wirsching

Tag der mündlichen Prüfung: 10. November 2017

Für meine Familie

Mein aufrichtiger und herzlicher Dank gilt Prof. Dr. Thomas Raithel für die hervorragende Betreuung – nicht nur während der Promotionsphase, sondern von Beginn meines Studiums an bis hin zum Abschluss meiner Dissertation.

Für die mühevollen Arbeit des Korrekturlesens danke ich meinen beteiligten Freunden, hier ist stellvertretend und im Besonderen Barbara Trost zu nennen.

Dem Graduate Center der Ludwig-Maximilians-Universität München möchte ich für die Förderung der Dissertation danken.

Für ihre Liebe und unermüdliche Unterstützung danke ich meinen Eltern und meinen Freunden.

Ganz besonders herzlich möchte ich mich bei meinem Mann Moritz bedanken, der mich stets bedingungslos und liebevoll begleitet hat. Ohne seine Hilfestellung, Ermutigung und sein Vertrauen wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
1. Bonn vor der Herrschaft der Nationalsozialisten	30
1.1 Strukturanalyse der Stadt Bonn	30
1.2 Aufstieg der NSDAP in Bonn anhand biographischer Skizzen	40
1.3 Antijüdische Aktionen vor 1933	44
1.3.1 Antisemitismus und Propaganda	44
1.3.2 Antisemitische Agitation in Bonn.....	47
1.4 Wahlerfolge der NSDAP und Wählerverhalten in Bonn	52
2. Machtübernahme der Nationalsozialisten und erste Schritte zur exkludierenden „Volksgemeinschaft“ von 1933-1935	58
2.1 Machtübernahme in Bonn	61
2.2 „Säuberung“ der Verwaltung und Umsetzung des „Arierparagraphens“	64
2.3 Exkludierende Handlungen gegenüber Juden.....	75
2.3.1 Ausgrenzung aus Vereinen	76
2.3.2 Kontaktabbruch nicht-jüdischer zu jüdischen Bonnern.....	78
3. „Kauft nicht bei Juden!“ – Der Boykott „jüdischer“ Geschäfte und die wirtschaftliche Ausgrenzung der Bonner Juden von 1933 bis 1936	83
3.1 Historische Einordnung und Boykottaufrufe in Bonn vor 1933	84
3.2 Ablauf des Boykotts am 1. April 1933	87
3.3 Rolle der lokalen Akteure.....	92
3.3.1 Presse	94
3.3.2 NSDAP und ihre Gliederungen	96
3.3.3 „Kaufendes Publikum“	98
3.3.4 Nicht-jüdische Geschäftsleute	100
3.3.5 Der Boykott als Arena sozialer Praxis	102

3.4 Das „offizielle Ende“ des Boykotts – Der Beginn der sukzessiven Verdrängung „jüdischer“ Geschäfte	104
3.4.1 Boykottaufrufe in Bonn nach dem 1. April 1933	104
3.4.2 Frühling 1935: Eskalation der antijüdischen wirtschaftlichen Agitationen	109
3.4.3 Frühling und Sommer 1935: Antisemitische Übergriffe	115
3.4.4 Herbst 1935: Wandel des Kaufverhaltens der Bonner	117
 4. Die „Nürnberger Gesetze“ 1935 als weiterer Schritt zur Herstellung der Bonner „Volksgemeinschaft“	120
4.1 Sexualisierte antisemitische Propaganda vor Erlass der „Nürnberger Gesetze“	121
4.2 Auswirkungen der Gesetzgebung auf intime Beziehungen	123
4.2.1 Der Vorwurf der „Rassenschande“	125
4.2.2 Partnerschaften zwischen Juden und Nicht-Juden	128
4.3 Gewandeltes Verhalten der nicht-jüdischen zu jüdischen Bonnern im öffentlichen Raum	134
4.4 Rolle und Verhalten der Bonner Dienststellen und städtischen Akteure gegenüber Juden	142
4.4.1 Umsetzung der „Nürnberger Gesetze“ vor Ort	142
4.4.2 Entlassungen auf Grundlage der „Nürnberger Gesetze“	143
4.4.3 Exkludierende Handlungen und Maßnahmen der Bonner Verwaltung bis 1939	146
4.5 Die „Nürnberger Gesetze“ und die Auswirkungen auf die soziale Praxis vor Ort	151
 5. Der Novemberpogrom 1938 in Bonn	153
5.1 Vorbereitung des Prologs und sein Ablauf in Bonn	154
5.1.1 In Brand setzen der Bonner Synagoge	156
5.1.2 Zerstörung „jüdischer“ Geschäfte und Wohnungen	159
5.1.3 Verhaftung jüdischer Bonner	163

5.2 Die „Bonner Volksgemeinschaft“ im Novemberpogrom	167
5.2.1 Beteiligte Akteure am Novemberpogrom	168
5.2.2 Hilfsbereitschaft gegenüber Juden	171
5.2.3 Nicht-jüdische Bonner im Novemberpogrom	172
5.2.4 Bewertung des Novemberpogroms für die soziale Praxis vor Ort	174
5.3 Auswirkungen des Novemberpogroms und die Radikalisierung der Judenverfolgung 1938-1939	175
5.3.1 Die „Sühneleistung“ und die Beseitigung der Spuren der antijüdischen Gewalt aus dem öffentlichen Raum	175
5.3.2 Systematisierte Arisierung	178
5.4 Verstärkte Emigration als Folge des Novemberpogroms	184
 6. Die exkludierende „Volksgemeinschaft“ in Bonn ist realisiert – die räumliche Trennung der jüdischen von den nicht-jüdischen Bonnern 1939-1942	 187
6.1 Vorstufe zur Internierung in Lager: Zwangsumzug in „Judenhäuser“ 1939-1941	187
6.2 Das Kloster „Maria Hilf“ in Endenich wird zum Arbeits- und Wohnlager „Kapellenstraße 6“	191
6.2.1 Zwangseinweisung in die „Kapellenstraße 6“	192
6.2.2 Organisationsstruktur in der „Kapellenstraße 6“	194
6.2.3 Lebensbedingungen in der „Kapellenstraße 6“	197
6.3 Handlungen der nicht-jüdischen Bonner gegenüber den internierten Juden.....	201
6.3.1 Rolle der beteiligten Dienststellen	201
6.3.2 Verhalten der nicht-jüdischen Bonner gegenüber den internierten Juden	206
6.4 Deportationen	210
6.4.1 Deportationen der Juden aus der „Kapellenstraße 6“	211
6.4.2 Deportationsziele.....	215
6.4.3 Inbesitznahme der „jüdischen“ Werte	217

7. Exkurs: Denunziation der Jüdin Merkelbach	220
Fazit	223
Abkürzungsverzeichnis	232
Quellen- und Literaturverzeichnis	233

Einleitung

„Man fühlt sich kaum schuldig an den Taten, die man mit anderen mitmacht. Je mehr mitmachen, umso einfacher wird es, sich selber weniger Schuld zu geben. Je mehr gemeinsam Schuld sind, umso schuldloser hält sich der einzelne Schuldige. Da es alle waren, war es niemand. Da es jeder war, warst Du es auch.“¹

Auf die Frage, wer an der Diskriminierung und Verfolgung der Juden während der Jahre 1933 bis 1945 im Deutschen Reich beteiligt war, antworteten die meisten Zeitgenossen bis in die jüngste Vergangenheit: die Nationalsozialisten. Einer der wohl bekanntesten Vertreter derartiger Äußerungen war Alt-Kanzler Helmut Schmidt, der noch im Jahr 2015 in einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ erklärte, *„[d]ass die Deutschen insgesamt schuldig waren, war nicht meine Vorstellung. Die Nazis waren schuldig.“²*

Historische Studien haben diese Vereinfachung *„es waren die anderen, nicht wir“* widerlegt und insbesondere die Forschung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die Realität deutlich komplexer war.³ Denn Anordnungen der nationalsozialistischen Führung „von oben“ und deren Durchführung von Parteigenossen und Angehörigen der NS-Verbände hätten an sich nicht ausgereicht, um Juden aus der deutschen Gesellschaft auszugrenzen. Ihre Exklusion hätte nicht realisiert werden können, wenn

¹ Helmut Seethaler, *Kunstaktion: Denk-Zettel*, Wien 2000.

² Helmut Schmidt: *Wir dachten nur: Endlich ist es vorbei*, dort datiert 05.06.2015, <http://www.zeit.de/2015/18/helmut-schmidt-erinnerungen-zweiter-weltkrieg/komplettansicht>, gesehen am 21.11.2016.

³ Ohne Anspruch auf Vollständigkeit, eine Auswahl: Hannah Ahlheim: *„Deutsche, kauft nicht bei Juden!“ Antisemitismus und politischer Boykott in Deutschland 1924 bis 1935*, Göttingen 2011; Frank Bajohr, Dieter Pohl: *Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten*, München 2006; Wolf Gruner: *Die Berliner und die NS-Judenverfolgung. Eine mikrohistorische Studie individueller Handlungen und sozialer Beziehungen*, in: Rüdiger Hachtmann, Thomas Schaarschmidt, Winfried Süß (Hg.): *Berlin im Nationalsozialismus. Politik und Gesellschaft 1933-1945* (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 27), Göttingen 2011, S. 57-88; Wolf Gruner: *Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen. Zur wechselseitigen Dynamisierung von zentraler und lokaler Politik 1933-1941*, in: *VfZ* 48 (2000), S. 75-126. Michael Wildt: *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919-1939*, Hamburg 2007.

nicht die soziale Distanz fortlaufend und wiederkehrend auf unterschiedliche Weise durch das Mitwirken verschiedener Akteure geschaffen und bestätigt worden wäre.

Es stellt sich die Frage, wer die Akteure waren und welche ihrer Handlungen zur gesellschaftlichen Ausgrenzung der Juden führten. Das Ziel der vorliegenden Forschungsarbeit ist es, den Prozess der Exklusion der Juden aus der Bonner Gesellschaft anhand des Verhaltens der lokalen Akteure zu untersuchen. Dabei werden nicht nur NSDAP-Parteigenossen und Angehörige der NS-Verbände oder Angestellte der städtischen Verwaltung, sondern auch das Gros der Gesellschaft sowie nicht-jüdische Einzelpersonen als wirkungsmächtige Akteure für die soziale Praxis vor Ort betrachtet.

Durch den begrenzten Untersuchungsraum, das heutige Stadtgebiet Bonn, kann das veränderte Handeln gegenüber den Juden anhand derselben lokalen Akteure von der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 bis hin zur Deportation der letzten Bonner Juden im Juli 1942 untersucht werden. Die Beschränkung des Zeitraumes wurde bewusst gewählt, da ein konkretes Verhalten seitens der Bonner gegenüber den Juden nur bis zum Zeitpunkt ihrer Deportation in den Osten nachgewiesen werden kann. Nachfolgende Reaktionen auf die Ermordung der Bonner Juden würden nur auf Gerüchten, vereinzelt Augenzeugenberichten oder Rückschlüssen hinsichtlich der vorangegangenen antisemitischen Maßnahmen basieren.

Auf diese Weise kann durch Fokussierung auf die Mikroebene, ohne dabei den überregionalen Kontext außer Acht zu lassen, der komplexe Prozess der sukzessiven Ausgrenzung und Verfolgung der Juden sowie der daran beteiligten Akteure nachvollzogen werden. Darüber hinaus können die Handlungsspielräume innerhalb der verschiedenen Phasen der antijüdischen Politik des NS-Staates identifiziert werden.⁴ Denn auch in einer Diktatur stellt sich die Frage, welches Handeln zumutbar bzw. möglich war und welches als verwerflich angesehen werden kann und/oder muss.

⁴ Vgl. Gruner: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen. Die vorliegende Forschungsarbeit folgt grob der Einteilung der nationalsozialistischen antijüdischen Politik nach Gruner: 1933-1934: Diskriminierung und Ausgrenzung; 1935-1937: Ausgrenzung und Separierung; Herbst 1937 bis Sommer 1938: Separierung und Gewalt; 1939 bis 1941: Die Politik der Zwangsgemeinschaft.

Insbesondere das nationalsozialistische System erlaubte den Akteuren, ihr Verhalten als unumgänglich bzw. unpersönlich darzustellen.⁵

Forschungsstand

In der historischen Forschung der letzten Jahre wurden vermehrt Haltung, Reaktionen und Handlungen der deutschen Gesellschaft bei der Judenverfolgung diskutiert und untersucht. Herauszustellen ist das Essay von Frank Bajohr in „Der Holocaust als offenes Geheimnis“. Ausgehend von der Prämisse, dass es sich bei jeder Form der Herrschaft um eine soziale Praxis handelt, konstatierte er, dass die deutsche Bevölkerung *„aktiv am Verfolgungsprozess beteiligt war und ihre Interessen in diesen Prozess einbrachte“*⁶. Dabei arbeitete er insgesamt vier Determinanten heraus, die seiner Ansicht nach im Zusammenspiel miteinander zu einem antijüdischen Konsens ab 1938/39 führten: den bestehenden Antisemitismus in der Bevölkerung; die Anpassung an die Handlungsaufforderungen des NS-Regimes; die eigene Vorteilsnahme, die sich durch Ausschaltung der Juden ergab; die Zustimmung zur nationalsozialistischen Diktatur. Anhand einzelner Beispiele zeigt er die Beteiligung der Bevölkerung und ihre Haltung an der Judenverfolgung auf.⁷ Aufgrund des konzeptionellen Ansatzes seines Essays, gelingt es ihm jedoch nur bedingt, ein umfassendes Bild der unterschiedlichen beteiligten Akteure oder die Vielzahl der Handlungen und Handlungsmöglichkeiten zu zeichnen.

Wolf Gruner gibt in seiner mikrohistorischen Studie „Die Berliner und die NS-Judenverfolgung“ einen tieferen Einblick in das Verhalten nicht-jüdischer Berliner gegenüber Juden. Aufgrund der Art der herangezogenen Quellen, u. a. Meldungen

⁵ Vgl. Jan Philip Reemtsma: Über den Begriff „Handlungsspielräume“, in: Mittelweg 36 (2002/2003), S. 5-25, hier 17-22.

⁶ Bajohr u. a.: Der Holocaust als offenes Geheimnis, S. 17.

⁷ Vgl. ebenda. Eine ausführliche Analyse findet sich u. a. bei Hans Mommsen: Der Holocaust und die Deutschen. Aktuelle Beiträge zu einer umstrittenen Frage, in: ZfG 53 (2008), S. 844-854. Siehe eine Rezension von Michael Wildt: Rezension zu: Dörner, Bernward: Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte. Berlin 2007 / Bajohr, Frank; Pohl, Dieter: Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten. München 2006 / Longerich, Peter: „Davon haben wir nichts gewußt!“. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945. Berlin 2006, dort datiert 03.12.2008, www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-9771, gesehen am 17.8.2010.

über „politische Vorfälle“, handschriftliche Vermerke in den Tagebüchern von Polizeiwachen sowie Überlieferungen der Generalstaatsanwaltschaft, war es ihm seiner eigenen Aussage nach nur möglich, *„die Extreme des Berliner Verhaltens“*⁸ darzustellen. So konnte Gruner verschiedene Formen der Gewalt durch Berliner nachweisen, wie beispielsweise antisemitische Beschimpfungen, Sachbeschädigungen und Bereicherung an „jüdischem“ Eigentum, aber auch solidarisches Handeln und Hilfe.⁹

Michael Wildt fokussiert sich in seiner Monographie *„Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung“* auf die soziale Praxis vor Ort. Anhand von Fallbeispielen beschreibt er die alltäglich praktizierte Gewalt gegen Juden, die zu deren Ausgrenzung aus der Gesellschaft führte. Dabei betrachtete er nicht nur die daran beteiligten Akteure, sondern arbeitete auch die Rolle der Zuschauer und Mitläufer heraus, die an dem Prozess der Herstellung einer exkludierenden „Volksgemeinschaft“ beteiligt waren. Durch seine bewusste Fokussierung auf gewalttätige Handlungen und Übergriffe geht Wildt kaum auf andere Handlungen von Nicht-Juden ein.¹⁰

Darüber hinaus haben sich verschiedene Arbeiten mit der Haltung, den Reaktionen oder dem möglichen Wissen der Bevölkerung auf die nationalsozialistische Judenverfolgung und den Holocaust auseinandergesetzt. Hervorstechend waren in den letzten Jahren die Publikationen von Bernward Dörner *„Die Deutschen und der Holocaust“* sowie Peter Longerich *„Davon haben wir nichts gewusst!“*.¹¹ Dörner versucht auf Basis eines breiten Spektrums zeitgenössischer Quellen, u. a. Politischer Lageberichte, Verwaltungsakten, Zeitungsartikel, öffentlicher Äußerungen der nationalsozialistischen Führung ebenso wie Tagebuchaufzeichnungen, sich der Frage anzunähern, was die deutsche Bevölkerung über den Holocaust wusste. Seine Erkenntnis, dass der Massenmord an den Juden spätestens ab Mitte 1943 den meisten

⁸ Vgl. Gruner: Die Berliner und die NS-Judenverfolgung, S. 85.

⁹ Vgl. ebenda, S. 57-88.

¹⁰ Vgl. Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung.

¹¹ Vgl. Bernward Dörner: Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte, Berlin 2007; Peter Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945, München 2006. Zur allgemeinen Forschungslage zu dieser Thematik siehe ebenda, S. 10-21.

Deutschen bekannt war, wird sowohl von Mommsen als auch Wildt kritisch beurteilt.¹² Longerich wertet in seiner Studie eine große Anzahl von Quellen aus, so beispielsweise die Sopade-Berichte, Stimmungs- und Lageberichte wie auch zeitgenössische Zeitungen; diese unterzieht er einer ausführlichen Quellenkritik. Auf Grundlage der Quellen konstatiert er, dass die antisemitischen Maßnahmen der nationalsozialistischen Führung überwiegend auf Ablehnung gestoßen seien. Wildt bemängelt, dass die deutsche Gesellschaft *„bloß als reagierender Adressat dieser Politik, nicht als eigenständiger Akteur“*¹³ erscheint. Dieser Umstand lässt sich bei beiden Publikationen kritisieren, was zum großen Teil der methodischen Herangehensweise geschuldet ist. Es ergibt sich das vereinfachte Bild „der für die Judenverfolgung verantwortlichen Nationalsozialisten und der restlichen deutschen Bevölkerung“, wie dies bereits eingangs als Problemstellung der vorliegenden Forschungsarbeit thematisiert wurde.

Über die Situation der Juden in Bonn während der NS-Zeit existieren einige Aufsätze und kleinere Beiträge. Zunächst ist der Aufsatz von Manfred van Rey „Die Vernichtung der Juden in Bonn“ zu nennen, der einen Überblick über die antijüdischen Aktionen in Bonn gibt, wobei sein Fokus auf die staatlichen und städtischen Maßnahmen gerichtet ist. Zudem beschreibt er die Auswirkungen der Maßnahmen auf die Situation der jüdischen Gemeinde.¹⁴ Darüber hinaus existiert ein unveröffentlichtes Manuskript „Zur Vernichtung der Juden in Bonn“, welches van Rey der Autorin dankenswerter Weise überlassen hat. In diesem setzt er sich ausführlicher als in seinem Aufsatz mit derselben Thematik auseinander.

Ergänzt wird die Betrachtung der jüdischen Gemeinde in Bonn durch Publikationen der Bonner Geschichtswerkstatt, die sich in verschiedenen Aufsätzen der Lage der Juden in den damals unabhängigen Gemeinden Beuel und Bad Godesberg widmen.¹⁵ Weitere Beiträge beschäftigen sich mit Teilaspekten der

¹² Vgl. Mommsen: Der Holocaust und die Deutschen, S. 850-853; Wildt: Rezension zu Bernward Dörner, Frank Bajohr/Dieter Pohl und Peter Longerich.

¹³ Wildt: Rezension zu Bernward Dörner, Frank Bajohr/Dieter Pohl und Peter Longerich.

¹⁴ Vgl. Manfred van Rey: Die Vernichtung der Juden in Bonn, in: Eugen Eichhorn, Ernst Jochen Thiele (Hg.): Vorlesungen zum Gedenken an Felix Hausdorff (Berliner Studien zu Mathematik 5), Berlin 1994, S. 227-250.

¹⁵ Vgl. Erhard Stang: „...keine Todesfälle von Einwohnern jüdischen Glaubens“. Der Mord an den Godesberger Juden 1933-1945, in: Bonner Geschichtswerkstatt (Hg.): „Wie herrlich duftet es hier

nationalsozialistischen Judenverfolgung in Bonn, so u. a. Hans Paul Höpfner „Die vertriebenen Hochschullehrer der Universität Bonn“, Otto Neugebauer „Ein Dokument zur Deportation der jüdischen Bevölkerung Bonns und seiner Umgebung“ sowie „Der Pogrom vom 10. November 1938 in Bonn“, Astrid Mehmel und Sandra Seider „Sie brannten am helllichten Tage“, Valentine Rothe „Jüdinnen in Bonn“ und Norbert Schloßmacher „Verzogen nach: unbekannt wohin“.¹⁶ In der Monographie von Helmut Vogt „Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten“ wird die Verfolgung der Bonner Juden immer wieder angeschnitten.¹⁷

Gemein ist der lokalen Forschung ihre deskriptive Schreibweise sowie der Fokus auf die Konsequenzen für die jüdischen Bonner. Die lokalen Akteure werden meist nur am Rande erwähnt. Eine Analyse des veränderten Verhaltens der Bonner Akteure gegenüber den Juden, dessen Auswirkungen auf die soziale Praxis vor Ort oder des Spektrums der Handlungsspielräume fehlt bisher.

Methodische Herangehensweise

Um das Forschungsdesiderat zu schließen, bietet sich als methodische Herangehensweise an, die Handlungen der lokalen Akteure auf Mikroebene zu betrachten. Anhand der Bonner Gesellschaft wird die soziale Praxis vor Ort gegenüber

nach Eau de Cologne!“ Bad Godesberg - ein historisches Lesebuch, Bonn 2008, S. 159-174; Erhard Stang: Ostjuden in Bonn: „Kein wünschenswerter Zuwachs im nationalen Sinne...“, in: Bonner Geschichtswerkstatt (Hg.): „Es treibt mich die Nötigung des Lebens...“. Fremde in Bonn. Ein historisches Lesebuch, Bonn 1993, S. 103-108; Erhard Stang: „Ihr weiterer Aufenthalt im Reichsgebiet ist unerwünscht.“ Schicksale Beueler Juden und Jüdinnen, <http://www.bonner-geschichtswerkstatt.de/index.php/projekte/beuel-76/68-schicksale-beueler-juden-und-juedinnen>, gesehen am 1.5.2016.

¹⁶ Vgl. Hans-Paul Höpfner: Die vertriebenen Hochschullehrer der Universität Bonn 1933-1945 (Bonner Geschichtsblätter, Bd. 43/44), 1996, S. 447-487; Otto Neugebauer: Der Pogrom vom 10. November 1938 in Bonn, in: Bonner Geschichtsblätter 19 (1965), S. 196-207. Otto Neugebauer: Ein Dokument zur Deportation der jüdischen Bevölkerung Bonns und seiner Umgebung, in: Bonner Geschichtsblätter 18 (1964), S. 158-230; Astrid Mehmel, Sandra Seider: Sie brannten am helllichten Tag. Der Novemberpogrom in Bonn am 10. November 1938, Bonn 2009; Valentine Rothe: Jüdinnen in Bonn: 1933-1945, in: Annette Kuhn (Hg.): Frauenleben im NS-Alltag, Pfaffenweiler 1994, S. 281-321; Norbert Schloßmacher: Verzogen nach: „unbekannt wohin“. Zur Ermordung von Bonnerinnen und Bonnern bei Minsk im Juli 1942, in: Bonner Geschichtsblätter Bd. 57/58 (2008), S. 389-404.

¹⁷ Vgl. Helmut Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten (1914-1948), in: Dietrich Höroldt, Manfred van Rey (Hg.): Geschichte der Stadt Bonn in vier Bänden. Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt 1794-1989, Bonn 1989, S. 437-638. Ein Überblick zur verfügbaren Literatur über Bonn in der NS-Zeit (Stand 1999) findet sich in Horst-Pierre Bothien: Wegweiser durch die Literatur zur NS-Geschichte in Bonn. Eine Bibliographie. Mit erster Ergänzung, Stand: Ende 1999, Bonn 1998.

den Juden von 1933 bis 1942 nachvollzogen. Dabei wird der Begriff Gesellschaft in seiner einfachsten Form verstanden und bezeichnet, *„eine durch Rede (Sprache) und Handlung bewirkte Verbindung zwischen Menschen, die Gesamtheit miteinander sprechender und zusammen handelnder Individuen und zugleich den Zustand des Verbundenseins, die im Handlungszusammenhang von Bedürfnis, Arbeit und Herrschaft entstehende und bestimmte Rede- und Handlungsnormen geknüpfte Verbindung selbst, den sozialen Verband.“*¹⁸ Diese Definition von Gesellschaft bietet sich an, weil der Begriff soziales Handeln sowie ein soziales Handlungsschema verkörpert.¹⁹

Aufgrund der ausreichend guten Quellenlage können die unterschiedlichen Bonner Akteure und deren Handlungen bzw. mögliche Verhaltensänderungen sichtbar gemacht werden. Somit misst die Forschungsarbeit den lokalen Akteuren eine hohe Bedeutung bei, gewinnt neue Erkenntnisse und hilft, bestehende Erkenntnisse der überregionalen Forschung zu bestätigen, zu modifizieren oder zu korrigieren. Als methodischer Zugang für diese Fragestellung wurde der Analysebegriff der „Volksgemeinschaft“ gewählt, verknüpft mit einem praxeologischen Ansatz.

Verfolgt man wissenschaftliche Konferenzen, Studien und Publikationen zum Nationalsozialismus der letzten Jahre, wird man mit einem Begriff konfrontiert, der als neuer methodischer Ansatz in der Forschungsgemeinschaft aufgekommen, verwendet und kontrovers diskutiert wurde:²⁰ „Volksgemeinschaft“. Namhafte Historiker wie

¹⁸ Vgl. Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe* (Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 2), Stuttgart 1975, S. 801.

¹⁹ Die Autorin hat sich bewusst für eine einfache Definition von Gesellschaft entschieden, da sich diese in den zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft fundamental verändern sollte. Nicht nur wurden Juden nahezu aus allen Zusammenhängen des öffentlichen und privaten Lebens gedrängt, die „alltägliche Exklusionspraxis veränderte auch die nicht-jüdische Gesellschaft selbst.“ Es wird in den kommenden Kapiteln gezeigt, wie sich eine moderne Gesellschaft hin zur nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ wandelte. Michael Wildt: in: Habbo Knoch, Hans-Werner Niemann, Jochen Oltmer, Dietmar von Reeken, Detlef Schmiechen-Ackermann, Karl-Heinz Schneider (Hrsg.): *Der Ort der Volksgemeinschaft in der deutschen Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 7, Paderborn 2008, S. 37-50, hier S. 45. Siehe zum Gesellschaftsbegriff ebenda S. 37-50.

²⁰ Siehe zur jüngeren Forschung ohne Anspruch auf Vollständigkeit, u. a. Frank Bajohr, Michael Wildt: *Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus*, Frankfurt 2009; Ian Kershaw: „Volksgemeinschaft“. Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungskonzepts, in *VfZ* 59 (2011), S. 1-19; Wolf Gruner: *Das Dogma der ‚Volksgemeinschaft‘ und die Mikrogeschichte der NS-Gesellschaft*, in: Habbo Knoch, Hans-Werner Niemann, Jochen Oltmer, Dietmar von Reeken, Detlef Schmiechen-Ackermann, Karl-Heinz Schneider (Hrsg.): *Nationalsozialistische Volksgemeinschaft*, Bd. 7, Paderborn 2008, S. 71-93; Hans Mommsen: *Forschungskontroversen zum Nationalsozialismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 2007 H. 14-15, S. 7-21, <https://www.bpb.de/apuz/30541/forschungskontroversen-zum-nationalsozialismus> (16.5.2020); Armin Nolzen: *Arbeit an Begriffen, zum sechsten: „Volksgemeinschaft“*,

Frank Bajohr, Norbert Frei und Michael Wildt, um nur einige zu nennen, verwenden den Begriff programmatisch. Sie sehen ihn als ein hilfreiches Mittel, um die nationalsozialistische Gesellschaft und ihre innere Dynamik besser zu begreifen. Ihrer Ansicht nach war der Begriff „Volksgemeinschaft“ für die Akteure während der NS-Zeit mit einem „handlungsleitenden Charakter“²¹ verbunden. Der dialektische Prozess der Bildung der „Volksgemeinschaft“ im nationalsozialistischen Sinne enthielt inkludierende Elemente, u. a. die Verheißung auf soziale Gleichheit, aber auch exkludierende Komponenten, wie den Ausschluss von „Gemeinschaftsfremden“. Dieser Ansatz führte sowohl zu Zuspruch als auch zu Kontroversen innerhalb der Forschungsgemeinschaft.

Die Kritik an einer derartigen Nutzung des Begriffs wird von etablierten Historikern wie Ulrich Herbert, Hans Mommsen, Horst Möller oder Ian Kershaw getragen. Die anschließende und noch andauernde Debatte in ihrer Breite auszuführen, würde über den Rahmen der Arbeit hinausgehen und wäre wenig zielführend. Eine hervorragende Zusammenfassung mit weiterführenden Literaturangaben findet sich bei Janosch Steuwer.²² Dementsprechend werden hier nur knapp die groben Linien der Diskussion aufgezeigt: Hans Mommsen bezweifelt, dass sich das nationalsozialistische System mit Hilfe von „Volksgemeinschaft“ verstehen lasse. Er kritisiert u. a., dass durch den Fokus auf die gesellschaftliche Mobilisierung die politischen Entscheidungsprozesse und Strukturen „von oben“ vernachlässigt würden. Zudem sei der Begriff propagandistisch verbrämt und deswegen als Analysebegriff ungeeignet. Friedrich Wilhelm Graf und

<https://arminnolzen.wordpress.com/2015/07/12/arbeit-an-begriffen-zum-sechsten-volksgemeinschaft/>, gesehen am 2.10.2016; Janosch Steuwer: Was meint und nützt das Sprechen von der „Volksgemeinschaft“? Neuere Literatur zur Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, in: Archiv für Sozialgeschichte 53 (2013), S. 487-534; Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung; Michael Wildt: „Volksgemeinschaft“. Eine Antwort auf Ian Kershaw, Nr. 8, dort datiert 2011, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Wildt-1-2011>, gesehen am 23.4.2013; Tagungsbericht: German Society in the Nazi Era. „Volksgemeinschaft“ between Ideological Projection and Social Practice, 25.03.2010-27.03.2010 London, dort datiert 25.11.2016, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-3121; Publikationsreihe des Niedersächsischen Forschungskollegs: Kollegreihe Nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘. Studien zur Konstruktion, gesellschaftliche Wirkungsmacht und Erinnerung. Martina Steber, Bernhard Gotto (Hrsg.): Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives, Oxford 2014.

Beispiele von Publikationen und zur historiographischen Entwicklung des Begriffs siehe bei Steuwer: Was meint und nützt das Sprechen von der „Volksgemeinschaft“?, S. 488-494.

²¹ Tagungsbericht: German Society in the Nazi Era, S. 1.

²² Vgl. Steuwer: Was meint und nützt das Sprechen von der „Volksgemeinschaft“?

Ulrich Herbert wenden ein, dass der Begriff „Volksgemeinschaft“ moralisierend sei und die Deutschen als „Volksgenossen“ per se zu Tätern gemacht würden.²³ Ian Kershaw gesteht dem Begriff der „Volksgemeinschaft“ als historiographischem Konzept eine gewisse Berechtigung zu. Seiner Ansicht nach sei er hilfreich, um sowohl die „affektive Integration“ gesellschaftlicher Schichten ins nationalsozialistische System nachzuvollziehen als auch die Exklusion „unerwünschter“ Gruppen im Alltag aufzuzeigen.²⁴ Dennoch steht er der „Volksgemeinschaft“ als analytischem Instrument insgesamt kritisch gegenüber. Er teilt die Bedenken von Graf, Herbert und Mommsen, deren Ansicht nach das Konzept eine ausreichende Differenzierung nicht zulasse: Ihm zufolge würde durch die Zugehörigkeit zur „Volksgemeinschaft“ allen Deutschen Komplizenschaft unterstellt, widerständiges Handeln gegenüber den Nationalsozialisten nicht ausreichend gewürdigt sowie der totalitäre Charakter des Regimes nicht hinreichend anerkannt.²⁵

Die Befürworter hingegen sehen in der Nutzung des Begriffs „Volksgemeinschaft“ eine Chance, gesellschaftliche Veränderungen während der NS-Zeit besser verstehen und charakterisieren zu können: einerseits im Hinblick auf die *„Neuregelung gesellschaftlicher Zugehörigkeit“* und andererseits als *„Instrument der Transformation der gesellschaftlichen Wirklichkeit im Nationalsozialismus“*.²⁶ Auch die Autorin ist von dem Wert des Begriffs als analytisches Mittel überzeugt, insbesondere im Hinblick auf die Fragestellung der vorliegenden Arbeit: die gesellschaftliche Exklusion der Juden. „Volksgemeinschaft“ als historiographisches Konzept verknüpft mit dem praxeologischen Ansatz sieht sie als geeignete Herangehensweise an, um ein geändertes Verhalten der Bonner Akteure gegenüber den Juden zu identifizieren. Die Vorzüge und Art der Anwendung werden im Nachfolgenden genauer ausgeführt.

²³ Vgl. Hans Mommsen: Changing Historical Perspectives on the Nazi Dictatorship, (European Review, Bd. 17), 2009, S. 73-80, hier S. 77-79. Hans Mommsen: Amoklauf der „Volksgemeinschaft“? Kritische Anmerkungen zu Michael Wildts Grundkurs zur Geschichte des Nationalsozialismus, in: Neue Politische Literatur, 53 (2008), S. 15-20; Steuwer: Was meint und nützt das Sprechen von der „Volksgemeinschaft“?, S. 491-493. Tagungsbericht: German Society in the Nazi Era.

²⁴ Das Konzept kann aus seiner Sicht jedoch weder die Radikalisierung der nationalsozialistischen Politik noch den Weg hin zum Krieg und Genozid hinreichend erklären. Vgl. Kershaw: „Volksgemeinschaft“, S. 15 und Thomas Handschuhmacher: „Volksgemeinschaft“ als Gegenstand sozialer Praktiken. Eine Untersuchung am Beispiel der NSDAP-Ortsgruppe Lohmar (Geschichte im Westen, Bd. 28) 2013, S. 91-117.

²⁵ Vgl. Kershaw: „Volksgemeinschaft“, S. 16.

²⁶ Steuwer: Was meint und nützt das Sprechen von der „Volksgemeinschaft“?, S. 502.

Hinsichtlich der von den Kritikern vorgebrachten Bedenken bezüglich der historischen Vorbelastung des Begriffs „Volksgemeinschaft“ empfiehlt es sich, strikt zwischen Quellen- und Analysesprache zu unterscheiden und diese im Text sichtbar zu machen.²⁷

Wie sich der Begriff „Volksgemeinschaft“ semantisch entwickelte, soll hier im Überblick dargestellt werden. Ende des 18. Jahrhunderts fand sich der Begriff erstmals in einem Text von John Locke. Die nächsten Jahrzehnte wurde er vornehmlich in einem wissenschaftlichen Kontext genutzt und zielte auf eine noch zu „schaffende Wirklichkeit“ ab.²⁸ Politisiert und einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde der Begriff im Deutschen Kaiserreich, als er während des Ersten Weltkriegs für propagandistische Zwecke genutzt wurde. Er sollte nationale Geschlossenheit symbolisieren und die Kampfbereitschaft der Massen aktivieren. Kaum eine Partei verzichtete auf seine Verwendung, wenngleich „Volksgemeinschaft“ in den verschiedenen politischen Lagern unterschiedlich interpretiert und verwendet wurde.²⁹ So hatten laut Bruendel die Vertreter der „inkluisiven Volksgemeinschaftsidee“, vornehmlich die bürgerlichen Parteien und Sozialdemokraten, eine Einheit der Gesellschaft angestrebt. Die Verfechter der „exklusiven Volksgemeinschaftsidee“, die völkischen Rechten, sprachen sich dagegen für eine Distinktion vom „inneren Feind“ und für eine „nationale Homogenisierung“ durch die Exklusion *„politisch, konfessionell oder ethnisch unerwünschter Volksteile“*³⁰ aus. In der Weimarer Republik setzte sich die unterschiedliche konzeptionelle Auslegung von „Volksgemeinschaft“ fort: *„[S]ei es als eine ‚rassistisch‘ definierte ‚Abstammungsgemeinschaft‘, die berufsständisch organisierte ‚Arbeitsgemeinschaft‘, die Überwindung des Klassenkampfs, die Errichtung einer ‚ganz großen Koalition‘ oder*

²⁷ Vgl. ebenda, S. 503-504.

²⁸ Ebenda, S. 495.

²⁹ Vgl. Tagungsbericht: HT 2008: Ungleichheiten in der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“, <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-2305>, gesehen am 5.10.2012; Steffen Bruendel: Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003, S. 282.

³⁰ Ebenda.

das Streben nach ‚nationalem Konsens‘ auf Grundlage der pluralistischen Verfassungsordnung.“³¹

Während der NS-Zeit suggerierten die Nationalsozialisten mit dem Begriff „Volksgemeinschaft“ eine geeinte Gesellschaft mit exklusivem Charakter. Janosch Steuwer identifiziert mehrere Aspekte bzw. Erwartungen, die mit dem Begriff verknüpft waren: die Verheißung sozialer Gleichheit; die Idee einer exklusiven „Volksgemeinschaft“, aus der „Gemeinschaftsfremde“ vor allem anhand rassistischer Kriterien ausgeschlossen wurden; die Möglichkeit der persönlichen Veränderung und des sozialen Aufstiegs durch die Anpassung an nationalsozialistische Normen. Zudem wurde laut Steuwer die Legitimation und Akzeptanz des NS-Systems anhand der Umsetzung „volksgemeinschaftlicher Werte“ gemessen.³²

Für die vorliegende Forschungsarbeit ist vor allem der zweite Punkt relevant: Die Nationalsozialisten zielten mit der „Volksgemeinschaft“ weniger auf gesellschaftliche Inklusion als vielmehr auf die Exklusion bestimmter Gruppen aus ihr. Im nationalsozialistischen Sinne definierte sie sich u. a. dadurch, *„wer nicht zu ihr gehören durfte, eben jene sprachlich ausgegrenzten ‚Gemeinschaftsfremden‘, allen voran die Juden.“*³³ Der determinierende Faktor der „Volksgemeinschaft“ war demnach der Ausschluss aus eben jener, wobei der Rückgriff auf „rassische“ Merkmale ein nationalsozialistisches Alleinstellungsmerkmal war.³⁴ Nach diesem kurzem Abriss über die semantische Entwicklung³⁵ wird nun die Verwendung des Begriffs „Volksgemeinschaft“ als analytisches Mittel dargelegt.

Wieso eignet sich das Konzept der „Volksgemeinschaft“ für die Fragestellung der vorliegenden Forschungsarbeit? Die Autorin folgt der Ansicht Wildts, dass sich durch den Blick auf die „Volksgemeinschaft“ neue Perspektiven auf die Gesellschaftsgeschichte in der NS-Zeit eröffnen:

³¹ Jörn Retterath: „Was ist das Volk?“. Volks- und Gemeinschaftskonzepte der politischen Mitte in Deutschland (1917-1924) (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 110), Berlin/Boston 2016, S. 404.

³² Vgl. Steuwer: Was meint und nützt das Sprechen von der „Volksgemeinschaft“, S. 501.

³³ Vgl. Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 10-14.

³⁴ Vgl. Kershaw: „Volksgemeinschaft“, S. 7.

³⁵ Ausführliche Überlegungen zur semantischen Problemstellung des Begriffs der „Volksgemeinschaft“ finden sich bei Armin Nolzen: Vergleichende Faschismusforschung und „Volksgemeinschaft“. Über die Notwendigkeit einer operativen Semantik, <https://arminnolzen.files.wordpress.com/2014/10/stellungnahmepodiumsdiskussionmc3bcnchen.pdf>, gesehen am 10.2.2017.

„Volksgemeinschaft‘ weist [...] daraufhin, dass das Politische nicht nur im Staat, sondern auch in der Gesellschaft und aus ihr heraus entsteht, dass politische Ordnungen im Sozialen, in sozialen Erfahrungen wie Erwartungen ihre Grundlage haben können.“³⁶

Die überholte Trias Täter-Opfer-Zuschauer wird damit aufgebrochen, den lokalen Akteuren mit ihren Handlungs- und Einflussmöglichkeiten wird Bedeutung beigemessen und sie werden differenziert betrachtet.³⁷ Denn die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“, die Menschen u. a. aufgrund „rassischer“ Kriterien exkludierte, entstand nicht unmittelbar durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten und wurde zur gesellschaftlichen Realität. Es handelte sich vielmehr um einen dynamischen Prozess, bei dem die „volksgemeinschaftlichen Normen“, Werte und damit verbundenen Handlungsaufforderungen immer wieder neu ausgehandelt und vor Ort von lokalen Akteuren umgesetzt werden mussten.³⁸ Gleichzeitig besaß *„Volksgemeinschaft‘ als imaginierte Ordnung einen handlungsleitenden Charakter“*³⁹ und wurde selbst zum Instrument des gesellschaftlichen Wandels.⁴⁰

In der grundsätzlichen Kompatibilität des „Volksgemeinschaft“-Konzepts mit anderen theoretischen Herangehensweisen liegt eine weitere Stärke und auch Chance.⁴¹ In der vorliegenden Forschungsarbeit wird das Konzept mit der praxeologischen Methode verknüpft und durch folgende Fragestellungen präzisiert: Wie wurde die abstrakte Idee der exkludierenden „Volksgemeinschaft“ vor Ort transportiert? Inwieweit eigneten sich die Bonner Akteure die „volksgemeinschaftlichen“ Normen an und setzten diese um? Wirkte sich dies auf die soziale Praxis vor Ort aus und welche Handlungsmöglichkeiten und -alternativen bestanden?

³⁶ Michael Wildt: „Volksgemeinschaft“. Eine Antwort auf Ian Kershaw, Textabschnitt 5.

³⁷ Tagungsbericht: German Society in the Nazi Era. Ebenda, Textabschnitt 5.

³⁸ Vgl. Steuwer: Was meint und nützt das Sprechen von der „Volksgemeinschaft“, S. 502. Vgl. Wildt: Volksgemeinschaft, Abs. 4. Vgl. Handschuhmacher: „Volksgemeinschaft“ als Gegenstand sozialer Praktiken, S. 116.

³⁹ Tagungsbericht: German Society in the Nazi Era: Einleitung von Martina Steber/Bernhard Gotto.

⁴⁰ Vgl. Steuwer: Was meint und nützt das Sprechen von der „Volksgemeinschaft“, S. 502.

⁴¹ Vgl. Tagungsbericht: German Society in the Nazi Era: Martina Steber/Bernhard Gotto sowie Andreas Wirsching.

Die Grundlage des praxeologischen Ansatzes findet sich bei Pierre Bourdieu, der ein *„Sozialmodell strukturierter und sich strukturierender Praktiken [entwarf], das die Reproduktion ‚objektiver‘ Strukturen und die modifizierende Handlungsmacht der Akteure gleichermaßen berücksichtigt.“*⁴² Basierend auf Bourdieus theoretischen Überlegungen entwickelte Alf Lüdtke 1989 sein alltagsgeschichtliches Konzept, bei welchem die Handlungen der Akteure im Kontext der gesellschaftlichen Strukturen betrachtet und Prozesse der Aneignung untersucht werden.⁴³ Der alltagsgeschichtliche Zugang erlaubt es, als *„analytische Geschichte von unten“*⁴⁴ die Logik und Handlungsmuster der Akteure zu verstehen. Er wurde seitdem in der jüngeren historischen Forschung als methodische Herangehensweise angewandt, modifiziert und weiterentwickelt: Dem praxeologischen Ansatz liegt die Annahme zugrunde, dass auch eine diktatorische Herrschaftsform wie die nationalsozialistische eine soziale Praxis darstellte, an der die Akteure trotz Unterdrückung in vielfältiger Weise beteiligt waren:⁴⁵

*„Scheinbar Abhängige werden in dieser Perspektive zu facettenreichen Akteuren, die zugleich Subjekte wie Objekte sind, die Erfahrungen der Ohnmacht, des Ausgeliefertseins an Obrigkeiten, Gewalthabern und ökonomischen Zwängen machen, diese Erfahrungen jedoch in jeweils spezifischen, unterschiedlichen oder sogar widersprüchlichen Aneignungsweisen modifizieren, ja in widersetzliche Praxis münden lassen können.“*⁴⁶

⁴² Handschuhmacher: „Volksgemeinschaft“ als Gegenstand sozialer Praktiken, S. 93.

⁴³ Ebenda und Belinda Davis, Thomas Lindenberger, Michael Wildt: Einleitung, in: Belinda Davis, Thomas Lindenberger, Michael Wildt (Hg.): Alltag, Erfahrung, Eigensinn. Historisch-anthropologische Erkundungen, Frankfurt am Main, S. 11-28, hier S. 14-15.

⁴⁴ Doris Bergen, Anna Hájkova, Andrea Löw: Warum eine Alltagsgeschichte des Holocaust?, in: Andrea Löw, Doris Bergen, Anna Hájkova (Hg.): Alltag im Holocaust Jüdisches Leben im Großdeutschen Reich 1941-1945, München 2013, S. 1-13, hier S. 3.

⁴⁵ Vgl. Bajohr u. a.: Der Holocaust als offenes Geheimnis, S. 10.

⁴⁶ Davis u. a.: Einleitung, S. 13.

So können die Akteure auch Lust, Partizipation und Wohlstand innerhalb des Systems erfahren, obgleich dies einhergeht mit Repression, Ausbeutung und Willkür.⁴⁷ Was bedeutet dies konkret für Bewertung der Akteure vor Ort?

- 1) Die Handlungen der Akteure begründen die soziale Praxis vor Ort. Sie gestalten ihre Umwelt aktiv mit und ihre Bedeutung wird ernstgenommen.
- 2) Die Logik der sozialen Praxis kann nicht ausschließlich aus ihrem Mikrokosmos heraus erklärt werden, sondern muss immer in Relation zu ihrem gesellschaftlichen Kontext und der historischen Einbettung innerhalb des sozialen Raums gesehen werden.
- 3) Akteure sind nicht durch die soziale Praxis determiniert, vielmehr entsteht eine Dichotomie, in welcher sie sowohl ausführendes Element als auch Schöpfer kultureller Strukturen und Alltagsrealitäten sind.⁴⁸

Zu 1) Dem praxeologischen Ansatz zufolge wird die soziale Praxis innerhalb einer Gesellschaft durch das Handeln der Akteure geschaffen.⁴⁹ Doch nicht jede Handlung oder Aktion formt eine soziale Praxis. Erst durch sich wiederholende und regelmäßige Handlungen bilden sich kollektive Gepflogenheiten heraus: Durch gemeinsames, vergleichsweise routiniertes Ausführen von Handlungsweisen wird eine Handlungsnormalität im Alltag begründet.⁵⁰ Die Verdichtung von Handlungsmustern und -stilen macht Handlungszüge abschätzbar bzw. begründet eine soziale Praxis mit ihren Handlungsnormalitäten.⁵¹ Dabei werden Handlungen nach praxeologischen Verständnis grundsätzlich als wandelbar gesehen. Sie enthalten zwar Intentionen, Normen und Paradigmen, können jedoch mit Hilfe von Anpassungen jederzeit

⁴⁷ Vgl. Sven Reichardt: Praxeologische Geschichtswissenschaft. Eine Diskussionsanregung, in: Sozial. Geschichte 22 (2007) S. 43-66, hier S. 61.

⁴⁸ Vgl. ebenda, S. 47-52.

⁴⁹ Vgl. ebenda, S. 47.

⁵⁰ Vgl. Karl H. Hörning, Julia Reuter: Doing Culture: Kultur als Praxis, in: Karl H. Hörning, Julia Reuter (Hg.): Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und Praxis, Bielefeld 2004, S. 9-19, hier S. 12.

⁵¹ Vgl. Karl H. Hörning: Soziale Praxis zwischen Beharrung und Neuschöpfung. Ein Erkenntnis- und Theorieproblem, in: Karl H. Hörning, Julia Reuter (Hg.): Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Praxis, Bielefeld 2004, S. 19-40, S. 19.

modifiziert werden.⁵² Karl Hörning bezeichnet dies als „*Hervorbringen des Denkens im Handeln*.“⁵³ Demzufolge geht der praxeologische Ansatz nicht von einer klaren Zielvorstellung als Grundsatz des Handelns aus – diese bleibt zunächst relativ unbestimmt. Vielmehr werden Verhalten und situatives Verstehen in den Mittelpunkt gerückt, die erst eine soziale Realität schaffen, wenn sie in konkreten Handlungen realisiert werden:⁵⁴ „*people construed events as they were living through them*“⁵⁵.

Dem praxeologischen Ansatz folgend legt die vorliegende Forschungsarbeit den Fokus auf die Handlungen der lokalen Akteure gegenüber den Bonner Juden, um so Form und Grad der Beteiligung der Akteure an der gesellschaftlichen Exklusion der Juden besser nachvollziehen und beurteilen zu können. Die Akteure werden somit als individuelle, interpretierende Handelnde gewertet.⁵⁶ Gleichzeitig wird der gesellschaftliche Kontext als Bezugsrahmen für das Handeln in die Analyse und Bewertung des Verhaltens der Bonner Akteure berücksichtigt.

Zu 2) Im praxeologischen Ansatz wird auch die situative Einbindung der Akteure in bestehende Strukturen betrachtet; denn diese geben den Akteuren Orientierung für zukünftiges Handeln. Hierbei kann bestimmtes Handeln innerhalb der Strukturen subjektiv sinnvoll, aber nicht moralisch sein. Handlungen und Interaktionen werden somit auch als Aneignungsprozesse des gegebenen Bezugsrahmens gesehen.⁵⁷ So war es beispielsweise möglich, dass Bonner Akteure den antisemitischen Handlungsanweisungen des NS-Regimes folgten, ohne selbst antisemitische Ressentiments zu haben.

Die unter Punkt 1) und 2) dargelegten theoretischen Aspekte des praxeologischen Ansatzes können nicht getrennt voneinander bewertet werden – sie bedingen sich

⁵² Vgl. Andreas Reckwitz: Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive, in: Zeitschrift für Soziologie 32 (2003), S. 282-301, hier S. 291-292.

⁵³ Karl H. Hörning: Kultur und soziale Praxis. Wege zu einer „realistischen“ Kulturanalyse, in: Andres Hepp, Rainer Winter (Hg.): Kultur – Medien – Macht. Cultural Studies und Medienanalyse, Opladen 1997, S. 31-45, hier S. 34.

⁵⁴ Reichardt: Praxeologische Geschichtswissenschaft, S. 50-51.

⁵⁵ William Sewell: How classes are made. Critical reflections on E. P. Thompson's Theorie of Working-Class Formation, in: Harvey J. Kaye, Keith McClelland (Hg.): Critical Perspectives, Philadelphia 1990, S. 50-77, hier S. 64.

⁵⁶ Vgl. Reichardt: Praxeologische Geschichtswissenschaft, S. 52.

⁵⁷ Tagungsbericht: Praxistheoretische Ansätze in der Geschichtswissenschaft. Chancen und Grenzen. 25.02.2005-26.02.2005, dort datiert 04.04.2005, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=748>, gesehen am 3.1.2012. Vgl. Reichardt: Praxeologische Geschichtswissenschaft, S. 134-135.

gegenseitig. Im praxeologischen Ansatz werden demnach die Akteure betrachtet und ihre konkreten Handlungen eruiert, ohne dabei die strukturellen und gesellschaftlichen Grundlagen zu vernachlässigen, wie unter Punkt 3) ausführlicher aufgezeigt wird.⁵⁸

Zu 3) Dem praxeologischen Ansatz zufolge werden Akteure in ihrer gesellschaftlichen Situation betrachtet, ohne dabei ihre Rolle als individuell Handelnde mit unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten zu negieren.⁵⁹ Auch in einem Regime wie dem nationalsozialistischen war es möglich, dass Akteure gleichen Herausforderungen unterschiedlich begegneten. Es existierte eine Gleichzeitigkeit verschiedener Optionen: *„Mitmachen, Zustimmung, Ausweichen, Zurückziehen, Durchkommen, Solidarität, Zulassen, Sich-Distanzieren, Hilfe verweigern, Sich-Widersetzen.“*⁶⁰ Die Situationen waren prinzipiell ergebnisoffen: Sie spiegelten nicht nur den Rahmen wider, in dem vorgefasste Handlungssituationen und -ziele unter Berücksichtigung der gegebenen Bedingungen realisiert werden konnten. Vielmehr forderten sie die Akteure heraus und aktivierten deren Verständnis, Vorwissen und praktische Einsichten, um eine angemessene Antwort auf die entsprechende Sachlage zu finden.⁶¹ In diesem Sinne ist *„Intentionalität, Zwecksetzung und Zielbildung“*⁶² nicht einer Handlung vorgeordnet, sondern wird als eine Phase des Handelns verstanden, die Orientierungshilfe innerhalb einer Situation ist.⁶³

Die oben beschriebene Vielfalt der Handlungsmöglichkeiten erfordert ein Instrument, mit welchem die unterschiedlichen Handlungen und die daraus resultierenden Auswirkungen für die soziale Praxis bewertet werden können. Für die vorliegende Forschungsarbeit wurde die Machttheorie von Heinrich Popitz gewählt. Die soziale Praxis ist im praxeologischen Verständnis eng mit der Vorstellung von Macht verbunden; hierbei ist die Deutungshoheit hinsichtlich der alltäglichen

⁵⁸ Ebenda.

⁵⁹ Vgl. Reichardt: Praxeologische Geschichtswissenschaft, S. 52.

⁶⁰ Vgl. Davis u. a.: Einleitung, S. 18.

⁶¹ Vgl. Hörning: Soziale Praxis, S. 30.

⁶² Ebenda, S. 31.

⁶³ Der gewählte methodische Ansatz mit Verknüpfung des „Volksgemeinschaftsbegriffs“ kommt auch der Anregung Wolf Gruners entgegen, der für ein besseres Verstehen der nationalsozialistischen Gesellschaftsgeschichte fordert: *„Individuelle Handlungen müssen deshalb auf viel komplexere Weise als bisher, zusammen mit Interessen und Erfahrungen, zudem auf interdisziplinäre Weise mit weniger Vorannahmen und mehr Kontexten versehen, analysiert werden“*. Gruner: Das Dogma der ‚Volksgemeinschaft‘, S. 84-85.

Erfahrungen und Praktiken wesentlich. Während der NS-Zeit entstand eine soziale Praxis der Exklusion. Betroffen waren u. a. „Gemeinschaftsfremde“, allen voran die „rassisch“ ausgegrenzten Juden. Das nationalsozialistische System verhiess und ermöglichte Akteuren Partizipation an der Macht durch die Unterdrückung anderer. Dabei wurde Gewalt als akzeptiertes Mittel zu dessen Durchsetzung angewandt,⁶⁴ wie in den folgenden Kapiteln anhand der Bonner Akteure aufgezeigt wird.

Die Definition des Soziologen Popitz von Macht und Gewalt bietet sich insofern an, als dass sich der praxeologische Ansatz auf die Aktionen von Akteuren konzentriert und Macht nach Popitz im allgemeinsten Sinne als das Vermögen des Menschen definiert ist, durch Handeln Veränderungen zu bewirken.⁶⁵ Oder anders formuliert: *„Die Geschichte menschlicher Macht [ist] die Geschichte menschlichen Handelns“*.⁶⁶ Seiner Theorie zufolge existieren vier Arten der Durchsetzung von Macht⁶⁷, die sowohl unabhängig als auch in Kombination miteinander auftreten können. Für die Fragestellung der vorliegenden Forschungsarbeit ist v. a. die „Aktionsmacht“ relevant, die auch mit dem Begriff „Gewalt“ umschrieben werden kann. Demnach stellt diese immer eine intendierte körperliche Verletzung dar und manifestiert sich in drei unterschiedlichen Formen: Handlungen zur Minderung sozialer Teilhabe, zur materiellen Schädigung und zur körperlichen Verletzung. Innerhalb der genannten Arten von Gewalt existieren verschiedene Abstufungen. Aktionen, die die gesellschaftliche Teilhabe Einzelner oder einer Gruppe einschränken, finden ihren Anfang in Abwendung, Nichtbeachtung bis hin zur Isolierung der Betroffenen, verstärken sich zu Herabsetzung und Häme, um schließlich in formellen Degradierungen zu kulminieren. Die Exklusion der Betroffenen ist Ziel und Folge der Handlungen. Differenzierbar ist ebenso der Grad der materiellen Schädigung (von der Einschränkung von Ressourcen bis zum Verlust der Lebensgrundlage), wie auch der Schwere der körperlichen Verletzung (zufügen von Schmerz bis hin zur Tötung eines

⁶⁴ Vgl. Armin Nolzen: The Nazi Party and its Violence against Jews, 1933-1939: Violence as a Historiographical Concept, in: Yad Vashem Studies 23 (2003), S. 245-285, hier S. 245-247.

⁶⁵ Vgl. Heinrich Popitz: Phänomene der Macht, Tübingen²1992, S. 22.

⁶⁶ Ebenda, S. 23.

⁶⁷ Hierbei handelt es sich um Aktionsmacht, instrumentelle Macht, autoritative Macht und datensetzende Macht. Vgl. ebenda, S. 11-43.

Menschen).⁶⁸ Diese Formen der „Aktionsmacht“ inklusive ihrer Abstufungen wurden während der NS-Zeit von lokalen Akteuren gegenüber den Bonner Juden angewandt, damit sie an der politischen Macht partizipieren bzw. die antisemitische Ideologie durchsetzen und in der Gesellschaft etablieren konnten. Dies lässt sich in allen Bereichen des täglichen Lebens und in den verschiedenen Phasen der Verfolgung nachvollziehen und wird in den folgenden Kapiteln exemplarisch gezeigt.⁶⁹

Quellenbasis

Die Forschungsarbeit stützt sich auf eine umfangreiche Quellenlage. In diesem Zusammenhang ist zunächst der Aktenbestand des Stadtarchivs Bonn zu nennen. Dort befinden sich antijüdische Anweisungen und Maßnahmen der städtischen Administration von 1933 bis 1945, die teilweise auf Anordnungen „von oben“ beruhten, teilweise aber auch auf die Eigeninitiative der zuständigen Angestellten bzw. Beamten zurückzuführen waren. Niederschriften der Versammlungen von Bonner Stadtverordneten sind von 1933 bis 1939 erhalten. Durch diese können Entscheidungsprozesse gegen Juden nachvollzogen werden, aber auch antijüdische Vorstöße einzelner Stadträte. Zudem ist ein Konvolut amtlichen Schriftverkehrs erhalten, aus welchem Diskriminierungen gegenüber den Bonner Juden aber auch Hilfsleistungen und Unterstützung seitens nicht-jüdischer Bonner ersichtlich werden.

Politische Lageberichte sind für die Jahre von 1933 bis 1936 verfügbar. Aus ihnen sind Reaktionen auf Maßnahmen und Aktionen in Bonn gegen Juden, aber auch Verhaltensweisen der nicht-jüdischen Bonner gegenüber diesen zu entnehmen. Longerich setzt sich kritisch mit den Berichten auseinander. Zum einen konnten diese kein – nach heutigen methodischen Gesichtspunkten – akkurates Stimmungs- oder Meinungsbild wiedergeben, sondern spiegelten vielmehr die subjektiven Wahrnehmungen der Verfasser wider. Zum anderen hatten die Verfasser ein gesteigertes Interesse, den Bericht in ihrem Sinne und mit einer bestimmten

⁶⁸ Vgl. ebenda S. 44-46.

⁶⁹ Vgl. Sven Reichardt: Praxeologie und Faschismus. Gewalt und Gemeinschaft als Elemente eines praxeologischen Faschismusbegriffs, in: Karl H. Hörning, Julia Reuter (Hg.): Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und Praxis, Bielefeld 2004, S. 130-153, hier S. 135.

Ausrichtung zu schreiben: „*Partei, staatliche Bürokratie, Polizei und Geheimpolizei waren ja nicht reine Beobachter der ‚Stimmung‘, sondern als Teil des Herrschaftsapparates auch für die ‚gute Stimmung‘ zuständig*“.⁷⁰ Dennoch sollte der Quellenwert der Lageberichte nicht unterschätzt werden. In ihnen sind oftmals Handlungen aber auch Verhaltensänderungen⁷¹ von Akteuren beschrieben, weswegen sie gerade im Abgleich mit ergänzenden Quellen ihre Berechtigung haben.⁷²

Aufgrund der Prozessakten des Bonner Schwurgerichts nach Kriegsende können einige der verantwortlichen Akteure des Novemberpogroms identifiziert, aber auch Beteiligungen von nicht in NS-Verbänden organisierten Bonnern nachgewiesen werden. Akten des Rechtsamts der Stadt Bonn von 1938 und 1939, in denen u. a. die Zerstörungen „jüdischer“ Geschäfte und Wohnungen aufgeführt sind, vervollkommen das Bild. Die Dokumentation des Bonner Liegenschaftsamtes gibt Aufschluss über die „Arisierung“ jüdischen Eigentums. Neben der administrativen Abwicklung ist vor allem der Schriftverkehr zwischen den Behörden und potenziellen Käufern interessant, der die versuchte Vorteilsnahme einzelner Bonner belegt.

Im Aktenkonvolut des Wirtschafts- und Ernährungsamts Bonn von 1939 bis 1943 sind verschiedene Aspekte der Unterbringung der Bonner Juden im Arbeits- und Wohnlager „Kapellenstraße 6“ von 1941 bis 1942 dokumentiert. So können unterschiedliche städtische aber auch nicht-städtische Akteure und ihre Beteiligung an der Separierung wie auch ihre Verantwortlichkeiten für die Bedingungen im Lager ermittelt werden. Weitere Informationen zur „Kapellenstraße 6“ und den Akteuren wurden im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens gegen Oberbürgermeister Ludwig Rickert von 1948 bis 1957 dokumentiert.

Als wertvolle Quelle haben sich die Wiedergutmachungsakten der Stadt Bonn erwiesen. Die „Wiedergutmachung“⁷³ umfasste zwei Aspekte, einerseits die

⁷⁰ Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 42.

⁷¹ Longerich sieht dies als weiteren Kritikpunkt: „Die Berichtersteller konnten und wollten unter den geschilderten Entstehungsbedingungen gar keine Einstellungen messen, sondern in erster Linie Verhalten.“ Ebenda, S. 41. Die Autorin sieht aber gerade dies als Vorzug der Politischen Lageberichte an, da entsprechend ihrer methodischen Herangehensweise den Handlungen der lokalen Akteure und nicht vermeintlichen Haltungen Bedeutung beigemessen wird.

⁷² Siehe zur Genese der Politischen Lageberichte und deren kritischen Bewertung ebenda S. 32-53.

⁷³ Zur Problematik des Begriffes siehe Benno Nietzel: Wiedergutmachung für historisches Unrecht, dort datiert 27.08.2013, S. 2-5,

Rückerstattung feststellbarer Werte, andererseits eine „Entschädigung“ für Schäden an Leben, Körper, wirtschaftlichem Fortkommen etc. Der Großteil der gestellten Ansprüche von Bonner Juden bzw. ihrer Erbberechtigten wurden entweder durch amtliche Dokumente oder Zeitzeugenaussagen belegt und/oder durch das Wiedergutmachungsamt verifiziert. Aufgrund dieser Akten sind mehrere Aspekte der Judenverfolgung rekonstruierbar, wie u. a. die sukzessive wirtschaftliche Ausgrenzung der Bonner Juden oder die Zerstörung ihres Eigentums beim Novemberpogrom. Aber auch die Loyalität nicht-jüdischer gegenüber ihren jüdischen Partnern nach den „Nürnberger Gesetzen“, wie auch vereinzelte Hilfsleistungen von Bonnern, sind aus dieser Quelle ersichtlich.

Der letzte große Aktenbestand umfasst die Entnazifizierungsakten. Insbesondere die „Großen Fragebögen“ sind aufgrund der teilweise detaillierten Behauptungen von in NS-Verbänden organisierten Bonnern interessant. Hier ist eine sorgfältige Quellenkritik notwendig, da das Ziel der Verfasser war, sich als unbescholtene und nicht aktiv beteiligte Akteure im nationalsozialistischen System darzustellen. In der vorliegenden Forschungsarbeit wurden zum größten Teil nur durch Zeugenaussagen von jüdischen Bonnern belegbare oder durch weitere Quellen verifizierbare Handlungen verwendet. Die Ausnahme stellen Erklärungen dar, die, vom Verfasser ungewollt, antisemitisches Verhalten dokumentieren.

Weitere relevante Quellen sind im Archiv der Gedenkstätte für die „Bonner Opfer des Nationalsozialismus“ – An der Synagoge e.V. erhalten. Das Archiv hat seine Bestände nach Personen organisiert, sodass abhängig von der einzelnen Akte Originaldokumente wie auch Schriftwechsel während der Jahre 1933 bis 1945 sowie Tagebuchaufzeichnungen, aber auch Zeitzeugenbefragungen und transkribierte Videointerviews aus den 1980er- und 1990er-Jahren, enthalten sein können. Insbesondere bei den Zeitzeugeninterviews muss beachtet werden, dass diese neben der subjektiven Erfahrung des Einzelnen und dessen Selbstkonstruktion auch vom retrospektiven Wissen des Geschehenen geprägt sind. Auch der Fragestil und die Gesprächsführung haben Einfluss auf die Qualität der Quelle. Deswegen sind

Zeitzeugeninterviews entsprechend kenntlich gemacht und wenn möglich mit dem aktuellen Forschungsstand und anderen Quellen abgeglichen worden.⁷⁴

Bei der Durchsicht der Bestände des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen – Abteilung Rheinland konnten für die vorliegende Forschungsarbeit nur wenige relevante Dokumente gefunden werden. In den Beständen der NSDAP-Kreisleitungen und Ortsgruppen, dem Polizeipräsidium Bonn und dem Amts- und Landgericht Bonn sind keine wesentlichen Informationen enthalten. Auch die Gestapo-Akten für Bonn sind nahezu gänzlich vernichtet worden. Als ertragreich haben sich hingegen die dort vorhandenen Gerichtsurteile erwiesen, die nach Kriegsende zu NS-Gewaltverbrechen gefällt wurden. Diese enthalten Aussagen zum Novemberpogrom in Bonn, antisemitische Handlungen von Bonnern, und auch ein Fall von Denunziation gegen eine Bonner Jüdin ist erfasst.

In den Arolsen Archives sind nur vereinzelt relevante Akten vorhanden. Einige wenige Einlieferungsbelege der Haftanstalt Bonn in über 4.500 Dokumenten sind für die Fragestellung maßgeblich. Diese betreffen hauptsächlich den Vorwurf der „Rassenschande“, liefern allerdings kaum weitergehende Informationen. Geringen Aussagewert haben auch die Suchanfragen bezüglich vermisster jüdischer Personen aus Bonn. Die Akten des Arolsen Archives wurden hauptsächlich herangezogen, um Dokumente aus anderen Archiven oder Zeitungsartikeln zu verifizieren bzw. diese zu ergänzen.

Ein Konvolut von Dokumenten unterschiedlichster Provenienz zu Bonn und der NS-Zeit existiert im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz. Auch hier ist der Beitrag zur vorliegenden Forschungsarbeit spärlich, wobei durch die aufgefundenen Akten bzw. Zeitungsartikel Schlaglichter auf verschiedene Aspekte der Exklusion der Bonner Juden geworfen werden konnten. Dokumentiert sind u. a. gewalttätige Ausschreitungen der Nationalsozialisten in den 1930er Jahren und ein Gerichtsurteil des Amtsgerichts Bonn wegen Beleidigung eines jüdischen Anwalts wie auch diskriminierende Schreiben der Universitätsleitung Bonn im Zuge des

⁷⁴ Mehr zu Oral History Abrams Lynn: Oral History Theory, New York 2010.

Arierparagraphens. Im Bundesarchiv, Außenstelle Ludwigsburg, befinden sich keine für Bonn relevanten Akten zur Strafverfolgung.⁷⁵

Ergänzend zur Archivforschung wurden zwei zeitgenössische Regionalzeitungen, der „General-Anzeiger für Bonn und Umgegend“⁷⁶ und der Lokalteil des „Westdeutschen Beobachters“ entlang antijüdischer Aktionen oder Zäsuren, wie beispielsweise dem Boykott vom 1. April 1933, den „Nürnberger Gesetzen“ oder dem Novemberpogrom ausgewertet.⁷⁷ Anhand vereinzelter Anzeigen und Artikel aus der Wochenzeitung „Der Stürmer“ konnten Anklagen und Verurteilungen wegen „Rassenschande“ in Bonn ermittelt werden. Darüber hinaus runden publizierte Lebenserinnerungen, Tagebücher und Aufzeichnungen jüdischer Bonner, wie beispielsweise von Margot Barnard, Arthur Samuel oder Otto Meyer die Quellenbasis ab.

Die Forschungsarbeit profitiert von der Vielzahl und Vielfältigkeit der Quellen. Durch die verschiedenen Textsorten die zum Teil zeitgenössisch, zum Teil mit zeitlichem Abstand entstanden sind, kann das Verhalten der Bonner Akteure aus unterschiedlichen Perspektiven nachvollzogen werden. Ihre Handlungen aber auch ihre Handlungsmöglichkeiten während der NS-Zeit werden sichtbar. Die Fragestellung der vorliegenden Forschungsarbeit, welche Akteure in welcher Form an der Herstellung der exkludierenden „Bonner Volksgemeinschaft“ beteiligt waren, kann aufgrund der dichten Quellenlage hinlänglich beantwortet werden. In diesem Zusammenhang muss allerdings auf einen problematischen Umstand hingewiesen werden. Dieser liegt in der Logik der nationalsozialistischen Judenverfolgung begründet und ist inhärent mit ihr verbunden. Durch die zunehmende Ausgrenzung der Juden aus der Gesellschaft verringerten sich auch die Interaktionsmöglichkeiten bzw. Überschneidungen im Alltag zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Bonnern. Dieser Umstand spiegelt sich auch in der Quellenlage wieder. Spätestens nach dem Novemberpogrom 1938 nimmt die Zahl der überlieferten Handlungen gegenüber

⁷⁵ Antwort des Bundesarchivs, Außenstelle Ludwigsburg auf eine Anfrage vom 23. April 2013.

⁷⁶ Der „General-Anzeiger für Bonn und Umgegend“ wird im Nachfolgenden als „General-Anzeiger Bonn“ abgekürzt. Zum „General-Anzeiger Bonn“ in der NS-Zeit siehe Helmut Heyer: Kultur in Bonn im Dritten Reich. Mit einem Beitrag von Karl Gutzmer (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn, Bd. 62), Bonn 2002, S. 245-246.

⁷⁷ Mehr zum „Westdeutschen Beobachter“ unter Kapitel 1.3.1.

Juden ab. Mit der Einweisung in die „Judenhäuser“ sind diese überwiegend, aber nicht ausschließlich auf die städtischen Akteure und NSDAP-Funktionäre beschränkt. Aber auch in diesem Sachverhalt liegt eine Erkenntnis: Die Bonner Juden waren ab 1939 deutlich von der Gesellschaft separiert und ab 1941 mit der Einweisung in das Arbeits- und Wohnlager „Kapellenstraße 6“ nahezu vollständig von ihr isoliert.

Auch die Bewertung der Handlungen und Handlungsmöglichkeiten an sich stellt eine Herausforderung dar. Retrospektiv lassen sich Verhaltensmuster und deren Auswirkungen auf die soziale Praxis vor Ort kritisch beurteilen und in die verschiedenen Phasen der Judenverfolgung einordnen. Aber nicht jedes Verhalten welches zur schrittweisen Exklusion der Bonner Juden beitrug, war offensichtlich diskriminierend oder gewalttätig. Es konnte auch aus scheinbar alltäglichen, teilweise nebensächlich oder unbedeutend wirkenden Handlungen bestehen, bei welchen die Akteure beispielsweise der Situation auswichen, sich entzogen, diese zuließen oder sich indifferent zeigten. Es stellt sich die Frage, inwieweit den Akteuren die Tragweite ihres Verhaltens bewusst war. Dieser Punkt ist aufgrund der Quellenlage und des Forschungsansatzes nur in Einzelfällen zu beantworten. Nichtsdestotrotz zeichnen sich auch durch diese Handlungen gesellschaftliche Muster ab, die die soziale Praxis vor Ort mitbeeinflussten. Auch aus diesem Grund müssen sie ernst genommen und im Kontext der Exklusion der Bonner Juden im Vergleich zu anderen Handlungsmöglichkeiten bewertet werden.

Vorgehen

Als Ausgangspunkt für die vorliegende Forschungsarbeit wird der Untersuchungsraum Bonn vor 1933 beschrieben. Neben einer Strukturanalyse der Stadt Bonn soll die Geschichte der jüdischen Gemeinde umrissen und ihre Einbindung in das gesellschaftliche Leben dargestellt werden. Die Entstehung nationalsozialistischer Strukturen, erste antisemitische Aktionen sowie das Wahlverhalten der Bonner bezüglich der NSDAP werden eigens besprochen. Nach diesen einführenden Erläuterungen sollen die Machtübernahme der Nationalsozialisten sowie die daraus resultierenden, veränderten politischen Rahmenbedingungen abgebildet werden.

Antisemitische Anordnungen wie der „Arierparagraph“ und exkludierende Handlungen von Bonner Akteuren gegenüber Juden waren die sichtbare Folge des Machtwechsels.

Mit der ersten großangelegten antijüdischen Aktion, dem Boykott vom 1. April 1933, waren die Bonner direkt aufgefordert, sich gegenüber den Juden zu positionieren. Die Beteiligung lokaler Akteure am Boykott, das Verhalten des „kaufenden Publikums“ und die Handlungen einzelner Bonner werden zunächst geschildert, um anschließend die Auswirkungen ihres Handelns unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten an diesem Tag zu diskutieren. Der 1. April 1933 stellte lediglich den Auftakt der wirtschaftlichen Ausgrenzung jüdischer Geschäftsinhaber dar. Die Eskalation der Boykottaufrufe seitens örtlicher Nationalsozialisten sowie antisemitische Agitationen führten zu einem Wandel des Kaufverhaltens der Bonner; im Fokus steht hier u. a. die veränderte Stoßrichtung der Propaganda, die sich nicht nur gegen Juden, sondern auch gegen das „kaufende Publikum“ richtete.

Die „Nürnberger Gesetze“ griffen direkt in die Beziehungen von Juden und Nicht-Juden ein. Zunächst werden Fälle von „Rassenschande“ in Bonn und die Folgen für die Betroffenen dargestellt. Danach werden Partnerschaften von Juden und Nicht-Juden betrachtet und das Handeln des nicht-jüdischen Partners unter dem zunehmenden gesetzlichen und gesellschaftlichen Druck aufgezeigt. Untersucht wird zudem, inwiefern sich das Verhalten der Bonner gegenüber Juden im öffentlichen Raum nach Erlass der „Nürnberger Gesetze“ änderte. Des Weiteren werden die Entlassungen der Juden in öffentlichen Einrichtungen thematisiert. Zuletzt soll die Rolle der städtischen Dienststellen bei der Durchführung und Umsetzung der antisemitischen Gesetze geklärt werden.

Der Novemberpogrom stellte einen Bruch in der antisemitischen Politik der Nationalsozialisten dar – er war die Wende hin zur offenen Gewalt gegen Juden. Der Ablauf des Pogroms in Bonn wird skizziert sowie die daran beteiligten Akteure ermittelt. Die „Selbstermächtigung“ vor Ort⁷⁸ soll hier anhand mehrerer Beispiele veranschaulicht werden. Auch das Verhalten der Bonner Gesellschaft am 10. November 1938 sowie die Auswirkung auf die soziale Praxis vor Ort werden erörtert.

⁷⁸ Vgl. Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 370-374.

Die anschließende vollständige Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben ist der nächste Gegenstand der Untersuchung; dabei werden die involvierten Dienststellen mit ihren Aufgabenbereichen angegeben, aber auch der Opportunismus von Bonnern sowie versuchte Vorteilsnahmen gegenüber Juden aufgezeigt.

Die Radikalisierung der nationalsozialistischen Judenverfolgung führte schließlich zur Separierung von Juden und Nicht-Juden. Ab 1939 wurden ein Teil der jüdischen Bonner in „Judenhäuser“ umgesiedelt, um im Jahr 1941 zusammen mit den restlichen Bonner Juden in das Arbeits- und Wohnlager „Kapellenstraße 6“ verlegt zu werden. Welche Rolle die kommunale Verwaltung und andere Bonner Akteure in diesem Zusammenhang spielten, wird dargestellt. Mit der Deportation der jüdischen Bonner und der Inbesitznahme ihrer zurückgelassenen Werte durch Bonner Akteure endet der Untersuchungszeitraum.

Die eingangs gestellten Leitfragen nach den beteiligten Akteuren an der sukzessiven Ausgrenzung der Bonner Juden, den verschiedenen Formen der Handlungen, welche zur Herstellung der „Bonner Volksgemeinschaft“ beitrugen und den existierenden Handlungsmöglichkeiten im nationalsozialistischen System werden in einem Fazit zusammengefasst und beantwortet.

1. Bonn vor der Herrschaft der Nationalsozialisten

„Daher alle die Ausreden: ‚Sehen Sie, ich bin ja menschlich durchaus Ihrer Ansicht‘ – daher die im tiefsten feige Verantwortungslosigkeit aller derer, die sich hinter ein Ressort verkriechen. Denn wer einem schlechtem System dient, kann sich nicht in gewissen heiklen Situationen damit herausreden, daß er ja ‚eigentlich‘ und ‚menschlich‘ nicht mitspiele ... Dient er? Dann trägt er einen Teil der Verantwortung.“

Kurt Tucholsky alias Ignaz Wrobl (1928)⁷⁹

Tucholsky thematisierte bereits Ende der 1920er Jahre einen Aspekt, der wesentlich für die vorliegende Forschungsarbeit ist: Das Handeln und die Handlungsmöglichkeiten des Einzelnen in einem politischen System und die mit dem gewählten Handeln einhergehende Verantwortung. Über Tucholskys Überlegung hinaus wird in den folgenden Kapiteln nicht alleine das Verhalten der staatlichen und städtischen Institutionen am Beispiel Bonns, sondern auch das der gesellschaftlichen Akteure betrachtet.

Als thematische Einführung sollen jedoch zunächst die Rahmenbedingungen für die örtlichen Akteure anhand des Bonner Milieus vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, wie auch die Stellung der jüdischen Gemeinde darin sowie die Entwicklung der örtlichen NSDAP vorgestellt werden.

1.1 Strukturanalyse der Stadt Bonn

Den äußeren Rahmen für die vorliegende Forschungsarbeit gibt das Stadtgebiet Bonn vor, in welchem die Bonner als *„Gruppe von Menschen verstanden [werden], die solche äußeren Lebensbedingungen und/oder inneren Haltungen aufweisen, aus denen sich gemeinsame Lebensstile herausbilden.“*⁸⁰ Dementsprechend bilden sie eine Brücke

⁷⁹ Kurt Tucholsky: Panter, Tiger & Co. Eine Auswahl aus seinen Schriften und Gedichten, hg. v. Mary Gerold-Tucholsky, Hamburg ⁵⁷2010, S. 212.

⁸⁰ Stefan Hradil: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen, Schichten zu Lagen und Milieus, Opladen 1987, S. 165.

zwischen der „*subjektiven Seite des Individuums und den objektiven Strukturen der äußeren Lebensbedingungen*“⁸¹ und fügen sich somit in die Logik des praxeologischen Ansatzes ein.

Die Termini Bonn bzw. Bonner⁸² beziehen sich in der vorliegenden Forschungsarbeit auf die heutige Ausdehnung des Stadtgebiets Bonn⁸³, worin die zur Zeit des Nationalsozialismus unabhängigen Gemeinden Bad Godesberg, Beuel und Duisdorf eingerechnet sind.⁸⁴ Sofern im Nachfolgenden von Bonn gesprochen wird, handelt es sich stets um den oben genannten Untersuchungsraum. Sollten sich Zahlen oder Ereignisse auf das Stadtgebiet von 1933-1945 beziehen, wird die Bezeichnung „alte Stadt Bonn“ verwendet.

Die seit 1887 kreisfreie alte Stadt Bonn war dem preußischen Regierungsbezirk Köln der Rheinprovinz zugehörig und unter nationalsozialistischer Herrschaft dem Gau Köln-Aachen zugeordnet.⁸⁵ 1933 lebten knapp 159.000 Menschen auf dem Gebiet des heutigen Bonns. Mit mehr als 90.000 Personen wohnte der Großteil in der alten Stadt Bonn selbst,⁸⁶ die damit kurz vor dem Übergang zur Großstadt stand und diesen Status mit über 100.000 Einwohnern im Jahr 1939 erreichte.⁸⁷

⁸¹ Peter Imbusch: Von Klassen und Schichten zu sozialen Lagen, Milieus und Lebensstilen - Von der Machtversessenheit zur Machtvergessenheit?, in: Peter Imbusch (Hg.): Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Theorien und Konzeptionen, Wiesbaden 1998, S. 275-299, hier S. 288.

⁸² Unter dem Begriff Bonner werden sowohl männliche wie auch weibliche BonnerInnen verstanden. Die Gleichstellung der Geschlechter ist trotz des Verzichts auf eine geschlechtergerechte Sprache in der vorliegenden Arbeit impliziert.

⁸³ Die Stadt Bonn im Jahr 2017.

⁸⁴ Bad Godesberg wurde 1935 und Beuel 1952 zur Stadt erhoben, bis sie am 1. August 1969 in Bonn eingemeindet wurden. Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 440. Ebenso Norbert Schloßmacher: Bonn (kreisfreie Stadt), http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/orte/ab1815/Kreisfreie_Staedte/Seiten/Bonn.aspx, gesehen am 1.7.2014. Einen knappen Überblick zur Geschichte Bad Godesberg findet sich in Sabine Harling: Einleitung. Ein Streifzug durch 400 Jahre Godesberger Geschichte, in: Bonner Geschichtswerkstatt (Hg.): „Wie herrlich duftet es hier nach Eau de Cologne!“. Bad Godesberg - ein historisches Lesebuch, Bonn 2008, S. 6-16.

⁸⁵ Vgl. Andrea Rönz: Regierungsbezirk Köln, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/orte/ab1815/Regierungsbezirke/Seiten/RegierungsbezirkK%C3%B6ln.aspx>, gesehen am 26.2.2013 und Horst Walraff: Gau Köln-Aachen, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/orte/ab1815/Nationalsozialistische%20Gau/Seiten/GauK%C3%B6ln-Aachen.aspx>, gesehen am 8.11.2014. Der Gau Köln-Aachen bestand aus den Regierungsbezirken Köln und Aachen, die dem Regierungspräsidenten in Köln unterstanden. Mehr zur Verwaltung und Aufbau der Gaue unter Armin Nolzen: Die Gaue als Verwaltungseinheiten der NSDAP. Entwicklungen und Tendenzen in der NS-Zeit, in: Jürgen John, Horst Möller, Thomas Schaarschmidt (Hg.): Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“, München 2007, S. 199-218.

⁸⁶ Die Einwohnerzahl 1933 setzte sich zusammen aus: Stadtkreis Bonn, Bad Godesberg, Beuel, Buschdorf, Duisdorf, Ippendorf, Lengsdorf, Lessenich, Röttgen, Holzlar und Oberkassel. Das heutige Stadtgebiet Bonn umfasst zusätzlich die Ortschaften Hoholz und Ückesdorf sowie Lannesdorf und

Anfang der 1930er Jahre repräsentierten die Katholiken mit nahezu 91 Prozent die Mehrheit der Bonner. In den 1870er Jahren war die alte Stadt Bonn zum Bischofssitz erhoben worden und die starke Stellung der katholischen Kirche prägte das Alltagsleben der Menschen. Dies manifestierte sich auch in deren Wahlverhalten: das Zentrum war bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten die tonangebende politische Partei.⁸⁸ Lediglich 8 Prozent der Bevölkerung waren Protestanten, die erste evangelische Gemeinde war 1816 gegründet worden.⁸⁹

Mit 1.268 Personen und einem Prozentsatz von ca. 0,8 der Bonner stellten die Juden⁹⁰ eine Minderheit dar; ihr Anteil in Bonn entsprach dem reichsweiten Durchschnitt.⁹¹ Sie waren ungleichmäßig auf die verschiedenen Bezirke verteilt, die meisten von ihnen – etwa 1.000 Personen – lebten in der alten Stadt Bonn, und hier wiederum in der Innenstadt.⁹² Bei ihnen handelte es sich um Bonner mosaischen

Mehlem (1935 wurden sie zu Stadtteilen von Bad Godesberg), die allerdings aufgrund der geringen Einwohnerzahl und Quellenlage vernachlässigt werden können. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 441.

⁸⁷ Als Großstadt gilt eine Stadt, die über 100.000 Einwohner zählt. Die alte Stadt Bonn erreichte diesen Status im Jahr 1939, was allerdings auch auf den Anteil der Wehrmachts- und Arbeitsdienstpflichtigen zurückzuführen war, die bei der Volkszählung von 1939 inkludiert worden waren. Siehe ebenda, S. 443. Zur Geschichte der Stadt Bonn und seinen Eingemeinden siehe auch Schloßmacher: Bonn (kreisfreie Stadt). Damit gliederte sich die alte Stadt Bonn in die Reihe von Städten wie Darmstadt, Dessau, Freiburg, Potsdam, Rostock, Wesermünde und Wilhelmshaven ein, in denen die Nationalsozialisten Eingemeindungen durchsetzten. Durch die Eingemeindungen von zum Teil erheblichen Umfangs bis 1939, überschritten diese Städte die Grenze von 100.000 Einwohnern und wurden damit statistisch gesehen zur Großstadt. Vgl. Horst Matzerath: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970, S. 336.

⁸⁸ Schloßmacher: Bonn (kreisfreie Stadt). Mehr zur katholischen Tradition und seiner starken Stellung über die Jahrhunderte hinweg siehe ebenda. Zu der katholischen Kirche im Rheinland und seiner Haltung gegenüber den Nationalsozialisten siehe Annette Mertens: Widerstand gegen das NS-Regime? Katholische Kirche und Katholiken im Rheinland 1933-1945, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/themen/Das%20Rheinland%20im%2020.%20Jahrhundert/Seiten/KatholischeKircheundKatholikenimRheinland1933%E2%88%921945.aspx>, gesehen am 25.5.2017.

⁸⁹ Stand 1925. Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 444. Vgl. Schloßmacher: Bonn (kreisfreie Stadt).

⁹⁰ Zur Geschichte der Juden in Bonn vor 1933 siehe ohne Anspruch auf Vollständigkeit Maria Arndt (Hg.): Unwiederbringlich vorbei. Geschichte und Kultur der Juden an Sieg und Rhein. Zehn Jahre Gedenkstätte Landjuden an der Sieg, Siegen 2005; Elfi Pracht: Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen. Regierungsbezirk Köln (Beiträge zu den Bau- und Kunstdenkmälern im Rheinland, Bd. 34.1), Köln 1997; Benno Reicher: Jüdische Geschichte und Kultur in NRW. Ein Handbuch, Essen 1983; Herbert Weffer: Die jüdischen Gemeinden im Bereich des heutigen Stadtkreises Bonn vor 1945, in: Heinrich Linn (Hrsg.), Juden an Rhein und Sieg, Siegburg 1983, hier S. 358-364.

⁹¹ Vgl. Jürgen W. Falter: Hitlers Wähler, München 1991, S. 169.

⁹² 1933 lebten in der alten Stadt Bonn 1.011, in Bad Godesberg 122 und in Beuel 135 Juden. Vgl. Pracht: Jüdisches Kulturerbe, S. 468. Manfred van Rey: Jüdisches Leben in Bonn, in: Claudia Maria Arndt (Hg.): Unwiederbringlich vorbei. Geschichte und Kultur der Juden an Sieg und Rhein, Siegburg 2005, S. 218-237, hier S. 225.

Glaubens. Nicht eingerechnet sind die Menschen, die, obwohl sie nicht der jüdischen Gemeinde angehörten, aufgrund der antisemitischen Gesetzgebung der nationalsozialistischen Regierung als Juden verfolgt wurden, definiert ab September 1935 durch die „Nürnberger Gesetze“.

Jüdische Familien sind in Bonn erstmals gegen Ende des 11. Jahrhunderts nachgewiesen. Über die folgenden Jahrzehnte hinweg wurde die Gemeinde immer wieder durch Pogrome dezimiert, um schließlich während der „Pestpogrome“ in den Jahren 1348/49 vollständig ausgelöscht zu werden. Eine erneute Ansiedlung von Juden ist erst wieder zu Beginn des 15. Jahrhunderts belegt, seit diesem Zeitpunkt existierte durchgängig eine jüdische Gemeinde in Bonn. Unter Kurfürst Joseph Clemens wurden die Bonner Juden ab 1715 gettoisiert.⁹³ Ab 1815 war Bonn Preußen zugehörig, 1854 teilte die zuständige Bezirksregierung in Köln die jüdische Gemeinde auf dem heutigen Stadtgebiet Bonn in einen Synagogenbezirk ein: Dieser war untergliedert in die vier Spezialgemeinden Bonn, Poppelsdorf, Godesberg und Villich.⁹⁴ Ab diesem Zeitpunkt wuchs die Gemeinde bis Anfang des 20. Jahrhunderts stetig. So erhöhte sich die Zahl der Juden in Bonn von 747 Personen im Jahr 1828 auf 987 im Jahr 1871 und erreichte ihren Höchststand mit 1.503 Mitgliedern im Jahr 1905.⁹⁵

Mit der fortschreitenden bürgerlichen Emanzipation der Juden⁹⁶ und ihrer Akkulturation entwickelte sich ab Mitte des 19. Jahrhunderts in der alten Stadt Bonn eine wohlhabende jüdische Gemeinde;⁹⁷ diese folgte mehrheitlich den Lehren der

⁹³ Vgl. Klaus-Dieter Alicke: Lexikon der jüdischen Gemeinden im deutschen Sprachraum, Bd. 1 Aach-Groß Biberach, Gütersloh 2008, S. 23-146. Ein Überblick zur jüdischen Geschichte in Deutschland findet sich in Arno Herzig: Jüdische Geschichte in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1997, speziell S. 23-146.

⁹⁴ Villich gehörte zum heutigen Beuel. Mehr zur jüdischen Gemeinde vor Mitte des 19. Jahrhundert findet sich u. a. in van Rey: Jüdisches Leben in Bonn, S. 218-224 und in Leah Rauhut-Brungs, Gabriele Wasser, Peter Hodde (Hg.): Stadtrundgang durch Bonns jüdische Geschichte. „Alef-puff, Beis-puff. Hört er noch nich uff“?, Egling an der Paar 2001, insbesondere S. 53-60.

⁹⁵ Vgl. Pracht: Jüdisches Kulturerbe, S. 468. Siehe auch Heinrich Linn: Juden an Rhein und Sieg, Siegburg 1983, S. 110-112 und S. 360-364.

⁹⁶ „Emanzipation“ wird in Bezug auf die Juden als einmaliger Akt der rechtlichen Gleichstellung verstanden, aber auch als ein Prozess der Erweiterung des persönlichen Rechts und der Freiheit von Juden. Vgl. Reinhard Rürup: Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 15) Göttingen 1975, S. 130-131 und allgemein hierzu S. 11-37. Ebenso dazu Herzig: Jüdische Geschichte in Deutschland, S. 153-186 und einen guten Überblick gibt Shulamit Volkov: Die Juden in Deutschland 1780-1918 (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 16), München 1994.

⁹⁷ Vgl. Linn: Juden an Rhein und Sieg, S. 97. Siehe über die Berufswahl von Juden auch Otto Dann: Die Bonner Juden und die akademischen Berufe, in: Bonner Geschichtsblätter 37 (1985), S. 139-142.

jüdischen Aufklärung (Haskalah), war liberal eingestellt und bemühte sich durch eine Öffnung gegenüber der christlichen Mehrheit, Anschluss an die Gesellschaft zu finden.⁹⁸ Die in den ländlich geprägten Gebieten Godesberg und Villich (das spätere Beuel) lebenden Juden, blieben eher der orthodoxen Form ihres Glaubens treu.⁹⁹ Einhergehend mit dem Wandel des Judentums und ihrer verbesserten rechtlichen Lage kam es zu vermehrten Austritten aus der jüdischen Gemeinde und zu Konversionen zur christlichen Religion.¹⁰⁰ Auch fanden gelegentlich Eheschließungen zwischen Juden und Nicht-Juden statt, wobei meistens der jüdische Partner die Konfession wechselte.¹⁰¹

In den kommenden Jahrzehnten näherten sich die Lebenswelten der Religionen sukzessive an. Juden nahmen im gesellschaftlichen Leben Bonns eine immer bedeutendere Rolle ein. Äußeres Zeichen hierfür war beispielsweise der Neubau von Synagogen in Bonn: Am 31. Januar 1879 wurde in einem großen Festakt die Eröffnung der neuen Synagoge am Rheinufer der alten Stadt Bonn zelebriert. Das Gebäude orientalischen Stils war geprägt von dem Wunsch und dem Selbstverständnis der jüdischen Gemeinde, ein neues, zeitgemäßes und repräsentatives Gebäude innerhalb des Stadtbildes zu erhalten. Obgleich Großteils von der jüdischen Gemeinde und Spendern finanziert, beteiligte sich auch die alte Stadt Bonn mit einem Zuschuss.¹⁰² Anwesend waren zahlreiche prominente Bonner, so u. a. der damalige Oberbürgermeister und die drei Lokalzeitungen „Bonner Zeitung“, „Deutsche Reichszeitung“ und der „General-Anzeiger Bonn“. Alle drei berichteten ausführlich über das Gotteshaus und die anschließenden Feierlichkeiten.¹⁰³ Ähnliche

⁹⁸ Die jüdische Gemeinde in der alten Stadt Bonn war geprägt durch ihren hohen Anteil an Akademikern und wohlhabenden, aus ehemaligen Hoffaktoren hervorgegangenen Familien. Siehe Linn: Juden an Rhein und Sieg, S. 110. Mehr zur Integration der Juden in der Gesellschaft und dem Begriff der „Assimilation“ findet sich u. a. in Konrad Schilling: Monumenta Judaica Handbuch. 2000 Jahre Geschichte und Kultur der Juden am Rhein, Köln 1964, S. 315-326. Mehr zur jüdischen Haskalah u. a. in: Shmuel Feiner: Haskala - Jüdische Aufklärung. Geschichte einer kulturellen Revolution. Aus dem Hebräischen übersetzt von Anne Birkenhauer, Hildesheim/Zürich/New York 2007; Christoph Schulte: Die jüdische Aufklärung. Philosophie, Religion und Geschichte, München 2002.

⁹⁹ Vgl. van Rey: Jüdisches Leben in Bonn, S. 223-234. Zur Geschichte der Synagogengemeinde in Bad Godesberg siehe Rolf Eilers: Die Synagogengemeinde Godesberg-Mehlem, in: Godesberger Heimatblätter 6 (1968), S. 35-56.

¹⁰⁰ Vgl. Sigrid Lekebusch: Not und Verfolgung der Christen jüdischer Herkunft im Rheinland 1933-1945. Darstellung und Dokumentation, Köln 1995, S. 29.

¹⁰¹ Vgl. Stang: „...keine Todesfälle von Einwohnern jüdischen Glaubens“, S. 159-160.

¹⁰² Mehr zur Geschichte der Synagoge findet sich in Pracht: Jüdisches Kulturerbe, S. 471-474.

¹⁰³ Vgl. Mehmel, u.a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 15 und ebenda, S. 474.

Aufmerksamkeit erfuhr auch die Einweihung der neuen Synagoge in Beuel ein knappes Vierteljahrhundert später. So schilderte der „General-Anzeiger Bonn“ am 29. August 1903, dass zahlreiche Vertreter anderer Konfessionen, städtische Institutionen und zehn lokale Vereine an dem Festakt teilnahmen. Der Artikel schloss mit den Worten:

*„Angefügt sei, daß die Bevölkerung nicht nur durch ihre Beteiligung am Festzug, sondern auch durch Flaggenschmuck ihr Interesse an der Feier ihrer jüdischen Mitbürger bekundete.“*¹⁰⁴

Noch zum 25-jährigen Jubiläum des Bestehens der Beueler Synagoge im Jahr 1928 berichtete der „General-Anzeiger Bonn“ in einem ausführlichen Artikel über das Ereignis und betonte das *„gute Einvernehmen, das zwischen den einzelnen Konfessionen und der jüdischen Gemeinde bestehe.“*¹⁰⁵ Die zunehmende Akzeptanz der Juden in der Bonner Gesellschaft spiegelte sich auch in der Repräsentanz jüdischer Gelehrter an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität wieder. So lehrten dort der Rabbiner Dr. Ludwig Philippson, der Philologe Jakob Berneys oder der Physiker Heinrich Hertz, um nur einige der Gelehrten anzuführen. Auch bildete sich eine jüdische Studentenverbindung an der Universität.¹⁰⁶

Ein weiteres Beispiel für die zunehmende Integration der jüdischen Bonner in der Gesellschaft war ihre Beteiligung an den Kriegen, so auch am Ersten Weltkrieg; wie viele andere Deutsche zogen sie aus Vaterlandsliebe freiwillig in den Krieg. 20 von ihnen kehrten nicht nach Bonn zurück.¹⁰⁷ Der „Jüdische Bote am Rhein“ berichtete am 15. Oktober 1919 über die gefallenen jüdische Soldaten und sie wurden durch eine Marmortafel in der Synagoge sowie am Bonner Friedhof geehrt. Auch schlossen sich nach Ende des Ersten Weltkriegs jüdische Kriegsteilnehmer aus Bonn in einer

¹⁰⁴ Abgedruckt in Rauhut-Brungs u. a. (Hg.): Stadtrundgang durch Bonns jüdische Geschichte, S. 86.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 86. Ein Jahr zuvor war auch in Poppelsdorf eine neue Synagoge erbaut worden. Vgl. van Rey: Jüdisches Leben in Bonn, S. 224.

¹⁰⁶ Vgl. van Rey: Jüdisches Leben in Bonn, S. 224 und Linn: Juden an Rhein und Sieg, S. 132. Allgemein zur Rolle der Juden an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität siehe u. a. Max Braubach: Jüdischer Anteil an der Bonner Gelehrsamkeit, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 32 (1968), S. 402-418. Helga Fremerey-Dohna, Renate Schoene: Jüdisches Geistesleben in Bonn 1786-1945. Eine Bibliographie (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn, Bd. 37), Bonn 1985.

¹⁰⁷ Vgl. Manfred van Rey: Unveröffentlichtes Manuskript: Zur Vernichtung der Juden in Bonn. Zusammenfassung des Kenntnisstandes, S. 9.

Ortsgruppe des „Reichsbunds Jüdischer Frontsoldaten“ zusammen, der deutsch-national gesonnen war. Gesellschaftliche Anerkennung für ihren Einsatz erfuhren die Juden vom Beueler Bürgermeister, als sie zur Einweihung des Ehrenmals für die gefallenen Beueler Bürger 1927 eingeladen wurden und sich auch am Festzug beteiligten.¹⁰⁸

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass viele der jüdischen Familien in Bonn alteingesessen waren, am gesellschaftliche Leben teilnahmen und ihren kulturellen Beitrag leisteten. Obgleich sie eine Minderheit darstellten, waren sie vom Gros der Bonner akzeptiert. Dennoch blühte mit der zunehmenden Gleichstellung der Juden auch in Bonn eine neue Form des Antijudaismus auf: der moderne Antisemitismus.

„Der Antisemitismus richtete sich in erster Linie gegen die Integration der Juden in der Gesellschaft, und er verdichtete alle Unterstellungen und Gerüchte zum Wahnbild einer allumfassenden Verschwörung. [...] Er äußerte sich in einer spezifischen Sprache und in konkreten Sprechakten ebenso wie in der sozialen Praxis und in performativen Akten, er kam in offenen Handlungen ebenso zum Ausdruck wie in nonverbalen Vorbehalten.“¹⁰⁹

Mehr zu antisemitischen Handlungen in Bonn, insbesondere in den Jahren vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten findet sich ausführlicher in Abschnitt 1.3.2.

Für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung Bonns ab 1815 waren mehrere Faktoren ausschlaggebend. Die Wiederbegründung der Rheinischen Friedrichs-Wilhelms-Universität im Jahr 1818 war für die Stadt von entscheidender Bedeutung und zog über die Jahrzehnte bedeutende Wissenschaftler an. Über seine Grenzen hinaus war die alte Stadt Bonn bekannt durch sein seit 1845 jährlich stattfindendes Beethovenfest. Eine wirtschaftliche Weichenstellung war die Entscheidung der Bonner Kommunalpolitik Mitte des 19. Jahrhunderts, sich auf den Tourismus – Stichwort „Rheinromantik“ – zu konzentrieren und sich gegen eine vermehrte Ansiedlung von

¹⁰⁸ Vgl. Rauhut-Brungs u. a. (Hg.): Stadtrundgang durch Bonns jüdische Geschichte, S. 13-14.

¹⁰⁹ Ulrich Wyrwa: Moderner Antisemitismus, in: Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3, Berlin/New York 2010, S. 209-213, hier S. 213.

Industrie auszusprechen. Ein weiterer Schritt für die städtische Entwicklung Bonns stellte der Bau der ersten Rheinbrücke von der alten Stadt Bonn nach Beuel im Jahr 1898 dar. Durch sie war eine direkte Verbindung zwischen der Universitätsstadt und dem industriell geprägten Vorort geschaffen worden.¹¹⁰

Nach Ende des Ersten Weltkriegs verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage der alten Stadt Bonn, die wegen ihrer hohen Erträge aus der Einkommenssteuer bis 1914 als reich gegolten hatte. Um die Einnahmen der Kommune zu verbessern und Arbeitsplätze zu schaffen, bemühte sich die Stadtverwaltung ab Mitte der 1920er Jahre um neue Impulse: Zu diesem Zweck wurde ein Industriegelände im Norden der Stadt geschaffen, indem sich einige Unternehmen ansiedelten: so u. a. die Koksvertriebs GmbH, die Vereinigten Leichtmetallwerke GmbH, die Firma Soennecken und die Keramikwerke. Zudem wurde der Fremdenverkehr verstärkt gefördert.¹¹¹ Betrachtet man die verschiedenen Wirtschaftszweige im Jahr 1925¹¹² waren die meisten Bonner in Industrie und Handwerk (34,0 Prozent) sowie im Handel und Verkehr (22,4 Prozent) beschäftigt.¹¹³ Beim Vergleich der Erwerbsstruktur der alten Stadt Bonn mit komparablen Städten¹¹⁴ lassen sich folgende Charakteristika herausarbeiten: Die Stadt hatte einen Rentneranteil, der über dem Doppelten des Reichsdurchschnitts lag und auch der Prozentsatz der häuslich Bediensteten war verhältnismäßig hoch, was auf den relativen Wohlstand des Bonner Bürgertums zurückzuführen war. Der Anteil der Beschäftigten in Industrie und Handwerk lag um 11 Prozent unter dem Durchschnitt deutscher Großstädte.¹¹⁵

Bei der Volkszählung von 1925 wurde auch die soziale Struktur der Bevölkerung erfasst, wobei dies allerdings anhand des formalen und vereinfachten Kriteriums der

¹¹⁰ Vgl. Schloßmacher: Bonn (kreisfreie Stadt).

¹¹¹ Vgl. Edith Ennen, Dietrich Höroldt: Vom Römerkastell zur Bundeshauptstadt. Kleine Geschichte der Stadt Bonn, Bonn 1968, S. 248. Eine detaillierte Beschreibung der Wirtschaftsentwicklung der Stadt Bonn findet sich in Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 552-571.

¹¹² Anhand der Volkszählungsergebnisse von 1925 ergeben sich Erkenntnisse über die berufliche Gliederung der Bonner Bevölkerung. Vgl. Victor Haag: Politische Wahlen in Bonn 1919-1933 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn, Bd. 44), Bonn 1989, S. 30.

¹¹³ Haag: Politische Wahlen in Bonn 1919-1933, S. 39-40. Erwerbstätig waren in der Verwaltung, 7,3 Prozent, im Gesundheitswesen 4,6 Prozent, in der Landwirtschaft 2,9 Prozent und als Hausangestellte 8,5 Prozent. 20,3 Prozent waren im Sinne der Volkszählungssystematik ohne Beruf, aber Rentner bzw. Pensionäre.

¹¹⁴ Zur Erhöhung der Aussagekraft der Zahlen wurden von Haag andere Großstädte herangezogen, obgleich Bonn diesen Status erst 1939 erlangte.

¹¹⁵ Vgl. Haag: Politische Wahlen in Bonn, S. 40-41.

beruflichen Stellung geschah.¹¹⁶ Außer Acht gelassen wurden Merkmale wie Einkommen, Bildungsgrad oder Sozialprestige. Für die alte Stadt Bonn ergab sich folgendes Bild: Den größten Anteil der Erwerbstätigen stellten die Arbeiter (41,1 Prozent), gefolgt von Beamten und Angestellten (27,8 Prozent) sowie Selbständigen (17,6 Prozent).¹¹⁷ Bad Godesberg hatte eine ähnliche Verteilung der Erwerbstätigen, wobei der Anteil der Beamten und Angestellten (22,6 Prozent) geringer war.¹¹⁸ Auch in Beuel waren im Gegensatz zur alten Stadt Bonn weniger Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigt (19,9 Prozent), dafür war der Anteil an Arbeitern signifikant höher (55,4 Prozent).¹¹⁹

Die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise¹²⁰ ließ die Zahl der Arbeitslosen in den Jahren 1929 bis 1933 auf ein immer höheres Niveau ansteigen. Im Juni 1933 lag die Arbeitslosenquote in der alten Stadt Bonn bei 21,7 Prozent. Die höchste Erwerbslosigkeit herrschte unter den Arbeitern (40,0 Prozent). In Bad Godesberg und Beuel lag der Anteil der Arbeitslosen bei 17,5 Prozent bzw. 24,4 Prozent.¹²¹ Jeder vierte Arbeitslose (26,6 Prozent) der alten Stadt Bonn war auf die Unterstützung des Wohlfahrtsamts angewiesen.¹²² Dies hatte zur Folge, dass der Zuschuss der Stadt an den Sozialleistungen von 2,6 Millionen Reichsmark 1927 auf 5,0 Millionen Reichsmark

¹¹⁶ Zudem wurden aufgrund des oben genannten Rasters nur die Erwerbstätigen berücksichtigt.

¹¹⁷ Der Rest der Arbeitnehmer setzte sich aus Hausangestellten (9,2 Prozent) sowie mithelfende Familienangehörige (4,3 Prozent) zusammen. Die Verteilung entsprach grob dem Durchschnitt von Rheinprovinz und Reich. Lediglich die Zahl der Beamten/Angestellten war in Bonn höher, weil entsprechende Arbeitsplätze vorwiegend in Städten zu finden waren. Vgl. Haag: Politische Wahlen in Bonn, S. 42-43. Hierzu auch Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 446.

¹¹⁸ Weitere Berufsgruppen in Bad Godesberg: Arbeiter (43,3 Prozent), Selbstständige (17,9 Prozent), Hausangestellte (10,5 Prozent) und mithelfende Familienangehörige (5,1 Prozent). Vgl. ebenda.

¹¹⁹ Weitere Berufsgruppen Beuel: Selbstständige (14,4 Prozent), Hausangestellte (4,1 Prozent) und mithelfende Familienangehörige (6,2 Prozent). Vgl. ebenda.

¹²⁰ Ein guter Überblick über die Wirtschaftskrise und ihre Folgen in rheinischen Großstädten findet sich in Lothar Weiß: Die rheinischen Großstädte während der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 (Teil I – Rahmenbedingungen und Ausgangslage vor der Krise), <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/themen/Das%20Rheinland%20im%2020.%20Jahrhundert/Seiten/WeltwirtschaftskriseRahmenbedingungen.aspx>, gesehen am 2.1.2014 und Lothar Weiß: Die rheinischen Großstädte während der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 (Teil II – Verlauf der Weltwirtschaftskrise), <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/themen/Das%20Rheinland%20im%2020.%20Jahrhundert/Seiten/WeltwirtschaftskriseVerlauf.aspx>, gesehen am 2.1.2014. Spezifisch für Bonn siehe Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 552-555.

¹²¹ Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 555. Die Ortschaften Holzlar, Hoholz und das Amt Oberkassel gehörten 1933 noch nicht zu Beuel. Die Eingemeindungen fanden erst 1969 statt. Auch Lannesdorf und Mehlem wurden erst 1935 Stadtteile von Bad Godesberg. Mehr zur wirtschaftlichen Entwicklung findet sich ebenda, S. 444-447.

¹²² Vgl. Haag: Politische Wahlen in Bonn, S. 44-46. Siehe auch Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 506-507.

1932 anstieg, während gleichzeitig die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sanken. Die städtischen Schulden wuchsen auf über 40 Millionen Reichsmark an.¹²³

Die Krise führte in Bonn wie auch im restlichen Reich zu verstärkter Unzufriedenheit, sozialen Spannungen und einer gesellschaftlichen Radikalisierung, die mit einer Häufung politisch motivierter Gewalttaten im öffentlichen Raum einherging¹²⁴: seit 1930 kam es vermehrt zu handgreiflichen Auseinandersetzungen bis hin zu Schießereien zwischen den Anhängern der Parteien – hauptsächlich beteiligt waren Anhänger der Nationalsozialisten sowie der Kommunisten.¹²⁵ So fasste die Bonner Polizei für den Reichstagswahlkampf im August und September 1930 in einem Bericht zusammen:

*„Der Wahlkampf ist diesmal wie im ganzen Deutschen Reich auch in Bonn in erheblich schärferen Formen durchgeführt worden als früher. Man bekämpfte sich teilweise nicht nur mit geistigen Waffen, sondern versuchte durch Gewalttätigkeiten seine politische Meinung durchzusetzen.“*¹²⁶

Diese Form der politischen Gewalt bezeichnet Dirk Schumann als „Versammlungskleinkrieg“, dessen Ziel nicht die physische Ausschaltung des politischen Gegners war, sondern vielmehr *„ging [es] darum, Terrain für sich zu reklamieren und behalten und damit den eigenen Machtanspruch deutlich zu machen.“*¹²⁷ Die nationalsozialistische Gewalt häufte sich in den Wahlkämpfen ab 1930

¹²³ Vgl. Karl Gutzmer (Hg.): Chronik der Stadt Bonn, Dortmund 1988, S. 176. Gewerbesteueraufkommen der alten Stadt Bonn: 1,8 Millionen RM (1930); 1,28 Millionen RM (1931); 0,98 Millionen RM (1932).

¹²⁴ Vgl. Ennen u. a.: Vom Römerkastell zur Bundeshauptstadt, S. 256. Siehe auch Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 513. Allgemein zur Krise in der Weimarer Republik ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Dieter Gessner: Die Weimarer Republik, Darmstadt 2002; Peter Longerich: Deutschland 1918-1933. Die Weimarer Republik. Handbuch zur Geschichte, Hannover 1995; Andreas Wirsching: Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2000.

¹²⁵ Vgl. Ennen u. a.: Vom Römerkastell zur Bundeshauptstadt, S. 256. Siehe auch Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 513.

¹²⁶ Abgedruckt in Horst-Pierre Bothien: Das braune Bonn: Personen und Ereignisse (1925-1939) mit zwei Beiträgen von Sebastian Klein, Bonn 2005, S. 23.

¹²⁷ Dirk Schumann: Gewalt als Methode der nationalsozialistischen Machteroberung, in: Andreas Wirsching (Hg.): Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte 9), Göttingen 2009, S. 135-156, hier S. 140.

und spielte eine Schlüsselrolle bei der nationalsozialistischen Machteroberung.¹²⁸ In diesem Klima der politischen Unruhen gelang es den Nationalsozialisten in Bonn, sich als Partei zu etablieren.¹²⁹

1.2 Aufstieg der NSDAP in Bonn anhand biographischer Skizzen

Die Ortsgruppen stellten als unterste Ebene der Partei das Fundament der NSDAP dar und waren, je nach Größe des Gebiets, für einen Stadtteil oder eine bzw. mehrere Gemeinden zuständig.¹³⁰ Bis zur Machtübernahme bestand ihre Aufgabe vornehmlich in der Organisation von Veranstaltungen und Mitgliederversammlungen. Zudem waren sie dafür zuständig, die nationalsozialistische Propaganda vor Ort zu verbreiten.¹³¹

Eine lokale Ortsgruppe der NSDAP hatte sich in Beuel nachweislich 1925 gebildet,¹³² der eigenen Darstellung zufolge war der März 1925 der Gründungsmonat. Erstmals offiziell erwähnt wurde die Ortsgruppe im Dezember desselben Jahres im „Westdeutschen Beobachter“.¹³³ Mitgliedszahlen sind ab 1926 belegt. Nach einem

¹²⁸ Vgl. ebenda, S. 135.

¹²⁹ Siehe allgemein hierzu Jürgen W. Falter: Die Wahlen des Jahres 1932/33 und der Aufstieg totalitärer Parteien, in: Eberhard Holtmann (Hg.): Die Weimarer Republik. Das Ende der Demokratie, Bd. 3, München 1995, S. 271-313, hier S. 271-281. Einen grundsätzlichen Überblick mit Verweisen auf die historische Forschung zur Weimarer Republik findet sich in Eberhard Kolb: Die Weimarer Republik (Grundriss der Geschichte, Bd. 16), München 2009. Zu den strukturellen Bedingungen und politischen Prozessen der Weimarer Republik bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten siehe Detlef Peukert: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt am Main 1987 sowie Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949 (Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4), München 2003, S. 231-600. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Krise der Weimarer Republik und der etablierten Forschungsmeinung findet sich in Moritz Föllmer, Rüdiger Graf (Hg.): Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt am Main 2005.

¹³⁰ Grundsätzlich zur Geschichte und dem Aufbau der NSDAP: Wolfgang Benz (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009.

¹³¹ Vgl. Armin Nolzen: „Totaler Antisemitismus“. Die Gewalt der NSDAP gegen die Juden, 1933-1938/39, in: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hg.): „Volksgemeinschaft“: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich“? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn 2012, S. 179-199, hier S. 183. Allgemein zur Entwicklung der NSDAP Ortsgruppen siehe Carl-Wilhelm Reibel: Das Fundament der Diktatur: Die NSDAP-Ortsgruppen 1932-1945, Paderborn 2002, S. 29-67.

¹³² Vgl. Erhard Stang: „...scheinbar auf dem Aussterbeetat“. Aus den Anfangsjahren der Beueler NSDAP, in: Bonner Geschichtswerkstatt (Hg.): Die Beueler Seite ist nun einmal die Sonnenseite..., Bonn 1996, S. 75-80, hier S. 75.

¹³³ Vgl. Bothien: Das braune Bonn, S. 14. Zur Frühphase der NSDAP in Bonn siehe ebenda, S. 14-18.

internen Polizeivermerk bestand die Bonner Ortsgruppe aus circa 25 Mitgliedern.¹³⁴ Mitte 1926 informierte sie in einer Veranstaltung über die Ziele der NSDAP, wobei Juden explizit der Zutritt verwehrt wurde. Die antisemitische Grundhaltung der Partei bestätigte die Ortsgruppe erneut Anfang 1927, als Juden wiederum durch ein Veranstaltungsplakat der Einlass untersagt wurde; bei eben dieser öffentlichen Versammlung in Beuel polemisierte der Redner vor ungefähr 40 Personen über den „Juden- und Schieberstaat Deutschland“.¹³⁵

Als politische Größe etablierte sich die NSDAP in Bonn ab 1929, wo sie bei den Kommunalwahlen im November 1929 15,4 Prozent der Wählerstimmen in der alten Stadt Bonn erreichte. Sie avancierte damit von einer Splitterpartei zur zweitstärksten Fraktion im Stadtrat. Mehr über die Hintergründe der Wahl finden sich in Abschnitt 1.4.¹³⁶ Ab 1930 bestätigte sich der reichsweite Trend und die Bonner NSDAP fand mehr und mehr Zulauf.¹³⁷ So ging aus einem Bericht des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an den preußischen Minister des Innern vom Mai 1930 hervor, dass sich die NSDAP auch in der Rheinprovinz ungewöhnlich schnell verbreitete und eine rege Werbe- und Versammlungstätigkeit zu beobachten sei. Für den Berichtsmonat war beispielsweise eine Kundgebung mit Joseph Goebbels in Bonn anberaumt.¹³⁸ Einhergehend mit den zunehmenden Erfolgen bei den Wahlen und ihrer Etablierung als ernstzunehmende politische Kraft verdoppelte sich die Zahl der Parteimitglieder in Bonn von 1.509 im Frühjahr 1930 auf 3.073 Anfang 1932.¹³⁹ Im Juni 1932 wurden als Kreisleiter für Bonn-Stadt, Felix Hausmann, und für Bonn-Land der spätere Oberbürgermeister der alten

¹³⁴ Ulrich Josten: Preußische Polizei und NS-Machtergreifung - das Beispiel Bonn, in: Jürgen Frölich, Esther-Beate Körber, Michael Rohrschneider (Hg.): Preußen und Preußentum vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Beiträge des Kolloquiums aus Anlaß des 65. Geburtstags von Ernst Opgenoorth am 12.2.2001, Berlin 2002, S. 179-197, hier S. 188.

¹³⁵ Erhard Stang: „...scheinbar auf dem Aussterbeetat“, hier S. 76 und ebenso Bothien: Das braune Bonn, S. 14-15.

¹³⁶ Bothien: Das braune Bonn, S. 18-19.

¹³⁷ Lag die reichsweite Mitgliederzahl der NSDAP Ende 1925 bei 27.000 stieg sie auf über 130.000 im September 1930. Vgl. Wolfgang Benz: Einleitung: Die NSDAP und ihre Mitglieder, in: Wolfgang Benz (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 7-19, hier S. 12.

¹³⁸ Vgl. Franz Josef Heyen: Nationalsozialismus im Alltag. Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus vornehmlich im Raum Mainz-Koblenz-Trier, Boppard am Rhein 1967, S. 29-33.

¹³⁹ Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 515.

Stadt Bonn, Ludwig Rickert, ernannt.¹⁴⁰ Über die Jahre führte der kontinuierliche Mitgliederzuwachs bis zu Beginn des Zweiten Weltkriegs zur Bildung weiterer Ortsgruppen, so dass 1939 über 30 Ortsgruppen mit dazugehörigen Parteidienststellen im NSDAP-Kreis Bonn (Stadt und Land) bestanden.¹⁴¹

Eine wichtige Säule der NSDAP mit paramilitärischer Funktion war die Sturmabteilung (SA).¹⁴² Die Bonner SA ist erstmals für den Januar 1928 belegt.¹⁴³ Aufgrund steigender Mitgliederzahlen nach den Wahlerfolgen von 1932 und der dadurch bedingten Reorganisation benannte sie sich, in Anlehnung an das in Bonn stationierte Infanterieregiment 160, in SA-Standarte 160 um. Sie setzte sich aus drei Sturmbannen zusammen, jeweils einen für Bonn, den Siegbereich und Euskirchen. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Bonner SA-Sturm ungefähr 530 Mitglieder, deren Anzahl bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten auf rund 800 Personen anwuchs.¹⁴⁴

Im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1929 eskalierte die Gewalt in Bonn, was dazu führte, dass während des Jahres 1930 von 32 Wahlversammlungen 15 durch die Polizei beendet werden mussten. Höhepunkt der Konfrontationen war der Tod des SA-

¹⁴⁰ Vgl. Bothien: Das braune Bonn, S. 32. Mehr zu Felix Hausmann siehe ebenda, S. 49-51 und Rickert ebenda, S. 43-49.

¹⁴¹ Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 515 und 548. Die Quellenlage lässt keine qualitative Analyse der NSDAP-Mitgliedschaft für Bonn zu. Vgl. ebenda, S. 548.
Die einzelnen Ortsgruppen des NSDAP Kreises-Bonn (Stand 1939) waren: 1. OG Alfter; 2. OG Alt-Godesberg; 3. OG Beuel-Stadt; 4. OG Beuel-Rheindorf; 5. OG Beuel-Land; 6. OG Bonn-Arndt; 7. OG Bonn-Beethoven; 8. OG Bonn-Dottendorf; 9. OG Bonn-Dransdorf; 10. OG Bonn-Graurheindorf; 11. OG Bonn-Endenich; 12. OG Bonn-Gronau; 13. OG Bonn-Kessenich Ost; 14. OG Bonn-Kessenich-West; 15. OG Bonn-Poppelsdorf-Ost; 16. OG Bonn-Poppelsdorf-West; 17. OG Bonn-Schänzchen; 18. OG Bonn-Schlageterplatz; 19. OG Bonn-Schumann; 20. OG Bonn-Tannenbusch; 21. OG Bonn-Windmühle; 22. OG Bornheim; 23. OG Duisdorf; 24. OG Godesberg-Friesdorf; 25. OG Godesberg-Plittersdorf; 26. OG Godesberg-Rüngsdorf; 27. OG Heimerzheim; 28. OG Hersel; 29. OG Meckenheim; 30. OG Mehlem; 31. OG Rheinbach; 32. OG Sechtem. Vgl. Peter Klefisch: Die Kreisleiter der NSDAP in den Gauen Köln-Aachen, Düsseldorf und Essen, Düsseldorf 2000, S. 35.
Zur Entwicklung der NSDAP in der Rheinprovinz allgemein siehe Armin Nolzen: Die NSDAP in der Rheinprovinz nach 1933, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/themen/Das%20Rheinland%20im%2020.%20Jahrhundert/Seiten/DieNSDAPinderRheinprovinznach1933.aspx>, gesehen am 21.1.2015.

¹⁴² Vgl. Stefan Hördel: Sturmabteilung der NSDAP, Handbuch des Antisemitismus, in: Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3, Berlin/New York 2010, S. 587-591. Vgl. ebenso Mario Wenzel: Die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände. Ein Überblick, in: Wolfgang Benz (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, 19-39, hier S. 21-24.

¹⁴³ Vgl. Norbert Schloßmacher: „Kurzerhand die Farbe gewechselt“: Die Bonner Polizei im Nationalsozialismus (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn, Bd. 66), Bonn 2006, S. 51 und Bothien: Das braune Bonn, S. 97.

¹⁴⁴ Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 512. Siehe zur Entwicklung der Mitgliederzahlen, ebenda S. 515.

Mannes Klaus Clemens, der bei einem Zusammenstoß zwischen SA und Kommunisten am 7. Dezember 1930 schwere Schussverletzungen erlitt und wenige Tage später an diesen starb.¹⁴⁵ Die gewalttätigen Aktionen der Bonner SA richteten sich in der Anfangszeit zunächst vornehmlich gegen politische Gegner wie Kommunisten und Sozialdemokraten; die dadurch entstandene mediale Aufmerksamkeit war kalkuliert und erwünscht.¹⁴⁶ Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten war die Bonner SA bis zu ihrer Entmachtung im Juli 1934 (so genannter Röhmputsch) die treibende Kraft und ausführende Gewalt bei antijüdischen Aktionen.¹⁴⁷ Insbesondere bei der Durchsetzung des antijüdischen Boykotts am 1. April 1933 waren die SA-Männer aktiv und traten nochmals bei den antijüdischen Aktionen im Frühling und Sommer 1935 auf. Eine tragende Rolle spielten sie beim Novemberpogrom 1938, wo sie mitverantwortlich für die Zerstörungen von Synagogen und „jüdischen“ Geschäften waren.¹⁴⁸

Die Bonner SS wurde Mitte 1929 gegründet und war zunächst dem SS-Sturm Köln zugehörig. Ab dem 1. Juli 1931 wurde sie als eigenständige Bonner Einheit unter der Bezeichnung „SS Sturm-2“ geführt und hatte 40 Mitglieder. Bereits ein halbes Jahr später, im Januar 1932, bestand sie aus 70 Personen.¹⁴⁹ Bis zum politischen Machtverlust der SA Mitte 1934 nahm die SS eher eine untergeordnete Rolle ein.¹⁵⁰

¹⁴⁵ Vgl. Ennen u. a.: Vom Römerkastell zur Bundeshauptstadt, S. 256. Siehe auch Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 513. Bei den nachfolgenden Ermittlungen zum Tod von Klaus Clemens konnte der Verantwortliche nicht identifiziert werden. Bothien: Bonn in der NS-Zeit, S. 6-7. Clemens wurde von den Nationalsozialisten als Märtyrer stilisiert, u. a. gab es während der NS-Zeit jährliche Gedächtnisfeiern an seinem Todestag und eine der Rheinbrücken sowie eine Jugendherberge wurden nach ihm benannt.

Für den Kommunisten Josef Messinger sollten diese Ereignisse noch ein tragisches Nachspiel haben. Die Nationalsozialisten machten ihn für den Tod von Klaus Clemens verantwortlich und nahmen ihn im Juli 1933 in „Schutzhaft“. Am 12. Juli 1933 wurde er nach wiederholten Verhören von Seiten der SA tot in seiner Zelle im Gerichtsgefängnis aufgefunden. Vgl. Horst-Pierre Bothien: Bonn in der NS-Zeit. Verfolgung und Widerstand. Begleitheft zur Ausstellung „Historische Meile“ anlässlich der 2000-Jahre-Feier der Stadt Bonn, Bonn 1989, S. 10-11 ebenso in Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 527-528.

¹⁴⁶ Zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen siehe Bothien: Bonn in der NS-Zeit, S. 6-8. Weitere Beispiele von gewaltsamen Eskalationen finden sich in ebenda, S. 15-16 und S. 23-28. Vgl. ebenso GStA PK HA Rep. 84a Nr. 51917, Nr. 51887, Nr. 51892 und Nr. 53613.

¹⁴⁷ Vgl. Hördel: Sturmabteilung der NSDAP, S. 589-590.

¹⁴⁸ Siehe hierzu Kapitel 5.1.1, 5.1.2 und 5.2.1.

¹⁴⁹ Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 515-516.

¹⁵⁰ Die SS hatte sich ab 1925 aus der SA formiert und entwickelte sich unter Heinrich Himmler (Reichsführer der SS) und Reinhard Heydrich (Chef des Sicherheitsdienstes der SS) zur

1.3 Antijüdische Aktionen vor 1933

Obgleich sich die nationalsozialistischen Aktionen in Bonn Anfang der 1930er Jahre in verstärktem Maße gegen politische Gegner richteten, waren zahlreiche jüdische Bonner von antisemitischen Anfeindungen betroffen. Bevor derartige Handlungen von Bonner Akteuren dargestellt und analysiert werden, bietet es sich zunächst an, Mittel und Wirkung der antisemitischen Propaganda der Nationalsozialisten zu skizzieren; denn diese war ein wesentliches Instrument, um die exkludierende „Volksgemeinschaft“ vor Ort herzustellen. Dabei soll hauptsächlich die Propaganda analysiert werden, die einen direkten Bezug zu Bonn, also auf die soziale Praxis vor Ort hatte.

1.3.1 Antisemitismus und Propaganda

Zunächst bedarf es kurz der Klärung des Begriffs ‚Antisemitismus‘. Im weitesten Sinne bezeichnet er alle Formen von Judenfeindschaft von der Antike bis in die Gegenwart. In Abgrenzung zur christlich-religiös geprägten Judenfeindschaft wird als *„moderner Antisemitismus“* die im 19. Jahrhundert entstandene *„säkulare, politisch und sozial motivierte Judenfeindschaft“*¹⁵¹ bezeichnet, die sich gegen die Integration der Juden in die Gesellschaft wandte. Während der NS-Zeit wurde der Antisemitismus Teil der staatlichen Politik, dessen Ziel die Entfernung der Juden aus der deutschen Gesellschaft war. Juden wurden dabei als eigene Rasse definiert: Die „jüdische Rasse“ wurde von den Nationalsozialisten als *„unmoralisch, minderwertig und dennoch gefährlich für das deutsche Volk“*¹⁵² dargestellt. Daraus ergaben sich weitreichende Implikationen: Die Stigmatisierung traf alle Juden als Angehörige der *„jüdischen Rasse“*. Juden wurden „rassisch“ angeborene und folglich unveränderliche Eigenschaften zugewiesen. Im Gegensatz zum christlichen Antisemitismus, der Juden durch die Konversion zum Christentum – zumindest theoretisch – die Option eröffnete,

einflussreichsten Gliederung der Partei nach dem Machtverlust der SA. Vgl. Wenzel: Die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände, S. 24-27.

¹⁵¹ Wyrwa: Moderner Antisemitismus, S. 209.

¹⁵² Wolfgang Bialas: Moralische Ordnungen des Nationalsozialismus (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 52), Göttingen 2014, S. 97.

Teil der Gesellschaft zu werden, war es ihnen im Nationalsozialismus nicht möglich durch Anpassung Teil der Gesellschaft zu werden bzw. zu bleiben.¹⁵³ Nicht ihre individuellen Handlungen, sondern ihre Zugehörigkeit zu einer Gruppe waren maßgeblich.

Die Nationalsozialisten suchten ihre gegen die Juden gerichtete Politik einerseits auf legislativem Weg durchzusetzen und andererseits durch Propaganda in der deutschen Gesellschaft zu internalisieren.¹⁵⁴ Antisemitische Propaganda war bei der Herstellung der „Volksgemeinschaft“ ein wichtiges Instrument, da durch sie die exkludierenden Handlungsaufforderungen der Nationalsozialisten vor Ort verbreitet wurden.

„Propaganda ist eine besondere Form der systematisch geplanten Massenkommunikation, die nicht informieren oder argumentieren, sondern überreden oder überzeugen möchte. Dazu bedient sie sich in der Regel einer symbolisch aufgeladenen und ideologiegeprägten (Bild) Sprache, welche die Wirklichkeit verzerrt, da sie entweder Informationen falsch vermittelt oder ganz unterschlägt. Ziel von Propaganda ist es, bei den Empfängern eine bestimmte Wahrnehmung von Ereignissen oder Meinungen auszulösen, nach der neue Informationen und Sachverhalte in den Kontext einer ideologiegeladenen Weltsicht eingebettet werden (Framing).“¹⁵⁵

Die nationalsozialistische Propaganda stellte Juden als minderwertig und unmoralisch dar. Durch sie wurde das Feindbild vom *„geschäftstüchtigen, rachsüchtigen, übermächtigen Einfluss in Politik, Kultur und Wirtschaft anstrebenden Juden“* verbreitet.¹⁵⁶ Der von Heinrich von Treitschke aufgebrachte Satz *„Juden sind unser*

¹⁵³ Ebenda und Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 19-20 ebenso Wyrwa: Moderner Antisemitismus, S. 211.

¹⁵⁴ Vgl. Thymian Bussemer: Propaganda. Theoretisches Konzept und geschichtliche Bedeutung, <https://docupedia.de/zg/Propaganda>, gesehen am 23.5.2016.

¹⁵⁵ Ebenda.

¹⁵⁶ Wolfgang Benz: Was ist Antisemitismus?, München 2004, S. 113.

*Unglück*¹⁵⁷ war für den rassistischen Antisemitismus der Nationalsozialisten sinnbildlich. Die Grundlage ihrer Propaganda bildete der christlich-religiöse Antisemitismus. Sie griffen auf tradierte antijüdische Stereotype zurück,¹⁵⁸ um so bestehende oder latent vorhandene Vorurteile¹⁵⁹ zu schüren. Ein wiederkehrendes Element war beispielsweise die negative Verknüpfung von Juden mit Wirtschaft, das mit dem Stereotyp des „Wucherjudens“¹⁶⁰ oder des „raffenden Judens“ einherging.¹⁶¹ So konstatierte auch Bialas:

*„Durch die visuell eindringliche Darstellung antisemitischer Stereotype und die tatsächliche Verfolgung und Erniedrigung der Juden wurde die ideologische Konstruktion des typisierten Juden zur imaginären Wirklichkeit.“*¹⁶²

Die antisemitische Propaganda der Nationalsozialisten hatte unterschiedliche Zielsetzungen: Erstens sollten Juden von Nicht-Juden als anders, als fremd wahrgenommen werden. Indem man sie als eine eigene Rasse darstellte und ihnen bestimmte Eigenschaften zuschrieb, sonderte man sie von der Mehrheitsgesellschaft ab. Zweitens sprach die rassenbiologische Einstufung als „*minderwertige Rasse*“ den Juden den gleichen gesellschaftlichen Wert wie anderen Mitgliedern der Gesellschaft ab; dadurch konnten Nicht-Juden, die sich an der Diskriminierung und Ausgrenzung der Juden beteiligten, ihre Handlungen durch diese neue soziale Praxis vor Ort

¹⁵⁷ Dieser Satz stammte aus Heinrich von Treitschkes antisemitischer Schrift „Ein Wort über unser Judentum“ von 1881 und wurde über die Jahrzehnte und im Nationalsozialismus als ein Propagandaslogan genutzt. Siehe hierzu auch Linn: Juden an Rhein und Sieg, S. 128-131.

¹⁵⁸ Wyrwa: Moderner Antisemitismus, S. 213.

¹⁵⁹ „‘Vorurteile’ werden in den Sozialwissenschaften definiert als stabile und konsistent negative Einstellungen gegenüber einer sozialen Gruppe und ihren Mitgliedern. Alle Vorurteiltheorien nehmen an, dass die Einstellung einer Gruppe gegenüber mit den Attributen verbunden ist, die man als positiv oder negativ an ihr wahrnimmt. Man unterscheidet in der Vorurteilsforschung zumeist drei Dimensionen des Vorurteils: die kognitive Dimension (negative Stereotypen), eine emotionale (Antipathie) und eine konative, d.h. eine die Verhaltenstendenz betreffende Dimension (Diskriminierungsbereitschaft).“ Werner Bergmann: Vorurteile, in: Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3, Berlin/New York 2010, S. 343-346, hier S. 343.

¹⁶⁰ Zum Begriff des „Wucherjudens“ siehe Benz, Wolfgang (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3: „Wucherjude“, Berlin/New York 2010, S. 348-349.

¹⁶¹ Vgl. Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 16-17. Siehe hierzu mehr in Kapitel 3.

¹⁶² Bialas: Moralische Ordnungen des Nationalsozialismus, S. 88.

rechtfertigen.¹⁶³ Drittens führte die Stigmatisierung der Juden dazu, dass sich Nicht-Juden an der neuen propagierten Ordnung der Nationalsozialisten orientierten und ihr alltägliches Verhalten – und sei es nur durch Abwendung von Juden – in privaten und geschäftlichen Beziehungen anpassten.¹⁶⁴ Gemein war der Wirkweise der Propaganda, dass sie auf unterschiedliche Art und Weise die Exklusion der Juden aus der Bonner Gesellschaft vorantrieben.

1.3.2 Antisemitische Agitation in Bonn

Die Nationalsozialisten nutzten verschiedene Formen, um ihre gegen Juden gerichtete Propaganda zu verbreiten. In den folgenden Abschnitten werden die für die Fragestellung relevanten Methoden betrachtet: der „Westdeutsche Beobachter“ als der NSDAP zugehöriges Presseorgan, von der NSDAP organisierte Veranstaltungen und Versammlungen sowie öffentliche antijüdische Inszenierungen. Diese drei Mittel der nationalsozialistischen Propaganda entfalteten ihre Wirkung im Zusammenspiel miteinander.

Der „Westdeutsche Beobachter“ wurde im Mai 1925 in Köln von Robert Ley, dem späteren Reichsführer der DAF (Deutsche Arbeitsfront) und Josef Grohé, dem späteren Gauleiter der NSDAP für Köln-Aachen gegründet.¹⁶⁵ Beide engagierten sich in der NSDAP und hatten höhere Positionen inne: Ley leitete ab Juli 1925 den Gau Rheinland-Süd, wobei ihn Grohé als Geschäftsführer unterstützte. Mit Hilfe des „Westdeutschen Beobachters“ suchten sie nationalsozialistisches Gedankengut zu verbreiten sowie neue Mitglieder anzuwerben. Gefördert wurde die Provinzialzeitung von der NSDAP-Führung, die sie als offizielles Parteiorgan anerkannte.¹⁶⁶ Damit war der

¹⁶³ Vgl. ebenda, S. 82.

¹⁶⁴ Vgl. Wolfgang Bialas, Lothar Fritze: Einleitung, in: Wolfgang Bialas, Lothar Fritze (Hg.): *Ideologie und Moral im Nationalsozialismus* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 50), S. 9-21, hier S. 14.

¹⁶⁵ Zu den Personen Ley und Grohé siehe Björn Thomann: Robert Ley (1890-1945), NS-Reichsführer der DAF, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/L/Seiten/RobertLey.aspx>, gesehen am 1.7.2014 und Horst Walraff: Josef Grohé (1902-1987), Gauleiter der NSDAP, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/G/Seiten/JosefGrohe%C3%A9.aspx>, gesehen am 23.7.2014.

¹⁶⁶ Markus Bauer: *Machtergreifung und Gleichschaltung in Siegburg. Der Lokalteil der nationalsozialistischen Zeitung „Westdeutscher Beobachter“ von 1932 bis 1939*, Siegburg 2009, S. 36.

„Westdeutsche Beobachter“ befugt, Parteinachrichten und -bekanntmachungen sowie politische Richtlinien zu verbreiten. Sein Status sicherte ihm zunächst seine Existenzgrundlage, weil Parteimitglieder angehalten waren, die Zeitung zu abonnieren. Neben der „Parteiarbeit“ hetzte der „Westdeutsche Beobachter“ in seinen Artikeln gegen politische Gegner der Nationalsozialisten, aber auch gegen Personen des öffentlichen Lebens wie lokale Politiker und Verwaltungsangestellte. Juden waren ein weiteres Ziel der diffamierenden Kampagnen.¹⁶⁷ Die Auflage der Zeitung stieg über die Jahre sukzessive an. Zunächst erschien sie wöchentlich, um bereits im September, vier Monate später, täglich aufgelegt zu werden; eine von zwölf Bezirksausgaben des „Westdeutschen Beobachters“ war die Bonn/Siegburger Ausgabe. Sie wurde ab 1933 in einem eigenen Geschäftslokal in der Remigiusstraße in Bonn verlegt. Neben Parteimitglieder waren nun auch Beamte und Angestellte des öffentlichen Diensts angehalten, die Zeitung zu beziehen. 1934 hatte die Zeitung eine Gesamtauflage von 186.000 Exemplaren, wobei knapp 24.000 Blätter auf den Bonner Lokalteil entfielen.¹⁶⁸

In regelmäßigen Abständen veröffentlichte der „Westdeutsche Beobachter“ antisemitische Artikel gegen Juden. Beispiele für antijüdische Kampagnen finden sich früh: Dabei konnte die Propaganda unterschwellig gegen Juden gerichtet sein, indem diese in Nebensätzen oder mit Begriffen diskreditiert wurden. So verknüpfte der „Westdeutsche Beobachter“ beispielsweise am 23. August 1929 angebliche Missstände in der Weimarer Republik mit Juden, indem er schrieb: *„Der Verfassungstag stand in Bonn ganz im Zeichen des judenrepublikanischen Müssens.“*¹⁶⁹ Dergleichen wurde ein Redakteur des „Westdeutschen Beobachters“, Wilhelm Gerling, am 4. Juni 1930 wegen öffentlicher Beleidigung des jüdischen Rechtsanwalts Dr. Wollstein vom Bonner Amtsgericht verurteilt. Er hatte über eine private Klage berichtet und drei der vier Anwälte mit ihrer Berufsbezeichnung und ihren akademischen Titeln aufgeführt. Wollstein hingegen nannte er lediglich *„den Juden Wollstein.“*¹⁷⁰ Der Richter begründete das Urteil folgendermaßen:

¹⁶⁷ Vgl. ebenda.

¹⁶⁸ Heyer: Kultur in Bonn im Dritten Reich, S. 252-254.

¹⁶⁹ Abgedruckt in Bothien: Bonn in der NS-Zeit, S. 20.

¹⁷⁰ GStA PK HA Rep 84a Nr. 53613: Amtsgericht Bonn 4. Juni 1930.

*„Diese gewollte Betonung des Wortes Jude unter geflissentlicher Weglassung der Berufsbezeichnung Dr. Wollsteins [...] lässt den sicheren Schluss zu, daß der Angeklagte seinen Lesern nicht bloß harmlos die Rassezugehörigkeit Dr. Wollsteins mitteilen wollte, sondern daß er beabsichtigte, ihn als einen solchen Menschen zu kennzeichnen, bei dem alle die verächtlichen Eigenschaften verbunden seien, die nach antisemitischer Anschauung jedem Juden anhafteten“.*¹⁷¹

Aber auch anhand von tatsächlichen oder konstruierten Beispielen vor Ort suggerierte der „Westdeutsche Beobachter“, dass Juden nicht Teil der deutschen Gesellschaft seien bzw. sein wollten. So bemängelte er beispielsweise am 15. Juni 1932 unter dem Titel „Provozierender Judenlummel“, dass ein Bonner Jude während einer Veranstaltung beim Spielen des Deutschlandliedes angeblich nicht aufgestanden wäre und bezeichnete diese Handlung als „gemeine Herausforderung“.¹⁷²

Häufig aber waren gegen Bonner Juden gerichtete Artikel mit diffamierenden Aussagen zu angeblichen typisch „jüdischen“ Geschäftsmethoden verbunden.¹⁷³ In einem Artikel vom 12. Mai 1929 berichtete der „Westdeutsche Beobachter“, dass die Firma Berg ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber angestellten Arbeitern nicht nachkommen konnte. Dabei beschränkte sich der Artikel nicht darauf, die Fakten darzustellen, sondern suggerierte, dass die Firma nie beabsichtigt hätte, die ausstehenden Zahlungen zu begleichen. Er verknüpfte dabei die Situation und das Handeln des Geschäftes mit einem angeblichen allgemeinen Geschäftsverhalten von Juden und schloss zynisch: *„Man stellt die Zahlungen ein und läßt durch einen geschäftstüchtigen Rassegenossen, in diesem Fall den jüdischen Anwalt Cohn, das Zwangsvergleichsverfahren eröffnen.“*¹⁷⁴ Weitere Artikel mit ähnlicher Stoßrichtung folgten. Am 5. Mai 1931 unterstellte der „Westdeutsche Beobachter“ in seinem Artikel

¹⁷¹ Ebenda.

¹⁷² Vgl. „Westdeutscher Beobachter“ vom 15. Juni 1932: „Provozierender Judenlummel“.

¹⁷³ Christoph Kreutzmüller: Wirtschaftsantisemitismus, in: Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3, Berlin/New York 2010, S. 346-348.

¹⁷⁴ „Westdeutscher Beobachter“ vom 12. Mai 1929: Unbekannte Überschrift. Abgedruckt in Bothien: Das braune Bonn, S. 20.

„Warum ist das Beueler Fleisch billig“¹⁷⁵, dass jüdische Metzger in ihren Läden Fleisch verendeter Tiere verkaufen würden.

*„Wenn in Beuel oder Umgebung ein Stück Vieh krepirt [...] sind einige Vertreter dieser Rasse zur Stelle und kraft ihrer guten Beziehungen wird das Fleisch dieser verendeten Tiere nicht etwa vergraben oder verbrannt, sondern auf Umwegen durch jüdische Metzgerläden dem Verkauf zugeführt.“*¹⁷⁶

Ebenso beschuldigte der „Westdeutsche Beobachter“ am 1. Februar 1932 unter „Jüdische Anwaltspraxis!“, Anwalt Meyer II. seine eigene Mandantin übervorteilt zu haben, indem er ihr angeblich unnötig zu einem Gerichtsprozess geraten habe. Neben den persönlichen Angriff auf Meyer II. wurde sein angebliches Fehlverhalten als typisch für Juden dargestellt und bereits im Untertitel als „*bezeichnender Vorfall*“ deklariert.¹⁷⁷ In weiteren Artikeln vom 13. Oktober 1932 und 21. Dezember 1932 hetzte der „Westdeutsche Beobachter“ gegen Geschäfte jüdischer Inhaber, hierzu mehr in Abschnitt 3.1. Die im vorangegangenen Abschnitt beschriebene antisemitische Propaganda verstärkte sich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten und eskalierte über die Jahre.

Versammlungen bzw. Veranstaltungen der örtlichen NSDAP wurden vor und nach der Machtübernahme als Forum genutzt, um nicht-jüdische Bonner aufzufordern, Juden zu diskriminieren. Diese Handlungsaufforderungen nahmen im Laufe der Jahre zu, aber auch vor 1933 sind entsprechende Beispiele zu finden: Lorenz Hoffstätter¹⁷⁸,

¹⁷⁵ „Westdeutscher Beobachter“ vom 5. Mai 1931: „Warum ist das Beueler Fleisch billig?“.

¹⁷⁶ Zitiert nach Stang: „...scheinbar auf dem Aussterbeetat“, S. 76. Ein Jahr später wurde vor Gericht bestätigt, dass es sich dabei um einen haltlosen Vorwurf handelte und der Redakteur wurde zu einer Geldstrafe verurteilt.

¹⁷⁷ Vgl. „Westdeutscher Beobachter“ vom 1. Februar 1932: „Jüdische Anwaltspraxis!“.

¹⁷⁸ Lorenz Hoffstätter (1904-1987) wurde 1904 in Bonn geboren und entstammte einer alteingesessenen Bonner Fabrikantenfamilie, die sich auf die Produktion von Abzeichen und Medaillen spezialisiert hatte. Um sich auf seine künftige Rolle im Unternehmen vorzubereiten, ging Hoffstätter in die Graveurlehre und schloss eine kaufmännische Ausbildung ab. 1928 trat er in die NSDAP ein, um 1929 zum Kreisleiter für den Siegburgkreis ernannt zu werden. Häufig trat er in Beuel im Rahmen von nationalsozialistischen Veranstaltungen in Erscheinung. Am 12. November 1933 wurde Hoffstätter Mitglied der Deutschen Reichstags. Ab 1938 kümmerte er sich vornehmlich um die Ordensfabrik der Familie, die er mit seinem Schwager übernommen hatte. Er meldete sich 1939

seit 1929 Kreisleiter des Siebkreises, trat im Bonner Stadtgebiet bei Veranstaltungen auf. So hielt er beispielsweise am 27. Juni 1929 einen Vortrag „Über die Zerstörung der deutschen Kultur durch die Juden“ und forderte deren Exklusion aus der „Volksgemeinschaft“. ¹⁷⁹ Ebenso rief Rickert in einer Ortsgruppenversammlung der NSDAP im November 1931 die Bonner dazu auf, nur in deutschen respektive nicht ausländischen und „jüdischen“ Geschäften einzukaufen. ¹⁸⁰ Im Oktober 1932 betonte die Kölner Gau-Frauenschaftsleiterin Martha von Gelinck bei einer Versammlung der Nationalsozialistischen Frauenschaft in Bonn, dass es die Aufgabe der Frauen sei, eine „fremdrassige Vermischung“ zu verhindern und griff in ihrem Apell damit bereits den „Nürnberger Gesetzen“ vor. ¹⁸¹

Neben Pressemeldungen und Veranstaltungen nutzten die Nationalsozialisten auch öffentliche Inszenierungen für ihre antijüdische Propaganda. Diese konnten verschiedene Formen annehmen und wurden verstärkt nach 1933 als Propagandainstrument genutzt. So ging beispielsweise mit dem Boykott vom 1. April 1933 eine groß angelegte antijüdische Inszenierung einher, bei der mit Plakaten und Aufschriften Geschäfte, Praxen und Kanzleien jüdischer Inhaber gekennzeichnet und diese als „jüdisch“ stigmatisiert wurden. Diese Aktion und weitere werden im nachfolgenden Kapitel beschrieben. Wie im vorangegangenen Abschnitt dargelegt, wandten lokale Nationalsozialisten unterschiedliche Methoden an, Juden zu diffamieren. Die antisemitische Propaganda eskalierte nach der Machtübernahme zunehmend, wobei sich die verschiedenen Formen der Propaganda oftmals ergänzten oder auch vermischten.

freiwillig zur Wehrmacht, kehrte allerdings ein Jahr später nach Bonn zurück. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Hoffstätter in einem Internierungslager festgehalten und kehrte erst 1947 nach Beuel zurück. Er wurde durch einen Entnazifizierungsausschuss als Mitläufer eingestuft. Danach begann er seine Firma wiederaufzubauen und erhielt Aufträge aus Wirtschaft und Politik. Sein gesellschaftlicher Ruf blieb von seiner Zeit als Nationalsozialist unbeschadet. Hoffstätter starb im Dezember 1987. Vgl. Annegret Henrichs: Lorenz Hoffstätter, Ordensfabrikant: „Einer der ersten Erfolgsmänner Adolf Hitlers am Rhein“, in: Bonner Geschichtswerkstatt (Hg.): „Die Beueler Seite ist nun einmal die Sonnenseite...“. Ein historisches Lesebuch, Bonn 1996, S. 82-88, hier S. 83.

¹⁷⁹ Ebenda, S. 83.

¹⁸⁰ Linn: Juden an Rhein und Sieg, S. 176.

¹⁸¹ Vgl. „General-Anzeiger Bonn“ vom 22. Oktober 1932: Vor der Nationalsozialistischen Frauenschaft. Abgedruckt in Stadt Bonn/Stadtarchiv Bonn (Hg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung in Bonn 1932/33. Eine Dokumentation aus Bonner Zeitungen. Ausgewählt von Willi-Ferdinand Becker, Franz Josef Stauf, Dorothee van Rey, Manfred van Rey, Bonn 1983, Nr. 8.

Es sind nur vereinzelte gewalttätige Aktionen gegenüber Bonner Juden vor Januar 1933 bekannt. So kam es zu Beschimpfungen und Vandalismus gegen Geschäfte und Häuser jüdischer Inhaber.¹⁸² Unter dem Titel „Nationalsozialistische Vandalen hausen in Beuel“ vom 8. Oktober 1931 berichtete die „Rheinische Zeitung“, dass Häuser in Beuel mit Hakenkreuzen und diskriminierenden Inschriften verunstaltet wurden; u. a. war das neue Gebäude des jüdischen Arztes Dr. Max Weis betroffen. Der Autor des Artikels vermerkte dazu kritisch, *„[a]ber eines ist immerhin bemerkenswert – diese Schweinereien sind möglich in der verkehrsreichsten Straße der Gemeinde.“*¹⁸³

1.4 Wahlerfolge der NSDAP und Wählerverhalten in Bonn

Gegen Ende der Weimarer Republik begann sich die politische Radikalisierung auch im Wahlverhalten der Bevölkerung¹⁸⁴ widerzuspiegeln. Wie bereits im vorangegangenen Abschnitt erwähnt, erlangte die NSDAP bei den Kommunalwahlen in der alten Stadt Bonn im November 1929 15,4 Prozent und wurde damit zweitstärkste Fraktion im Stadtrat. In Bad Godesberg und Beuel konnte sie hingegen nur 6,3 Prozent bzw. 6,5 Prozent der Wähler auf sich vereinen.¹⁸⁵ Die meisten Stimmen erhielt das Zentrum mit über 30 Prozent, das während der Weimarer Republik als Vertreter des politischen Katholizismus die Wahlen dominierte und im Großraum Bonn stets die jeweiligen (Ober-) Bürgermeister stellte.¹⁸⁶ Die Frage, wer die NSDAP gewählt hatte und aus welchen Gründen, soll hier nur angerissen werden: Zunächst ist die Diskrepanz zwischen dem Wahlergebnis in der alten Stadt Bonn und den Gemeinden Bad Godesberg und Beuel auffallend. Unterschiedliche Faktoren waren dafür maßgeblich.

¹⁸² Stang: Ihr weiterer Aufenthalt im Reichsgebiet ist unerwünscht.

¹⁸³ Kopie des Artikels im Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 257.

¹⁸⁴ Bei der Betrachtung des Wahlverhaltens der Bonner Gesellschaft können die damals unabhängigen Gemeinden Buschdorf, Duisdorf, Ippendorf, Lengsdorf, Lessenich, Röttgen, Holzlar und Oberkassel aufgrund ihrer kleinen Größe und des daraus resultierenden geringen Aussagewertes vernachlässigt werden.

¹⁸⁵ Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 509. Die Kommunalwahlen am 17. November 1929 in Preußen hatten der NSDAP einen merklichen Stimmenzuwachs gebracht. In preußischen Städten zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern waren sie in 24 von 28 Städten in das Rathaus eingezogen. Allerdings erlangten sie nur in zwei Städten – eine davon war die alte Stadt Bonn – mehr als 10 Prozent der Sitze. Vgl. Matzerath: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 48.

¹⁸⁶ Das Zentrum erhielt in der alten Stadt Bonn 34,5 Prozent, in Bad Godesberg 31,8 Prozent und in Beuel 36,3 Prozent der Stimmen. Vgl. Vogt, Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 509.

Die NSDAP wurde von kleinen Gewerbetreibenden aus der Bonner Innenstadt, national gesinnten evangelischen Kreisen sowie Studenten favorisiert; diese Gruppen waren nicht oder kaum in den beiden ländlich geprägten Gemeinden vertreten. Ausschlaggebend für den Zulauf zur NSDAP war jedoch die Unzufriedenheit der Bürger der alten Stadt Bonn mit der Kommunalpolitik bzw. dem amtierenden Oberbürgermeister Dr. Falk. Die Frustration wurde zusätzlich geschürt durch Artikel des „Westdeutschen Beobachters“, der zum Großteil unberechtigte und später wiederlegte Korruptionsvorwürfe gegen die Stadtverwaltung erhoben sowie populistisch angeblich überhöhte Gehälter des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten kritisierte hatte.¹⁸⁷ Abgesehen von den für die alte Stadt Bonn spezifischen Gegebenheiten, kann festgehalten werden, dass die NSDAP zudem verstärkt Zulauf von Protestwählern aus bürgerlichen Kreisen erhalten hatte.¹⁸⁸

Bei den folgenden vier Reichstagswahlen sollte es der NSDAP gelingen, sich nicht nur auf Regional- sondern auch auf Reichsebene als feste Größe in der Parteienlandschaft der Weimarer Republik zu etablieren.

Ergebnisse der NSDAP bei den Reichstagswahlen von 1930-1933 in Prozent der gültigen Stimmen:¹⁸⁹

	14. September 1930	31. Juli 1932	6. November 1932	5. März 1933
Alte Stadt Bonn	18,8	21,9	17,7	31,6
Bad Godesberg	17,4	22,9	17,7	29,9
Beuel	19,1	19,7	16,2	30,1
Reich	18,3	37,3	33,1	43,9

¹⁸⁷ Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 510.

¹⁸⁸ Vgl. ebenda und S. 514.

¹⁸⁹ Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 511 und S. 516 sowie Falter: Hitlers Wähler, S. 21.

Bereits bei den Reichstagswahlen im September 1930 zeigte sich, dass die NSDAP in der alten Stadt Bonn mit 18,8 Prozent der Wählerstimmen nicht nur an das Ergebnis von 1929 anknüpfen, sondern ihren Stimmenanteil in Bad Godesberg (17,4 Prozent) wie auch in Beuel (19,1 Prozent) nahezu verdreifachen konnte; dies entsprach in etwa dem Reichsdurchschnitt, der bei 18,3 Prozent lag.¹⁹⁰ Die NSDAP hatte sich als Konstante in der Parteienlandschaft Bonns etabliert.¹⁹¹ Auch das Sozialprofil ihrer Wähler in der alten Stadt Bonn wies eine größere Diversität auf: Zu den Sympathisanten zählten nun vermehrt Kaufleute, Akademiker, Selbständige und Rentner, wohingegen die Unterstützung aus den Reihen der Handels- und Gewerbetreibenden leicht abnahm.¹⁹²

Betrachtet man die Ergebnisse der NSDAP in Bonn bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 und stellt diese den Zuwachsraten des Reichsdurchschnitts gegenüber, lässt sich ein Dämpfer im Aufwärtstrend der Nationalsozialisten in Bonn feststellen:¹⁹³ Die Partei stagnierte – alte Stadt Bonn (21,9 Prozent), Bad Godesberg (22,9 Prozent), Beuel (19,7 Prozent)¹⁹⁴ – wohingegen sie im Reich mit 37,3 Prozent¹⁹⁵ ihren Stimmengewinn gegenüber der vorherigen Reichstagswahl mehr als verdoppelt hatte. Bei den Reichstagswahlen im November 1932 verlor die NSDAP im gesamten Reich gegenüber der vorherigen Wahl 4,2 Prozent der Wählerstimmen und erlangte 33,1 Prozent.¹⁹⁶ Dieser Trend bestätigte sich auch in Bonn, wo sie um die 4 Prozent einbüßte;¹⁹⁷ gegenüber dem Reichsdurchschnitt lag die NSDAP in Bonn bei beiden Reichstagswahlen des Jahres 1932 16 Prozentpunkte zurück.

Doch innerhalb von drei Monaten wandte sich die Stimmung: Adolf Hitler wurde von Paul von Hindenburg am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt. Obwohl er nicht direkt durch Wahlen an die Macht gekommen war, kann dennoch im Umkehrschluss festgehalten werden, dass ohne die Wahlerfolge der NSDAP vor allem

¹⁹⁰ Vgl. Falter: Hitlers Wähler S. 21.

¹⁹¹ Vgl. ebenda, S. 21 und 25 sowie Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 511.

¹⁹² Vgl. Haag: Politische Wahlen in Bonn, S. 81.

¹⁹³ Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 511-512.

¹⁹⁴ Vgl. ebenda, S. 511.

¹⁹⁵ Vgl. Falter: Hitlers Wähler, S. 21.

¹⁹⁶ Vgl. ebenda.

¹⁹⁷ Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 511. Die Partei erreichte bei den Reichstagswahlen im November 1932 in der alten Stadt Bonn 17,7 Prozent, in Bad Godesberg 17,7 Prozent und in Beuel 16,2 Prozent.

im Jahr 1932 seine Berufung zum Regierungschef nicht erfolgt worden wäre.¹⁹⁸ Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde der Reichstag erneut aufgelöst und die letzten „halbfreien“ Wahlen fanden im März 1933 statt, geprägt durch den Terror der Nationalsozialisten gegenüber ihren politischen Gegnern. Zwar blieb die NSDAP in Bonn abermals hinter dem Reichsdurchschnitt von 43,9 Prozent zurück – alte Stadt Bonn (31,6 Prozent), Bad Godesberg (29,9 Prozent), Beuel (30,1 Prozent) – allerdings verringerte sich der Abstand zum Reich leicht von 16 auf 13 Prozentpunkte.¹⁹⁹ Damit blieb die NSDAP zunächst als zweitstärkste Fraktion hinter dem Zentrum (33,6 Prozent),²⁰⁰ konnte aber das Wahlergebnis gegenüber dem November des Vorjahres um etwa 80 Prozent steigern.²⁰¹ Entsprechend euphorisch, wenn auch nicht wahrheitsgetreu, titelte der „Westdeutsche Beobachter“ am 7. März 1933 „Unser 100prozentiger Sieg“ und erklärte:

*„Das Resultat, daß wir Bonner in diesem entscheidungsreichen Ringen für uns buchen können, ist so überwältigend, so unglaublich, daß man noch lange brauchen wird, um dieses Volksurteil zu verstehen. 100 Prozent gewannen wir Nazis. [...] Hier in Bonn, der Brutstätte des Separatismus zu gewinnen, heißt: Wir haben Deutschland gewonnen.“*²⁰²

Um das oben beschriebene Wahlverhalten der Bonner Gesellschaft besser einordnen zu können, bietet sich ein Blick auf die vier Reichstagswahlergebnisse vom September

¹⁹⁸ Vgl. Klaus Hildebrand: Das Dritte Reich, München 72010, S. 4. Ebenso Falter: Die Wahlen des Jahres 1932/33 und der Aufstieg totalitärer Parteien, S. 272.

¹⁹⁹ Vgl. Falter: Hitlers Wähler, S. 21.

Die letzten Reichstagswahlen vom 5. März 1933 hatten, trotz der massiven Behinderungen gegenüber anderen Parteien, den Nationalsozialisten nicht die gewünschte verfassungsändernde Mehrheit gebracht. Vgl. Peter Steinbach: Die Gleichschaltung: Zerstörung der Weimarer Republik - Konsolidierung der nationalsozialistischen Diktatur 1933/34, in: Michael Kißener (Hg.): Der Weg in den Nationalsozialismus 1933/34. Neue Wege der Forschung, Darmstadt 2009, S. 66-91, hier S. 78. Zum Aufbau der nationalsozialistischen Diktatur siehe Karl Dietrich Bracher: Stufen totalitärer Gleichschaltung: Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Michael Kißener (Hg.): Der Weg in den Nationalsozialismus 1933/34. Neue Wege der Forschung, Darmstadt 2009, S. 50-66.

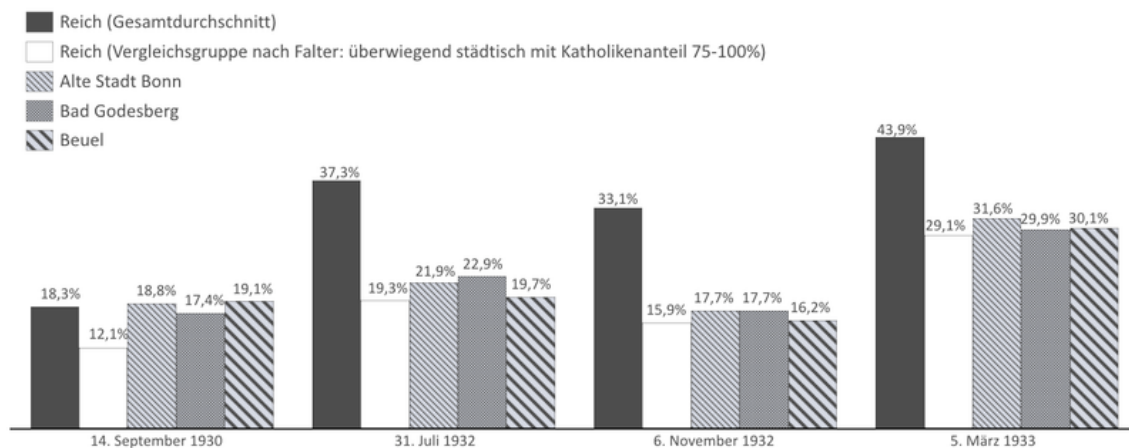
²⁰⁰ Nach der Machtübernahme gelang es den Nationalsozialisten in den meisten Städten stärkste Fraktion zu werden. Die alte Stadt Bonn war eine der wenigen Städte, wo die Ausnahme die Regel bestätigte. Vgl. Matzerath: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 65.

²⁰¹ Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 516. Vgl. Falter: Hitlers Wähler, S. 21.

²⁰² „Westdeutscher Beobachter“ vom 7. März 1933: „Unser 100prozentiger Sieg“.

1930 bis März 1933 im Vergleich an. Der gewählte Zeitraum beginnt mit dem Aufstieg der NSDAP als feste Größe in der Parteienlandschaft der Weimarer Republik und endet mit der letzten „halbfreien Wahl“ nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Die konfessionelle Zusammensetzung der Wähler ist in den Studien von Jürgen Falter²⁰³ als entscheidender Faktor für eine Affinität oder Resistenz zur NSDAP identifiziert worden und wird neben dem Grad der Urbanisierung als Vergleichsgröße herangezogen.²⁰⁴

Ergebnisse der NSDAP bei den Reichstagswahlen in Prozent:²⁰⁵



Betrachtet man die mit der alten Stadt Bonn vergleichbare Klassifizierung von Jürgen Falter²⁰⁶ von überwiegend städtisch geprägten Wahlkreisen²⁰⁷ mit einem

²⁰³ Vgl. Falter, Jürgen W./Lindenberger, Thomas/Schumann, Siegfried, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986.

²⁰⁴ Zum Verhältnis von Demographie und Konfession der NSDAP-Wählerschaft siehe Falter: Hitlers Wähler, S. 154-194. Ebenso und zusätzlich differenziert durch die soziale Zusammensetzung der Wählerschaft in Falter u. a.: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 271-313. Eine Sammlung von Falters Forschung bezüglich des Wählerverhaltens und der NSDAP findet sich in Jürgen W. Falter: Zur Soziographie des Nationalsozialismus. Studien zu den Wählern und Mitgliedern der NSDAP, Köln 2013.

²⁰⁵ Die Grafik stellt die in diesem Kapitel bereits aufgeführten Wahlergebnisse bildhaft dar. Siehe zu den Daten Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 511 und S. 516 sowie Jürgen W. Falter: Hitlers Wähler, München 1991, S. 21 und S. 182.

²⁰⁶ Vgl. Falter: Hitlers Wähler, S. 182. Ergebnisse der NSDAP bei den Reichstagswahlen in Abhängigkeit vom Verstädterungsgrad und dem Katholikenanteil der Kreise: Vorwiegend städtisch mit einem Katholikenanteil von 75-100 Prozent: 1930: 12,1 Prozent; 1932: 19,3 Prozent; 1932: 15,9 Prozent; 1933: 29,1 Prozent.

Katholikenanteil von 75-100 Prozent,²⁰⁸ zeigt sich, dass die Bonner gegenüber ihrer Vergleichsgruppe nicht signifikant häufiger die NSDAP gewählt haben. Eine Ausnahme stellte die Reichstagswahl von 1930 dar. Zudem lässt sich konstatieren, dass nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler sowohl in Bonn wie auch in der Vergleichsgruppe nach Falter auf Reichsebene ein starker Zugewinn der NSDAP zu beobachten war. Zwar gelang es den Nationalsozialisten in Bonn, weit weniger Stimmen auf sich zu vereinen als im restlichen Reich, aber diese resistantere Haltung gegenüber der NSDAP findet sich auch in anderen Wahlkreisen mit einem ähnlich katholisch geprägten Milieu.

Damit kann die Aussage Ulrich von Hehls nach der im Rheinland in „*allen Wahlentscheiden die NSDAP von den bekenntnistreuen Katholiken eine deutlich Abfuhr erhalten [hatten]*“²⁰⁹ für Bonn nur bedingt zugestimmt werden. Wie gezeigt wurde, wählten die Bonner in den Reichstagswahlen vom September 1930 bis März 1933 zwar signifikant weniger die NSDAP als im Reichsdurchschnitt, allerdings war der Zustrom der Wählerstimmen zur NSDAP in katholisch geprägten Gebieten nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten signifikant höher als im Reichsdurchschnitt.

In dem vorangegangenen Abschnitten konnte gezeigt werden, dass sich Bonn vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten nicht wesentlich von anderen komparablen Städten sowohl in struktureller Hinsicht als auch anhand seines Milieus unterschied. Damit bietet sich Bonn als Untersuchungsraum an, um den Prozess der Exklusion der Juden aus der städtischen Gesellschaft anhand eines lokalen Beispiels zu erforschen.

²⁰⁷ Vgl. ebenda. Vorwiegend städtisch: mehr als 50 Prozent der Kreisbewohner leben in Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern. 1933 wohnten in der alten Stadt Bonn 98.659, in Bad Godesberg 28.153 und in Beuel 19.985 Menschen.

²⁰⁸ Anteil der Katholiken in Prozent der Gesamtbevölkerung (Stand 1925): alte Stadt Bonn (78,7 Prozent), Bad Godesberg (77,2 Prozent), Beuel (88,0 Prozent). Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 444.

²⁰⁹ Ulrich von Hehl: Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, Mainz 1977, S. 23.

2. Machtübernahme der Nationalsozialisten und erste Schritte zur exkludierenden „Volksgemeinschaft“ von 1933-1935

Von einer faktischen Übernahme der Macht²¹⁰ durch die Nationalsozialisten kann in Bonn erst ab den Kommunalwahlen im März 1933 gesprochen werden.²¹¹ Wie im vorangegangenen Kapitel dargelegt, stellte das Zentrum Anfang 1933 immer noch die stärkste Fraktion in der Bonner Stadtverordnetenversammlung. Um auch auf lokaler Ebene Regierungsgewalt zu erlangen, hatte Hermann Göring als kommissarischer Innenminister am 4. Februar 1933 die Auflösung aller kommunalen Parlamente in Preußen veranlasst – somit auch die Bonner Stadtverordnetenversammlung sowie die Gemeindeparlamente der Ämter Bad Godesberg und Beuel.²¹² Die Neuwahlen wurden auf den 12. März 1933 angesetzt, eine Woche nach den anberaumten Reichstagswahlen.

Der nationalsozialistische Wahlkampf war geprägt durch die Einschränkung der Pressefreiheit sowie durch den massiven Druck und Terror gegenüber politischen Gegnern. Ein wesentliches Instrument war die Notverordnung zum Schutz des Deutschen Volkes („Schubkastenverordnung“) vom 4. Februar 1933, die den Nationalsozialisten einen legalen Vorwand lieferte, politische Versammlungen zu verbieten oder zu stören, bzw. die Pressefreiheit einzuschränken.²¹³ Davon betroffen waren ab Mitte Februar auch regionale bzw. lokale Zeitungen, die in Bonn eine breite

²¹⁰ Zu den Begriffen „Machtübernahme“ oder „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten siehe Norbert Frei: „Machtergreifung“. Anmerkungen zu einem historischen Begriff, in: VfZ 31 (1983), S. 136-145.

²¹¹ Grundsätzlich zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Karl Dietrich Bracher: Stufen totalitärer Gleichschaltung: Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Michael Kißener (Hg.): Der Weg in den Nationalsozialismus 1933/34. Neue Wege der Forschung, Darmstadt 2009, S. 50-66; Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz (Hg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Berlin 1962; Martin Broszat: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München 1984; Gotthard Jaspar: Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930-1934, Frankfurt am Main 1986 und Andreas Wirsching (Hg.): Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte 9), Göttingen 2009.

²¹² Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 518 und Heyer: Kultur in Bonn im Dritten Reich, S. 13.

²¹³ Die gesetzliche Grundlage der pseudolegalen Machtausweitung war die Verordnung zum Schutz des Deutschen Volkes („Schubkastenverordnung“) vom 4. Februar 1933, die folgende politische Rechte aufhob: Sie enthielt Verbotsmöglichkeiten für politische Versammlungen oder deren Kontrolle durch Polizeibeamte sowie Mittel, die Pressefreiheit einzuschränken. Vgl. Steinbach: Die Gleichschaltung, S. 71-73 und Irene Streng: Machtübernahme 1933 - Alles auf legalem Weg?, Berlin 2002, S. 119.

Leserschaft hatten. So wurden ab Mitte Februar 1933 die von der SPD verlegte „Rheinische Zeitung“ und die von der KPD herausgegebene Tageszeitung „Sozialistische Republik“ verboten, später kamen noch die dem Zentrum nahestehende, in Bonn publizierte „Deutsche Reichszeitung“ sowie die DNVP-nahe „Bonner Zeitung“ hinzu.²¹⁴ Der Reichstagsbrand in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 diente den Nationalsozialisten als Anlass,²¹⁵ um mit Hilfe der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ („Reichstagsbrandverordnung“) vom 28. Februar 1933, gegen jegliche Opposition vorzugehen. Sie setzte faktisch alle Grundrechte außer Kraft, wurde zur normativen Grundlage des nationalsozialistischen Staates und bestand während der gesamten NS-Herrschaft.²¹⁶ Fortan wurden Menschen, die in Opposition zu den Nationalsozialisten standen, unter dem Deckmantel der Legalität verfolgt und verhaftet. Andreas Wirsching bezeichnet diese gewalttätigen Vorgänge der nationalsozialistischen Machteroberung, als *„einen schrankenlosen Bürgerkrieg, den die enthemmte NS-Bewegung im Namen eines verlorenen Antikommunismus entfesselte und der von der Justiz im Namen eines verlogenen Legalitätsbegriffs gedeckt wurde.“*²¹⁷

Erste Verhaftungen gegen politische Gegner begannen im gesamten Reich ab dem 1. März 1933. Für Bonn sind mindestens 250 „Schutzhäftlinge“ belegt, die meisten von ihnen waren Funktionäre der KPD, SPD sowie Gewerkschafter. Vereinzelt wurden auch Parteimitglieder der konservativen Parteien und kommunale Funktionsträger inhaftiert. Sie wurden im Gefängnis in der Wilhelmstraße und später im Siegburger Zuchthaus festgehalten, einige von ihnen wurden ab Mitte 1933 weiter ins KZ

²¹⁴ Vgl. Peter Sonnet: Die „Machtergreifung“ in Bonn 1933, in: Josef Matzerath (Hg.): Bonn. 54 Kapitel Stadtgeschichte, Bonn 1989, S. 281-291, hier S. 284.

²¹⁵ Zu den Hintergründen des Reichstagsbrands siehe Ulrich von Hehl: Die Kontroverse um den Reichstagsbrand, in: VfZ 36 (1988), S. 259-280. Zum aktualisierten Forschungsstand siehe Hersch Fischler: Zum Zeitablauf der Reichstagsbrandstiftung. Korrekturen der Untersuchung Alfred Berndts, in: VfZ 53 (2005), S. 617-632.

²¹⁶ Vgl. Thomas Raithel, Irene Strenge: Die Reichstagsbrandverordnung. Grundlegung der Diktatur mit den Instrumenten des Weimarer Ausnahmezustands, in: VfZ 48 (2000), S. 413-460, insbesondere, S. 417-419. Siehe zur Einordnung der Reichstagsbrandverordnung und ihren Auswirkungen auch Michael Wildt: Gewalt als Partizipation. Der Nationalsozialismus als Ermächtigungsregime, in: Alf Lüdtke, Michael Wildt (Hg.): Staats-Gewalt: Ausnahmezustand und Sicherheitsregimes. Historische Perspektiven, Göttingen 2008, S. 215-240, hier S. 217-227.

²¹⁷ Andreas Wirsching: Die deutsche „Mehrheitsgesellschaft“ und die Etablierung des NS-Regimes im Jahre 1933, in: Andreas Wirsching (Hg.): Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte 9), Göttingen 2009, S. 9-30, hier S. 15.

Börgermoor deportiert. Dabei verliefen die Verhaftungen der politischen Gegner in Wellen: Die meisten lokalen Kommunisten wurden bereits vor den Reichstagswahlen am 5. März 1933 festgesetzt, während die Sozialdemokraten nach den Kommunalwahlen eine Woche später inhaftiert wurden.²¹⁸ Unter ihnen befand sich auch der jüdische SPD-Stadtverordnete und Professor für Zahnmedizin an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Alfred Kantorowicz.²¹⁹ Unterstützt wurde die Bonner Polizei von einer Auswahl an Polizeihilfskräften; diese setzten sich aus Mitgliedern der SA, SS und des Stahlhelms zusammen. Grundlage für den Aufbau der Hilfspolizei war ein Erlass Görings vom 22. Februar 1933, der die Aufstellung einer Hilfspolizei befahl. Damit wurde es dem paramilitärischen Arm der NSDAP ermöglicht, *„ihren Terror von nun an in staatlicher Funktion ausüben zu können.“*²²⁰

Sichtbarer Ausdruck des nationalsozialistischen Machtanspruchs waren Symbole, Aufmärsche, Kundgebungen und Propagandaveranstaltungen, die in den Wochen vor den Kommunalwahlen mehr und mehr das Stadtbild dominierten und Sinnbild für die NS-Herrschaft mit ihrem totalitären Anspruch waren. So wurden beispielsweise bereits vor den kommunalen Neuwahlen im März 1933 in den Rathäusern von Bad Godesberg, Beuel und Bonn die Hakenkreuz- und die schwarz-weiß-rote Stahlhelmflagge gehisst.²²¹

*„Die Duldung dieses symbolisch-propagandistischen Aktes durch die Stadt- oder Gemeindeverwaltung bedeutete eine Art Kapitulation oder zumindest das Eingeständnis von Schwäche.“*²²²

Geprägt durch die Einschränkung oppositioneller Medien und durch die staatliche Verfolgung politischer Gegner der Nationalsozialisten fanden am 12. März 1933 die Kommunalwahlen in Bonn statt.

²¹⁸ Vgl. Bothien: Das braune Bonn, S. 37.

²¹⁹ Mehr zur Behandlung von Kantorowicz findet sich in Kapitel 2.2.

²²⁰ Vgl. Schloßmacher: „Kurzerhand die Farbe gewechselt“, S. 52-53. Gegen Mitte des Jahres 1933 wurde die Hilfspolizei in Bonn wieder aufgelöst, das genaue Datum ist allerdings umstritten. Der letzte Hinweis, dass sie noch im Juli 1933 bestand, geht aus einer Aktennotiz des Polizeidezernenten Reinartz hervor. Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 531.

²²¹ Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 518. Ebenso Bothien: Das braune Bonn, S. 61. Das Hissen der Flaggen fand in Beuel am 6. März 1933, in Bad Godesberg am 7. März 1933 und in Bonn am 8. März 1933 statt. In vielen Gemeinden und Städten führten die Nationalsozialisten ähnliche Aktionen durch. Vgl. Matzerath: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 66.

²²² Ebenda, S. 67.

2.1 Machtübernahme in Bonn

Trotz der Repression ihrer politischen Gegner gelang es der NSDAP am 12. März 1933 in Bonn erneut nicht, die Wahlen für sich zu entscheiden. Sie erreichte in der alten Stadt Bonn 34,5 Prozent, in Bad Godesberg 30,7 Prozent und in Beuel 30,2 Prozent; das Zentrum erlangte respektiv 36,1 Prozent, 37,0 Prozent und 36,4 Prozent und stellte damit im Stadtgebiet Bonn die stärkste Partei.²²³ Das alte Bonn war damit eine der wenigen Städte, in der die Nationalsozialisten nicht die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte. Nach der von Matzerath erstellten Vergleichsgruppe von Städten mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern war dies nur in fünf von 27 Städten der Fall.²²⁴ Dessen ungeachtet sollte es den gewählten Vertretern der anderen Parteien nicht mehr möglich sein, ihr Amt auszuüben; die Nationalsozialisten eroberten nach der Verkündung der Ergebnisse gewaltsam die Macht. Dabei gingen sie in vielen Städten ähnlich vor: Sie entmachteten die Bürgermeister, indem sie diese verdrängten und ersetzten, oder alternativ neben dem Bürgermeister entweder einen Kommissar benannten oder einen Nationalsozialisten als dessen Stellvertreter beriefen.²²⁵ Wolf Gruner prägte dafür den Begriff „*Eroberung der Kommunen*“²²⁶. Derartiges Handeln lokaler Nationalsozialisten ist auch für Bonn belegt:

Am 13. März 1933 versammelten sich eine Gruppe von SA-Männern und NSDAP-Mitgliedern vor dem Stadthaus der alten Stadt Bonn. Vier von ihnen, u. a. die beiden NSDAP-Funktionäre Felix Hausmann²²⁷ und Ludwig Rickert²²⁸, konfrontierten den

²²³ Vgl. Vogt, Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten 1914-1948, S. 517.

²²⁴ Vgl. Matzerath: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 65. Reichsweit erreichte die NSDAP von insgesamt 148 Städten in 20 nicht die Mehrheit.

²²⁵ Vgl. Wolf Gruner: Die Kommunen im Nationalsozialismus. Innenpolitische Akteure und ihre wirkungsmächtige Vernetzung, in: Sven Reichardt, Wolfgang Seibel (Hg.): Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus, Frankfurt/New York 2011, S. 167-213, hier S. 172.

²²⁶ Ebenda.

²²⁷ Felix Hausmann (1903-1974) in Bonn geboren, war Bankkaufmann. Am 1. April 1929 in die NSDAP eingetreten, hatte er die Mitgliedsnummer 127.827. Von September 1939 bis Dezember 1934 amtierte er als Kreisleiter Bonn-Stadt. Ab dem 20. März 1933 war er für knapp vier Monate zunächst als kommissarischer, danach als fest eingestellter Beigeordneter und Dezernent in Bonn beschäftigt. Am 22. Juni 1933 wurde Hausmann, dank der massiven Unterstützung und politischen Drucks durch Grohé und Rickert, als Bürgermeister in Beuel eingesetzt. Seine politische Karriere in Beuel endete, als er am 15. November 1936 mit seinem Auto einen Motorradfahrer erfasste und diesen tödlich verletzte. Ein halbes Jahr später wurde er wegen fahrlässiger Tötung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ab April 1939 arbeitete er als Beigeordneter im Rat der Stadt Bergisch-Gladbach. 1949 wurde er in seinem Entnazifizierungsverfahren in die Kategorie II (Belasteter) eingestuft. Hausmann

Bonner Oberbürgermeister, Dr. Wilhelm Lürken, und forderten ihn zum Rücktritt auf. Auf Nachfrage Lürkens bei der Kölner Bezirksregierung, wie er sich in der Situation verhalten solle, wurde er in einen sechswöchigen „Sonderurlaub“ versetzt. Zugleich informierte man ihn über die bevorstehende Ernennung Rickerts zum Staatskommissar; auch sollte dieser, zunächst nur vorübergehend, das Amt des Oberbürgermeisters übernehmen.²²⁹ Am selben Tag musste auch der Bad Godesberger Bürgermeister, Josef Zander, dem massiven Druck der Nationalsozialisten nachgeben. Er beantragte seine Beurlaubung für zunächst nur zehn Tage, wurde aber letztlich zwangsweise in den Ruhestand versetzt.²³⁰ Einen Tag später, am 14. März 1933, wurde der NSDAP-Ortsgruppenleiter von Wittschlick/Duisdorf, Heinrich Alef, als Staatskommissar für Bad Godesberg bestimmt und am 21. April 1933 durch Akklamation im Gemeindeparlament bestätigt.²³¹ Aufgrund der politischen

ging in Revision und wurde als Mitläufer eingestuft, da er sich nach Meinung der Richter frühzeitig vom Nationalsozialismus abgewandt hatte. Er wurde nun zu einer Zahlung von 100 DM verurteilt. Im Juli 1974 starb Hausmann in Troisdorf. Vgl. Bothien: Das braune Bonn, S. 49-51.

²²⁸ Ludwig Rickert (1887-1963) in Schelze bei Posen geboren, war zunächst als Volksschullehrer tätig und wurde 1927, nach einem Zusatzstudium als Diplom-Handelslehrer, Bediensteter der Stadt Bonn. Er trat 1929 in die NSDAP ein und erhielt die Mitgliedsnummer 204.466. Er war Ortsgruppenleiter in Beuel und als Gauredner tätig und vertrat die Nationalsozialisten in städtischen Ausschüssen. 1932 wurde er zum NSDAP-Kreisleiter für Bonn-Land ernannt. Ab dem 13. März 1933 bis März 1945 hatte er das Amt des Oberbürgermeisters in Bonn inne. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs war Rickert ca. drei Jahre in Internierungshaft, wobei nie ein Entnazifizierungsverfahren gegen ihn geführt wurde. Ein Strafverfahren und ein Disziplinarverfahren gegen ihn wurden eingestellt. Trotz seiner aktiven Beteiligung am nationalsozialistischen System wurde ihm lediglich sein Ruhestandsgehalt als Oberbürgermeister aberkannt, das des Handelslehrers durfte er weiter beziehen. Er starb 1963 in Wuppertal. Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 520. Ausführlich zu Person Rickert siehe Bothien: Das braune Bonn, S. 43-48. Ebenso vgl. GStA HA Rep. 120 Nr. 3043, Rickert Ludwig. Mehr zu Rickerts Beteiligung an der Judenverfolgung in Bonn siehe in nachfolgenden Kapiteln.

²²⁹ Vgl. Vogt, Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten 1914-1948, S. 518.

²³⁰ Vgl. Bothien: Bonn in der NS-Zeit, S. 8. Zander hatte sich noch gegen die nationalsozialistische Beflaggung des Rathauses in Bad Godesberg gewehrt. Vgl. Matzerath: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 67; Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 522 sowie Josef Zander: Godesberger Kommunalpolitik in schwerer Zeit 1915-1933, Bad Godesberg 1949, S. 69-75.

²³¹ Heinrich Alef (1897-1966) in Impekoven geboren, ging bis zu seiner Einberufung als Soldat 1916 auf das Gymnasium. Nach Ende des Ersten Weltkriegs war er in verschiedenen Berufen tätig, so u. a. im Baumaterialhandel, in einer Versicherungsagentur und in der Steuerberatung. Am 1. August 1930 wurde er NSDAP-Mitglied mit der Nummer 283.186. Seit August 1932 bis Mai 1933 war Alef als Ortsgruppenleiter von Duisdorf/Wittschlick und danach bis Ende 1934 von Mehlem tätig. Zudem war er als Kreis- und Gauredner aktiv. Von August 1933 bis 1943 hatte er die Funktion des Kreisamtsleiters für Kommunalpolitik inne. Ab März 1933 bis März 1945 war er Bürgermeister in Bad Godesberg. Alef war überzeugter Nationalsozialist, dessen Verhalten aber durchaus ambivalent sein konnte. Der Entnazifizierungsausschuss erklärte im Oktober 1949 u. a. dazu: „Nach den von Alef vorgelegten Gutachten hat er in einzelnen Fällen aus gewissen Gründen eine Ausnahme gemacht; aber die in Godesberg alteingesessenen jüdischen Familien sind alle restlos ausgerottet worden und kein Alef hat sich darum gekümmert.“

Einflussnahme Grohés und Rickerts wurde am 22. Juni 1933 Felix Hausmann als Bürgermeister in Beuel eingesetzt.²³² Mit der Bestätigung der zunächst nur kommissarisch eingesetzten, aus „alten Parteigenossen“²³³ bestehenden (Ober-) Bürgermeister bis Juli 1933, war der Prozess der Machtübernahme in Bonn formal abgeschlossen;²³⁴ die Schlüsselpositionen im Staatsapparat waren mit NSDAP-Funktionären besetzt. Diese Strategie hatten die Nationalsozialisten reichsweit verfolgt und mit der „*Verklammerung* von NSDAP und Staat“²³⁵ ein geeignetes Mittel gefunden, ihre Macht zu sichern.

Alef wurde nach Ende des Zweiten Weltkriegs in mehreren Lagern interniert und 1947 vom Spruchgericht in Benefeld-Bomlitz zu einem Jahr Gefängnis verurteilt; die Strafe galt durch seine Internierungshaft als abgegolten. Er ging in Revision und erreichte im Januar 1949 seinen Freispruch. Später gelang ihm eine zweite politische Karriere als Mitglied des Bundes der Heimatvertriebenen, um von dort in die FDP zu wechseln, wo er bis zum Kreisvorsitzenden aufstieg. Im September 1966 verunglückte er bei einem Autounfall tödlich. Vgl. Bothien: Das braune Bonn, S. 51-56. Originalzitat abgedruckt in ebenda, S. 54. Siehe mehr zur Person von Heinrich Alef in Horst Bothien: „...nicht der schlimmste Bürgermeister“. Heinrich Alef, Leiter der Bad Godesberger Stadtverwaltung 1933-1945, in: Bonner Geschichtswerkstatt (Hg.): „Wie herrlich duftet es hier nach Eau de Cologne!“ Bad Godesberg - ein historisches Lesebuch, Bonn 2008, S. 153-159.

²³² In Beuel hatte die Amtsgeschäfte aufgrund einer Erkrankung des Bürgermeisters Dr. Schöttler Monate vor der Machtübernahme der kommissarische Bürgermeister Dr. Möller geführt. Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 523. Siehe auch Stadtverwaltung Beuel (Hg.): Das Beueler Rathaus gestern und heute (Studien zur Heimatgeschichte der Stadt Beuel am Rhein 4), Beuel 1959, S. 38-39.

Das Amt Duisdorf führte nach zwei Interimbürgermeistern ab Mitte 1934 Werner Zeppenfeld, NSDAP-Ortsgruppenleiter von Bad Godesberg und seit 1929 NSDAP-Mitglied. Zum Staatskommissar für das Amt Oberkassel wurde kurzzeitig Polizeihauptmann a. D. Benkowitz bestellt, ihm folgte nach seiner Versetzung Anfang April 1933 Dr. Fritz Pott. Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 523-524. Zur Person Werner Zeppenfeld siehe Bothien: Das braune Bonn, S. 56-57.

²³³ Als „alte Parteigenossen“ bezeichneten die Nationalsozialisten diejenigen, die vor dem 30. Januar 1933 in die NSDAP eingetreten waren. Vgl. Wolfgang Benz: Einleitung: Die NSDAP und ihre Mitglieder, in: Wolfgang Benz (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 7-19, hier S. 7.

²³⁴ Vgl. Bothien: Bonn in der NS-Zeit, S. 9. Siehe ausführlich zur Machteroberung in Bonn: Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 518-525. Rickert (Oberbürgermeister der alten Stadt Bonn), Alef (Bürgermeister von Bad Godesberg) und Hausmann (Bürgermeister von Beuel) entsprachen nicht dem klassischen Profil der nationalsozialistischen Bürgermeister nach der Kategorisierung von Horst Matzerath. Alle drei waren erst 1929 bzw. 1930 in die NSDAP eingetreten, übernahmen jedoch schnell Verantwortung in der Partei und stiegen auf. Horst Matzerath: Oberbürgermeister im Dritten Reich. Auswertung einer quantitativen Analyse, in: Klaus Schwabe (Hg.): Oberbürgermeister, Boppard am Rhein 1981, S. 157-199. Wirsching betont, dass die Versorgung verdienter NSDAP-Mitglieder mit Ämtern einen wichtigen Aspekt bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten darstellte. Die „*funktionale Dimension*“ nämlich das Handeln zum eigenen Vorteil war ein bedeutender Aspekt der nationalsozialistischen „Zustimmungsdiktatur“. Vgl. Wirsching: Die deutsche „Mehrheitsgesellschaft“, S. 18.

²³⁵ Philipp Wegehaupt: Funktionäre und Funktionseliten der NSDAP. Vom Blockleiter zum Gauleiter, in: Wolfgang Benz (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 39-60, hier S. 53.

Die Kommunalparlamente wurden zu reinen Akklamationsorganen reduziert; ihr Entscheidungsrecht zu wichtigen Fragen die Stadt betreffend, gaben sie Ende März 1933 zugunsten von Ausschüssen ab.²³⁶ Seit der am 30. Januar 1935 erlassenen „Deutschen Gemeindeordnung“ hatten lediglich die „Ratsherren“, Mitglieder des Hauptausschusses bzw. von der NSDAP bestimmte Bürger, eine beratende Funktion.²³⁷ Mit dem Abschluss der Machtübernahme in Bonn richtete sich der Blick der örtlichen Nationalsozialisten auf die unteren Verwaltungsebenen.

2.2 „Säuberung“ der Verwaltung und Umsetzung des „Arierparagraphens“

Nach seiner Einsetzung als Oberbürgermeister regierte Rickert, dem „Führerprinzip“ entsprechend, als Verantwortlicher für die kommunale Politik mit uneingeschränkter Autorität nach unten; er war lediglich den höheren Dienststellen gegenüber rechenschaftspflichtig.²³⁸ Noch im März 1933 beurlaubte er mit Hilfe einer Diffamierungskampagne annähernd alle leitenden Beamten der alten Stadt Bonn, bzw. ließ einige von ihnen in „Schutzhaft“ nehmen.²³⁹ Obgleich die nachfolgenden Disziplinar- und Gerichtsverfahren ohne Ergebnis eingestellt wurden, folgte die zwangsweise Pensionierung zwischen 1933 und 1934.²⁴⁰ Eine derartige Vorgehensweise lokaler Nationalsozialisten war nicht ungewöhnlich. Gruner konstatiert vielmehr, dass ein gezielter Austausch von leitenden Beamten in zahlreichen Orten im Deutschen Reich stattfand.²⁴¹ Im Gegenzug wurden in den Jahren von 1933 bis 1937 116 Beamte und Angestellte sowie mehr als 200 Arbeiter

²³⁶ Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 521.

²³⁷ Vgl. Gruner: Die Kommunen im Nationalsozialismus, S. 178-179; Ennen u. a.: Vom Römerkastell zur Bundeshauptstadt, S. 260. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 521.

²³⁸ Vgl. Sabine Mecking, Andreas Wirsching: Stadtverwaltung als Systemstabilisierung? Tätigkeitsfelder und Handlungsspielräume kommunaler Herrschaft im Nationalsozialismus, in: Sabine Mecking, Andreas Wirsching (Hg.): Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft, Paderborn 2005, S. 1-23, hier S. 12. Ebenso Christiane Kuller: „Kämpfende Verwaltung.“ Bürokratie im NS-Staat, in: Dietmar Süß, Winfried Süß (Hg.): Das „Dritte Reich.“ Eine Einführung, München 2008, S. 227-245, hier S. 238.

²³⁹ Unter den Entlassenen befanden sich die Beigeordneten Meyer, Marx, Spoelgen, der Leiter der Sparkasse Weischenberg sowie der Generaldirektor der städtischen Werke Lenze. Als einziger leitender Beamte verblieb der Beigeordnete und Verwaltungsfachmann Kirsten im Amt. Vgl. Bothien: Bonn in der NS-Zeit, S. 61.

²⁴⁰ Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 518-519.

²⁴¹ Vgl. Gruner: Die Kommunen im Nationalsozialismus. Innenpolitische Akteure und ihre wirkungsmächtige Vernetzung, S. 175.

eingestellt, die für ihren frühen Eintritt in der NSDAP „belohnt“ wurden;²⁴² die zentrale Position des Polizeichefs übertrug Rickert dem SA-Standartenführer Peter Reinartz²⁴³, der nun in Doppelfunktion die Leitung der Polizei und der lokalen SA-Standarte 160 innehatte.²⁴⁴

Der Großteil der Stellen im öffentlichen Dienst blieb allerdings erhalten, wenngleich die kommunalen Bediensteten in den meisten Fällen, mit Ausnahme von Duisdorf, NSDAP-Funktionären bzw. einer NS-Sonderbehörde unterstellt waren. Am 7. April 1933 wurde die „Säuberungen der Verwaltung“ nachträglich auf eine pseudolegale Grundlage gestellt:²⁴⁵ Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ ermöglichte es „*Ungeeignete, Nicht-Arier und politisch Unzuverlässige*“ aus dem Amt zu entfernen.²⁴⁶ In Bonn wurden von 689 Beamten sechs pensioniert, zwei entlassen und zwei weitere degradiert.²⁴⁷ Damit entsprach die Situation in Bonn der Einschätzung Sabine Meckings und Andreas Wirschings, nach der die Bereitschaft der Administration sich mit den Nationalsozialisten zu arrangieren, verbreiteter war, als sich in Opposition zu den neuen Machthabern zu begeben.²⁴⁸

²⁴² Vgl. Bothien: Das braune Bonn, S. 61. Grundsätzlich hierzu siehe Frank Bajohr: Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt am Main 2001, S. 17-34.

²⁴³ Peter Reinartz (1901-1941) wurde in Troisdorf geboren. Nachdem er die Schule mit Mittlerer Reife abgeschlossen hatte, musste er seine begonnene Offiziersausbildung bei der Handelsmarine 1918 abbrechen. 1922 beendete er seine Lehre der Installations- und Betriebstechnik als Ingenieur und arbeitete danach in der väterlichen Heizungsfabrik. 1929 trat er sowohl in die SA als auch in die NSDAP ein und erhielt die Mitgliedsnummer 146.168. Im September 1932 übernahm Reinartz die Führung der Bonner SA-Standarte. Am 1. Juli 1933 übertrug Rickert ihm zunächst kommissarisch die Stelle des Bonner Stadtpolizeidirektors. Wegen bürokratischer Hindernisse musste sich Reinartz letztlich mit der Position des Polizeidezernenten begnügen, welche die Ämter der Verwaltungs-, der Vollzugs- und der Kriminalpolizei beinhaltete; diese Position übernahm er mit Wirkung vom 1. Juni 1934 und behielt sie bis zu seiner Einberufung 1939. Zudem erhielt Reinartz die Stelle eines städtischen Beigeordneten. 1938 gab er seine Position als Führer des SA-Standarte auf – eigenen Angaben zufolge war er durch seine städtischen Verantwortlichkeiten ausgelastet. Nach Kriegsbeginn meldete er sich freiwillig und fiel 1941 im Rußlandfeldzug. Vgl. Bothien: Das braune Bonn, S. 61-65. Ebenso Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 520. Bei Vogt divergiert allerdings das Todesdatum von Reinartz; es ist auf Mitte 1944 angegeben.

²⁴⁴ Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 520.

²⁴⁵ Vgl. Bracher: Stufen totalitärer Gleichschaltung: Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft, S. 59.

²⁴⁶ Vgl. Ennen u. a.: Vom Römerkastell zur Bundeshauptstadt, S. 260; Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 518-519. Steinbach: Die Gleichschaltung, S. 83-84.

²⁴⁷ Vgl. Ennen u. a.: Vom Römerkastell zur Bundeshauptstadt, S. 260; Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 518-519. Siehe auch StA Bonn IC 1.

²⁴⁸ Vgl. Sabine Mecking, u. a.: Stadtverwaltung als Systemstabilisierung?, S. 6. In den nachfolgenden Kapiteln werden noch verschiedene Akteure innerhalb der Bonner Verwaltung und ihr Verhalten im Rahmen der Judenverfolgung herausgearbeitet. Eine quantitative Aussage zu ihrer Beteiligung lässt sich kaum treffen. Vogt wertete in seiner Arbeit die Entnazifizierungsakten aus, wobei die

Der im Gesetz enthaltene „Arierparagraph“ negierte die Gleichstellung aller Bürger und richtete sich gegen Juden als Gruppe; er definierte erstmals, wer in diese Einordnung fiel:²⁴⁹ „*Menschen wurden zu Objekten von Kategorisierungen.*“²⁵⁰ In den folgenden Monaten wurde der „Arierparagraph“ auf weitere Berufsfelder angewandt, so beispielsweise auf den öffentlichen Dienst sowie in der Rechtspflege. Darüber hinaus wurde der Anteil der Juden im akademischen Bereich beschränkt.²⁵¹ Der „*’rassen’- und parteipolitische Nivellierungs- und Verfolgungsanspruch der Nationalsozialisten*“²⁵² war gesetzlich festgehalten worden und wurde vor Ort umgesetzt.

Der jüdische Obersekretär beim Personalamt der alten Stadt Bonn, Emil Marx, wurde vier Tage vor Erlass des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ von Personaldezernent Graemer zwangsweise beurlaubt. Nachdem er am 9. April 1933 direkt an Rickert appellierte und einen Nachweis seines Militärdienstes im Ersten Weltkrieg erbrachte, durfte er seine Arbeit wieder aufnehmen. Im Oktober 1935 suspendierte ihn die städtische Verwaltung nach Erlass der „Nürnberger Gesetze“ erneut, konnte diese Maßnahme allerdings nicht aufrecht erhalten, weil Marx nicht Beamter, sondern Angestellter der Stadt war. Im Mai 1936 versuchte die Verwaltung ihn wiederum, unter dem Vorwand der Verletzung des

Beurteilung der Akteure, wie beispielsweise in den Fällen Rickert bzw. Alef, zumindest sehr fragwürdig ist. In Bonn stuften die Gerichte von 4.802 entnazifizierten Personen 4,5 Prozent in Kategorie III, 16,2 Prozent in Kategorie IV und 79,2 Prozent in Kategorie V ein. Zwei Personen fielen in die Hauptbelastetenkategorien I und II. Bei der Stadtverwaltung lagen 1948 folgende Einteilungen vor: „65 Fälle eingestuft in die Kategorie III, 192 Fälle eingestuft in die Kategorie IV und 32 Fälle eingestuft in die Kategorie V. Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 622.

²⁴⁹ Mit der „Erste[n] Durchführungsverordnung“ des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 11. April 1933 wurde festgelegt, wer juristisch als nicht „arisch“ zu sehen war: „Als nicht arisch gilt, wer von nicht arischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn ein Elternteil oder ein Großelternteil der jüdischen Religion angehört hat.“ Reichsinnenminister Wilhelm Frick konkretisierte diese Feststellung am 1. September 1933 noch mit seiner Aussage „nicht die Religion [sei] maßgeblich, sondern entscheidend ist die Abstammung, die Rasse, das Blut.“ Zitiert nach Axel Töllner: Arierparagraph, in: Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart (Begriffe, Theorien, Ideologien Bd. 3), Berlin/New York 2010, S. 28-30, hier S. 28.

²⁵⁰ Nicole Kramer, Armin Nolzen: Einleitung, in: Nicole Kramer, Armin Nolzen (Hg.): Ungleichheiten im „Dritten Reich“. Semantiken, Praktiken, Erfahrungen (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 28), Göttingen 2012 S. 9-27, hier S. 20.

²⁵¹ Grundlage waren das Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft vom 7. April 1933, die Verordnung über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen vom 22. April 1933 und das Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. April 1933.

²⁵² Vgl. Steinbach: Die Gleichschaltung, S. 84.

Arbeitsfriedens, zu entlassen. Die anschließenden Prozesse zogen sich bis ins Jahr 1938 hinein. Letztlich erklärte das Reichsarbeitsgericht seine Entlassung als faktisch rechtswirksam, obgleich es das Kündigungsrecht der Stadt so nicht anerkannte.²⁵³

Auch der Fall von Dolly Freudenberg verdeutlicht, wie die städtische Verwaltung trotz mangelnder rechtlicher Handhabe Druck auf jüdische Mitarbeiter ausübte. Der „Arierparagraph“ konnte auf die jüdische Stadtassistentin wegen ihrer ununterbrochenen Anstellung seit dem Jahr 1913 nicht angewandt werden. Ihre Vorgesetzten fanden einen anderen Weg, um sie von ihrer Position zu entfernen: Mitte 1933 wurde sie von ihrer Stelle im Fremdenverkehrsamt, wo sie an exponierter Stelle arbeitete, zum städtischen Schlachthof versetzt. Im August 1934 legte man ihr unter dem Vorwand, dass sie dort anfallenden Aufgaben wegen den Folgeerscheinungen eines zurückliegenden Verkehrsunfalls nicht erledigen könne, nahe, ihren vorzeitigen Ruhestand zu beantragen. Sollte sie der Aufforderung nicht nachkommen, drohte man ihr mit zwangsweiser Pensionierung. Freudenberg beugte sich dem Druck und wurde im November 1934 in den Ruhestand versetzt.²⁵⁴ Die beiden Fälle in Bonn bestätigen die Einschätzung Alf Lüdtkes über den Handlungsspielraum der städtischen Verwaltungen und Gerichte:

„Der Phantasie administrativer und juristischer Zugriffe und Drangsalierungen schien kaum eine Grenze gesetzt. Auch hier war ‚Einsatzfreude‘ gefragt – und ließ nicht auf sich warten.“²⁵⁵

Im Kontrast zu den vorangegangenen Beispielen ist das Handeln Alefs zu sehen, der sich in seiner Eigenschaft als Bürgermeister in Bad Godesberg für die Wiedereinstellung eines entlassenen jüdischen Filialleiters einer Bank einsetzte.²⁵⁶ Seine Beweggründe sind nicht mehr nachvollziehbar, allerdings sind im Bericht des Entnazifizierungsausschusses im Oktober 1949 mögliche Erklärungsansätze zu finden:

²⁵³ Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 526-527.

²⁵⁴ Vgl. ebenda, S. 525; Van Rey: Unveröffentlichtes Manuskript, S. 48-49; Manfred van Rey: Leben und Sterben unserer jüdischen Mitbürger in Königswinter. Ein Buch des Gedenkens, Königswinter 1985, S. 107-109.

²⁵⁵ Alf Lüdtke: Funktionseliten: Täter, Mit-Täter, Opfer? Zu den Bedingungen des deutschen Faschismus, in: Alf Lüdtke (Hg.): Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial- anthropologische Studien, Göttingen 1991, S. 559-591, hier S. 579.

²⁵⁶ Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 527.

Dort wird Alef als überzeugter Nationalsozialist beschrieben, der aber in vereinzelten Fällen aufgrund unterschiedlicher Motive, wie beispielsweise um seine Gutmütigkeit oder auch seine Macht zu demonstrieren, Juden unterstützte.²⁵⁷

Weitere Bonner Juden verloren in den kommenden Monaten aufgrund des „Arierparagraphens“ ihre Arbeit oder mussten wirtschaftliche Einschränkungen hinnehmen: Amtsgerichtsrat Dr. Karl Meyer, der einzige Richter jüdischer „Abstammung“ am Landgericht Bonn, wurde im November 1933 im Alter von 33 Jahren in den Ruhestand ohne Ruhegehalt versetzt.²⁵⁸ Meyer hatte sich zuvor mit mehreren Eingaben an das Oberlandesgericht Köln gewandt, um seine Entlassung zu verhindern. Der Bonner Landgerichtspräsident, Dr. Karl Mosler²⁵⁹, hatte ihn in seinen Bemühungen unterstützt, indem er die Gesuche durch schriftliche Leumundszeugnisse ergänzte. So schrieb er u. a.:

*„Dr. Meyer ist eine starke Arbeitskraft, ist fachwissenschaftlich und schriftstellerisch tätig, besitzt ein gutes Urteil und soziales Verständnis. [...] Sowohl nach der richterlichen wie menschlichen Seite hin ist daher, um die Worte des Landgerichtspräsidenten von Cleve zu wiederholen, der größte Wert darauf zu legen, ihn der Justizverwaltung zu erhalten.“*²⁶⁰

Mosler setzte sich zu einem Zeitpunkt für seinen Kollegen ein, als derartiges Handeln bereits politisch unerwünscht und nicht opportun war. Mit seiner Haltung befand er sich in der Minderheit.

²⁵⁷ Vgl. Bothien: Das braune Bonn, S. 54.

²⁵⁸ Meyer war 1927 zum Katholizismus konvertiert; der rassische Antisemitismus der Nationalsozialisten wurde schon zu diesem Zeitpunkt angewandt. Vor seiner Versetzung in den Ruhestand war Meyer zwangsweise beurlaubt worden, nachdem der Preußische Kommissar für das Justizwesen, Hanns Kerrl, in einem Funkspruch verfügt hatte, alle jüdischen Richter zu beurlauben oder ihnen am Gericht Hausverbot zu erteilen. Vgl. Franz Hubert Schorn: Überlebt - das Schicksal der jüdischen Richter in Bonn, in: Bonner Geschichtsblätter 55/56 (2006), S. 143-207, hier S. 183; Rüdiger Pamp: Richter am Landgericht. Das Landgericht Bonn und sein Bezirk in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Heinz Faßbender (Hg.): 150 Jahre Landgericht Bonn, Bonn 2000, S. 95-143, hier S. 99. Eine ausführliche Biografie zu Meyer findet sich in Schorn: Überlebt, S. 178-198.

²⁵⁹ Landgerichtspräsident Dr. Mosler hatte sich wiederholt nationalsozialistischen Ansinnen widersetzt. Schließlich wurde er vom preußischen Justizminister Kerrl angehalten, seinen Ruhestand zu beantragen. Er kam dessen Forderung nach. Im November 1933 wurde er in den Ruhestand versetzt. Pamp: Richter am Landgericht, S. 101-102.

²⁶⁰ Zitiert nach Schorn: Überlebt, S. 186.

Zudem verloren jüdische Anwälte in Bonn ihre Zulassungen. Dem Namens- und Firmenverzeichnis von 1932/33 zufolge waren in der alten Stadt Bonn und Bad Godesberg insgesamt 67 Rechtsanwälte niedergelassen, von denen acht Juden waren. Durch das „Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft“ vom 7. April 1933 wurden den Rechtsanwälten Dr. Hans Cahn, Siegmund Mayer II. Dr. Alfred Meier III. und Dr. Josef Weiss die Anwaltszulassung entzogen. Max Baum, Dr. Max Cohn, Dr. Ernst Herrmanns und Dr. Hans Wollstein waren zunächst nicht von dem Gesetz betroffen und konnten ihre juristische Tätigkeit weiter ausüben.²⁶¹ Doch obwohl sie nicht unter die Bestimmungen des „Arierparagraphens“ fielen, hatten sie mit wirtschaftlichen Einbußen zu kämpfen. Dr. Herrmanns sah sich gezwungen, seine finanziellen Verluste zu kompensieren, indem er einen Teil seines Wohnhauses vermietete.²⁶² Dr. Cohn schied noch 1933 aus der gemeinsamen Sozietät mit seinem Kollegen Josef Rolland aus und praktizierte fortan unter seiner Privatadresse.²⁶³ Über die Beweggründe für seine Entscheidung kann nur spekuliert werden. Eventuell bestand ein Zusammenhang mit der antisemitischen Verlautbarung des Bezirksleiters des „Bundes Nationalsozialistischer Juristen“ in Bonn, Dr. Willi Schumacher I., an die Rechtsanwälte des Landgerichtsbezirks Bonn vom 21. April 1933:

„[...] 2) Es ist nicht zulässig, dass deutsche Kollegen mit jüdischen Anwälten Gebührenteilung vereinbaren. 3) Es ist nicht zulässig, dass ein deutscher Kollege sich mit einem jüdischen Anwalt assoziiert.“²⁶⁴

Letztlich kann nicht mehr geklärt werden, was zu Cohns Entscheidung führte. Dennoch trat im Zusammenhang mit der NS-Gesetzgebung und der veränderten politischen Lage die von den Nationalsozialisten beabsichtigte Wirkung ein: Es wurde eine nicht dagewesene Grenze gezogen: Menschen, die noch vor kurzem zumindest in einem

²⁶¹ Ausgenommen von der „Arierklausel“ waren diejenigen Anwälte die vor dem 8. August 1914 zugelassen worden waren, Weltkriegsteilnehmer sowie Väter und Söhne gefallener Kriegsteilnehmer. Vgl. Bonner Anwalt-Verein e.V. (Hg.): Das Schicksal der im Landgerichtsbezirk Bonn zugelassenen jüdischen Rechtsanwälte während der Zeit des Nationalsozialismus, Bonn 1999, S. 7; Pamp: Richter am Landgericht, S. 109.

²⁶² Vgl. Bonner Anwalt-Verein e.V. (Hg.): Das Schicksal der im Landgerichtsbezirk Bonn zugelassenen jüdischen Rechtsanwälte, S. 15.

²⁶³ Vgl. ebenda.

²⁶⁴ Zitiert nach Schorn: Überlebt, S. 187.

kollegialen Verhältnis zueinanderstanden, sollten nun nicht mehr miteinander interagieren. Wohlgemerkt gingen diese Richtlinien über das Gesetz vom 7. April 1933 hinaus.

Wie früh Bonner Akteure ihren Vorteil suchten, verdeutlicht ebenfalls das Beispiel derjenigen Anwälte, die sich in der Bezirksgruppe Bonn des „Bundes Nationalsozialistischer Juristen“ organisiert hatten. Sie veröffentlichten eine Aufzählung der acht jüdischen Anwälte in Bonn und wiesen darauf hin, dass es sich bei diesen um Juden handele; damit agierten sie opportunistisch und nutzten die nationalsozialistische Handlungsaufforderung Juden zu exkludieren, um ihre Konkurrenz auszuschalten.²⁶⁵ Darüber hinaus erließ Schumacher I. ebenfalls am 21. April 1933 *„Richtlinien betreffend den Verkehr der Gerichte mit den ausgeschlossenen jüdischen Anwälten“*. In detaillierter, teils pedantischer Weise bemühte er sich, die jüdischen Anwälte in verschiedenster Form zu behindern und ihnen das Leben zu erschweren:

„1.) Die ausgeschlossenen Anwälte dürfen das Gerichtsgebäude nicht betreten, sich nicht durch andere Anwälte oder sonstige Personen (Büroangestellte usw.) vertreten lassen. [...] 3.) Die den Anwälten zur Verfügung stehenden Einrichtungen im Gerichtsgebäude (Fächer usw.) dürfen von den ausgeschlossenen Anwälten nicht benutzt werden. [...] 6. Im übrigen [sic] sind sämtliche Anordnungen, Verfügungen, Gesetze zu Ungunsten der ausgeschlossenen Rechtsanwälte auszulegen, soweit sie sich auf das Prozessverfahren beziehen.“²⁶⁶

Die Handlungen und Handlungsanweisungen zur weitergehenden Diskriminierung jüdischer Kollegen wurde von einer Gruppe von Bonner Akteuren vorangetrieben; aber genau derartige Aufrufe machte die Ausgrenzung der Bonner Juden sukzessive gesellschaftsfähig.

Dass gerade Anfang 1933 noch andere Handlungsmöglichkeiten als Abwendung oder Vorteilsnahme bestanden, mit denen Nicht-Juden der Ausgrenzung ihrer

²⁶⁵ Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 525-526.

²⁶⁶ Zitiert nach Schorn: Überlebt, S. 187.

jüdischen Kollegen begegnen konnten, zeigte sich am Fall Mayer II. Diesem war im Frühsommer 1933 von der Justizverwaltung die Ausübung seiner Anwaltstätigkeit untersagt worden. Mayer II. klagte dagegen, weil er nicht unter die Bestimmungen des Gesetzes vom 7. April 1933 fiel. Im Zuge seiner Bemühungen bat er auch verschiedene Bonner Richter um Leumundszeugnisse. Dieser Bitte kamen die damaligen Landgerichtsdirektoren Pomp, Geißeler, von Hammel, Brucker und Stürmer sowie die Land- und Amtsgerichtsräte Otto, Bücheier, Dr. Schorn, Kipp und der früher in Bonn tätig gewesene Staatsanwalt Mantteuffel nach. In diesem Fall stellten sich die aufgezählten Juristen, dem Willen der nationalsozialistischen Regierung und dem aufkommenden Zeitgeist entgegen. Ihr Beispiel zeigt, dass es gerade noch zu Beginn der NS-Herrschaft Möglichkeiten gab, Solidarität zu bekunden. Für ihr kollegiales Verhalten wurden sie vom „Westdeutschen Beobachter“ in einem Artikel vom 7. Juli 1933 unter dem Titel „Unerhört“ kritisiert:²⁶⁷

*„Diese Herren haben anscheinend noch nicht begriffen, daß auch die Richter die Staatsinteressen wahrzunehmen haben und daß es hierbei keine sogen. Objektivität zu geben hat. Sie haben mit ihrer Handlungsweise gezeigt, daß sie das Wesen des Nationalsozialismus und der neuen Zeit nicht begriffen haben und [...] auch nicht gewillt sind, im neuen Geiste zu handeln.“*²⁶⁸

Letztlich waren Mayers II. Eingaben erfolgreich und sein Vertretungsverbot wurde aufgehoben. Im September 1938 verloren allerdings er sowie die drei verbliebenen jüdischen Anwälte durch die „fünfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ ihre Zulassungen und wurden zu „jüdischen Rechtskonsulenten“ degradiert.²⁶⁹

Entlassungen fanden auch an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn statt; von den damals 296 Bonner Hochschullehrern waren 17 Juden, von den

²⁶⁷ Vgl. Bonner Anwalt-Verein e.V. (Hg.): Das Schicksal der im Landgerichtsbezirk Bonn zugelassenen jüdischen Rechtsanwälte, S. 18-19.

²⁶⁸ „Westdeutscher Beobachter“ vom 7. Juli 1933: „Unerhört“.

²⁶⁹ Vgl. Bonner Anwalt-Verein e.V. (Hg.): Das Schicksal der im Landgerichtsbezirk Bonn zugelassenen jüdischen Rechtsanwälte, S. 1-25; Pomp: Richter am Landgericht, S. 109. Grundsätzlich zur Entrechtung und Verfolgung jüdischer Juristen während der NS-Zeit siehe Horst Göppinger: Juristen jüdischer Abstammung im „Dritten Reich“. Entrechtung und Verfolgung, München 1990.

205 Assistenten waren es sechs. Die Auflistung von Juden hatte der Bonner Universitätskurator Proske aus den verschiedenen Fachbereichen, Kliniken und der Verwaltung bereits am 6. April 1933 angefordert, einen Tag bevor das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ publik wurde.²⁷⁰ Bis zum Sommer 1933 wurden folgende jüdische Assistenten entlassen, sofern sie sich nicht zuvor unter dem zunehmenden Druck gebeugt und ihre Stelle aufgegeben hatten: Alfred Meyer, Samuel Last, Werner Jacobson, Kurt Levy, Heinrich Rheinböldt, Paul Dreyfuß sowie die Bibliothekarin Helene Wieruszowski. Reinhold Waldsachs wurde wegen seiner Ehe mit einer Jüdin sein Arbeitsvertrag in der Zahnklinik vorzeitig gekündigt. Noch im Jahr 1933 entließ die Universität die nicht-verbeamteten jüdischen Privatdozenten und Professoren Rudolf Hertz, Paul Ludwig Landsberg, Alexander Sperber, Alfred Meyer, Adolf Nußbaum und Hans König. Max Grünhut wurde im September 1933 zwangsweise in den Ruhestand versetzt. Die jüdischen Professoren Eberhard Brück, Felix Hausdorff, Siegfried Simon und Otto Toeplitz blieben zunächst in ihren Ämtern, da sie bereits vor 1914 verbeamtet worden waren. Mit der Einführung der „Nürnberger Gesetze“ wurden aber auch sie zwangsweise in den Ruhezustand versetzt. Simon war bereits 1934 verstorben.²⁷¹

Unter den entlassenen Dozenten der Universität Bonn befand sich auch der Privatdozent und Theologe Ernst Fuchs.²⁷² Dieser hatte sich im Februar 1933 zunächst noch aus Solidarität zu seinem Lehrstuhlinhaber, Karl Ludwig Schmidt, der SPD angeschlossen, versuchte aber bereits wenige Monate später, sich den nationalsozialistischen Machthabern gefällig zu zeigen.²⁷³ Noch vor seiner Kündigung

²⁷⁰ Vgl. van Rey: Unveröffentlichtes Manuskript, S. 50.

²⁷¹ Vgl. Braubach: Jüdischer Anteil an der Bonner Gelehrsamkeit, S. 402-418, hier S. 414-415. Siehe hierzu auch Höpfner: Die vertriebenen Hochschullehrer der Universität Bonn.

²⁷² Ernst Fuchs (1903-1983) war Assistent von Karl Ludwig Schmidt an der Evangelisch-Theologischen Fakultät. Am 15. September 1933 wurde er zusammen mit diesem auf Basis des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ entlassen. Danach war er zunächst als Pfarrer in Winzerhausen tätig, musste aber dem Druck der lokalen NSDAP weichen und predigte später im Kreis Schwäbisch-Hall. Während dieser Zeit war er Mitglied der „Bekennenden Kirche“ und trat für eine größere Freiheit der Kirche von den nationalsozialistischen Machthabern ein. Nach 1945 lehrte er in Tübingen und wurde 1961 auf den neutestamentlichen Lehrstuhl in Marburg berufen. Vgl. Höpfner: Die vertriebenen Hochschullehrer der Universität Bonn, S. 449 und Hartmut von Sass: Ernst Fuchs, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon (Band 33), Nordhausen 2012, S. 492-500.

²⁷³ Vgl. Höpfner: Die vertriebenen Hochschullehrer der Universität Bonn, S. 449.

im September 1933 distanzierte er sich nicht nur von der SPD,²⁷⁴ sondern biedernte sich auch den Nationalsozialisten in seinem Brief vom 25. Juni 1933 an den preußischen Staatsminister auf Kosten der jüdischen Minderheit an:

„Ich habe mich theologisch überzeugt, daß der Glaube zu dem Erneuerungswillen, der unsrer Art und Rasse gilt, ich [sic] unbedingt Ja sagen muss. Es geht nicht an, daß die Kirche Gottes den Willen zur Bekämpfung der Dämonie des jüdischen Volkes selber als dämonisch erklärt, nachdem schon der Apostel Paulus seine Arbeit der Bekämpfung der Dämonie der jüdischen Religion (das Volk war damals ein anderes!) gewidmet hat.“²⁷⁵

Um seine eigene Stellung gegenüber den neuen Machthabern zu verbessern, wandte sich Fuchs in seinen Ausführungen gegen die Juden und unterfütterte die nationalsozialistische Demagogie theologisch. Bemerkenswert ist, dass er sich in seinem Brief nur mit einem Satz für seine Mitgliedschaft in der SPD rechtfertigte, welche immerhin zu seiner Entlassung im September 1935 führen sollte. Vielmehr versuchte er seine Anpassung an den Zeitgeist durch seine antisemitische Gesinnung – vorgegeben oder nicht – zu zeigen.

Noch vor dem 7. April 1933 waren zwei jüdische Professoren aus ihren Ämtern vertrieben worden: Der Zahnmediziner Alfred Kantorowicz wurde, wie bereits Anfang des Kapitels erwähnt, am 1. April 1933 in „Schutzhaft“ genommen. Dem vorausgegangen war ein Bericht Proskes an den zuständigen Minister, in welchem er nicht nur die politische Gesinnung von Kantorowicz und seiner Tochter, sondern auch dessen Privatleben inklusive einer angeblichen Affäre kommentierte. Dabei berief sich Proske eigenen Angaben zufolge auf „vertrauliche Aussagen“.²⁷⁶ Noch während Kantorowicz Inhaftierung im KZ Börgermoor entließ man ihn aus dem Staatsdienst und auch sein Ehrendoktor wurde ihm aberkannt. Dank der Intervention von Freunden

²⁷⁴ Ernst Fuchs trat bereits am 9. Juni 1933 wieder aus der SPD aus. Vgl. ebenda.

²⁷⁵ GStA PK HA Rep 76 Va Nr. 10396: Brief Ernst Fuchs vom 25. Juni 1933 an den preußischen Staatsminister.

²⁷⁶ Vgl. GStA PK HA Rep 76 Va Nr. 10396: Brief von Kurator Proske an den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 14. März 1933.

konnte er das Konzentrationslager am 5. November 1933 verlassen und emigrierte um den Jahreswechsel nach Istanbul.

Otto Löwenstein war 1930 zum Direktor des neugegründeten Instituts der Pathopsychologie berufen worden. Am 10. März 1933 stürmte sein Kollege und NSDAP-Mitglied Walter Poppelreuter mit ca. 80 SA-Männern und Angehörigen der Kölner „Gruppe hirnerkrankter Krieger“ in die Anstalt, traf aber Löwenstein nicht an. Anschließend verwüsteten sie seine Wohnung und hissten die Hakenkreuzfahne. Löwenstein war dank einer frühzeitigen Warnung untergetaucht und setzte sich über das Saarland in die Schweiz ab. Am 13. April 1933 suspendierte ihn die Universität Bonn und im September 1933 wurde er in den Ruhestand versetzt. Ein Ruhestandsgehalt wurde ihm mit der Begründung verweigert, dass er sich ohne Erlaubnis im Ausland befinde. Ein Motiv für Poppelreuters Handeln kann Missgunst gewesen sein. Poppelreuter war als Psychiater bis 1926 Leiter des Hirnverletzten-Instituts gewesen; dies musste zu Gunsten der Provinzial-Kinderanstalt weichen, die von Löwenstein gegründet worden war.²⁷⁷ Bemerkenswert ist, dass Poppelreuter bei seiner gewaltsamen Aktion von einer großen Gruppe von Männern unterstützt wurde, die unter Tag in das Institut und die Privaträume Löwensteins einfielen. Dieser Vorfall bestätigt eine Beobachtung Gruners, nach welcher bereits in den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Herrschaft *„Freiräume für individuelle Gewalt“*²⁷⁸ geschaffen wurden. Demnach vermittelte die antijüdische Stimmung *„vielen Deutschen auch das Gefühl, dass Gewalt gegen Juden legitim sei, ganz gleich ob es sich um Körperverletzung oder Zerstörung ihres Eigentums handelte“*.²⁷⁹

Am Beispiel des „Arierparagraphens“ wird ersichtlich, dass die kommunale Verwaltung und die städtischen Institutionen an der Exklusion der Bonner Juden einen bedeutenden Anteil hatten: Sie fügten sich im Rahmen ihrer Tätigkeitsfelder systemisch in die nationalsozialistische Ausgrenzungspolitik ein, indem sie als unterste Verwaltungsebene die antijüdischen Maßnahmen und die Gesetzgebung implementierten.²⁸⁰ Die Ungleichbehandlung auf antisemitischer Grundlage wurde

²⁷⁷ Vgl. Höpfner: Die vertriebenen Hochschullehrer der Universität Bonn, S. 455-456.

²⁷⁸ Gruner: Die Berliner und die NS-Judenverfolgung, S. 63.

²⁷⁹ Ebenda.

²⁸⁰ Vgl. Mecking u. a.: Stadtverwaltung als Systemstabilisierung, S. 4.

über die Jahre mit unterschiedlichen Maßnahmen in verschiedenen Lebensbereichen weiter gefestigt und schuf eine immer größer werdende Distanz zwischen Juden und Nicht-Juden.

Nicht nur regte sich kaum Widerstand in der Bonner Gesellschaft, vielmehr fand der „Arierparagraph“ in den nächsten Monaten, wie im nachfolgenden Abschnitt zu sehen sein wird, ohne rechtliche Grundlage seine Verbreitung in gesellschaftlichen Zusammenschlüssen und Vereinen.

2.3 Exkludierende Handlungen gegenüber Juden

Innerhalb weniger Monate übernahmen Bonner Akteure das antisemitische Gedankengut in verschiedene Bereiche des öffentlichen Lebens. Der berufliche Ausschluss der Juden aus städtischen Stellen, die Anwendung des „Arierparagraphens“ in bestimmten Berufszweigen, die zunehmende antisemitische Propaganda und die großangelegte Boykottaktion vom 1. April 1933²⁸¹ führten zur Stigmatisierung der Juden als Gruppe. Bonner Juden, die in der Gesellschaft integriert gewesen waren, wurden nun als anders, als fremd wahrgenommen:

„Gesetze und antijüdische Aktionen machten deutlich, dass der Antisemitismus im neuen «Dritten Reich» eine Staatsideologie geworden und die traditionelle Schutzfunktion des Staates vor antisemitischen Übergriffen für die betroffenen Juden in ihr Gegenteil verkehrt worden war.“²⁸²

Wie aber verhielten sich die Bonner Akteure gegenüber Juden, wenn sie mit diesen direkt interagierten, wie beispielsweise in Vereinen oder in alltäglichen Begegnungen? Denn auch oder gerade diese kleinen „unbedeutenden“ Handlungen trugen dazu bei, die soziale Praxis vor Ort mitzugestalten bzw. herzustellen. Im folgenden Kapitel wird

²⁸¹ Siehe hierzu ausführlich die Abschnitte 3.1, 3.2 und 3.3.

²⁸² Bajohr u. a.: Der Holocaust als offenes Geheimnis, S. 25.

das Verhalten der nicht-jüdischen gegenüber den jüdischen Bonnern bis zur Einführung der Nürnberger Gesetze 1935 skizziert.

2.3.1 Ausgrenzung aus Vereinen

Bonn hatte eine diverse Vereinslandschaft: Es existierten zahlreiche Instrumental- und Gesangsvereine sowie andere kulturelle Vereinigungen, Sportvereine u. v. m.²⁸³ Um die Veränderung im gesellschaftlichen Verhalten zu überprüfen, bieten sich diese als Indikator besonders an; denn die Integration der Juden in lokalen Vereinen zeigte auch den Grad ihrer Akzeptanz und Sozialisation innerhalb der Bonner Gesellschaft an. In Vereinen interagierten nicht-jüdische und jüdische Bonner mit gemeinsamen Interessen direkt miteinander, man traf sich in regelmäßigen Abständen und war meist schon seit Jahren miteinander bekannt. Wie wirkte sich der von staatlicher Seite geforderte Antisemitismus in den Vereinen aus? Hierbei ist zu beachten, dass kein gesetzliches Verbot oder eine Verordnung existierte, auf Basis derer Juden aus Vereinen ausgeschlossen werden konnten.²⁸⁴ Helmut Heyer gibt in seinem Buch²⁸⁵ einen hervorragenden Einblick in das Bonner Vereinswesen. Aufgrund der Quellenlage ist bei vielen Vereinen nicht mehr nachvollziehbar, ob sie jüdische Mitglieder hatten und, falls dies der Fall war, wie sie sich gegenüber diesen verhielten. Nachfolgend werden einige Fälle skizziert:

Der Städtische Gesangsverein hatte laut Satzung als Vorstandsvorsitzenden den Oberbürgermeister der Stadt Bonn oder einen von ihm benannten Beigeordneten.²⁸⁶ Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten ernannte Rickert den städtischen Beigeordnete Kirsten zum Vorsitzenden. In der Mitgliederversammlung vom 7. Juli 1933 waren 35 Personen anwesend; diese votierten für den Ausschluss ihrer jüdischen Mitglieder. Die Jüdinnen Goldschmidt und Hanau sollten von Reich informiert werden, dass sie aufgrund ihrer „nicht-arischen“ Abstammung als Mitglieder nicht länger erwünscht seien. In einem weiteren Fall waren sich die Anwesenden unsicher, ob es

²⁸³ Vgl. Heyer: Kultur in Bonn im Dritten Reich. So zählt Heyer in seinem Inhaltsverzeichnis mehr als 28 kulturelle Vereine auf.

²⁸⁴ Zum Prozess der kulturellen Gleichschaltung siehe ebenda, S. 17-21.

²⁸⁵ Heyer: Kultur in Bonn im Dritten Reich.

²⁸⁶ Vgl. ebenda, S. 140-146.

sich bei der Person um einen Juden handelte. Dr. Hoogen erklärte sich eigeninitiativ dazu bereit, Erkundigungen einzuziehen.²⁸⁷ NSDAP-Funktionäre konnten zwar aufgrund der Satzung des städtischen Gesangsvereins mehr direkten Einfluss ausüben als in anderen Vereinen, dennoch ist festzuhalten: Es gab keine Gegenstimmen gegen den Ausschluss der jüdischen Mitglieder – vielmehr stellten sich nicht-jüdische Bonner zur Verfügung, die geschassten Mitglieder zu benachrichtigen bzw. die „arische“ Herkunft anderer Mitglieder zu überprüfen. Sie entschieden sich bewusst dazu, sich an der Diskriminierung zu beteiligen.

Beim „Bonner Männer-Gesang-Verein „Apollo““ trat im Frühjahr 1933 der seit 1924 amtierende jüdische Vereinspräsident Siegmund Mayer II. von seinem Amt zurück. Die Beweggründe, die ihn zu diesem Schritt veranlassten, sind nicht mehr rekonstruierbar;²⁸⁸ der Zeitpunkt lässt allerdings einen Zusammenhang mit der sich verändernden sozialen Praxis vermuten.

Ein weiteres Beispiel für die Exklusion jüdischer Mitglieder aus Vereinen, ist der Fall des „Halbjuden“ Hugo Jansen. Aus seiner Wiedergutmachungsakte geht hervor, dass er 1933 aus dem Sportverein „Bonner Tura“ ausgeschlossen wurde.²⁸⁹ Vier ehemalige Vereinsmitglieder gaben in den 1950ern Zeugnis über ihren damaligen Vereinskollegen ab.²⁹⁰ Unabsichtlich dokumentierten drei von ihnen sowohl Jansens Ausschluss aus dem Verein wie auch ihr ausgrenzendes Verhalten ihm gegenüber. So sagte Karl Höfer aus, dass Jansen nach der Machtübernahme nicht mehr für die Mannschaft spielen und auch nicht mehr Vereinsmitglied sein durfte. Jakob Schmitt und Hans Rielinger erklärten beide, dass sie nach 1933 kaum mehr mit ihm gesprochen hätten und Schmitt führte aus:

„Hugo Jansen ist mir seit Anfang der 20-er Jahre bekannt. Er war damals Mitglied der Bonner Tura, in deren Spielausschuss ich war. Ich kannte ihn deshalb besonders gut. Soviel ich weiß, verdiente er damals seinen

²⁸⁷ Vgl. StA Bonn N 41/934: Mitgliederversammlung des Städtischen Gesangsvereins vom 7. Juli 1933.

²⁸⁸ Vgl. Heyer: Kultur in Bonn im Dritten Reich, S. 156-157.

²⁸⁹ Allgemein hierzu Lorenz Pfeiffer: Der Ausschluss der Juden 1933 aus deutschen Turn- und Sportvereinen und das Beschweigen nach 1945. Alte und neue Perspektiven deutscher Sporthistoriographie, in: ZfG 59 (2011), S. 217-229.

²⁹⁰ Vgl. StA Bonn N 1985/830.

Lebensunterhalt durch Annoncen- und Zeitschriftenwerbung. Über die Höhe seines Einkommens kann ich nichts sagen, ich weiß nur, dass er fast jeden Abend in Gastwirtschaften anzutreffen war, vor allem im „Goldenen Hirsch“ und im „Weissen Haus“. Nach 1933 habe ich ihn nur noch sehr selten gesehen“²⁹¹

Weitere Vereine schlossen ihre Mitglieder nach Bekanntgabe der „Nürnberger Gesetze“ im September 1935 aus; in Abschnitt 4.3 wird diese Thematik nochmals aufgegriffen. Dass die exkludierende Haltung sich nicht nur in Vereinen, sondern in nahezu allen Lebensbereichen fortsetzte, verdeutlichen nachfolgende ausgewählte Beispiele.

2.3.2 Kontaktabbruch nicht-jüdischer zu jüdischen Bonnern

Der Abbruch gesellschaftlicher Beziehungen, von Interaktionen und sozialen Kontakten vor Ort trug entscheidend dazu bei, die exkludierende „Volksgemeinschaft“ zu konstituieren. Aus Indifferenz, mangelnder Konfrontationsbereitschaft oder Angst vor Repressalien aber auch aus Opportunismus entschieden sich Bonner schon in der Frühzeit der nationalsozialistischen Herrschaft, die persönlichen Beziehungen zu Juden einzuschränken oder gänzlich aufzugeben. Ausgewählte Beispiele von Bonner Akteuren sollen dieses Verhalten illustrieren.

Der jüdische Arzt Dr. Samuel berichtete in seinen Lebenserinnerungen von einer Begegnung mit Karl Kamp am 1. April 1933. Dieser sei persönlich zu ihm in die Praxis gekommen, um ihn von seiner Mitgliedschaft in der NSDAP zu informieren. Kamp beteuerte in dem Gespräch, dass er nur in die Partei eingetreten sei, weil er auf diese Weise einen Arbeitsplatz erhalten habe, er aber nicht die antisemitische Einstellung der Partei teile. Nach Ende des Gesprächs brachte er Samuel noch nach Hause und verabschiedete sich bei ihm mit Handschlag. Dabei wurde Kamp von einem anderen Parteimitglied beobachtet und zurechtgewiesen. Wenige Tage später schrieb er Samuel folgenden Brief:

²⁹¹ StA Bonn N 1985/830: Wiedergutmachungsakte Jansen: Zeugenaussage von Jakob Schmitt.

*„Wenn Sie mich nächstens auf der Strasse sehen, ich darf Sie leider nicht mehr grüssen. Aber wenn Sie mir genau in die Augen sehen, dann werden Sie merken, dass ich Sie anlache. Bitte verraten Sie mich nicht. [...] Also, lieber Doktor, nicht böse sein. Immer Ihr getreuer Karl Kamp.“*²⁹²

Dieses Beispiel ist in verschiedener Hinsicht interessant: Obwohl Kamp kein überzeugter Antisemit war, nutzte er doch die Gelegenheit, Vorteile aus der neuen politischen Lage zu ziehen. In seinem Opportunismus nahm er billigend in Kauf, dass er einen jahrelangen Bekannten durch seine Handlung – sein Nichtbeachten – sozial ausgrenzte. Er stellte dabei nicht so sehr sein eigenes Verhalten in Frage, sondern versuchte vielmehr, Verständnis von Samuel zu erhalten.

Samuel berichtete in seinen Lebenserinnerungen weiterhin, dass er nach dem Aprilboykott 1933 viele seiner vormaligen Patienten verlor, die meisten von ihnen waren in irgendeiner Form abhängig vom nationalsozialistischen Staat, wie Beamte oder Angestellte der Stadt, der Universität und dergleichen mehr. Auch viele seiner nicht-jüdischen Kollegen verhielten sich seiner Aussage nach unkollegial und ignorierten ihn.²⁹³

Der folgende Fall, in welchem Samuel indirekt eine Rolle spielte, zeigt, wie kollegiales Handeln und diskriminierendes Verhalten 1934 aufeinander treffen konnten. „Der Stürmer“ berichtete, dass sich der Bonner Arzt Dr. Beck von Samuel während seines Urlaubs vertreten ließ und führte aus, wie es der Postbetriebsarbeiter Hans Winterscheidt ablehnte, seine Behandlung bei einem jüdischen Arzt weiterzuführen. Der Artikel schloss mit den Worten:

²⁹² Arthur Samuel: Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933, in: Bonner Geschichtsblätter Bd. 49/50 (1999/2000), S. 399-457, hier S. 415.

²⁹³ Ebenda, S. 417.

„Wer hat mehr Charakter: der deutsche Arzt Dr. Beck, der sich von einem Juden vertreten lässt oder der deutsche Arbeiter Hans Winterscheidt, der sich weigert, sich von einem Juden behandeln zu lassen?“²⁹⁴

Kontaktabbrüche nicht-jüdischer Bonner sind auch beim „Städtischen Konservatorium und Musiklehrerseminar“ nachzuweisen. Das Institut bestand 1933 bereits seit über 25 Jahren, noch im Jahr 1930 betreuten 30 Lehrkräfte die rund 400 Musikschüler. Der Direktor des Instituts, Gotthold Gumprecht, war nach der Hochzeit mit seiner Frau Anna vom Judentum zum Katholizismus konvertiert. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten sanken die Zahlen der Schüler so signifikant, dass er sich bereits im Herbst 1933 dazu gezwungen sah, das Konservatorium der alten Stadt Bonn zum Verkauf anzubieten. Rickert lehnte dies ab. Anhand der Quellenlage kann über die Beweggründe der Austritte nur spekuliert werden. Es ist aber anzunehmen, dass in Zeiten nationalsozialistischer Herrschaft der Abschluss in einer Musikschule unter jüdischer Leitung von vielen nicht als karriereförderlich angesehen wurde. Damit passten sie ihr Verhalten schon früh den Erwartungshaltungen und Handlungsaufforderung der Nationalsozialisten an, obgleich, rein rechtlich gesehen, ihrem weiteren Besuch des Konservatoriums nichts entgegenstand. Gumprecht selbst wurde vom „Westdeutschen Beobachter“ in einem Artikel vom 30. September 1933 direkt angegriffen, weil er eine Einladung des Deutschen Tonkünstler- und Musiklehrerverbandes zu einem Vorbereitungstreffen für den „Tag der deutschen Hausmusik“ angenommen hatte. Unter dem Titel „Deutschjüdische Hausmusik in der Beethovenhalle?“ wurde ihm das „Recht“ abgestritten, an einem Auftritt teilzunehmen, der zu Ehren der deutschen Musik stattfinden sollte.²⁹⁵ Auch der Verband wurde vom „Westdeutschen Beobachter“ wegen seiner Anfrage an Gumprecht angegriffen. Letztlich beugte sich dieser dem nationalsozialistischen Druck und es fand kein gemeinsames Konzert statt.²⁹⁶ Der Verband hatte es verpasst, ein Zeichen gegen den Antisemitismus zu setzen. Das Konservatorium blieb trotz

²⁹⁴ „Der Stürmer“ von 1934, Nr. 51: „Er lässt sich von einem Juden vertreten.“

²⁹⁵ Vgl. „Westdeutscher Beobachter“ von 30. September 1933: „Deutschjüdische Hausmusik in der Beethovenhalle?“

²⁹⁶ Vgl. Heyer: Kultur in Bonn im Dritten Reich, S. 163-165.

zunehmender Schwierigkeiten noch wenige Jahre unter Leitung Gumprechts bestehen, bis es schließlich 1936 von der alten Stadt Bonn übernommen wurde.

Auch in Bonner Schulen erfuhren jüdische Kinder Zurückweisungen: Margot Barnards Lebenserinnerungen zufolge wurde ihr durch verschiedene kleine Äußerungen und Vorkommnisse bewusst gemacht, dass sie nicht länger Teil der Klassengemeinschaft war. So wurden sie und ihre jüdischen Mitschüler beispielsweise vom Unterricht ausgeschlossen, als Rassekunde auf dem Lehrplan stand. Auch erzählte ihr eine Mitschülerin, dass sie ihre HJ-Uniform in der Schule tragen würde, weil ihre Eltern ihre nationalsozialistische Gesinnung zum Ausdruck bringen wollten.²⁹⁷ Andere jüdische Schüler berichteten von ähnlichen Empfindungen in ihren Zeitzeugenberichten. So stellten William Hirschfeld und Günther Bucki fest, dass sie sich durch den Eintritt der meisten ihrer Mitschüler in die Hitlerjugend isoliert und ausgeschlossen fühlten.²⁹⁸ Auch antisemitische Beschimpfungen nahmen zu und verstärkten das Gefühl der Exklusion. Nach Buckis Erinnerungen wurde er nach einem von ihm begangenen Foul bei einem Fußballspiel, als „Saujude“ beschimpft.²⁹⁹ Am 29. Dezember 1933 beantragte die jüdische Gemeinde in der alten Stadt Bonn schließlich die Einrichtung einer Volksschule für jüdische Kinder. Dies wurde ihr im April 1934 genehmigt und ab Mai 1934 besuchten 63 Kinder die Schule, deren Zahl in den nächsten zwei Jahren bis auf 85 anstieg.³⁰⁰ Die realisierte räumliche Trennung jüdischer und nicht-jüdischer Kinder in unterschiedlichen Schulen, war nur eine Symptomatik der Volkskrankheit der exkludierenden „Volksgemeinschaft“.

Aufgrund der beschriebenen Beispiele in Bonn muss die vereinfachte Aussage Longerichs revidiert werden, nach der es verfehlt wäre, *„in den antisemitischen Gesetzen die Verwirklichung einer Forderung zu sehen, die über die Anhängerschaft der neuen Regierung hinaus, weithin populär gewesen wäre.“*³⁰¹ Die Realität war deutlich komplexer: Zunächst wurde die antisemitische Gesetzgebung vor Ort von den

²⁹⁷ Vgl. Margot Barnard: „Ich sehe Dich nie wieder!“, Erinnerungen für die Zukunft, Bonn 2009, S. 35-36.

²⁹⁸ Vgl. Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 31: Zeitzeugenbericht Günther Bucki sowie Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 54: Zeitzeugenbericht: William Hirschfeld.

²⁹⁹ Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 31: Zeitzeugenbericht Günther Bucki.

³⁰⁰ Vgl. Arndt (Hg.): Unwiederbringlich vorbei, S. 229; Van Rey: Unveröffentlichtes Manuskript, S. 61-65. Auch Gruner sieht im Anstieg der Kinder in jüdischen Schulen die Auswirkungen kommunaler Ausgrenzungspolitik. Vgl. Gruner: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, S. 88.

³⁰¹ Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 88.

verantwortlichen Stellen zügig umgesetzt, was nur durch die Mithilfe der städtischen Verwaltung möglich war. Auch konnte am Beispiel des „Bundes Nationalsozialistischer Juristen“ in Bonn oder der Aktion Poppelreuters gezeigt werden, dass Akteure die politische Lage für ihre Zwecke nutzten und weit über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgingen. Aber dass gerade noch zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft andere Handlungsmöglichkeiten bestanden und wahrgenommen wurden, konnte am Beispiel der Bonner Richter gezeigt werden. Letztlich nutzten nur wenige Bonner Akteure diese Möglichkeit, sich offen für Juden einzusetzen.

Die formale Distinktion und Kategorisierung von Juden durch den „Arierparagraph“, kleine scheinbar unbedeutende Ausgrenzungen, aber auch erste Kontaktabbrüche von Nicht-Juden zu Juden in Vereinen oder im Alltag, veränderten die soziale Praxis vor Ort. So muss vielmehr die Aussage Bajohrs bestätigt werden, dass oftmals *„die vage Möglichkeit negativer Konsequenzen [...ausreichte], damit die nichtjüdischen ‚Volksgenossen‘ die politische Stigmatisierung der Juden in ihr Handlungskalkül einbezogen und soziale Kontakte abbrachen, ohne dazu unmittelbar gezwungen worden zu sein.“*³⁰²

Im folgenden Kapitel wird eine weitere Zäsur in der nationalsozialistischen Judenverfolgung untersucht: Der Boykott am 1. April 1933 und seine Folgen für das gesellschaftlichen Miteinander von Juden und Nicht-Juden.

³⁰² Bajohr u. a.: Der Holocaust als offenes Geheimnis, S. 29-30.

3. „Kauft nicht bei Juden!“ – Der Boykott „jüdischer“ Geschäfte und die wirtschaftliche Ausgrenzung der Bonner Juden von 1933 bis 1936

Innerhalb weniger Wochen war es den Nationalsozialisten gelungen, die politische Opposition weitgehend auszuschalten. Der Weg für antisemitische Maßnahmen, begleitet von einer von Hitler geforderten „völkischen Gesetzgebung“³⁰³, war frei: So führten die Nationalsozialisten im März 1933 reichsweit eine Pressekampagne gegen jüdische Juristen wie auch Ärzte und besetzten öffentliche Einrichtungen, in denen sie einen hohen Anteil an jüdischen Mitarbeitern vermuteten. Gleichzeitig implementierten kommunale Verwaltungen vor Ort antijüdische Regelungen.³⁰⁴ Vielerorts versuchten Parteiaktivisten eigenmächtig, einen Boykott „jüdischer“ Geschäfte durchzusetzen, indem sie Kunden daran hinderten, Läden zu betreten oder diese durch das Notieren ihrer Namen einschüchterten.³⁰⁵ In seinen Lebenserinnerungen berichtete der Bonner Herbert Weffer, dass sich mehrere SA-Männer am 9. März 1933 vor drei Bonner Kaufhäusern positionierten und das „kaufende Publikum“ mit Schildern aufforderten, nur noch in nicht-jüdischen Geschäften einzukaufen.³⁰⁶ Im Bonner Umland waren von derartigen antisemitischen Aktionen jüdische Metzger in Siegburg und Honnef sowie Warenhäuser, ebenfalls in Siegburg sowie in Troisdorf, betroffen.³⁰⁷ Zu diesem frühen Zeitpunkt zeichneten sich bereits Muster ab, die die Boykottaktionen der Nationalsozialisten am 1. April 1933 und in späteren Jahren charakterisieren sollten: erstens das exemplarische Herausgreifen „jüdischer“ Geschäfte; zweitens die Handlungsaufforderung an die nicht-jüdischen Bonner, nicht in „jüdischen“ Geschäften einzukaufen; drittens die

³⁰³ Vgl. Gruner: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, S. 80.

³⁰⁴ Antijüdische Maßnahmen siehe Kapitel 2.2. Vgl. ebenda, S. 81.

³⁰⁵ Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 59: Die NSDAP-Führung bremste diese wilden antijüdischen Aktionen nach wenigen Tagen ein. Ende März änderte sie ihre Haltung und kündigte nun einen von der Partei zentral gesteuerten Boykott „jüdischer“ Geschäfte an.

³⁰⁶ Vgl. Weffer: Die jüdischen Gemeinden, S. 48-49.

³⁰⁷ Vgl. Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 10-11. Ebenso Henrichs: Lorenz Hoffstätter, S. 85.

Bereitschaft der Nationalsozialisten, die geforderte Verhaltensänderung notfalls durch Einschüchterung und/oder körperliche Präsenz durchzusetzen.

Derartige Vorgänge wurden im Ausland wahrgenommen und kritisiert, was die NSDAP-Parteileitung unter dem Vorwand der „Gräuelhetze“³⁰⁸ missbrauchte, um für den 1. April 1933 einen reichsweiten und offiziell sanktionierten Boykott „jüdischer“ Geschäfte, Kanzleien und Praxen auszurufen.³⁰⁹

3.1 Historische Einordnung und Boykottaufrufe in Bonn vor 1933

Boykotte gegen Juden waren seit Ende des 19. Jahrhunderts bekannt und wurden von der NSDAP seit Mitte der 1920er Jahre als politisches Mittel eingesetzt, um für ihre antisemitische Gesinnung und Parteipolitik zu werben.³¹⁰ Geprägt durch den „modernen Antisemitismus“, der eine neue, pseudowissenschaftliche Form des antijüdischen Ressentiments aufgrund angeblicher rassischer Eigenschaften und Merkmale vertrat,³¹¹ war für den „politischen Boykott“ der Nationalsozialisten charakteristisch, dass ihr erklärtes Ziel nicht darin bestand, das geschäftliche Verhalten von Juden zu verändern. Vielmehr wollten sie Juden durch ihre Aktionen aus einem wichtigen Teil des gesellschaftlichen Lebens und letztlich gänzlich aus der deutschen „Volksgemeinschaft“ exkludieren.³¹² Diesem rassistischen Ansatz zufolge konnten sich jüdische Geschäftsleute weder ändern noch anpassen. Sie waren „unverbesserlich“; kein Handeln ihrerseits konnte ihre Lage oder Situation verändern. Interaktionen zwischen Juden und Nicht-Juden beim täglichen Einkauf erhielten somit eine

³⁰⁸ Die Definition von Gräuelhetze ist „das Aufstellen und Verbreiten angeblich unwahrer oder angeblich gröblich entstellter Tatsachenbehauptungen, im In- oder Ausland, die geeignet waren, den Interessen des Dritten Reiches zu schaden.“ Cornelia Schmitz-Bernig: Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin/New York 1998, S. 283.

³⁰⁹ Vgl. Gruner: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, S. 81. Siehe zur Entstehung des Boykotts Avraham Barkai: Vom Boykott zur „Entjudung“ - Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943, Frankfurt am Main 1988, S. 26-28.

³¹⁰ Vgl. Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 7. Ebenso Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 146. Reichsweite Beispiele für solche Boykottaktionen, siehe ebenda, S. 146.

³¹¹ Vgl. Wolfgang Benz: Antisemitismus und Antisemitismusforschung, <https://docupedia.de/zg/Antisemitismus>, gesehen am 14.3.2016.

³¹² Vgl. Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 8.

weltanschauliche Dimension. Der einfachen Handlung des Kaufens wurde eine Grundsatzentscheidung für oder gegen den Nationalsozialismus zugeschrieben.³¹³

Derartige Vorgänge waren auch in Bonn zu beobachten.³¹⁴ Unter dem Titel „Bonner Einzelhandel, wehre dich!“ bemühte sich der „Westdeutsche Beobachter“ im Oktober 1932, die Glaubwürdigkeit des Syndikus des Bonner Einzelhandel Verbands, Dr. Alef, zu schädigen. Ihm wurde unzureichendes Engagement für die Interessen des Einzelhandels gegenüber Warenhäusern unterstellt. Dabei arbeitete der „Westdeutsche Beobachter“ mit antisemitischen Klischees, indem er vom „Kampf des Mittelstands“ gegen „jüdische Geschäftsmethoden“³¹⁵ sprach. Die Vertrauenswürdigkeit Alefs zweifelte er allein aufgrund der Tatsache an, dass der zweite Vorsitzende des Verbandes, Meyer, Jude war.³¹⁶ Am 21. Dezember 1932 kritisierte der „Westdeutsche Beobachter“ eine Bonner Krankenschwester für ihre Weihnachtseinkäufe im Warenhaus Woolworth mit dem Hinweis, dass es derartige Waren auch in „alten Bonner Geschäften“ gäbe.³¹⁷ Im gleichen Artikel wurde beanstandet, dass das Warenhaus Tietz A.G. Wohlfahrtsspeisungen im Bonner Münster ausgegeben „durfte“ und ein Nationalsozialist vom Wohlfahrtsamt Essensgutscheine von Ehape³¹⁸ erhalten hatte.³¹⁹

„Nimmt man aber einmal diese Fälle zusammen, so ergibt sich mit erschreckender Deutlichkeit, wie wenig selbstverständliches Rassenbewußtsein in unserem Volk vorhanden ist. Der Jude ist und bleibt

³¹³ Vgl. ebenda, S. 10. Vgl. Peter Longerich: Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998, S. 11.

³¹⁴ Siehe auch van Rey: Unveröffentlichtes Manuskript, S. 19.

³¹⁵ „Westdeutscher Beobachter“ vom 21. Dezember 1932: „Erfreuliches und Unerfreuliches“. Zum Stereotyp des „raffenden Judens“ siehe Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 19-42.

³¹⁶ Vgl. „Westdeutscher Beobachter“ vom 13. Oktober 1932: „Bonner Einzelhandel, wehre dich!“

³¹⁷ Die Verquickung von Vorweihnachtszeit und Boykottaufrufen war ein Phänomen, das im Deutschen Reich schon vor dem 1. April 1933 vielfach angewandt worden war. Die Akteure versuchten die Weihnachtsstimmung zu nutzen, um „jüdische“ Geschäfte von „deutschen“ oder „christlichen“ zu unterscheiden sowie jüdische Gewerbetreibende auszuschließen. Siehe Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 299-305.

³¹⁸ Ehape gehörte zum Warenhauskonzern Leonhard Tietz A.G.

³¹⁹ Vgl. „Westdeutscher Beobachter“ vom 21. Dezember 1932: „Erfreuliches und Unerfreuliches.“

*ein Fremdkörper in unserem Volk, den man wohl dulden, mit dem man aber nichts gemein haben kann.*³²⁰

In den beschriebenen antisemitischen Auslassungen von 1932 bediente sich der „Westdeutsche Beobachter“ Methoden, die die Nationalsozialisten in ihren späteren Boykottaktionen verwenden sollten.³²¹ Diese sollen hier nur kurz umrissen werden: Im ersten Fall reichte der berufliche Umgang mit einem Juden aus, um die Kompetenz eines Mannes in Zweifel zu ziehen. Auch im zweiten Fall, dem Beispiel der Krankenschwester, interpretierte der Verfasser das Einkaufen in einem „jüdischen Geschäft“ als eine die „Volksgemeinschaft“ schädigende Handlung. In beiden Beispielen wurde Druck auf nicht-jüdische Personen ausgeübt, indem ihr alltägliches Verhalten als Fehlverhalten umgedeutet wurde. Exemplarisch wurde an ihnen unerwünschtes Handeln – im nationalsozialistischen Sinne – verdeutlicht. Zugleich vermittelte der „Westdeutsche Beobachter“ damit in zweierlei Hinsicht eine Botschaft: Zum einen seien Juden „Fremdkörper“³²² in der deutschen Gesellschaft. Die von den Nationalsozialisten unterstellte Nicht-Zugehörigkeit wurde soweit getrieben, dass selbst die Hilfsbereitschaft jüdischer Geschäftsinhaber, wie beispielsweise im Fall der Wohlfahrtsspeisung, als unzumutbar für Nicht-Juden dargestellt wurde. Zum anderen unterstellte die Zeitung Nicht-Juden, die im alltäglichen Leben mit Juden interagierten, nicht konform mit der gesellschaftlichen Norm zu sein, nicht wie „Volksgenossen“ nach nationalsozialistischer Vorstellung zu handeln.³²³ Der Versuch, die Bonner vom Einkauf in „jüdischen“ Geschäften abzuhalten, also selbst eine geschäftliche Interaktion als gesellschaftlich unerwünscht zu ächten, entsprach in seinen Anfängen dem gleichen Muster, wie es die Nationalsozialisten beim Boykott vom 1. April 1933 und in späteren Jahren anwandten.

³²⁰ Ebenda.

³²¹ Genauere Erläuterungen finden sich in Abschnitt 1.3.1.

³²² Vgl. „Westdeutscher Beobachter“ vom 21. Dezember 1932: „Erfreuliches und Unerfreuliches“.

³²³ Im Artikel vom 21. Dezember 1932 „Erfreuliches und Unerfreuliches“ wird darauf verwiesen, dass sich die Nationalsozialisten bemühten, der Gesellschaft Handlungsanweisungen zu erteilen: *„Allerdings hat jedes Volk den Juden den es verdient! Auch das deutsche Volk! Das soll uns aber nicht daran hindern, immer wieder erzieherische Arbeit zu leisten und die deutschen Volksgenossen auf ihre Pflichten hinzuweisen.“* Siehe dazu auch Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 10-11.

Was Mitte der 1920er Jahre mit vereinzelt antisemitischen Aktionen auf lokaler Ebene mit begrenzter Wirkungskraft begann, häufte sich über die Jahre und kulminierte am 1. April 1933 im ersten offiziellen, reichsweiten Boykott. Dieser hatte eine neue Qualität: Die NSDAP-Führung gehörte der Regierung an, die antisemitische Aktion war anerkannter Bestandteil staatlicher Politik.³²⁴ Der Boykott vom 1. April 1933 war die erste groß angelegte Aktion gegen Juden nach der Machtübernahme, bei der es der NS-Führung gelang, städtische Behördeninitiativen, lokale Gewaltakte und Boykottaufrufe zu kanalisieren.³²⁵ Insbesondere NSDAP-Mitglieder bzw. -Anhänger der unteren Ebenen waren involviert und setzten die Ausgrenzung ihrer jüdischen Nachbarn vor Ort öffentlichkeitswirksam um. Die Aktion forderte eine Reaktion von der Bonner Gesellschaft. Wie positionierte sie sich, wenn sie mit der nationalsozialistischen Politik direkt konfrontiert wurde? So konstatiert auch Ahlheim, dass beim Boykott die nationalsozialistische propagierte Grenze von Juden und Nicht-Juden bzw. wer zur „Volksgemeinschaft“ zugehörig war und wer nicht, direkt verhandelt wurde.³²⁶

3.2 Ablauf des Boykotts am 1. April 1933

Der Boykott bestand aus mehreren Elementen: dem Aufruf zum Boykott, seiner Durchsetzung durch die Nationalsozialisten und dem Befolgen des Boykottaufrufs durch das „kaufende Publikum“.³²⁷ Um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten, organisierten sich die Nationalsozialisten auf lokaler Ebene in Aktionskomitees, deren Abteilungen der NS-Hago unterstellt waren. Zuständig für Bonn war das Aktionskomitee des „Kampfbunds für Handwerk und Gewerbe“ unter Leitung der Gauführer des „Kampfbunds für den gewerblichen Mittelstand“. Einerseits sollte es SA- und SS-Männer für den geplanten Boykott mobilisieren, andererseits erstellte es ein

³²⁴ Zur Forschungsdebatte siehe ebenda, S. 245.

³²⁵ Vgl. ebenda, S. 263: Die nationalsozialistische Regierung hatte sich im Vorfeld des 1. April 1933 gegen die unkontrollierten Boykottaktionen der Basis ausgesprochen. Vgl. Gruner: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, S. 85. Zur Entscheidung siehe Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 247: „Die reichsweit organisierte Aktion am 1. April wurde [...] in einer Sitzung des Reichskabinetts am 24. März vorbereitet und fiel am 26. März, wo Reichskanzler Hitler und Joseph Goebbels über die Initiierung des Boykotts [...] beratschlagten.“

³²⁶ Vgl. Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 318-319.

³²⁷ Vgl. ebenda, S. 14, Fußnote 24.

Verzeichnis, in dem Geschäfte oder Praxen jüdischer Inhaber aufgeführt waren.³²⁸ Die Nationalsozialisten griffen hier auf lokales Wissen und Strukturen zurück. Vom Boykott ausgenommen waren Geschäfte, Firmen sowie Warenhäuser ausländischer Inhaber; er sollte sich ausschließlich gegen deutsche Juden richten, wobei schon hier nicht die Religionszugehörigkeit, sondern die „Rasse“ das entscheidende Kriterium war. Zudem waren auch Geschäfte von Nicht-Juden betroffen, deren Inhaber mit Juden verheiratet waren. Dieser Ansatz setzte voraus, dass man über die Lebensumstände der Menschen unterrichtet war – man kannte sich. Auf Basis der vom Aktionskomitee erstellten Listen sollten sich SA- und SS-Männer am 1. April 1933 vor ausgewählten „jüdischen“ Geschäften positionieren und den Boykott durchsetzen. Beim Planungstreffen am 31. März 1933 waren, neben SA- und SS-Männern, auch alle NSDAP-Mitglieder angehalten, daran teilzunehmen.³²⁹ Die Polizei wurde durch das preußische Innenministerium unter Leitung Hermann Görings angewiesen, nicht einzugreifen. Angehörige der SA und SS sollten für den reibungslosen Ablauf des Boykotts sorgen.³³⁰ Wie problematisch es war, dass die Nationalsozialisten als Teil der Regierung einen Boykott als staatliche Maßnahme initiierten, zeigte sich hier: Obgleich die organisierte Einschränkung des Geschäftsbetriebs rechtlich nicht zulässig war, griffen die staatlichen Institutionen unter nationalsozialistischer Herrschaft nicht ein.³³¹ Die SA-Männer waren – im Gegensatz zur früheren Jahren, wo sie sich im Straßenkampf als Schläger profilierten³³² – Teil der Hilfspolizei, was Rechtsstaatlichkeit suggerierte. Dass die NSDAP-Führung den Aktionismus der unteren Ebenen nicht vollständig kontrollieren konnte, stellten SA-Männer unter Beweis, als sie sich bereits am Vortag des Boykotts vor dem Haus der Tietz-AG aufstellten und alle Eingänge blockierten.³³³

Offiziell begann der Boykott am Samstag, 1. April 1933, um 10 Uhr. Die Geschäfte jüdischer Inhaber sowie Häuser jüdischer Ärzte und Rechtsanwälte wurden mit einem großen gelben Punkt gekennzeichnet und SA- und SS-Männer, teilweise mit Fotoapparaten ausgestattet, bezogen davor Posten. Den Lebenserinnerungen der

³²⁸ Vgl. Helmut Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 527. Ebenso Armin Nolzen: The Nazi Party and its Violence against Jews, S. 251-252 und van Rey: Unveröffentlichtes Manuskript, S. 28.

³²⁹ Vgl. Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 250.

³³⁰ Vgl. Nolzen: The Nazi Party and its Violence against Jews, S. 251-252.

³³¹ Vgl. Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 172-173.

³³² Siehe Abschnitt 1.2.

³³³ Vgl. „General-Anzeiger Bonn“ vom 1. April 1933: „Die Boykottbewegung in Bonn.“

Bonner Jüdin Margot Barnard zufolge waren mancherorts Schaufenster mit antisemitischen Parolen wie „Juda verrecke“ beschmiert.³³⁴ Zahlreiche Bonner Geschäfte wiesen sich explizit als nicht-jüdisch aus, indem sie die vom „Kampfbund für Handwerk und Gewerbe“ verteilten schwarz-weiß-roten Plakate mit Hakenkreuz und entsprechender Aufschrift anbrachten.³³⁵ Die Kennzeichnung der Geschäfte war nicht obligatorisch. Vielmehr grenzten sich die nicht-jüdischen Geschäftsleute bewusst von ihren jüdischen Konkurrenten ab; im Umkehrschluss exponierte die Handlung die „jüdischen“ Geschäfte im Stadtbild.³³⁶ Die Bonner waren zudem in einer Stellungnahme der NSDAP-Kreisleitung im „General-Anzeiger Bonn“ über den Boykott informiert und mit einer klaren Handlungsanweisung versehen worden:

„Es ergeht an alle Bonner die Aufforderung uns zu unterstützen. Keinen Pfennig jüdischen Geschäften, jüdischen Anwälten und Ärzten. Wer es dennoch tut, fällt uns und damit dem deutschen Volk in den Rücken. Wo es erforderlich ist, wird die Bürgerschaft durch geeignete Aufklärung von der Notwendigkeit und Berechtigung unseres Kampfes überzeugt werden, eines Kampfes, der für das gesamte deutsche Volk geführt wird.“³³⁷

Dem „General-Anzeiger Bonn“ vom 3. April 1933 zufolge entsprach das Gros der Bonner Gesellschaft der nationalsozialistischen Handlungsaufforderung.³³⁸ Obwohl am Freitagnachmittag und auch am Samstag in den Geschäftsvierteln mehr Menschen als üblich anzutreffen waren, kauften die meisten von ihnen nicht in „jüdischen“ Geschäften ein; vereinzelt bildeten sich Menschenansammlungen, die über den

³³⁴ Vgl. Barnard: „Ich sehe Dich nie wieder!“, S. 34.

³³⁵ Vgl. „General-Anzeiger Bonn“ vom 3. April 1933: „Die Boykottbewegung in Bonn ist ruhig verlaufen“ und vgl. „General-Anzeiger Bonn“ vom 1. April 1933: „Die Boykottbewegung in Bonn.“ Vgl. Johannes Bücher: Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Beuel (Studien zur Heimatgeschichte der Stadt Beuel am Rhein, Heft 7) Beuel 1965, S. 80.

³³⁶ Keine der ausgewerteten Quellen aus Bonn suggeriert, dass Geschäftsleute gezwungen wurden, die Plakate anzubringen. Laut Bücher hefteten die nicht-jüdischen Geschäftsinhaber wegen „moralischen Drucks“ die Plakate an. Vgl. ebenda, S. 80.

³³⁷ „General-Anzeiger Bonn“ vom 1. April 1933 „Die Abwehr wirkt, daher vorläufig Boykott nur heute“.

³³⁸ Offizielle städtische Quellen zum 1. April 1933 sind nicht vorhanden. Die politischen Lageberichte stehen für Bonn ab Juli 1933 zur Verfügung.

Boykott diskutierten, wobei laut „General-Anzeiger Bonn“ die Gespräche von „*Neugier und Debattierlust*“ bestimmt waren.³³⁹ Auf Anordnung von Polizei und Hilfspolizei lösten sich die Gruppen jedoch schnell wieder auf; auf diese Weise hinderten staatliche Stellen die Bonner daran, die Lage zu besprechen und unterbanden jede Möglichkeit des gemeinschaftlichen Handelns. Wegen des mangelnden Umsatzes entschieden sich viele jüdische Inhaber dazu, ihre Geschäfte am Boykotttag zu schließen.³⁴⁰

Die folgenden Schlaglichter sollen die Situation in Bonn illustrieren: Issak Plawin wurde am Vortag des Boykotts, von einem NSDAP-Mitglied aufgesucht und nach seiner Religionszugehörigkeit befragt. Er identifizierte sich als Jude mit lettischer Staatsangehörigkeit. Am 1. April 1933 wurde das Ladenfenster seiner Buchhandlung und Leihbücherei in der Breite Straße mit einem Plakat mit der Aufschrift „Kauft nicht beim Juden!“ versehen und ein Posten hinderte Kunden daran, das Geschäft zu betreten. Plawin protestierte bei der nächstgelegenen Polizeistation gegen dieses Vorgehen mit dem Hinweis, dass er als lettischer Staatsbürger nicht unter die zu boykottierende Gruppe fallen würde. Die Polizei verwies ihn an das Parteibüro der NSDAP in der Wesselstraße. Dort versicherte man ihm, dass man den Posten zurückziehen werde. Dies erfolgte jedoch bis zum Nachmittag nicht, woraufhin Plawin sein Geschäft für den Rest des Tages schloss.³⁴¹ Die Bonner Polizei entzog sich in diesem Fall jeglicher Verantwortung. Obgleich die Beschwerde Plawins selbst innerhalb der nationalsozialistischen Vorgaben berechtigt war, übergaben die zuständigen Polizeibeamten die Entscheidungsgewalt an NSDAP-Funktionäre.

Auch vor der Metzgerei von Grüneberg hatte sich ein SA-Mann positioniert. Laut Barnards Lebenserinnerungen berichtete ihr Grüneberg von folgender Begebenheit: Als Grüneberg im Laufe des Tages auf der Straße ein ihm bekanntes älteres Ehepaar antraf, entgegnete ihm die Frau:

³³⁹ „General-Anzeiger Bonn“ vom 3. April 1933: „Die Boykottbewegung in Bonn ist ruhig verlaufen“.

³⁴⁰ Vgl. ebenda.

³⁴¹ Vgl. Karl Gutzmer: Der Bonner Buchhandel im Überblick mit besonderer Berücksichtigung des Dritten Reichs, in: Helmut Heyer. Kultur in Bonn im Dritten Reich. Mit einem Beitrag von Karl Gutzmer (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn, Bd. 62), Bonn 2002, S. 289-324, hier S. 312. Siehe auch Kurt Düwell: Die Rheingebiete in der Judenpolitik des Nationalsozialismus vor 1942: Beitrag zu einer vergleichenden zeitgeschichtlichen Landeskunde, Bonn 1968, S. 280 und Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 183.

„Sehen Sie, Herr Grüneberg, hätten Sie bloß als Jude Ihr Geschäft jeden Samstag geschlossen, wären sie jetzt nicht dazu gezwungen worden!“³⁴²

Wie umfassend der Boykott umgesetzt wurde, zeigt der Fall der Familie Schafgans. Die Jüdin Hilde Schafgans betrieb in den Räumen des Fotogeschäftes ihres nicht-jüdischen Ehemanns ein Kunstgewerbe-geschäft. Am 1. April 1933 positionierten sich SA-Männer vor den gemeinschaftlich genutzten Räumen und verwehrten Kunden den Zutritt.³⁴³ Das Wäsche-geschäft „Kaufmann“ in Bad Godesberg von Maximilian und Johanna Klee (geb. Kaufmann) wurde ebenfalls boykottiert. Die alteingesessene jüdische Familie lebte zu diesem Zeitpunkt bereits seit mindestens fünf Generationen nahe der Godesburg.³⁴⁴ Eva Loeb (verheiratete Glee) verweigerte man sowohl den Einlass in die Zahnklinik als auch die Behandlung ihrer Patienten, als sie während ihres Physikums in der Zahnmedizin am Boykotttag arbeiten wollte.³⁴⁵ Auch die Praxis des Bonner Arztes Arthur Samuel war von den Zwangsmaßnahmen der Nationalsozialisten betroffen. Einige Freunde und Patienten bekundeten ihre Solidarität, indem sie Blumen ins Haus liefern ließen oder Samuel selbst besuchten. An den Posten wurden sie allerdings nur vorbeigelassen, wenn sie versicherten, dass es sich um einen privaten Besuch handelte. Seiner Niederschrift zufolge widersetzte sich lediglich eine langjährige Patientin, Emma Kirschbaum, ausdrücklich dem SA-Mann, als dieser ihr den Zutritt mit dem Hinweis, dass Samuel Jude sei, verweigern wollte:

„Wat, der Doktor ein Jüd. Nee, der is keen Jüd, der ist een echter Bönnsche Jung. Dem singe Grossvatter und minge Vatter, die han zusamme manch Tröpche jetrunke. Do häs Du noch net daran gedach, hier Posten zu stehen.“³⁴⁶

³⁴² Barnard: „Ich sehe Dich nie wieder!“, S. 35.

³⁴³ Vgl. StA Bonn N 1985/1112: Wiedergutmachungsakte: Veirifiziert durch das Wiedergutmachungsamt Bonn.

³⁴⁴ Vgl. Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 124: Zeitzeugenbericht.

³⁴⁵ Vgl. Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 66: Zeitzeugenbericht.

³⁴⁶ Samuel: Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933, S. 416 und Arthur Samuel, <http://www.lebensgeschichten.net/index1.asp?typ=P>, gesehen am 20.10.2016.

Die meisten nahmen den Boykott jedoch hin. Später wurde Samuel, seiner Aussage nach, oftmals innerhalb der Nachbarschaft auf das Geschehen angesprochen. Ihre Passivität rechtfertigten viele mit dem Hinweis, dass der Einzelne nichts an der Situation verändern könnte:

„Doktor, wie tief sind wir beschämt über das, was Ihnen gegenüber geschieht; doch was können wir Einzelne tun.“³⁴⁷

Der Einschätzung des „Westdeutschen Beobachters“ zufolge war der Boykott erfolgreich verlaufen und so titelte er am 3. April 1933: „Der Boykott – ein Sieg Hitlerdeutschlands über das Weltjudentum“. Laut dem Artikel sei die deutsche Gesellschaft daran maßgeblich und mit *„ungeheure[r] Teilnahme und Disziplin“*³⁴⁸ beteiligt gewesen.³⁴⁹ Inwiefern dieses Urteil zutrifft und welche Rolle die Bonner am 1. April 1933 einnahmen, wird im Nachfolgenden genauer betrachtet.

3.3 Rolle der lokalen Akteure³⁵⁰

Im vorangegangenen Kapitel wurde überblicksartig dargestellt, wie sich das Gros der Bonner Gesellschaft während des Boykotts verhalten hatte. Anhand einzelner Beispiele wurde zudem illustriert, welches Handlungsspektrum möglich war. Welche Rolle nahm die Bonner Gesellschaft also beim Boykott ein? Die Frage nach und der Begriff der Bonner Gesellschaft ist problematisch: denn hierin inkludiert waren sowohl die lokale NSDAP-Führung, -Mitglieder, SA- und SS-Angehörige, nicht in der NSDAP-organisierte Bonner wie auch die vom Boykott betroffenen Juden.³⁵¹ Eine Differenzierung ist

³⁴⁷ Vgl. Samuel: *Mein Leben in Deutschland*, S. 416.

³⁴⁸ „Westdeutscher Beobachter“ vom 3. April 1933: „Der Boykott – ein Sieg Hitlerdeutschlands über das Weltjudentum“.

³⁴⁹ Akten städtischer Institutionen oder Parteiquellen zum Boykott am 1. April 1933 sind nicht mehr vorhanden. Erkenntnisse lassen sich lediglich aus lokalen Zeitungsberichten und Zeitzeugenaussagen rekonstruieren.

³⁵⁰ In der Geschichtswissenschaft wird die Rolle des Publikums/der Gesellschaft unterschiedlich interpretiert. Vgl. Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 254-256. Da in der vorliegenden Arbeit der Fokus auf der Rolle der Nicht-Juden bei der Exklusion der Juden in Bonn liegt, werden Juden als eigenständige Akteure in der Arbeit nicht berücksichtigt.

³⁵¹ Siehe hierzu auch Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 253.

oftmals schwierig und ist nur ansatzweise möglich, indem die Funktion der Gruppen während des Boykotts betrachtet und anhand von Einzelbeispielen herausgearbeitet wird.

Bevor detailliert auf die verschiedenen Formen der Beteiligung am Boykott eingegangen wird, soll zunächst die Tragweite des Boykotts – insbesondere im sozialen Miteinander der Bonner Gesellschaft – dargestellt werden. Der Boykott am 1. April 1933 war eine Machtdemonstration seitens der Nationalsozialisten. Durch die Regierung legitimiert, gab der Boykott lokalen Akteuren eine Plattform, Macht in unmittelbarer Form auszuüben – *„die Macht, anderen in einer gegen sie gerichteten Aktion Schaden zuzufügen“*.³⁵² Auf die Bonner Juden wirkte sich die antijüdische Aktion auf verschiedene Weise, direkt und indirekt, kurz und langfristig aus. Eine unmittelbare Konsequenz war die materielle Schädigung³⁵³, die die Betroffenen am Boykotttag, aber auch in der Folgezeit zu verkraften hatten. Die im nachfolgenden Kapitel 3.4 genauer beschriebene wirtschaftliche Ausschaltung der Juden, die durch den Boykott vom 1. April 1933 eingeleitet worden war, führte nicht nur langfristig zu einer Verarmung der Bonner Juden, sondern war auch mit ihrer sozialen Isolation und gesellschaftlichen Ächtung verbunden.³⁵⁴

Für die graduelle Exklusion der jüdischen Bonner war es u. a. ihre „Kenntlichmachung“, die sich auf längere Sicht auswirkte. Beim Boykott wurden ihre Geschäfte durch die Nationalsozialisten gekennzeichnet, es entstand eine „jüdische Topographie im Alltagsleben.“³⁵⁵ Die Bonner wussten nun, wer und wo, die nach nationalsozialistischer Vorstellung auszugrenzenden Elemente der „Volksgemeinschaft“ waren. Die öffentlich inszenierte und weitgehend von der Gesellschaft akzeptierte Boykottaktion, stigmatisierte Bonner Juden als „Verfolgungsobjekt“ und trug zur Unterscheidung von Juden als Gruppe gegenüber Nicht-Juden bei. Deren angebliche „Andersartigkeit“ wurde nun zum öffentlich diskutierten Thema. Um das Bild des „Andersseins“ der Juden zu belegen und zu untermauern, bedienten sich Nationalsozialisten, nicht zuletzt auch beim Boykott,

³⁵² Vgl. Popitz: Phänomene der Macht, S. 43.

³⁵³ Ebenda, S. 45.

³⁵⁴ Vgl. Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 352 und Kapitel 3.4.

³⁵⁵ Ebenda, S. 289.

antisemitischer Stereotypen.³⁵⁶ Das Herausheben der Juden als nicht zur „Volksgemeinschaft“ zugehörige Gruppe griff in das tägliche Miteinander von Juden und Nicht-Juden ein; über Generationen gewachsene Strukturen sollten verändert, Kontakte unterbrochen werden.³⁵⁷ Durch die Stigmatisierung wurden erdachte Grenzen zwischen Juden und Nicht-Juden geschaffen³⁵⁸, die der antisemitischen Ideologie zufolge nicht durchbrochen werden konnten. In der nationalsozialistisch propagierten „Volksgemeinschaft“ sollte und konnte es keinen Platz für Juden geben. Durch die *„Verbindung aus Ideologie, Ökonomie und individuellem Konsum bot die Aktionsform ‚Boykott‘ die Möglichkeit, die wirtschaftliche und soziale Segregation der Juden in Deutschland vor allem im Alltag und in der direkten Umgebung der Betroffenen voranzutreiben.“*³⁵⁹ Die Einteilung als „fremde Gruppe“ war der Auftakt an der Minderung der gesellschaftlichen Teilhabe und führte langfristig dazu, dass nicht-jüdische Bonner von Juden abrückten, sie ignorierten und exkludierten. Die Ausgrenzung der Bonner Juden war Ziel und Folge des antijüdischen Boykotts³⁶⁰ und markierte einen Meilenstein in der Politik der Nationalsozialisten.³⁶¹ Der erste Schritt in Richtung exkludierender „Volksgemeinschaft“ war gegangen.

3.3.1 Presse

Im Vorfeld des Boykotts, am Boykotttag und in den Folgetagen verbreitete nicht nur der „Westdeutsche Beobachter“ als der NSDAP zugehöriges Presseorgan, sondern auch der „General-Anzeiger Bonn“, eine der wenigen noch nicht nationalsozialistisch redigierten Tageszeitungen, den Boykottaufruf gegen „jüdische“ Geschäfte.³⁶² Dabei ließ sich der „General-Anzeiger Bonn“ instrumentalisieren, indem er antisemitische Formulierungen und Stereotype verwendete sowie die nationalsozialistische

³⁵⁶ Vgl. ebenda, S. 15 und S. 29. Mehr zur antisemitischen Tradition ebenda, ab S. 15.

³⁵⁷ Ebenda, S. 8.

³⁵⁸ Vgl. Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 15-17.

³⁵⁹ Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 8.

³⁶⁰ So beschreibt Popitz auch den klassischen Auftakt zur Minderung sozialer Teilhabe mit seinen Mechanismen. Vgl. Popitz: Phänomene der Macht, S. 44.

³⁶¹ Vgl. Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 260.

³⁶² Siehe hierzu Heyer: Kultur in Bonn im Dritten Reich, S. 245-246.

Sichtweise auf die antijüdische Aktion unreflektiert wiedergab.³⁶³ So rechtfertigte auch er den Boykott gegen die Bonner Juden mit dem Vorwurf der „ausländischen Gräuelhetze“; dabei ließ er wenig Zweifel daran, dass Juden als Gruppe für die angebliche antideutsche Propaganda verantwortlich wären.³⁶⁴ Der „General-Anzeiger Bonn“ implizierte hiermit, dass jüdische Bonner sich nicht der Bonner Gesellschaft, sondern dem „Internationalen Judentum“ zugehörig fühlten. Je häufiger solch antisemitische Phrasen wiederholt wurden und in den Sprachgebrauch der Menschen übergingen, desto mehr wurden sie Bestandteil der gefühlten Realität: Durch das andauernde Wiederholen, dass Juden eine außerhalb der „Volksgemeinschaft“ stehenden Gruppe wären, wurde ihr angebliches „Anderseins“ immer wieder ins öffentliche Bewusstsein gerufen.

Auch unternahm der „General-Anzeiger Bonn“ nicht den Versuch, die Zusammenhänge und Hintergründe des Boykotts vom 1. April 1933 zu recherchieren oder seine Leserschaft aufzuklären. Man übernahm die nationalsozialistische Sichtweise. Von negativen Auswirkungen oder den emotionalen Folgen für die jüdischen Geschäftsleute berichtete er nicht, vielmehr stellte der „General-Anzeiger Bonn“ den *„gut organisierten Ablauf des Boykotts“* heraus.³⁶⁵ Mit dem Verweis, wie geordnet und diszipliniert sich die antijüdische Aktion vollzogen hatte, unterstellte er eine gewisse Legitimität; im Gegensatz zu den „wilden“ Aktionen im März 1933 wurde der 1. April 1933 als angemessene Reaktion auf „ausländische bzw. jüdische“ Agitationen dargestellt. So titelte der „Westdeutsche Beobachter“ am 3. April 1933: „Der Boykott – ein Sieg Hitlerdeutschlands über das Weltjudentum“ und betonte die Rolle der deutschen Gesellschaft für den Erfolg des Boykotts, die auf „ungeheure Teilnahme und Disziplin“ zurückzuführen gewesen wäre.³⁶⁶

³⁶³ Vgl. „General-Anzeiger Bonn“ vom 1. April 1933: „Die Boykottbewegung in Bonn“ und vom 3. April 1933: „Die Boykottbewegung in Bonn ruhig verlaufen.“

³⁶⁴ Diese Haltung entsprach dem Gros der deutschen Presselandschaft, obwohl diese noch nicht überwiegend nationalsozialistisch gelenkt war. Vgl. Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 61.

³⁶⁵ Siehe hierzu auch ebenda, S. 62.

³⁶⁶ „Westdeutscher Beobachter“ vom 3. April 1933: „Der Boykott – ein Sieg Hitlerdeutschlands über das Weltjudentum“.

3.3.2 NSDAP und ihre Gliederungen

Radikale Parteigenossen und SA-Männer initiierten bereits im März 1933 antijüdische Aktionen, wobei die Gewalt zunächst lokal begrenzt blieb und nur von einer Minderheit der NSDAP-Mitglieder befürwortet wurde.³⁶⁷ Die sporadische antijüdische Gewalt leitete den flächendeckenden Boykott vom 1. April 1933 ein, bei dem, im Gegensatz zu den vorausgegangenen Wochen, ein Großteil der Mitglieder der NSDAP-Ortsgruppen involviert war und die Parteiführung ihre Beteiligung erwartete.³⁶⁸ NSDAP-Mitglieder übernahmen maßgeblich die Organisation und Logistik des Boykotts und spielten, zusammen mit SA- und SS-Männern, eine führende Rolle bei dessen Umsetzung. Sie setzten zwei grundsätzliche Formen antijüdischer Agitation ein: Zum einen antisemitische Propaganda, die sich in Medien und Versammlungen gegen Juden als Gruppe richtete. Zum anderen die von der NSDAP-Ortsgruppenleitung geschalteten Anzeigen im „General-Anzeiger Bonn“, wie der Aufruf zum Boykott am 1. April 1933 oder die Mitteilung für den 3. April 1933, in der eine weitere Aktion gegen die „internationale jüdische Gräuelpopaganda“ in der Beethovenhalle angekündigt wurde.³⁶⁹

Bei den Plakatierungen von „jüdischen“ Geschäften am Boykotttag wandte sich die antisemitische Hetze hingegen konkret gegen bestimmte Personen; Individuen wurden aus der Masse ausgewählt und anhand ihres „Beispiels“ die antijüdische Propaganda vor Ort umgesetzt. Der immaterielle und materielle Schaden traf einzelne Juden.³⁷⁰ Teile der Gesellschaft, einzelne Gewerbetreibende, lokale Vereine u. a. unterstützten die NSDAP-Mitglieder – und war es nur in Form von Informationsweitergabe.³⁷¹ Ohne die Mitarbeit der lokalen NSDAP-Mitglieder wäre eine solch flächendeckende und umfassende Aktion wie der reichsweite Boykott nicht realisierbar gewesen. Obwohl hier die Partizipation der NSDAP mit ihren Gliederungen hervorgehoben wird, sollte nicht darüber hinweggesehen werden, dass die

³⁶⁷ Vgl. Nolzen: „Totaler Antisemitismus“, S. 194.

³⁶⁸ Ebenda, S. 186.

³⁶⁹ Vgl. „General-Anzeiger Bonn“ vom 1. April 1933: Anzeige. Ebenso „General-Anzeiger Bonn“ vom 1. April 1933: „Die Abwehr wirkt, daher vorläufig Boykott nur heute“.

³⁷⁰ Siehe hierzu Nolzen: „Totaler Antisemitismus“, S. 189.

³⁷¹ Vgl. Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 12.

antijüdische Gewalt von Menschen getragen wurde, die aus der Mitte der Gesellschaft kamen. NSDAP-Mitglieder waren Nachbarn, Bekannte und in manchen Fällen Verwandte von Bonner Juden – ohne deren Partizipation wäre der Boykott vor Ort gescheitert, der sich konkret gegen lokale Geschäfte wandte.

Eine aktive und direkte Rolle bei der Inszenierung des Boykotts übernahmen SA- und SS-Männer, die sich vor „jüdischen“ Geschäften, Praxen und Anwaltskanzleien positionierten. Sie repräsentierten den nationalsozialistischen Willen auf der Straße und waren bereit, den Boykott mit Körperlichkeit und Einschüchterung durchzusetzen. Sie interagierten sowohl mit den betroffenen Juden als auch mit dem kaufenden Publikum. Die Posten forderten die Käufer vor Ort auf, sich entsprechend der nationalsozialistischen Vorstellungen zu verhalten, respektiv wiesen diese an, wo sie als „Volksgenossen“ nicht einzukaufen hätten.³⁷² Obgleich sie von der NS-Führung angehalten waren, friedlich zu agieren, schufen sie durch ihre Präsenz eine Drohkulisse:³⁷³ SA- und SS-Männer stellten sich potenziellen Käufern in den Weg, sprachen diese direkt an und wiesen darauf hin, dass sie sich mit dem Kauf in „jüdischen“ Geschäften konträr zur nationalsozialistischen Auffassung und der ausgegebenen Agenda verhalten würden. Wenn sich Bonner dem Druck nicht beugten, fotografierten sie diese und drohten Konsequenzen für ihr nicht-konformes Verhalten an.

Den Posten wurde unmittelbar die Wirkung ihres Handelns vor Augen geführt: Die Bonner mieden zum größten Teil die boykottierten Geschäfte. Als Konsequenz resignierten viele jüdische Geschäftsleute und schlossen ihre Läden für den restlichen Tag. Das Gefühl, der Situation machtlos ausgeliefert zu sein, schockierte viele Juden.³⁷⁴ In der körperlichen Präsenz vor Ort lag der entscheidende Unterschied gegenüber der administrativen Exklusion aus der „Volksgemeinschaft“.³⁷⁵ Nach Popitz wird Personen durch die direkte Ausübung von Macht – in der sie Menschen in einer gegen sie gerichteten Aktion Schaden zufügen – ihre eigene vermeintliche Überlegenheit direkt

³⁷² Vgl. ebenda, S. 10.

³⁷³ Zur Interaktionsebene, siehe Nolzen: "Totaler Antisemitismus", S. 195.

³⁷⁴ So beschrieb es Barnard in ihren Lebenserinnerungen. Vgl. Barnard: "Ich sehe Dich nie wieder!", S. 34.

³⁷⁵ Vgl. Nolzen: "Totaler Antisemitismus", S. 195.

erlebbar.³⁷⁶ Juden bei einem alltäglichen Vorgang, der Berufsausübung, zu beschränken, ließ die SA- und SS-Männer an Macht partizipieren. Gewaltanwendung in ihren unterschiedlichen Formen war im nationalsozialistischen Staat ein akzeptiertes und oftmals favorisiertes Mittel, um Macht durchzusetzen.³⁷⁷

3.3.3 „Kaufendes Publikum“

In dem vorangegangenen Abschnitt wurde die Bedeutung der lokalen NSDAP-Ortsgruppen sowie der SA- und SS-Männer als treibende Akteure des Boykotts vor Ort identifiziert. Aber hätte der Boykott seine Wirkung entfalten können, wenn nicht das Publikum vor Ort die antijüdische Aktion durch seine Anwesenheit bezeugt hätte? Instrumentalisierten die Nationalsozialisten das „kaufende Publikum“ oder sollte es nicht vielmehr als wichtiger Akteur neben Parteibasis und -gliederung wahrgenommen werden,³⁷⁸ der aufgrund seiner meist nicht genutzten Handlungsoptionen einen aktiven Part in der Rezeption und längerfristigen Bedeutung des Boykotts bei der Judenverfolgung gespielt hat? Es ist zunächst zu konstatieren, dass sich mehr Bonner am 1. April 1933 in den zentralen Einkaufsstraßen aufhielten als an einem „gewöhnlichen“ Samstag.³⁷⁹ Dies war nicht nur für Bonn, sondern reichsweit zu beobachten.³⁸⁰ Jene Bonner entschieden sich bewusst, bei dem „Schauspiel“, das für die betroffenen Juden bittere Realität war, zugegen zu sein. Eine solche Sensationslust war nicht harmlos, auch das bloße Zusehen stellte eine Handlung dar – sie gaben damit der nationalsozialistischen Inszenierung eine Bühne.³⁸¹ Indem Bonner den Anweisungen der Posten folgten, „jüdische“ Geschäfte nicht zu betreten bzw. dort nicht einzukaufen, akzeptierten sie den Boykott – sie ließen ihn zu und nahmen daran teil. Ihre Passivität war kein Zeichen von Ablehnung, vielmehr erfüllten die Bonner

³⁷⁶ Vgl. Popitz: Phänomene der Macht, S. 43.

³⁷⁷ Vgl. Nolzen: The Nazi Party and its Violence against Jews, S. 245-247.

³⁷⁸ Siehe Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 254-255.

³⁷⁹ Vgl. „General-Anzeiger Bonn“ vom 3. April 1933: „Die Boykottbewegung in Bonn ist ruhig verlaufen.“

³⁸⁰ Vgl. Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 256-260 und Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 66.

³⁸¹ Vgl. Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 18.

dadurch die ihnen zugedachte Funktion.³⁸² Ihre Anwesenheit stellte ein entscheidendes Element des Boykotts dar; das Zulassen wurde von den Nationalsozialisten als Affirmation ihrer Handlungen und Aufforderung für weitere antijüdische Aktionen gedeutet.³⁸³ Das kollektive Verhalten zeigte seine Wirkungsmacht direkt vor Ort; so bestätigen die ausgewerteten Quellen in Bonn die Einschätzung Ahlheims:

„Durch den Boykott wurde eine kleine alltägliche Handlung, das Kaufen, zu einem politischen Akt. [...] [D]as Kaufen in als „jüdisch“ abgestempelten Geschäften wurde, ob gewollt oder nicht, zu einer politischen Meinungsäußerung oder konnte gar als Akt des Widerstandes gedeutet werden.“³⁸⁴

Die von den Nationalsozialisten ausgegebene Doktrin der „Volksgemeinschaft“, die auf der Exklusion von Gruppen – allen voran den Juden – beruhte, begann sich als soziale Praxis zu etablieren. Herauszustellen ist, dass insbesondere zu diesem frühen Zeitpunkt die Handlungen der Menschen nicht determiniert waren. Die Bonner waren nicht gezwungen, die Innenstadt aufzusuchen. Sie hätten der nationalsozialistischen Inszenierung fernbleiben und durch ihr kollektives Nichterscheinen ihre Ablehnung des Boykotts ausdrücken können. Die Situation war noch ergebnisoffen, es gab keinen festgesetzten Handlungsrahmen. Die Bonner waren herausgefordert, eine für sie angemessene Reaktion auf die Situation zu finden.³⁸⁵ Die Mehrheit folgte jedoch dem nationalsozialistischen Aufruf, „jüdische“ Geschäfte zu meiden, und passte sich damit der Erwartungshaltung des Regimes an. Dass ein anderes Verhalten möglich gewesen wäre, zeigen die vereinzelt Aktionen, in denen sich Bonner den nationalsozialistischen Anweisungen widersetzen. Auch hier gab es ein breites Spektrum individueller Handlungsmöglichkeiten: Bonner kauften in „jüdischen“ Geschäften ein, besuchten bekannte oder befreundete Juden bzw. übersandten kleine

³⁸² Vgl. ebenda, S. 260.

³⁸³ Vgl. Nolzen: "Totaler Antisemitismus", S. 196-197.

³⁸⁴ Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 11.

³⁸⁵ Vgl. Hörning: Soziale Praxis, S. 30.

Geschenke. Solche Handlungen sind für Bonn nur bei persönlichen Beziehungs- bzw. Vertrauensverhältnissen belegt, wie beispielsweise Arzt-Patienten-Beziehungen.³⁸⁶ Bei anonymen Geschäftsbeziehungen konnten hierfür keine Nachweise gefunden werden; dass dies per se möglich gewesen wäre, zeigt das Beispiel des nahegelegenen Bornheims, wo sich nicht-jüdische mit jüdischen Geschäftsleuten solidarisierten und aus Protest ihre Läden schlossen.³⁸⁷ Sie setzten ein Zeichen gegen die antisemitische Aktion und nahmen finanzielle Einbußen in Kauf. Derartige Gesten oder gar offenkundiges Zuwiderhandeln gegen nationalsozialistische Handlungs- bzw. Verhaltensmaximen wurden über die Jahre immer seltener, bis sie schließlich nur noch eine Rarität darstellten.³⁸⁸ Anscheinend wurde die Entscheidung maßgeblich dadurch beeinflusst, ob man sich mit einer bestimmten Person oder mit Juden als Gruppe solidarisierte.

3.3.4 Nicht-jüdische Geschäftsleute

Wie lässt sich das Verhalten der nicht-jüdischen Geschäftsleute beurteilen, die oftmals in direkter Konkurrenz zu den Boykottierten standen? Manche von ihnen handelten opportunistisch. Sie nutzten die politische Lage, um jüdische Mitbewerber zu verunglimpfen bzw. aus dem Markt zu verdrängen.³⁸⁹ So unterstützten Bonner Geschäftsleute die Nationalsozialisten, indem sie jüdische Geschäftsinhaber ausfindig machten oder bekannte jüdische Geschäfte auflisteten. Auch nutzte der Leiter des „Kampfbundes für Handwerk und Gewerbe“, Riemer, die „Protestkundgebung“ am 3. April 1933 in der Beethovenhalle, um einerseits für den gewerblichen Mittelstand zu werben und andererseits Juden mit antisemitischer Polemik als Drahtzieher einer „internationalen Gräuelpaganda“ darzustellen, die den Boykott „verdienten“:

³⁸⁶ Vgl. Samuel: Mein Leben in Deutschland, S. 401.

³⁸⁷ Vgl. Elfi Pracht-Jörns: Jüdisches Schicksal im Nationalsozialismus 1933-1945, in: Claudia Maria Arndt (Hg.): Unwiederbringlich vorbei. Geschichte und Kultur der Juden an Sieg und Rhein. Zehn Jahre Gedenkstätte „Landjuden an der Sieg“, S. 30-52, hier S. 32.

³⁸⁸ Siehe hierzu auch Frank Bajohr, u. a.: Der Holocaust als offenes Geheimnis, S. 35.

³⁸⁹ Vgl. ebenda, S. 31.

*„Der Kampf gegen den Juden [sei] ein Kampf gegen die fremde Rasse und ihre dem Deutschen wesensfremde Eigenschaften. Sauberkeit und Ehrlichkeit müßten wieder in Deutschland ihren Einzug halten. In der Erreichung des Ziels kenne das vor dem Abgrund stehende deutsche Volk nur das Gebot der Selbsterhaltung.“*³⁹⁰

In seiner Rede verknüpfte er die Forderung, nicht in „jüdischen“ Geschäften zu kaufen, mit dem „Schutz“ der „Volksgemeinschaft“ vor den zu exkludierenden Juden.

Doch es gab noch weitere Möglichkeiten, von der Situation zu profitieren. Geschäftsleute nutzten die vom „Kampfbund für Handwerk und Gewerbe“ herausgegebenen Plakate, um sich von „jüdischen Geschäften“ abzugrenzen.³⁹¹ Hierbei handelte es sich um eine bewusste Vorteilsnahme, denn die Nationalsozialisten zwangen niemanden, Plakate anzubringen. Hingegen hätten sie durch ein Nichtanbringen zumindest ein kleines Zeichen gesetzt und sich nicht an der nationalsozialistischen Inszenierung des Boykotts beteiligt. Die Motive der nicht-jüdischen Geschäftsleute können retrospektiv nicht nachvollzogen werden. Handelten sie aufgrund von wirtschaftlichen Überlegungen und Konkurrenzdenken oder spielten antisemitische Ressentiments eine Rolle? Letztlich war ihr Verhalten entscheidend. Indem sie ihre Geschäfte als „nicht-jüdisch“ kennzeichneten, schlossen sie jüdische Geschäftsleute aus ihrer Gemeinschaft aus.

Um ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu ausländischen Partnern nicht zu gefährden, stellten sich einige Bonner Firmen (u. a. die Ringsdorff-Werke, die Rheinische Chamotte, die Dinas-Werke oder die Godesia) in den Dienst der nationalsozialistischen Propaganda, verharmlosten antijüdische Aktionen und übernahmen nicht zuletzt die antisemitische Rhetorik der Nationalsozialisten. In teilweise schon vor dem 1. April 1933 verfassten, nahezu gleich lautenden Schreiben, versicherten sie ihren ausländischen Geschäftspartnern, dass der Boykott lediglich als „Abwehrreaktion gegen die ausländische Hetze“ zu verstehen sei und es keine

³⁹⁰ „General-Anzeiger Bonn“ vom 4. April 1933: „Bonner Protestkundgebung gegen die Gräuelpopaganda“.

³⁹¹ Vgl. „General-Anzeiger Bonn“ vom 3. April: „Die Boykottbewegung in Bonn ist ruhig verlaufen“.

Judenverfolgung per se gebe.³⁹² Dabei gingen sie vereinzelt bei ihrer Wortwahl über eine reine Beschönigung der Lage hinaus und ließen sich zu antisemitischen Äußerungen hinreißen. In dem Schreiben des Imperia-Fahrzeugwerks Bad Godesberg an holländische und englische Geschäftspartner wird der Boykott beispielsweise folgendermaßen beschrieben:

„1) In Deutschland herrscht größte Ordnung und Disziplin. 2) Es ist keinem Juden bisher ein Leid geschehen. 3) Der Boykott jüdischer Geschäfte, Aerzte und Rechtsanwälte, der als Abwehrmassnahme am 1. April 1933, vormittags 10 Uhr beginnt, wird sich ganz diszipliniert vollziehen und solange dauern, wie die Juden im Auslande ihre Hetzlügen fortsetzen bzw. die ausländischen Regierungen es ablehnen, die deutsche Regierung in ihrem Abwehrkampf zu unterstützen [...]“³⁹³.

Das Schreiben folgte der nationalsozialistischen Darstellung des Boykotts. Auch hier werden die Bonner Juden nicht zugehörig zur deutschen Gesellschaft gesehen, sondern als Teil einer anderen Gruppe bzw. „Rasse“, die die Kollektivstrafe wegen angeblicher antideutscher Propaganda mitzutragen hatte. Mit diesen und ähnlichen Schreiben suchten die Godesberger Unternehmen sicherzustellen, dass sich für sie keine negativen wirtschaftlichen Konsequenzen aus dem Boykott ergaben.³⁹⁴ Sie verharmlosten die antijüdische Aktion und solidarisierten sich aus Eigennutz mit der nationalsozialistischen Politik.

3.3.5 Der Boykott als Arena sozialer Praxis

Der Boykott als Arena sozialer Praxis bot eine Bühne für gesellschaftliche Aushandlungsprozesse und einen Interaktionsraum für Juden und Nicht-Juden. Hier wurde erstmals plakativ dargestellt, wer nicht zur nationalsozialistischen

³⁹² StA Bonn Go 1340: Konvolut. Hier sind vor allem Briefe von Godesberger Firmen erhalten. Vgl. auch Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 527 und Stang: „...keine Todesfälle von Einwohnern jüdischen Glaubens“, S. 160.

³⁹³ StA Bonn Go 1340: Konvolut.

³⁹⁴ Schreiben von anderen Bonner Firmen sind im Archiv nicht mehr erhalten.

„Volksgemeinschaft“ gehören sollte. Bonner waren in unterschiedlicher Form daran beteiligt, den „von oben“ initiierten Boykott, insbesondere in seiner langfristigen Wirkung, zu einem Erfolg im nationalsozialistischen Sinne zu machen: Geschäfte jüdischer Inhaber waren in der Topographie der Stadt kenntlich gemacht und Bonner Juden als Gruppe exponiert worden. Zudem hatte die Bonner Gesellschaft der nationalsozialistischen Inszenierung nur selten abweichendes oder widerständiges Verhalten entgegengesetzt. Dabei konnten die Handlungen der Bonner in Grad und Form stark variieren: von aktiver Beteiligung an der Organisation oder Durchsetzung der antijüdischen Aktion über wirtschaftlichen Opportunismus oder passiver Duldung durch das „kaufende Publikum“ bis hin zu widerständigem Verhalten.

Wie in den vorangegangenen Abschnitten gezeigt wurde, gab es für die Bonner eine Vielzahl von Wahl- und Handlungsmöglichkeiten, auf den Boykott zu reagieren bzw. ihn mitzugestalten – wenige nutzten Vermeidungsoptionen. Nicht nur die aktiv am Boykott Beteiligten, sondern auch diejenigen, die durch ihre Schaulust den Nationalsozialisten eine Bühne boten, trugen zumindest eine moralische Verantwortung bei dessen Rezeption; denn das Mitwirken Vieler suggerierte gesellschaftliche Akzeptanz. Auf die antisemitische Aktion folgte keine kollektive Reaktion: Das Gros der Bonner hinterfragte nicht die Gründe für den Boykott. Der nationalsozialistische Vorwand der ausländischen „Gräuelpropaganda“ wurde als Begründung für die antijüdische Aktion hingenommen. Dies impliziert, dass man Bonner bzw. deutsche Juden mit ausländischen Juden gleichsetzte und als eine homogene Gruppe ansah; dieser absurden Logik folgend waren Bonner Juden für das Verhalten anderer Juden mitverantwortlich und mussten als Gruppe die negativen Konsequenzen tragen. Es gab keinen gemeinschaftlichen Konsens der nicht-jüdischen Bonner, gegen die antisemitische Aktion zu protestieren. Letztlich war es genau diese, wie Michael Wildt es formulierte, *„mehr oder weniger geheime Komplizenschaft vor Ort“*³⁹⁵, die es ermöglichte, dass Juden stigmatisiert und aus der Gesellschaft ausgegrenzt wurden.

³⁹⁵ Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 214.

3.4 Das „offizielle Ende“ des Boykotts – Der Beginn der sukzessiven Verdrängung „jüdischer“ Geschäfte

Der Boykott vom 1. April 1933 endete formal nach nur einem Tag. Das weitere Vorgehen gegenüber Juden in der Wirtschaft war gekennzeichnet durch den Dualismus von NSDAP-Führung einerseits und den NSDAP-Ortsgruppen andererseits, die sich häufig diametral zueinander verhielten. Die nationalsozialistische Regierung sprach sich in der Öffentlichkeit zwar deutlich gegen nicht abgestimmte, lokal initiierte antijüdische Aktionen aus, trieb die Unterscheidung und Separierung von „nicht-jüdischen“ und „jüdischen“ Geschäften aber in verschiedenen Bereichen und auf unterschiedliche Weise voran. So führte die nationalsozialistische Parteizeitung „Der Stürmer“ beispielsweise seine antisemitische Hetze fort. Lokale Parteiaktivisten praktizierten hingegen trotz anderslautender Anweisung einen dauerhaften Boykott „jüdischer“ Geschäfte.³⁹⁶ Die Ausgrenzung und Diskriminierung jüdischer Geschäftsleute setzte sich vielerorts fort und wurde gesellschaftliche Realität.³⁹⁷ Insgesamt ließ sich eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage für „jüdische“ Geschäfte in Bonn aufgrund rückläufiger Kundenzahlen feststellen.

3.4.1 Boykottaufrufe in Bonn nach dem 1. April 1933

Die Lage war unübersichtlich, die Schwere und Konsequenz der Boykottmaßnahmen waren von Ort zu Ort unterschiedlich und letztlich bestimmt durch das Verhalten der lokalen Akteure.³⁹⁸ Ahlheim weist in ihrer Studie indirekt auf einen wichtigen Aspekt hin: Die lokalen Akteure bestimmten entscheidend die Exklusion der Juden vor Ort mit und nutzten ihre Handlungsmacht und -möglichkeiten unterschiedlich. Die vorliegende Arbeit überprüft quellenorientiert anhand eines lokalen Beispiels, wie sich die soziale Praxis entwickelte. Wie war also die Situation in Bonn zu bewerten? In den Jahren bis

³⁹⁶ Vgl. Nolzen: Totaler Antisemitismus, S. 192-193.

³⁹⁷ Vgl. Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 263-265. So beschreibt Ahlheim den antijüdischen Boykott, als *„keine einmalige oder sporadisch auftretende Erscheinung, sondern ein sich langsam ausbreitender und vertiefender Prozeß, der von den Interessenten systematisch vorangetrieben wurde.“* Ebenda, S. 396.

³⁹⁸ Vgl. ebenda, S. 263-265.

1935 gab es vereinzelte Pressekampagnen, in denen entweder jüdische Geschäftsleute herausgriffen wurden, um diese zu diskreditieren, oder allgemein dazu aufgerufen wurde, nur in „nicht-jüdischen“ Geschäften einzukaufen. Diese Boykottaufrufe waren noch nicht mit physischer Gewalt verbunden, vielmehr führte die nationalsozialistische Propaganda zunächst den *„Kampf um die Deutungsmacht der Begriffe ‚jüdisch‘, ‚deutsch‘ und ‚christlich‘“*³⁹⁹ weiter und nutzte sie als Mittel, Juden aus der „Volksgemeinschaft“ zu exkludieren. So beschuldigte der „Westdeutsche Beobachter“ Ende April 1933 den jüdischen Gesellschafter einer Koksvertriebsgesellschaft, Dr. Levy, den deutschen Handel zu schädigen, indem er ausländisches Koks verkaufe. Zudem echauffierte sich der Autor, dass an den Lastwagen der Firma schwarz-weiß-rote Flaggen angebracht waren: *„Abgesehen von dieser Gesinnungslumperei, liegt in dieser Tatsache eine grenzenlose Geschmacklosigkeit, wie sie sich eben nur ein Jude leisten kann.“*⁴⁰⁰ Damit griff er die antisemitische Beschuldigung auf, dass sich deutsche Juden mit dem Ausland gegen die deutsche Wirtschaft verbünden würden und sprach Levy gleichzeitig seine Zugehörigkeit zur „Volksgemeinschaft“ ab.⁴⁰¹ In den nächsten Monaten wurden die Bonner immer wieder ermahnt, in lokalen „nicht-jüdischen“ Geschäften einzukaufen, um so nicht-jüdische Bonner Handwerker und Gewerbetreibende zu unterstützen. Diesbezügliche Aufrufe des Oberbürgermeisters Rickert und des Stadtverordneten und NSDAP-Kreisleiter Hausmann⁴⁰² veröffentlichte Anfang Mai 1933 der „General-Anzeiger Bonn“ wie auch einen Appell des NSDAP-Ortsgruppenleiters Klamp im Januar 1934.⁴⁰³ Dass die antisemitische Propaganda nur einen begrenzten Einfluss auf das Kaufverhalten der Bonner hatte, zeigen die Ermahnungen, zu denen sich NSDAP-Ortsgruppenleiter wiederholt gegenüber ihren Mitgliedern wegen Einkäufen in „jüdischen“ Geschäften gezwungen sahen: So

³⁹⁹ Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 49.

⁴⁰⁰ „Westdeutscher Beobachter“ vom 28. April 1933: „Jud` Levy schaltet um“. Ähnliche Vorwürfe – allerdings verbal zurückgenommen – hatte der „Westdeutsche Beobachter“ bereits am 6. September 1932 gegen Levy geäußert. Vgl. „Westdeutscher Beobachter“ vom 6. September 1932: „Der geschäftstüchtige Jude Levy“.

⁴⁰¹ Das Verbot für Juden die deutsche Flagge zu hissen, wurde erst am 15. September 1935 eingeführt.

⁴⁰² Vgl. „General-Anzeiger Bonn“ vom 10. Mai 1933: „Der Bonner Haushaltplan einstimmig en bloc angenommen.“

⁴⁰³ Vgl. „Westdeutscher Beobachter“ vom 27. Januar 1934: „Monatsappell der Ortsgruppe Beuel“. Auch Kreisschulungsleiter und Ortsgruppenleiter Zeppenfeld sprach vor der NSDAP-Ortsgruppe Rüngsdorf über den *„verderblichen und zersetzenden Einfluß des Judentums“*. „Westdeutscher Beobachter“ vom 1. Februar 1934: „Monatsversammlung der Ortsgruppe Rüngsdorf“.

verwarnte das NSDAP-Kreisparteigericht Josef Bubenheim im Mai 1933 beispielsweise, weil er Schwemmsteine bei einem jüdischen Vertreter gekauft hatte.⁴⁰⁴ Zwischen Hausmann und dem Metzgermeister Heinrich Schlieff, Mitglied der NSDAP seit 1931, eskalierte ein Streit, der für Schlieff in einer Klage vor dem Parteigericht endete. Letzterer hatte weiterhin bei den jüdischen Viehhändlern Arnsberg und Daniels eingekauft. Seiner Entnazifizierungsakte zufolge begründete Schlieff seine Haltung damit, dass bei diesen bestes Vieh zu kaufen sei und er sein Kaufverhalten nicht ändern würde, solange nicht-jüdische Händler nicht die gleiche Qualität bieten würden. Er müsse auf dem Markt weiterhin konkurrenzfähig bleiben.⁴⁰⁵ Auch der SA-Standartenarzt Dr. Grozechowiak wurde 1934 beobachtet, wie er mit seiner Frau das Geschäft der Geschwister Cahn in der Remigiusstraße verließ. Der SA-Mann Montkowski wies ihn daraufhin zurecht, *„wenn er der SA oder sonstigen Parteimitgliedern verbiete, beim Juden zu kaufen, dann dürfe er es als Standartenarzt an erster Stelle nicht.“*⁴⁰⁶

Wenngleich die Boykottmaßnahmen der Nationalsozialisten bis 1935 noch nicht im vollen Maße griffen, verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation für einige „jüdische“ Geschäfte schon sehr früh: Der Beueler Arzt Dr. Max Weis berichtete, dass seine Einnahmen aufgrund von Boykottaufrufen und gezielter Einschüchterung seiner Patienten mehr und mehr abnahmen. Betrug sein Einkommen im Jahr 1932 noch um die 13.700 RM, so ging es im Jahr 1933 auf ca. 10.000 RM zurück, um in den kommenden Jahren weiter zu sinken.⁴⁰⁷ Auch das Möbelgeschäft der Familie Holzenheuer war aufgrund der jüdischen Abstammung von Else Holzenheuer betroffen. Den Lebenserinnerungen ihrer Tochter zufolge hatte die Mutter vermehrt mit antisemitischen Anfeindungen und dem Verlust von Kunden zu kämpfen. Zudem erhielt Else Holzenheuer von den Nationalsozialisten ein Ladenverbot und durfte nicht mehr im familiären Betrieb mitarbeiten. Außerdem wurde ihnen das

⁴⁰⁴ Vgl. StA Bonn N 1985/531: Entnazifizierungsakte: Bubenheim.

⁴⁰⁵ Vgl. StA Bonn N 1985/550: Entnazifizierungsakte: Schlieff.

⁴⁰⁶ Vgl. StA Bonn N 1985/537: Entnazifizierungsakte: Montkowskis. Aussage Montkowskis im Zuge seines Entnazifizierungsverfahren: Darin berichtete er von seinem Ausschluss aus der SA, die er darauf zurückführte, dass er Grozechowiak zurecht gewiesen hatte.

⁴⁰⁷ Stang: Ihr weiterer Aufenthalt im Reichsgebiet ist unerwünscht.

Ehestandsdarlehen entzogen, was deren wirtschaftliche Lage erheblich verschlechterte.⁴⁰⁸

Ebenso führten die antijüdischen Agitationen zu Geschäftsaufgaben: Seit 1906 bestand das Konfektionsgeschäft von Bernhard Levy in Bonn, zu dessen Kunden Großteils Beamte und Studenten zählten. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten ging der Umsatz seines Ladens signifikant zurück, da insbesondere Beamte angehalten waren, nicht mehr bei Juden zu kaufen. Levy sah sich bereits im Mai 1934 gezwungen, sein Geschäft aufzulösen.⁴⁰⁹ Erich Heimann führte seit 1925 das elterliche Maler- und Anstreichgeschäft in der Marxstraße. Auch er musste bereits im Jahr 1934 seinen Betrieb schließen, da er durch die Boykottmaßnahmen weder an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen durfte, noch bei städtischen Aufträgen berücksichtigt wurde.⁴¹⁰ Ähnlich erging es Oscar Moses. 1934 musste er seine Teilhabe und den Posten des stellvertretenden Geschäftsführers bei der Bonner Eisfabrik Schoppe & Co aufgeben. Seine Ledergroßhandlung, bei der Anfang 1933 noch vier Personen angestellt waren, konnte er bereits im April 1936 wegen anhaltender Boykottierungen nicht mehr weiterführen. So sah sich das Ehepaar Moses bis zur seiner Internierung im Arbeits- und Wohnlager „Kapellenstraße 6“ gezwungen, von Ersparnissen zu leben.⁴¹¹

Die Wirkung der antisemitischen Propaganda in Bonn muss unter zweierlei Gesichtspunkten beurteilt werden: dem wirtschaftlichen und dem gesellschaftlichen. Das Kaufverhalten der nicht-jüdischen Bonner kann aufgrund der Politischen Lageberichte hinlänglich nachvollzogen werden. Im Dezember 1934 befand Oberbürgermeister Rickert, dass es trotz anfänglicher monetärer Einbußen für „jüdische“ Geschäfte noch nicht den gewünschten grundlegenden Wandel im Kaufverhalten der Bonner gäbe.⁴¹² Die in der Vorweihnachtszeit 1934 von der NS-Hago verantwortete Werbekampagne, die dazu aufrief, in „christlichen“ Geschäften

⁴⁰⁸ Vgl. Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 63: Interview mit der Gedenkstätte Bonn.

⁴⁰⁹ Vgl. StA Bonn N 1985/941: Wiedergutmachungsakte. Verifiziert durch das Wiedergutmachungsamt Bonn.

⁴¹⁰ Vgl. StA Bonn N 1985/799: Wiedergutmachungsakte. Verifiziert durch das Wiedergutmachungsamt Bonn.

⁴¹¹ Vgl. StA Bonn N 1985/1001: Wiedergutmachungsakte. Verifiziert durch das Wiedergutmachungsamt Bonn.

⁴¹² Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 540.

einzukaufen, hatte nicht zum beabsichtigten Erfolg geführt.⁴¹³ Obgleich die Unterscheidung zwischen „nicht-jüdischen“ und „jüdischen“ Geschäften öffentlich und werbewirksam inszeniert worden war,⁴¹⁴ bevorzugten es viele Bonner weiterhin, ihre Einkäufe in Warenhäusern und Einheitspreisgeschäften zu erledigen.⁴¹⁵ Rickert führte in seinem Lagebericht vom März 1935 das Misslingen der Aktion darauf zurück, dass ein großer Teil der Bonner in „jüdischen“ Geschäften einkaufen würde, weil er davon ausginge, dass diese aufgrund der schärferen Kontrollen der Behörden günstigere Preise anböten.⁴¹⁶ Demzufolge widersetzte sich das „kaufende Publikum“ der nationalsozialistischen Aufforderung, „deutsch“ zu kaufen, nicht, um Solidarität gegenüber der jüdischen Minderheit zu demonstrieren, sondern aufgrund monetärer Überlegungen. Trotz dieser Einschätzung Rickerts ist zu konstatieren, dass einzelne Juden – wie bereits beschrieben – vom Boykott betroffen waren und teils schwere wirtschaftliche Einbußen zu verkraften hatten. Festzuhalten ist zudem, dass das Kaufverhalten im Gegensatz zu persönlichen Beziehungen stand, bei denen sich Nicht-Juden sukzessive von Juden zurückzogen und distanzierten, wie in Abschnitt 2.2 gezeigt wurde. Im privaten Bereich hätte sich ein andauernder Kontakt zu Juden nicht gewinnbringend ausgewirkt.

Betrachtet man die Wirkung der antisemitischen Propaganda auf die Gesellschaft, konnten die Nationalsozialisten für sich Erfolge verzeichnen: Die Bonner Juden waren als Gruppe exponiert und wurden sukzessive als „gemeinschaftsfremd“ wahrgenommen. Althergebrachte antijüdische Stereotype waren wieder ins gesellschaftliche Bewusstsein gerufen worden und verfestigten sich mehr und mehr.

⁴¹³ Dass es für jüdische Geschäftsleute extreme finanzielle Auswirkungen bis hin zum geschäftlichen Bankrott bereits in den Anfangsjahren gab, wurde bereits zu Beginn des Kapitels thematisiert.

⁴¹⁴ Vgl. Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 301.

⁴¹⁵ Vgl. StA Bonn Pr 10/575: Politischer Lagebericht Dezember 1934 und siehe auch Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 540.

⁴¹⁶ Vgl. StA Bonn Pr 10/575: Politischer Lagebericht März 1935 und Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 540. Zu dieser Einschätzung kam auch Bajohr: *„Wo die Gefahr der Denunziation geringer war – wie in den Großstädten – blieben nur bestimmte Bevölkerungsgruppen wie die Beamten jüdischen Geschäften fern, um ihre berufliche Stellung nicht zu gefährden. Andere hingegen folgten ihrem Interesse als Konsumenten, das jüdische Geschäfte mit ihren oft günstigen Preisen und den Möglichkeiten des Ratenkaufs zu befriedigen wussten. [...] Juden hatten nach 1933 nur dort eine Chance auf vorübergehende Selbstbehauptung, wo ihre Tätigkeit den gesellschaftlichen Interessen von Nicht-Juden unmittelbar nützte.“* Bajohr u. a.: Der Holocaust als offenes Geheimnis, S. 29.

3.4.2 Frühling 1935: Eskalation der antijüdischen wirtschaftlichen Agitationen

Anfang April 1935 entschlossen sich die Nationalsozialisten reichsweit, die diffamierende Kampagne gegen jüdische Geschäftsleute auszuweiten.⁴¹⁷ In den vorausgegangenen Monaten waren vermehrt antisemitische Stereotype in die lokale Berichterstattung eingeflossen: so beispielsweise der Begriff des „*jüdische[n] Geschäftsmacher[s]*“⁴¹⁸ oder die Aussage, dass „*Juden an der verheerenden [Wirtschafts-] Krise profitiert hätten, als alle anderen Volksgenossen am Ende ihrer wirtschaftlichen und moralischen Kraft gewesen seien.*“⁴¹⁹

Im Frühling 1935 eskalierte dann die antisemitische Hetze; sie wurde von der NSDAP-Ortsgruppenleitung vor Ort gesteuert und mit umgesetzt. Im März 1935 druckte der „Westdeutsche Beobachter“ eine „Berichtigung“. Nachdem in einem Handwerksverzeichnis Bonner Juden aufgeführt worden waren, wurden diese nun namentlich genannt und sollten, so der Appell, boykottiert werden: „*Deutsche Volksgenossen! Meidet die Juden im Geschäft und Handwerk!*“.⁴²⁰ Auf dem zentralen Münsterplatz war im „Stürmerkasten“ zu lesen: „*Die Juden sind unser Unglück.*“⁴²¹ Auch der „General-Anzeiger Bonn“ ging mehr und mehr dazu über, nationalsozialistische Formeln unreflektiert zu übernehmen. Doch die Nationalsozialisten beschränkten sich bei ihrer antisemitischen Hetze nicht mehr auf die Medien allein, sie nutzten nun zusätzlich auch den öffentlichen Raum. Über Bonner Straßen wurden große Transparente angebracht mit Aufschriften wie „Der Jude ist unser Feind“ oder „*Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter.*“⁴²² Zudem verteilten Mädchen des BDM in der zentralen Remigiusstraße Handzettel mit der Frage: „*Warum kauft ihr nicht bei euren deutschen Volksgenossen?*“⁴²³

⁴¹⁷ Dabei handelte es sich um eine reichsweite Maßnahme der Nationalsozialisten, siehe Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 75 bis 80. Vgl. Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 264.

⁴¹⁸ Vgl. „General-Anzeiger Bonn“ vom 22. Mai 1933: „Die Hitler-Jugend wider den undeutschen Geist“.

⁴¹⁹ „Westdeutscher Beobachter“ vom 7. August 1933: „General-Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Bonn Mitte“. Weitere Beispiele finden sich u. a. im „Westdeutschen Beobachter“ vom 1. Februar 1934: „Feierliche Gedenkstunde“.

⁴²⁰ „Westdeutscher Beobachter“ vom 29. März 1935: Berichtigung.

⁴²¹ Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 540.

⁴²² StA Bonn Pr 10/575: Politischer Lagebericht April 1935.

⁴²³ Otto Kulka, Eberhard Jäckel (Hg.): Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933-1945, Düsseldorf 2004: Stapostelle Regierungsbezirk Köln, Bericht für Mai 1935.

Der Boykott gegenüber jüdischen Geschäftsleuten erreichte mit diesen Maßnahmen eine neue Qualität: Die Nationalsozialisten gingen über die Kennzeichnung und Stigmatisierung „jüdischer“ Geschäfte und deren Abgrenzung zu „deutschen“ Geschäften hinaus. Sie griffen Kunden „jüdischer Geschäfte“ direkt und öffentlich an. Auf lokaler Ebene überwachten die Bonner NSDAP-Ortsgruppen die Bevölkerung und versuchten, soziale Kontrolle auszuüben.⁴²⁴ Die Teilhabe an der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ sollte hier unmittelbar entschieden werden; wer nicht gegen Juden war, sollte auch nicht Teil der „Volksgemeinschaft“ sein.⁴²⁵ *„Konsumverhalten wurde in der rassistisch definierten Mehrheitsgesellschaft, die Volksgemeinschaft genannt wurde, zum Gesinnungstest erklärt.“*⁴²⁶

Im Gegensatz zur Boykottaktion vom 1. April 1933, bei welcher „deutsches“ Kaufverhalten lediglich angemahnt worden war, drohte man nun bei Nichtbefolgen der Handlungsanweisung mit Exklusion. Genau hier liegt der Unterschied zum Boykotttag 1933: Standen damals die Juden im Fokus der Nationalsozialisten, so waren es 1935 die Nicht-Juden, die in „jüdischen“ Geschäften einkauften. Die Nationalsozialisten griffen sie wegen einer Handlung – dem Kaufen – direkt an. Nach Popitz handelt es sich bei der ‚Drohung‘ um ein Machtinstrument. Der Drohende gibt dem Bedrohten nur die Option, sich innerhalb eines bestimmten Kontextes zwischen Fügsamkeit und Nicht-Fügsamkeit zu entscheiden. Damit oktroyiert er den Bezugsrahmen für den Rezipienten und schreibt dessen Handeln einen Sinn zu, den dieser in seinem Verhalten nicht zwangsläufig intendiert hatte. Gleichzeitig beansprucht der Drohende die Deutungshoheit für das „richtige“ Handeln. Dennoch betont Popitz:⁴²⁷ *„Wer die Drohung als Machtinstrument einsetzt, will etwas vom Bedrohten. Die Drohung hebt die prinzipielle Offenheit menschlichen Verhaltens nicht auf.“*⁴²⁸

⁴²⁴ Vgl. Armin Nolzen: Der „Führer“ und seine Partei, in: Dietmar Süß, Winfried Süß (Hg.): Das „Dritte Reich“. Eine Einführung, München 2008, S. 55-76, hier S. 61.

⁴²⁵ Vgl. Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 360-361.

⁴²⁶ Christoph Kreutzmüller: Wirtschaftsantisemitismus, S. 347. Siehe hierzu auch Bialas: Nicht-Juden sollten durch *„öffentlichen Druck [dazu] gebracht werden, ihr judenfreundliches, rassenindifferentes Verhalten zu ändern. Menschen, die sich weigerten, ihr Verhalten nach rassistischen Kriterien auszurichten, ob aus Ignoranz oder Indifferenz gegenüber der neuen Rassenmoral oder weil sie diese bewusst ablehnten, wurden durch die Offenlegung ihrer Identität faktisch zum Freiwild erklärt.“*

Wolfgang Bialas: Moralische Ordnungen des Nationalsozialismus, S. 100.

⁴²⁷ Vgl. Popitz: Phänomene der Macht, S. 81.

⁴²⁸ Ebenda, S. 82.

Abermals zeigt sich die Bedeutung der lokalen Akteure für die antisemitische Politik des NS-Staates. Soziale Kontrolle konnte nur vor Ort ausgeübt werden. Wer in welchen Geschäften einkaufte, konnte nur vor Ort überprüft werden. Die NSDAP-Führung war auf lokale Unterstützung angewiesen, um ihre Maßnahmen wirksam umzusetzen.

Wie reagierte die Bonner Gesellschaft auf diesen antisemitischen Werbefeldzug?⁴²⁹ Rickert konstatierte in seinem Politischen Lagebericht vom April 1935, dass diese Form der Propaganda nicht nur bei Bonnern im Allgemeinen, sondern ebenso bei vielen NSDAP-Mitgliedern Empörung hervorrief; das Missfallen wäre so groß, dass er sogar Protestschreiben erhielt. Er zitierte als Beispiel folgenden Brief:

*„Seit zwei Wochen befinden sich Plakate in den Straßen der Stadt, die eine des XX. Jahrhunderts unwürdige Judenhetze enthalten, besonders widerlich ist die auf dem Münsterplatz aufgestellte Stürmerbude. Die Veranstaltung ist eine Kulturschande für Deutschland und wird von allen christlichen Ariern entschieden abgelehnt [...]“*⁴³⁰

Der Verfasser erklärte weiterhin, dass er die Ausgrenzung der Juden an sich nicht ablehne, er die Art und Weise aber als unangemessen empfände. Zudem sind weitere Fälle bekannt, in denen sich einzelne Bonner über die Boykottaktionen beschwerten: So wurden Mädchen des BDM, die entsprechende Handzettel vor dem Kaufhaus Tietz verteilten, von Passanten zurechtgewiesen, die die aggressive antisemitische Propaganda als Belästigung und *„heimtückische[n] Agitation[en]“*⁴³¹ empfanden. Auch echauffierte sich ein Bonner mit den Worten: *„Versäumt es nicht, euren Auftraggebern zu sagen, wie anständige Menschen über diese gemeinen Hetzereien denken [...]“*⁴³² Das Gros der Gesellschaft verhielt sich jedoch passiv und nahm die antijüdischen

⁴²⁹ Zur Reaktion der Deutschen allgemein siehe Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 85–92. Auch Bajohr konstatiert, dass von weiten Kreisen der Bevölkerung die antisemitischen Boykottaktionen negativ beurteilt wurden. Vgl. Bajohr u. a.: Der Holocaust als offenes Geheimnis, S. 36.

⁴³⁰ Kulka u. a. (Hg.): Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945: Stapostelle Regierungsbezirk Köln, Bericht für Mai 1935.

⁴³¹ Ebenda.

⁴³² Ebenda.

Aktionen hin. Die Empörung von Bonnern richtete sich dabei nicht so sehr gegen die verstärkten Boykottaufrufe, sondern vielmehr gegen die Form bzw. die Stoßrichtung der nationalsozialistischen Agitation:⁴³³ die Einschränkungen beim alltäglichen Einkauf sowie den Angriff auf die eigene Person. Man war persönlich betroffen. Somit sollten derartige Unmutsbekundungen nicht als Missbilligung der antisemitischen Politik per se verstanden werden. Bajohr konstatiert, dass *„eine deutliche Bevölkerungsmehrheit so genannte ‚Einzelaktionen‘ und gewaltsame Übergriffe auf Juden als Störung der öffentlichen Ordnung ab[lehnte] und entsprechend negativ auf antisemitische Aktionen [reagierte], wie sie von der NSDAP im Frühjahr/Sommer 1935 initiiert wurden.“*⁴³⁴ Die Autorin der vorliegenden Arbeit sieht einen anderen Grund als vorrangig für die mehrheitliche Ablehnung. Die nicht-jüdischen Käufer wurden persönlich angegriffen und bedroht. Sie sahen sich selbst der Gefahr ausgesetzt, aus der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ exkludiert zu werden.

Diese Einschätzung vertrat auch Rickert, der die Ablehnung nicht darauf zurückführte, dass sich Bonner mit Juden solidarisierten, sondern dass vielmehr die aggressive Form der Propaganda mit seinen Drohungen gegen das kaufende Publikum Unverständnis auslöste.⁴³⁵ Ihm zufolge wären Plakate mit Aufschriften wie *„Unterstützt die deutschen Kaufleute, die deutschen Handwerker“* eingängiger und erfolgsversprechender gewesen. Darüber hinaus fürchtete er wegen der aggressiven Propaganda negative Auswirkungen für den Tourismus in Bonn.⁴³⁶ Die weitgehend ablehnende Haltung der Bonner gegenüber der antisemitischen Aktion blieb zunächst bestehen. Man kaufte weiterhin in „jüdischen“ Geschäften ein.⁴³⁷ Ähnliche Reaktionen der Bevölkerung konnte auch Longerich in seiner Auswertung der politischen Lageberichte beobachten.⁴³⁸ Den Nationalsozialisten war es trotz verstärkter Boykottaufrufe und -aktionen nicht gelungen, das Kaufverhalten des Gros der Bonner entscheidend zu beeinflussen: Die passive Mehrheit kaufte auch wegen der

⁴³³ Wenn in den Akten Unmutsbekundungen über die verstärkte Propaganda dokumentiert sind, dann ausschließlich über die Art und Weise der Propaganda und nicht über den Aufruf zum Boykott gegen Juden an sich.

⁴³⁴ Vgl. Bajohr u. a.: Der Holocaust als offenes Geheimnis, S. 36.

⁴³⁵ Vgl. StA Bonn Pr 10/575: Politischer Lagebericht April 1935.

⁴³⁶ Ebenda. Vgl. Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 264.

⁴³⁷ Vgl. StA Bonn Pr 10/575: Politischer Lagebericht Mai 1935.

⁴³⁸ Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 72.

günstigeren Preise weiterhin in ihren Geschäften ein. Damit kann die vorliegende Arbeit Ahlheims Analyse auf lokaler Ebene verifizieren. Für Bonn lässt sich konstatieren, dass die antijüdischen Aktionen nicht vom Gros der Gesellschaft oder einer radikal antisemitischen Stimmung getragen, sondern eher von radikalen Nationalsozialisten durchgeführt wurden.⁴³⁹

Am 15. Mai 1935 mahnte der „Westdeutsche Beobachter“ nochmals: *„Eine letzte Warnung. Kauft nicht beim Juden!“*. Dem Artikel zufolge wurden Bonner dabei beobachtet, wie sie im Warenhaus Tietz einkauften; unter konkreter Nennung des Wohnorts, Gerhard-Rohlf's-Straße (9), warnte die Zeitung sie, eine solche *„geradezu verbrecherische Handlung [wieder zu] begehen“*.⁴⁴⁰ Das direkte Ansprechen von Personen, die sich nicht den nationalsozialistischen Handlungsaufforderungen entsprechend verhielten, knüpfte an die Voraktionen vom März 1933 an. Allerdings ging man nun einen Schritt weiter, indem man nicht-konformes Verhalten kriminalisierte. Dies stellte den Auftakt zur Veröffentlichung von Namenslisten von Bonnern dar, die in „jüdischen“ Geschäften einkauften.⁴⁴¹

Im August 1935 nutzten die Nationalsozialisten die Verhaftung von Leo Grüneberg, um Bonner, die weiterhin in „jüdischen“ Geschäften einkauften, zu disziplinieren: Der in Beuel gebürtige Metzger Leo Grüneberg war am 10. August 1935 wegen angeblicher Devisenvergehen⁴⁴² von der Polizei verhaftet worden; dabei beschlagnahmte sie auch eine Liste mit den Namen seiner Geschäftskunden. Bereits am 19. August 1935 berichtete der „Westdeutsche Beobachter“ von Grünebergs Verhaftung und stellte diesen Fall als beispielhaft für das „generelle Fehlverhalten“ jüdischer Geschäftsleute dar. Zudem nutzte die Zeitung die Gelegenheit erneut, das Kaufverhalten der Bonner als eine politisch-ideologische Handlung zu interpretieren: *„Diese Leute können sich jedoch nicht hinter der Ausrede verbergen, daß sie die Gefahr der jüdischen Geschäftsmethoden für das deutsche Volk nicht gekannt hätten.“*⁴⁴³ Die in dem Artikel angedrohte Veröffentlichung der Kundenliste setzte die NSDAP-

⁴³⁹ Siehe hierzu Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 361.

⁴⁴⁰ „Westdeutscher Beobachter“ vom 15. Mai 1935: „Eine letzte Warnung. Kauft nicht beim Juden!“

⁴⁴¹ Vgl. Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 173. Ebenso Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 49.

⁴⁴² Hierzu mehr bei van Rey: Unveröffentlichtes Manuskript, S. 78 und Barnard: Ich sehe Dich nie wieder!, S. 42-43.

⁴⁴³ „Westdeutscher Beobachter“ vom 19. August 1935: „Es tut mir in der Seele weh.“

Kreisleitung im „Westdeutschen Beobachter“ am 21. August 1935 unter dem Titel „Jud bleibt Jud“⁴⁴⁴ mit einer Auswahl von Personen um. Weitere Namen folgten in der Ausgabe vom 24. August 1935, die dort angedrohte Fortsetzung wurde nicht realisiert.⁴⁴⁵ Auch im „Stürmerkasten“ auf dem Münsterplatz wurden ausgewählte Personen namentlich genannt und als „Judenknechte“ geschmäht.⁴⁴⁶ Unter den betroffenen Bonnern befand sich auch Josef Weiden. Dieser hatte seiner Aussage nach bereits seit Ende November 1934 Drohungen lokaler Nationalsozialisten wegen seines anhaltenden geschäftlichen Kontaktes mit Juden, u. a. mit Leo Grüneberg, Hermann Hirsch und Moses Herz, erhalten. Im Januar 1935 wurde sein Haus mit roten Zetteln beklebt sowie der Fußweg mit roter Farbe beschmiert: *„Du Judenknecht, wenn Du nochmals mit Juden verkehrst oder kaufst stecken wir Dir die Bude in Brand.“*⁴⁴⁷ Rickert legte eine Liste der Namen in seinem Politischen Lagebericht vom August 1935 bei und betonte, dass sich unter diesen auch hohe Staatsbeamte befänden.⁴⁴⁸

Die öffentliche und namentliche Anprangerung von Käufern stellte eine neue Qualität in den Boykott- und Disziplinierungsmaßnahmen der Nationalsozialisten dar: Der Kontakt zwischen Juden und Nicht-Juden wurde nun öffentlich angeprangert. Jene Bonner, die noch in „jüdischen“ Geschäften einkauften, sollten durch die Zurschaustellung eingeschüchtert und durch öffentlichen Druck zur Konformität gezwungen werden.⁴⁴⁹ Als Konsequenz für anhaltenden Ungehorsam wurde ihnen mit dem Ausschluss aus der „Volksgemeinschaft“ gedroht. Die mögliche Exklusion aus der dieser war auch für nicht-jüdische Personen negativ konnotiert, insbesondere da die nationalsozialistische Propaganda Begriffe wie „Volksverräter“ benutzte und die Konsequenzen nicht vorhersehbar waren. Die Namensnennung der betroffenen

⁴⁴⁴ „Westdeutscher Beobachter“ vom 21. August 1935: „Jud bleibt Jud“. Siehe auch StA Bonn N 1985/555: Entnazifizierungsakte: Josef Thoeren. Er befand sich auch auf der Liste. Ebenso StA Bonn N 1985/558: Entnazifizierungsakte: Josef Weiden.

⁴⁴⁵ Vgl. auch hierzu van Rey: Unveröffentlichtes Manuskript, S. 81-82.

⁴⁴⁶ StA Bonn N 1985/558: Entnazifizierungsakte: Weiden. Seine Aussagen werden u. a. durch den Politischen Lagebericht von R(ickert) bestätigt.

⁴⁴⁷ Ebenda.

⁴⁴⁸ Vgl. StA Bonn Pr 10/575: Politischer Lagebericht August 1935. Siehe auch StA Bonn N 1985/555: Entnazifizierungsakte: Thoeren. Er war im September 1935 bei der Aufsichtsbehörde wegen Begünstigung jüdischer Geschäfte angezeigt worden.

⁴⁴⁹ Siehe hierzu Bialas: Moralische Ordnungen des Nationalsozialismus, S. 100.

Personen erfüllte dabei eine doppelte Funktion: Sowohl die „Boykottbrecher“ als auch die verbotenen „jüdischen“ Geschäfte wurden stigmatisiert.⁴⁵⁰

3.4.3 Frühling und Sommer 1935: Antisemitische Übergriffe

Das Jahr 1935 markierte nicht nur eine Eskalation der antijüdischen wirtschaftlichen Propaganda, sondern auch der antisemitischen Zwischenfälle in Bonn.⁴⁵¹ In der Ausgabe vom 15. Mai 1935 hatte der „Westdeutsche Beobachter“ den jüdischen Metzgermeister Appel beschuldigt, verdorbenes Fleisch zu verkaufen.⁴⁵² Daraufhin versammelten sich am Nachmittag desselben Tages Bonner⁴⁵³ vor seinem Laden in der Endenicher Straße. Die Stimmung spitzte sich zu und wurde immer bedrohlicher, bis schließlich die Polizei eintraf. Die Menschenmenge löste sich auf, nachdem Appel nicht anzutreffen war.⁴⁵⁴ Der „Westdeutsche Beobachter“ konstatierte zwei Tage später:

„Mit der Demonstration der großen Volksmenge [...] hat die oberste zuständige Instanz, das Volk geurteilt. Mit berechtigter Abscheu hat es zum Ausdruck gebracht, daß es Ausverkäufer, verantwortungslose Schädlinge am deutschen Volk, nicht duldet.“⁴⁵⁵

In diesem Abschnitt wird eine Sichtweise offenbar, die sich in Teilen der Gesellschaft sukzessive formierte. Von der „Volksgemeinschaft“ ausgeschlossenen Juden sollte keine Rechtssicherheit zugestanden werden. Wie Wildt es zutreffend beschreibt: Eine Form des „Volksrechts“ sollte das bürgerliche Recht ersetzen.⁴⁵⁶

⁴⁵⁰ Vgl. Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 366-368.

⁴⁵¹ Derartige Vorfälle waren auch in anderen Teilen des Deutschen Reiches zu beobachten. Vgl. Christoph Kreutzmüller: Gewalt gegen Juden im Sommer 1935, in: Magnus Brechtken (Hrsg.): Die Nürnberger Gesetze, Göttingen 2017, S. 71-89.

⁴⁵² Ob diese Beschuldigung der Tatsache entsprach oder nicht, ist in diesem Fall nicht relevant und auch nicht recherchierbar.

⁴⁵³ Wer diese Bonner waren und ob es sich bei ihnen um NSDAP Parteiaktivisten handelte, lässt sich aufgrund der Quellen nicht mehr nachvollziehen.

⁴⁵⁴ Vgl. StA Bonn Pr 10/575: Politischer Lagebericht vom Mai 1935. Vgl. „Westdeutscher Beobachter“ vom 17. Mai 1935: „Die Bevölkerung demonstriert gegen den Judenmetzger Appel.“

⁴⁵⁵ „Westdeutscher Beobachter“ vom 17. Mai 1935: „Die Bevölkerung demonstriert gegen den Judenmetzger Appel.“

⁴⁵⁶ Vgl. Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 369.

Genau diese Form der Selbstermächtigung eskalierte im Fall des jüdischen Metzgermeisters Josef Levy. Auch vor seinem Geschäft war im Sommer 1935 ein Boykottaufruf angebracht worden. Die Ringsdorff-Werke als größter Arbeitgeber in Bad Godesberg beteiligten sich zudem an der nationalsozialistischen Propaganda, indem in den Werkshallen antisemitische Plakate aufgehängt wurden. Über diese Aktion echauffierte sich Levy öffentlich. Er drohte angeblich damit, seine Bekannten in den Niederlanden aufzufordern, keine Ringsdorffprodukte mehr zu kaufen, falls die Plakate nicht entfernt würden. Soweit bekannt, wandte sich daraufhin der Firmeninhaber Hans Ringsdorff, selbst NSDAP-Mitglied ⁴⁵⁷, an den NSDAP-Ortsgruppenleiter und Bürgermeister von Bad Godesberg, Heinrich Alef und an die in seinem Werk arbeitenden SA-Männer.

Am Nachmittag des 18. Juni 1935 versammelte sich eine Gruppe von SA-Männern vor dem Geschäft Levys und skandierte: *„Wenn vom Messer spritzt das Judenblut“* und *„Juda verrecke“*.⁴⁵⁸ Bis zu diesem Zeitpunkt stimmen die Quellen überein. Die weiteren Geschehnisse wurden nie vollständig aufgeklärt. Unbestritten ist, dass der angestellte Metzgergeselle Wilhelm Nettekoven am nächsten Tag Levy misshandelt und schwer verletzt in einer verriegelten Räucherammer auffand, in die Gas eingeleitet worden war. Kurz nach Eintreffen von Arzt und Polizei verstarb Levy. Von offizieller Seite als Suizid dargestellt, lehnte es der Mehlemer Arzt Dr. Wald ab, den Totenschein auf Freitod auszustellen: *„nicht nur [dass der Freitod] nicht eindeutig festgestellt werden [könne], auch wäre der Verstorbene, wenn er sich durch Gas vergiftet hätte, in den Tod gehetzt worden und nicht freiwillig aus dem Leben geschieden.“*⁴⁵⁹ Er widersetzte sich damit der Handlungsaufforderung offizieller Stellen, die ungeklärten Umstände von Levys Tod anhand von Fakten zu vertuschen. Das Verhalten von Dr. Wald ist zum einen ein Beispiel für Zivilcourage in einer schwierigen Lage und zeigte zum anderen, welche Handlungsoptionen auch 1935 noch möglich waren. Polizeiliche Ermittlungen in der Nachkriegszeit führten, auch aufgrund mangelnder Kooperation von Seiten der

⁴⁵⁷ Zur Person Hans Ringsdorff, siehe Stang: „...keine Todesfälle von Einwohnern jüdischen Glaubens“, S. 114-115. Ebenso Helmut Vogt: Unternehmer im Nationalsozialismus. Das Beispiel Hans Ringsdorff, in: Godesberger Heimatblätter 50 (2012), S. 171-193.

⁴⁵⁸ „General-Anzeiger Bonn“ vom 27. August 1997: „Tod eines jüdischen Metzgermeisters“.

⁴⁵⁹ Ebenda.

Bonner, zu keinen schlüssigen Ergebnissen.⁴⁶⁰ Dieser Fall stellte einen Bruch zum bisherigen Verhalten der Nationalsozialisten in Bonn dar. Zwar begleiteten Diskriminierung und Ausgrenzung die Bonner Juden im Alltag; ihre zunehmende Rechtlosigkeit gegenüber dem nationalsozialistischen Staat wurde ihnen jedoch spätestens am 18. Juni 1935 auf erschreckende Weise vor Augen geführt: Die zuständigen staatlichen Institutionen untersuchten einen mehr als dubiosen Todesfall nicht genauer. *„In der kollektiven Gewalttat gegen Juden wurde die Ausgrenzung der ‚Anderen‘ auf brutale Weise exekutiert“.*⁴⁶¹

3.4.4 Herbst 1935: Wandel des Kaufverhaltens der Bonner

Betrachtet man die Monate ab April 1935, erhöhten die lokalen Parteiaktivisten zunehmend den Druck auf jüdische Geschäftsleute und das kaufende Publikum.⁴⁶² Ziel war es, das Kaufverhalten der Nicht-Juden durch verschiedene Maßnahmen so zu beeinflussen, dass diese nicht mehr in „jüdischen“ Geschäften verkehrten. Dies gelang den Nationalsozialisten bis September 1935 jedoch nicht in gewünschtem Maße, wie auch den Politischen Lageberichten zu entnehmen ist.⁴⁶³ Mit der Einführung der „Nürnberger Gesetze“ veränderten sich jedoch nicht nur die zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen Nicht-Juden und Juden maßgeblich, sondern auch deren geschäftliche Kontakte.⁴⁶⁴ Waren die Boykottaufrufe gegen „jüdische“ Geschäfte bis dato von begrenztem Erfolg gewesen, berichtete Rickert ab Oktober 1935, dass sich auch jene Bevölkerungsteile distanzierten, die bis dahin noch bei Juden eingekauft hatten.⁴⁶⁵ Ab März 1936 konstatierte er, dass sukzessive „jüdische“ Geschäfte in nicht-

⁴⁶⁰ Vgl. „General-Anzeiger Bonn“ vom 27. August 1937: „Tod eines jüdischen Metzgermeisters“; Stang: „...keine Todesfälle von Einwohnern jüdischen Glaubens“, S. 161; Vgl. Vogt: Unternehmer im Nationalsozialismus, S. 178; Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 66.

⁴⁶¹ Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 373.

⁴⁶² Bis zu diesem Zeitpunkt wird das Kaufverhalten der nicht-jüdischen Bevölkerung kaum thematisiert. Vgl. StA Bonn Pr 10/575: Sammlung der Politischen Lageberichte.

⁴⁶³ Vgl. ebenda.

⁴⁶⁴ Dieser Eindruck ist auch bei Longerich zu finden, der er einen Lagebericht aus Bayern zitiert: „Unmerklich hinterlässt die Rassepropaganda doch ihre Spuren. Die Leute verlieren ihre Unbefangenheit gegenüber den Juden ...“. Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 86

⁴⁶⁵ Vgl. StA Bonn Pr 10/575: Politische Lageberichte von Oktober 1935, Dezember 1935 und Januar 1936.

jüdische Hände übergangen.⁴⁶⁶ Mehrere Fälle von Geschäftsaufgaben im Jahr 1936 bestätigen Rickerts Einschätzung: So hatte die Godesberger Fleischwarenfabrik von Jeanette Daniel, in der auch ihre drei Kinder Josef, Robert und Martha arbeiteten, bis zur Machtübernahme einen jährlichen Umsatz von ca. 250.000 RM bis 300.000 RM. Infolge des rückläufigen Umsatzes sah sie sich gezwungen, ihren Betrieb im Jahre 1936 zum Preis von ca. 30.000 RM zu veräußern.⁴⁶⁷ Ebenso war das Maßschneidergeschäft der Gebrüder Herz und Alfred Gaertners in der Arestraße betroffen. Das Geschäft wurde vornehmlich von wohlhabenden Bevölkerungskreisen Bonns frequentiert, und der jährliche Reingewinn betrug für jeden Teilhaber rund 11.000 RM. Durch die Boykottmaßnahmen der Nationalsozialisten musste das Geschäft erhebliche Umsatzrückgänge verkraften, bis es schließlich 1936 vollständig zum Erliegen kam, liquidiert und das vorhandene Warenlager unter Preis verkauft wurde.⁴⁶⁸ Rickert selbst führte in seinem Politischen Lagebericht noch die Herrenkonfektionshäuser Kaiser & Co. und Stern, das Möbelhaus Pollack sowie das Textilhaus Cahn auf.⁴⁶⁹ Er schloss seinen Bericht mit den Worten: *„[...] zu erwähnen ist nur, daß immer mehr größere Geschäfte in arische Hände übergehen, sodaß damit gerechnet werden kann, daß in absehbarer Zeit kaum noch jüdische Geschäfte bestehen.“*⁴⁷⁰

Das veränderte Kaufverhalten der Bonner innerhalb eines Jahres wird auch anhand der Formulierungen in den Politischen Lageberichten von März 1935 bis März 1936 fassbar. Von *„ein großer Teil der Bevölkerung kauft bei Juden“* über *„ein Teil der Bevölkerung kauft bei Juden“* zu *„immer weitere Kreise der Bevölkerung [rücken] von den Juden [ab]“* lässt sich die zunehmende Distanzierung der nicht-jüdischen von den jüdischen Bonnern nachvollziehen.⁴⁷¹ So kann Ahlheims Einschätzung auch für Bonn

⁴⁶⁶ Vgl. ebenda: Politischer Lagebericht vom März 1936. Vgl. auch Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 541.

⁴⁶⁷ Vgl. StA Bonn N 1985/682: Wiedergutmachungsakte. Verifiziert durch das Wiedergutmachungsamt Bonn.

⁴⁶⁸ Vgl. StA Bonn N 1985/751: Wiedergutmachungsakte und StA Bonn N 1985/810: Wiedergutmachungsakte. Die Angaben wurden durch das Wiedergutmachungsamt Bonn verifiziert und bestätigt.

⁴⁶⁹ Vgl. StA Bonn Pr 10/575: Politischer Lagebericht vom März 1936. Vgl. auch Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 541.

⁴⁷⁰ Vgl. ebenda: Politischer Lagebericht vom März 1936.

⁴⁷¹ Vgl. ebenda: Politische Lageberichte vom März 1935 bis 1936.

bestätigt werden: *„Ein ‚normaler‘ und gleichberechtigter Geschäftsverkehr zwischen jüdischen und nichtjüdischen Deutschen war kaum noch möglich.“*⁴⁷²

Avraham Barkais Auffassung nach können *„die Nürnberger Gesetze [nicht] als Zäsur oder als Richtungsänderung im Prozeß der wirtschaftlichen Verdrängung der Juden angesehen werden.“*⁴⁷³ Die ausgewerteten Quellen für Bonn bestätigen Barkais Einschätzung nicht. In der Tat dauerte es noch einige Jahre – siehe Kapitel 5.1.2 – bis keine „jüdischen“ Geschäfte mehr im Stadtbild Bonns existierten. Der Einschnitt im Kaufverhalten der Bonner war aber gerade nach Verkündung der „Nürnberger Gesetze“ signifikant. Bezüglich der Ausgrenzung der Juden aus der „Volksgemeinschaft“ konstatiert Ahlheim, dass das Jahr 1935 wenn nicht als *„‘harte‘ Zäsur, [so wenigstens als] eine entscheidende Station“*⁴⁷⁴ zu sehen ist. Diese Meinung kann durch die Bonner Quellen unterstützt werden. Nicht-jüdische Bonner unterwarfen sich der nationalsozialistischen Handlungsaufforderung, nicht mehr in „jüdischen“ Geschäften einzukaufen. Damit einher ging die verminderte soziale Teilhabe und zunehmende gesellschaftliche Isolation der Bonner Juden, Kontaktmöglichkeiten schwanden, die Interaktionen zwischen Juden und Nicht-Juden nahmen im Alltag sukzessive ab. Die Folgen der „Nürnberger Gesetze“ für das Zusammenleben von Juden und Nicht-Juden sind in den Abschnitten 4.3 und 4.5 dargestellt.

Die Nationalsozialisten konnten die Boykottkampagne in mehrerlei Hinsicht als Erfolg verbuchen: Sie hatten das gesellschaftliche Verhalten nach ihrem Willen beeinflusst und die Juden in einem öffentlichen Prozess zunehmend stigmatisiert und isoliert. Sie selbst wurden trotz ihrer antisemitischen Hetze und Drohungen gegen das „kaufende Publikum“ nicht geächtet, sondern waren vielmehr akzeptierter und integrierter Teil der Bonner „Volksgemeinschaft“.⁴⁷⁵

⁴⁷² Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 396.

⁴⁷³ Barkai: Vom Boykott zur „Entjudung“, S. 67.

⁴⁷⁴ Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 396.

⁴⁷⁵ Vgl. ebenda, S. 378.

4. Die „Nürnberger Gesetze“ 1935 als weiterer Schritt zur Herstellung der Bonner „Volksgemeinschaft“

„Das ist die Grenze. Einen Schritt weiter und du bist in einer anderen Welt. Einen Schritt weiter – und du wirst vielleicht für etwas bestraft, was du hier noch ungestraft tun konntest. Einen Schritt weiter – und aus dir ist ein ziemlich vogelfreies Individuum, ein ‚Fremder‘ geworden.“⁴⁷⁶

Seit Anfang 1935 nahmen die administrativen antijüdischen Bestimmungen wie beispielsweise der Ausschluss von Juden vom Wehr- und Reichsarbeitsdienst,⁴⁷⁷ aber auch lokal organisierte Boykottaufrufe gegenüber „jüdischen“ Geschäften zu. In dieser Phase mehrten sich auch die antisemitischen Gewalttaten: In verschiedenen Orten des Deutschen Reichs wurden „jüdische“ Geschäfte beschädigt. Ähnliche Vorfälle sind für Bonn belegt, wo es zudem zu brutalen Übergriffen kam.⁴⁷⁸ Zeitgleich wurde Juden der Zutritt zu öffentlichen Orten wie Schwimmbädern, Sportplätzen, Bibliotheken und Krankenhäusern erschwert oder ganz verwehrt.⁴⁷⁹ Kontakte bzw. Interaktionen zwischen Juden und Nicht-Juden wurden zunehmend zur Zielscheibe nationalsozialistischer Propaganda und von dieser stigmatisiert und diffamiert. Sexuelle Beziehungen sollten unterbunden werden. Mancherorts stellten NSDAP-Aktivisten die jüdischen Partner von „gemischten“ Beziehungen in öffentlichen „Prangerumzügen“ bloß und demütigten sie vor Nachbarn und Bekannten.⁴⁸⁰ Begleitet wurden die Ausschreitungen von einer nationalsozialistisch gesteuerten Hetzkampagne, in der Juden als angebliche „Rassenschänder“ kriminalisiert wurden.⁴⁸¹

⁴⁷⁶ Kurt Tucholsky, Panter, Tiger & Co., S. 110.

⁴⁷⁷ Vgl. Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 76. Beispiele finden sich bei Gruner: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, S. 89.

⁴⁷⁸ Vgl. Abschnitt 3.4.3.

⁴⁷⁹ Vgl. Gruner: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, S. 92. Siehe hierzu auch Abschnitt 4.4.3. Derartige Bemühungen und Maßnahmen sind für Bonn allerdings erst nach Erlass der „Nürnberger Gesetze“ nachweisbar.

⁴⁸⁰ Für Bonn sind „Prangerumzüge“ im Jahr 1935 nicht bekannt.

⁴⁸¹ Während der NS-Zeit existierten unterschiedliche Definitionen des Begriffes „Rassenschande“ in der Gesellschaft. Einerseits im Hinblick auf die „Nürnberger Gesetze“, welche sich ausschließlich auf das Sexualverbot zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Deutschen bezogen, andererseits sprach man von „Rassenschande“ im Zusammenhang von sexuellen Beziehungen zwischen Deutschen und

Im Unterschied zur Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, in welcher sich der Begriff überwiegend auf die sexuellen Handlungen zwischen Deutschen und „Fremden“ bezog, wandten ihn die Nationalsozialisten vornehmlich auf jüdische Deutsche an; die Diskriminierung und Ächtung fokussierte sich von „äußeren“ zu angeblich „inneren Fremden“.⁴⁸² Die Folgen waren eine „Zuspitzung des Rassismus auf die jüdische ‚Frage‘ und die Popularisierung des Begriffes ‚Rassenschande‘“.⁴⁸³

4.1 Sexualisierte antisemitische Propaganda vor Erlass der „Nürnberger Gesetze“

In Bonn wurde die sexualisierte antisemitische Propaganda vom „Westdeutschen Beobachter“ im September 1935 aufgegriffen.⁴⁸⁴ So beschuldigte die Zeitung am 29. August 1935 unter dem Titel „Ohrfeigen für Jud L.“⁴⁸⁵ einen Bonner Juden der „Rassenschande“.⁴⁸⁶ Dem Artikel zufolge konfrontierte ein Ehepaar den Firmenteilhaber L. im Manufaktur- und Modewarengeschäft „Geschwister Cahn“. Die Frau warf ihm unsittliche Nachstellungen und Vergewaltigung während ihres Dienstverhältnisses vor, welche, ihrer Aussage nach, vor Jahren in Trier stattgefunden hatten. Nachdem der Ehemann L. geschlagen und als „Rassenschänder“ beschimpft hatte, erstatteten sie Anzeige bei der Polizei. L. wurde daraufhin in „Schutzhaft“ genommen. Der „Westdeutsche Beobachter“ fasste zusammen:

„Das Ehepaar, das den rassenschänderischen Juden in dieser knappen, aber umso eindrucksvolleren Art verurteilte und das Urteil sofort vollstreckte, begab sich hierauf zur Polizei. [...D]er Rassenschänder hat, wenn auch etwas spät, seine verdiente Strafe bekommen.“⁴⁸⁷

„Artfremden oder Farbigen“. Alexandra Przyrembel: „Rassenschande“. Reinheitsmythos und Vernichtungslegitimation im Nationalsozialismus, Göttingen 2003, S. 12-13.

⁴⁸² Ebenda, S. 63.

⁴⁸³ Ebenda, S. 80.

⁴⁸⁴ Wildt stellt heraus, dass es insbesondere die regionalen Zeitungen waren, die die antisemitische Hetze weiter vorantrieben. Vgl. Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 241.

⁴⁸⁵ Die Autorin hat sich in diesem Fall für eine Anonymisierung des Namens entschieden, weil die Frage eines Straftatbestandes nicht mehr zu klären ist.

⁴⁸⁶ „Westdeutscher Beobachter“ vom 29. August 1935: „Ohrfeigen für Jud Levy“.

⁴⁸⁷ Ebenda.

Offizielle Akten, die zur Klärung dieses Vorfalls dienen könnten, sind nicht mehr in den Archiven vorhanden. Es existiert neben dem Zeitungsbericht lediglich noch die Einschätzung der Zeitzeugin Irmgard Zentmann:

„Nun zu meinen Erlebnissen bei Geschwister Cahn wo ich von 1932 bis 1936 arbeitete. [...] Er passierte folgendes, welches ich nie vergessen kann– Eines Tages kam eine sehr korpulente Frau von ungefaehr 250 Pfund mit 2 Detectieve ins Geschäft und verhafteten den ungewöhnlich kleinen Herrn L. Diese Frau behauptete das Sie von dem kleinen Mann vergewaltigt wurde, war ganz unmöglich in meinem Sinne [sic].“⁴⁸⁸

Zwei Aspekte der Berichterstattung sind jedoch herauszustellen: Erstens wurde der Vorfall zu einer Zeit veröffentlicht, als die nationalsozialistische Propaganda vermehrt über angebliche sexuelle Übergriffe von Juden auf Nicht-Juden berichtete. Dies kann, muss aber nicht in einem Zusammenhang stehen. Zweitens wurde L. als „Rassenschänder“ bezeichnet, zu einem Zeitpunkt als sexuelle Beziehungen zwischen Juden und Nicht-Juden noch keinen strafrechtlichen Tatbestand darstellten. Der „Westdeutsche Beobachter“ verknüpfte eine vermeintliche oder tatsächliche Vergewaltigung mit den Begriffen Jude und „Rassenschande“. Darüber hinaus suggerierte er, dass Nicht-Juden das „Recht“ hätten, eigenmächtig Juden zu bestrafen.

Ab 1935 griffen die Nationalsozialisten vermehrt tradierte Stereotype wie das Bild des männlichen jüdischen „Rassenschänders“ auf, ächteten die Beziehungen zwischen Juden und Nicht-Juden und versuchten mit mehrheitlich unbegründeten Anschuldigungen, die Exklusion der Juden weiter voranzutreiben und in der gesellschaftlichen Realität zu etablieren.⁴⁸⁹ Dabei trug die lokale Berichterstattung mit ihren „konkreten Beispielen“ vor Ort entscheidend dazu bei, Juden als Gruppe zu

⁴⁸⁸ Vgl. Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 270: Brief. Zum Zeitpunkt des Briefwechsels zwischen der Gedenkstätte Bonn und der Zeitzeugin, lebte diese schon Jahrzehnte in den USA, worauf die grammatikalischen Fehler zurückzuführen sind.

⁴⁸⁹ Vgl. Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 77 sowie Michael Wildt: „Wir wollen in unserer Stadt keine Juden sehen“. Antisemitismus und Volksgemeinschaft in der deutschen Provinz, in: Mittelweg 36 (2004), S. 83-102, hier S. 97.

diffamieren.⁴⁹⁰ So konstatierte Przyrembel: *„Bis zur Verabschiedung der ‚Nürnberger Gesetze‘ diente das Stigma der ‚Rassenschande‘ der Disziplinierung und Terrorisierung der jüdischen Bevölkerung im Deutschen Reich.“*⁴⁹¹

Im Zuge der vermehrten antijüdischen Agitationen wurden die „Nürnberger Gesetze“, das „Reichsbürger Gesetz“ und das „Blutschutzgesetz“ am 15. September 1935 verabschiedet.⁴⁹²

4.2 Auswirkung der Gesetzgebung auf intime Beziehungen

Die „Nürnberger Gesetze“ stellten eine neue Qualität in der nationalsozialistischen Verfolgung der Juden dar; sie zementierten die Grenze zwischen Juden und Nicht-Juden auf legislativer Ebene: durch das „Reichsbürger Gesetz“ wurden Juden zu Bürgern zweiter Klasse erklärt, im „Blutschutzgesetz“ war das Verbot der Heirat zwischen Juden und Nicht-Juden bzw. sexueller Beziehungen festgeschrieben.⁴⁹³ Vor September 1935 geschlossene Ehen waren von der Gesetzgebung ausgenommen. Die Ausführungsverordnung vom 14. November 1935 differenzierte das Gesetz weiter aus, Juden wurden in „Volljuden“ und „Mischlinge ersten und zweiten Grades“ eingeteilt, abhängig von der Anzahl der jüdischen Großeltern und deren Religionszugehörigkeit. Das Glaubensbekenntnis des Einzelnen, ob jüdisch, katholisch oder evangelisch, war für die rassistische Gesetzgebung nicht relevant. Zudem unterschieden die Nationalsozialisten fortan bei Ehen von Juden und Nicht-Juden zwischen „Mischehen“ bzw. privilegierten „Mischehen“ – abhängig davon, ob das Paar ein Kind hatte und ob dieses christlich getauft oder im jüdischen Glauben erzogen worden war.⁴⁹⁴ Knapp drei

⁴⁹⁰ Vgl. Gruner: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, S. 89-90.

⁴⁹¹ Przyrembel: Rassenschande, S. 63.

⁴⁹² Vgl. Magnus Brechtken: Die nationalsozialistische Herrschaft 1933-1939, Darmstadt ²2012, S. 103. Siehe zur Entstehungsgeschichte der „Nürnberger Gesetze“ und ihrer Folgen u. a. Magnus Brechtken, Hans-Christian Jasch, Christoph Kreutzmüller, Nils Weise (Hrsg.): Die Nürnberger Gesetze – 80 Jahre danach. Vorgeschichte, Entstehung und Auswirkungen, Göttingen 2017; Cornelia Essner: Die „Nürnberger Gesetze“ oder Die Verwaltung des Rassenwahns 1933-1945, Paderborn 2002, S. 86-113; Przyrembel: Rassenschande, S. 127-149; Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 260-265.

⁴⁹³ Vgl. Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 393-394; Gruner: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, S. 91 sowie Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 95. Zudem stellte das Gesetz den „außerehelichen Verkehr“ von Juden mit „Mischlingen 2. Grades“ unter Strafe.

⁴⁹⁴ Vgl. Essner: Die „Nürnberger Gesetze“, S. 171-172.

Jahre später, am 6. Juli 1938, wurden durch das „Gesetz zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung“ rassistische Gründe als Scheidungsgrund für zulässig erklärt.⁴⁹⁵ Intime, persönliche aber auch soziale Beziehungen zwischen Juden und Nicht-Juden zu zerstören, war die nationalsozialistische Intention hinter den „Nürnberger Gesetzen“.⁴⁹⁶ In Bonn lebten zur Volkszählung von 1939 nach nationalsozialistischen Kriterien noch 464 „Glaubensjuden“, 48 „Volljuden“ sowie 152 „Mischlinge 1. Grades“ und 130 „Mischlinge 2. Grades“.⁴⁹⁷

Welche Stellung die „Nürnberger Gesetze“ im Rahmen der nationalsozialistischen Judenverfolgung und der Bildung einer exkludierenden „Volksgemeinschaft“ einnahmen, wird in der Forschung differierend beurteilt. So sieht Brechtken sie lediglich als weiteren Schritt *„eines unausgesetzt sich radikalisierten Prozesses“*⁴⁹⁸, bei dem sich für die Juden als stigmatisierte Minderheit Ende 1935 nichts grundsätzlich änderte. Bajohr und Longerich betonen hingegen, wie der rassistische und abwertende Charakter der Gesetzgebung in der Gesellschaft wahrgenommen wurde und sich dies langfristig auf die soziale Praxis vor Ort auswirkte.⁴⁹⁹ Ob und inwiefern sich das gesellschaftliche Verhalten der Bonner nach der Verkündung der „Nürnberger Gesetze“ verändert hat, wird im Nachfolgenden überprüft. Gerade hier eignet sich die Mikroebene als Korrektiv gegenüber der überregionalen Forschung. Betrachtet werden drei Interaktionsebenen zwischen Juden und Nicht-Juden, die oftmals eine Gemengelage bildeten: die persönlichen Beziehungen, das Verhältnis zwischen Juden und Nicht-Juden im öffentlichen Raum und die administrative Ebene.

⁴⁹⁵ Vgl. Przyrembel: Rassenschande, S. 86.

⁴⁹⁶ Vgl. ebenda, S. 491.

⁴⁹⁷ Vgl. Klaus H. S. Schulte: Bonner Juden und ihre Nachkommen bis um 1930. Eine familien- und sozialgeschichtliche Dokumentation, Bonn 1976, S. 552-554. Ebenso StA Bonn Pr 5/7.

⁴⁹⁸ Brechtken: Die nationalsozialistische Herrschaft 1933-1939, S. 105.

⁴⁹⁹ Vgl. Bajohr u. a.: Der Holocaust als offenes Geheimnis, S. 36-37. Vgl. Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 95-100.

4.2.1 Der Vorwurf der „Rassenschande“

Von September 1935 bis zum Ende der NS-Herrschaft wurden im Deutschen Reich tausende Ermittlungsverfahren gegen „Rassenschänder“ geführt und circa 2.000 jüdische und nicht-jüdische Männer verurteilt.⁵⁰⁰ Die gängige Praxis der sexuellen Beziehungen und des sozialen Miteinanders zwischen Juden und Nicht-Juden wurde kriminalisiert, es *„entstand ein sehr spezifischer Kommunikations- und Handlungsraum, der das gewachsene Miteinander [...] im Alltag zur Disposition stellte.“*⁵⁰¹ Anhand folgender Fälle aus Bonn soll dies illustriert werden.

Albert Kussel wurde im April 1936 zu einem Jahr und zwei Monaten Gefängnis wegen „Rassenschande“ verurteilt. Die Haftzeit saß er in Bonn und Wittlich ab. Mitte Juni 1938 wurde er erneut verhaftet und als „Asozialer“ in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert, von wo er Anfang August 1938 entlassen wurde. Kussel war als „Asozialer“ klassifiziert worden, weil er als Jude wegen „Rassenschande“ vorbestraft war und somit nach nationalsozialistischer Rechtsauffassung als kriminell galt. Die genaueren Hintergründe des Falles sind aus der Wiedergutmachungsakte nicht ersichtlich.⁵⁰² Der Friseur Erich Schlauss aus Bad Godesberg – er war nach nationalsozialistischer Definition ein so genannter Geltungsjude – wurde am 1. Februar 1941 in Bonn wegen Rassenschande verhaftet. Auch über seinen Fall ist wenig bekannt, außer dass er am 15. April 1944 ins KZ Buchenwald verlegt wurde.⁵⁰³

Zwei weitere Fälle sind durch den „Stürmer“ dokumentiert. Fritz Levy) wurde am 17. Februar 1936 in seiner Wohnung mit einer nicht-jüdischen Partnerin verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Außer seiner Einlieferung in die Haftanstalt Bonn

⁵⁰⁰ Vgl. Przyrembel: Rassenschande, S. 80.

⁵⁰¹ Alexandra Przyrembel: ‚Doing law‘ – Feindgefühle gegenüber Juden: ‚Rassenschande‘ vor NS-Gerichten, in: Magnus Brechtken (Hrsg.): Die Nürnberger Gesetze, Göttingen 2017, S. 89- 103, hier S. 90.

⁵⁰² Vgl. StA Bonn N 1985/913: Wiedergutmachungsakte. Verifiziert durch das Wiedergutmachungsamt Bonn. Ebenso vgl. Karteikarten betreffend Gefangene der Haftanstalt Bonn, DE ITS. 1.2.2.5/ 362500/ITS Digital Archive, Arolsen Archives: Albert Kussel vom 4.2.1936 (Einlieferung).

⁵⁰³ Karteikarten betreffend Gefangene der Haftanstalt Bonn, DE ITS. 1.2.2.5/ 362500/ITS Digital Archive, Arolsen Archives: Erich Schlauss vom 1.4.1941 (Einlieferung) und Individuelle Häftlingsunterlagen – KL Buchenwald DE ITS. 1.1.5.3 /01010503 oS/ITS Digital Archive, Arolsen Archives.

und seine Verlegung nach Köln sind keine weiteren Details bekannt.⁵⁰⁴ Im März 1937 berichtete „Der Stürmer“ unter dem Titel „Rassenschande ohne End“, dass der jüdische Bonner Julius Nathan zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.⁵⁰⁵ Die Veröffentlichung der Namen, oftmals einhergehend mit einer Schilderung des angeblichen Tatbestandes,⁵⁰⁶ führte nicht nur zu einer weiteren Diffamierung für die betroffene Person, sondern sollte der „Volksgemeinschaft“ auch beispielhaft ihre angebliche Gefährdung durch Juden vor Ort aufzeigen.

Am 10. Mai 1941 erließ das Amtsgericht Bonn einen Haftbefehl gegen einen in Bad Godesberg wohnenden Arbeiter, der zugab, von 1931/32 bis 1937 intimen Verkehr mit einer in Königswinter wohnenden Jüdin⁵⁰⁷ gehabt zu haben.⁵⁰⁸ Arthur Samuel berichtete in seinen Lebenserinnerungen von einem ihm bekannten Ehepaar: Bereits vor 1933 geheiratet, blieb es trotz zunehmender Schwierigkeiten, wie beispielsweise der Kündigung des jüdischen Ehemannes und seiner andauernden Erwerbslosigkeit zusammen. Als er jedoch eine Affäre mit einer anderen, nicht-jüdischen Frau begann, informierte seine Ehefrau die Gestapo. Der Mann wurde „in flagranti gestellt“ und im anschließenden Prozess wegen „Rassenschande“ mit acht Jahren Zuchthaus bestraft.⁵⁰⁹ Obgleich die Hintergründe für die oben beschriebenen Fälle aufgrund der schwierigen Quellenlage nur bis zu einem gewissen Grad rekonstruierbar sind, lassen sich zwei Aspekte herausarbeiten. Erstens führte „Der Stürmer“ wie auch der „Westdeutsche Beobachter“ sowohl den nicht-jüdischen als auch den jüdischen Bonnern wiederholt und anhand konkreter Beispiele aus ihrer unmittelbaren Umgebung die Konsequenzen von gemeinsamen sexuellen Beziehungen vor Augen. Ob und inwieweit die Kampagne des „Stürmers“ die intendierte Verhaltensänderung bei den Bonnern bewirkte, wird in den nachfolgenden Abschnitten diskutiert. Zweitens lassen die oben genannten Beispiele den Rückschluss zu, dass die Personen häufig von

⁵⁰⁴ Vgl. „Der Stürmer“ von 1936, Nr. 21: „Rasseschänder L(ey) in Bonn“ sowie Karteikarten betreffend Gefangene der Haftanstalt Bonn, DE ITS. 1.2.2.5/ 362500/ITS Digital Archive, Arolsen Archives: Fritz Levy vom 17.2.1936 (Einlieferung).

⁵⁰⁵ Vgl. „Der Stürmer“ von 1937, Nr. 10: „Rassenschande ohne End“.

⁵⁰⁶ So auch im „Westdeutschen Beobachter“ vom 29. August 1935: „Ohrfeigen für Jud L(.)“ vor dem Erlass der „Nürnberger Gesetze“.

⁵⁰⁷ Sie war 1935 zum Katholizismus konvertiert. Vgl. van Rey: Unveröffentlichtes Manuskript, S. 87.

⁵⁰⁸ Vgl. ebenda.

⁵⁰⁹ Vgl. Samuel: Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933 S. 442-443.

Bekannten oder Nachbarn denunziert wurden.⁵¹⁰ Nur diese hatten Einblick in die Lebensumstände der Paare. Ähnlich sieht es Przyrembel, die feststellte, dass nicht nur die meisten Anzeigen wegen „Rassenschande“ aus der Bevölkerung kamen, sondern auch, dass der *„Kriminalisierungsdruck von ‚unten‘ über den von der Justiz definierten ‚Straftatbestand‘ der ‚Rassenschande‘ hinausging.“*⁵¹¹ Im zuletzt beschriebenen Bonner Fall war bzw. wäre es die Ehefrau gewesen, die ihren jüdischen Ehemann denunzierte.

Diese Fälle zeigen eindringlich auf, was mit Menschen geschah, die eine bis dato nicht gekannte und neu gezogene Grenze überschritten. Ihre sexuellen Beziehungen stellten fortan ein strafrechtliches Vergehen dar und sie wurden öffentlich diffamiert. Die Inhaftierung der Betroffenen in Zuchthäusern und Konzentrationslagern war die juristische Konsequenz. Die Bonner Kriminalpolizei setzte die antisemitische Gesetzgebung um. Norbert Schloßmacher bemerkte, dass *„den Beamten vor Ort zur Durchführung der Erlasse große Freiräume für eigenmächtiges Handeln und Eigeninitiative zugestanden [wurde]. Nicht nur setzten sie die Erlasse konsequent um, vielmehr trafen diese auf breite Zustimmung innerhalb der Behörde.“*⁵¹²

Das „Blutschutzgesetz“ schränkte die persönliche Freiheit der Juden und deren Interaktionen mit den nicht-jüdischen Bonnern erheblich ein; es entwickelte sich zu einem Instrument der Unterdrückung und Exklusion der jüdischen Minderheit. Denn der Vorwurf der „Rassenschande“ konnte leichtfertig erhoben werden und schuf in zwischenmenschlichen Beziehungen ein Klima der Unsicherheit und Angst – das gesellschaftliche Miteinander veränderte sich spürbar, wie in den Abschnitten 4.3 und 4.5 gezeigt wird. Nachfolgend soll zunächst untersucht werden, wie nicht-jüdische Partner in langjährigen Beziehungen bzw. Ehen auf die „Nürnberger Gesetze“ reagierten.

⁵¹⁰ Bernward Dörner gibt einen Überblick über die grundsätzliche Literatur zur Denunziationsforschung in: Bernward Dörner: NS-Herrschaft und Denunziation: Anmerkungen zu Defiziten in der Denunziationsforschung, in: Historical Social Research 26 (2001), S. 55-69, hier S. 57-58.

⁵¹¹ Vgl. Przyrembel: Rassenschande, S. 214-215. Sie konnte dies reichsweit anhand verschiedener Ermittlungsberichte der Polizei verifizieren. Vgl. ebenda S. 210-222. Zur gleichen Einschätzung gelangt Wildt. Vgl. Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 239 und S. 262.

⁵¹² Schloßmacher: „Kurzerhand die Farbe gewechselt“, S. 222.

4.2.2 Partnerschaften zwischen Juden und Nicht-Juden

Ressentiments und eine kritische Haltung gegenüber „Mischehen“ von jüdischen und nicht-jüdischen Partnern lassen sich bis ins Kaiserreich nachweisen. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten gerieten diese Paare verstärkt in den Fokus staatlicher Behörden und der Öffentlichkeit.⁵¹³ So waren die Standesbeamten bis zur Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze“ von nationalsozialistischer Seite angehalten worden, Paaren mit jüdischer und nicht-jüdischer Herkunft eindringlich von der geplanten Eheschließung abzuraten.⁵¹⁴

Das einzelne Bonner schon früh versuchten, die veränderte politische Lage zu ihren Gunsten zu nutzen, zeigt der Fall des Bonner Amtsgerichts- und Universitätsrats Dr. Wildt. Er bemühte sich bereits im Spätsommer 1933 auf jegliche Weise, die Eheschließung seines Sohnes Walter Wildt mit Hanny Naschesky zu verhindern. Naschesky war jüdischer Abstammung und nach dem Ersten Weltkrieg aus Polen ins Deutsche Reich eingewandert.⁵¹⁵ Die Beweggründe, warum sich Wildt gegen die Eheschließung aussprach, sind nicht mehr rekonstruierbar. Ebenso wenig ist bekannt, ob antisemitische Ressentiments für sein Handeln verantwortlich waren. Gesichert ist allerdings, dass er u. a. antisemitische Argumente nutzte, um die Heirat zu verhindern. So schrieb er im Spätsommer und Herbst 1933 mehrere Briefe an das Standesamt Bonn, in denen er auch die jüdische Abstammung Nascheskys als Hinderungsgrund für die geplante Heirat anführte. Wildt argumentierte, dass die Gesetzgebung der Nationalsozialisten ohnehin zu einem Verbot der Ehe zwischen Juden und Nicht-Juden führen werde und verwies u. a. auf eine Denkschrift des preußischen Ministers über das nationalsozialistische Strafrecht wie auch auf Hitlers „Mein Kampf“. Zudem nutzte er antisemitische Stereotype, um Naschesky zu diffamieren:

„Gegen die Jüdin Naschesky schwebt ein Ausweisungsverfahren, was nicht zum wenigsten auf das rassengefährliche Treiben der Naschesky

⁵¹³ Vgl. Przyrembel: Rassenschande, S. 85. Siehe hierzu ausführlich Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 223-232.

⁵¹⁴ Vgl. Michael Burleigh: Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung, Frankfurt am Main 2000, S. 345.

⁵¹⁵ Die deutsche Staatsbürgerschaft besaß sie 1933 allerdings noch nicht. Vgl. StA Bonn Pr 18/130.

stützt, die in verschiedenen Fällen versucht hat, arische Männer an sich zu locken und zur Ehe zu führen.“⁵¹⁶

Wildt versuchte, die veränderte politische Lage für seine Zwecke zu nutzen und instrumentalisierte den staatlich sanktionierten Antisemitismus. Hierbei griff er in seiner Argumentation den „Nürnberger Gesetzen“ vom September 1935 vor. Dass seine üble Nachrede für ihn keinerlei Konsequenzen hatte, war auch ein Zeichen für den beginnenden Wandel der Bonner Gesellschaft hin zur nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“. ⁵¹⁷

Knapp zwei Jahre später sollte sich die Vorhersage Wildts bewahrheiten. Am 15. September 1935 wurden die „Nürnberger Gesetze“ erlassen. Weitere drei Jahre später, am 6. Juli 1938, wurden durch das „Gesetz zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung“ rassistische Gründe als Scheidungsgrund für zulässig erklärt.⁵¹⁸ Partnerschaften und auch bereits bestehende Ehen sahen sich zunehmendem Druck von staatlicher wie auch gesellschaftlicher Seite ausgesetzt.⁵¹⁹ Die nicht-jüdischen Partner reagierten auf unterschiedliche Weise, auf die nationalsozialistische Handlungsforderung sich zu trennen. Folgende Auswahl von Bonner Paaren soll dies veranschaulichen:⁵²⁰

Therese Charlier führte in der Baumschulallee eine Weinbar. Sie war mit ihrem jüdischen Geschäftsführer David Rapoport liiert. Nach der Machtübernahme boykottierten die örtlichen Nationalsozialisten das Lokal wegen ihrer Beziehung. Rapoport gab schließlich seine Position auf, um weitere Aktionen zu verhindern. Trotz der Anfeindungen stand Charlier weiter zu ihm. Im August 1938 wurde ihr die

⁵¹⁶ StA Bonn Pr 18/130: Wildt an das Standesamt Bonn am 4. Oktober 1933.

⁵¹⁷ 1934 wurde Hanny Naschesky ausgewiesen. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie ein gemeinsames Kind mit Walter Wildt. Welche Gründe letztlich zu ihrer Ausweisung führten, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Siehe hierzu auch Stang: Ostjuden in Bonn, S. 107.

⁵¹⁸ Vgl. Przyrembel: Rassenschande, S. 86.

⁵¹⁹ Grundsätzlich zu Mischehen siehe Beate Meyer: „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933-1945 (Studien zur jüdischen Geschichte, Bd. 6), Hamburg 1999, hier insbesondere Teil 1.

⁵²⁰ Wie viele Beziehungen es 1935 zwischen nicht-jüdischen und jüdischen Bonnern gab, ist nicht mehr zu rekonstruieren. Auch gibt es keine genauen Zahlen wie viele Bonner sich zu diesem Zeitpunkt in „Mischehen“ befanden. Es ist lediglich bekannt, dass in der „September-Aktion“ 1944 mindestens 220 Personen von der Bonner Gestapo verhaftet wurden; dies inkludierte allerdings auch Nicht-Juden“. Vgl. Verein an der Synagoge (Hg.): „September-Aktion“ 1944. „Mischehen“ und „Mischlinge“ in Bonn. Dokumentation zur Ausstellung, Bonn 1994, S. 11.

Verlängerung der Polizeistunde für die Bar durch den Bonner Polizeidezernent und SA-Standartenführer Reinartz entzogen. Begründet wurde diese Maßnahme, dass sie trotz gegenteiliger Aufforderung von Seiten Reinartz, ihren jüdischen Partner weiter bei sich wohnen ließ. Das Paar verließ daraufhin Bonn und wanderte gemeinsam nach Belgien aus, wo es heiratete.⁵²¹

Ihrem Lebensbericht zufolge durfte sich Eva Loeb aufgrund der „Nürnberger Gesetze“ nicht mit ihrem Verlobten Paul Glees vermählen. Im Dezember 1935 emigrierte sie nach Holland, wohin ihr Glees im Juli 1936 folgte. Von dort aus zogen sie nach England, wo sie schließlich heirateten.⁵²²

Andreas Dotterweich und seine jüdische Ehefrau Charlotte betrieben seit 1914 einen Friseurladen mit Parfümerie. Die ersten Boykottmaßnahmen gegen das Geschäft hatten bereits 1931 begonnen, steigerten sich jedoch stark im Laufe der Jahre. Große Teile der Kundschaft insbesondere der höheren Gesellschaftsschichten und die im öffentlichen Dienst arbeitenden Kunden blieben aus politischen Erwägungen dem Salon fern. Charlotte Dotterweich wurde aus dem gemeinsamen Geschäft gedrängt, als sich eine Angestellte über ihr „inkorrektes“ Verhalten beschwerte. Trotz gegenteiliger Zeugenaussagen konnte die Angestellte durchsetzen, dass es für sie nicht zumutbar sei, unter einer Jüdin zu arbeiten. Nach dem Novemberpogrom wurde an das Haus der Familie ein Judenstern angebracht. Auch der gemeinsame Sohn wurde zunehmend diskriminiert und u. a. in seinem Ausbildungsbetrieb AKG in Köln aus der Werkschar ausgeschlossen. Als Charlotte Dotterweich im September 1944 durch die Gestapo verhaftet werden sollte, konnte sie dank der rechtzeitigen Warnung ihrer Schwägerin entkommen. Sie lebte danach versteckt und ohne Lebensmittelkarten bis Kriegsende im Raum Siegburg und Herzogenaurach. Andreas Dotterweich kümmerte sich während dieses Zeitraums fast ausschließlich um seine Frau, die kurz vor einem Zusammenbruch stand. Trotz der oben geschilderten, zunehmenden Schwierigkeiten stand er zu ihr.⁵²³

⁵²¹ Vgl. StA Bonn N 1985/1049: Wiedergutmachungsakte. Verifiziert durch das Wiedergutmachungsamt Bonn.

⁵²² Vgl. Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 66: Lebensbericht.

⁵²³ Vgl. StA Bonn N 1985/694: Wiedergutmachungsakte. Verifiziert durch das Wiedergutmachungsamt Bonn.

Hildegard Sabo war mit (Vorname unbekannt) Sabo verheiratet. Als sie im Dezember 1933 die große juristische Staatsprüfung beim ersten Mal nicht bestand, durfte sie diese als Jüdin nicht wiederholen. Sie eröffnete daraufhin im Jahr 1934 in Bonn ein Rechtsberatungsbüro, wobei ihr diese Tätigkeit kurze Zeit später untersagt wurde, sodass sie ab diesem Zeitpunkt keinen Beruf mehr ausüben konnte. 1943 wurde sie zur Zwangsarbeit verpflichtet. Wie das Paar die Zeit bis Kriegsende verbrachte, konnte vom Wiedergutmachungsamt nicht abschließend geklärt werden. Gesichert ist, dass ihr Mann während der gesamten Zeit des Nationalsozialismus stets zu ihr stand.⁵²⁴ Jenny Annemarie Davids jüdischer Ehemann (Vornamen unbekannt) wurde im Mai 1944 in das Barackenlager nach Köln-Müngersdorf eingewiesen und von dort aus zur Zwangsarbeit bei der Firma Glanzstoff verpflichtet. Im Rahmen seiner Arbeit zog er sich eine Schwefelkohlenstoff-Vergiftung zu, weswegen er im Juni 1944 in das „jüdische Krankenhaus“ verlegt wurde. Am 24. September 1944 ermöglichte Jenny David ihrem Ehemann die Flucht aus dem Lager und sie lebten bis Kriegsende gemeinsam versteckt in Köln-Junkersdorf.⁵²⁵

Hildegard Walbaum war den „Nürnberger Gesetzen“ zufolge „Mischling 1. Grades“ und mit (Vorname unbekannt) Woschee verlobt. Ihr Antrag auf Eheschließung wurde vom Standesamt abgelehnt. Das Paar entschied sich dennoch zusammenzubleiben und heiratete im Oktober 1945.⁵²⁶ Käthe Hamlet trat nach der Eheschließung mit ihrem Mann Louis zum jüdischen Glauben über. Der gemeinsame Sohn Rolf wurde 1930 geboren. Rolfs Erinnerungen zufolge wurde Käthe nach Erlass der „Nürnberger Gesetze“ mehrfach nahegelegt, sich zu trennen. Sie weigerte sich. Um Druck aufzubauen, wurde sie auch bei der Gestapo einbestellt.⁵²⁷ Trotzdem blieb sie mit ihrem Mann bis zu dessen frühen Krebstod 1941 zusammen.⁵²⁸

⁵²⁴ Vgl. StA Bonn N 1985/1079: Wiedergutmachungsakte. Verifiziert durch das Wiedergutmachungsamt Bonn.

⁵²⁵ Vgl. StA Bonn N 1985/685: Wiedergutmachungsakte. Verifiziert durch das Wiedergutmachungsamt Bonn und Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 86: Interview mit Rolf Hamlet.

⁵²⁶ Vgl. StA Bonn N 1985/1236: Das Wiedergutmachungsamt Bonn erklärte im September 1956 aufgrund des „Gesetzes über die Anerkennung freier Ehen, rassistisch und politisch Verfolgter“ ihre am 17. Oktober 1945 geschlossene Ehe als am 17. Januar 1941 geschlossen.

⁵²⁷ Auch Burleigh berichtet in seinem Buch von dieser gängigen Praxis. Vgl. Burleigh: Die Zeit des Nationalsozialismus, S. 345.

⁵²⁸ Vgl. Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 86: Interview mit Rolf Hamlet. Laut Hamlet blieben folgende Paare in "Mischbeziehungen" trotz des zunehmenden nationalsozialistischen Drucks zusammen: Ehepaare Leopold, David und Matthes. Darüber hinaus sind folgende Paare bekannt, die sich nicht

Viele der nicht-jüdischen Bonner, die in Beziehungen zu Juden waren, sei es aufgrund einer Partnerschaft oder Ehe, trennten sich trotz des zunehmenden Drucks von nationalsozialistischer wie auch gesellschaftlicher Seite nicht. Abhängig von ihren Lebensumständen reagierten sie auf unterschiedliche Weise auf die „Nürnberger Gesetze“: Einige der Bonner in nicht-ehelichen Beziehungen entzogen sich den Bestimmungen und Gefahren der „Nürnberger Gesetzgebung“, indem sie gemeinsam emigrierten. Sie gaben bewusst ihre sozialen Strukturen und finanziellen Sicherheiten auf, um mit ihren Partnern zusammen zu bleiben. Die oben aufgeführten Ehepartner trennten sich nicht, auch wenn sie von den Behörden oder NSDAP-Parteioffizieren wiederholt dazu aufgefordert wurden. Sie ertrugen gemeinsam den immer prekärer werdenden Alltag und erlitten oftmals signifikante finanzielle Einbußen. Dank dieser Loyalität entkamen die jüdischen Partner in vielen Fällen den Deportationen in den Osten.

Jedoch gibt es auch Beispiele aus Bonn, die zeigen, dass nicht alle Beziehungen der zunehmenden Belastung standhielten. Die Jüdin Else Waldmann beendete aus Angst vor Repressionen ihr Liebesverhältnis zu einem nicht-jüdischen Mann.⁵²⁹ Ebenso scheiterte die Ehe ihres Vaters Ludwig Waldmann mit seiner zweiten nicht-jüdischen Ehefrau Therese, geborene Spindler. Ludwig Waldmann war aus dem städtischen Orchester Bonn entlassen worden und fortan arbeitslos.⁵³⁰ Den Trennungswunsch von Therese Waldmann und die Scheidung am 2. Juli 1936 führte Else Waldmann in einem Zeitzeugeninterview darauf zurück, dass diese nach dem Erlass der „Nürnberger Gesetze“ und aufgrund der Erwerbslosigkeit Waldmanns nicht mehr zu ihm stehen wollte.⁵³¹ Auch die erste Ehe von Johanna Arensberg zerbrach. Ihr nicht-jüdischer Mann ließ sich 1937 von ihr scheiden, weil er aufgrund ihrer Beziehung arbeitslos

trennten: Ehepaar Eva und Hermann Levy vgl. StA Bonn N 1985/941: Wiedergutmachungsakte Levy; Ehepaar Kratzer vgl. StA Bonn N 30/12: Entnazifizierungsakte P(ehl): Aussage des Schwagers Paul Pehl bei seiner Entnazifizierung; Ehepaar Anschütz vgl. StA Bonn N 1985/550: Entnazifizierungsakte S(chließ): A(nschütz) war bei Heinrich S(chließ) angestellt; Ehepaar Motz, sie war „Halbjüdin“. Laut eigener Aussage in seiner Entnazifizierungsakte wurde der Polizeibeamte Wilhelm Motz mehrfach innerhalb seiner Dienststelle aufgefordert, sich von seiner Frau zu trennen. Gesichert ist, dass er sich nicht trennte. Vgl. StA Bonn N 1985/537: Entnazifizierungsakte: Motz.

⁵²⁹ Vgl. Rothe: Jüdinnen in Bonn, S. 286.

⁵³⁰ Mehr dazu im folgenden Abschnitt.

⁵³¹ Vgl. Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 249: Zeitzeugeninterview.

geworden war.⁵³² Samuel berichtete in seinen Lebenserinnerungen von einem ihm bekannten Ehepaar, bei welchem sich der nicht-jüdische Ehemann nach 1936 trennte. Die Ehefrau befürchtete, die zwei gemeinsamen Kinder zu verlieren und verweigerte die Scheidung. Samuels Aussage nach hatte der Mann jedoch Beziehungen zur örtlichen NSDAP und dem zuständigen Gericht. Er konnte die Scheidung zügig durchsetzen und auch die Kinder wurden ihm zugesprochen.⁵³³ Die antisemitische Gesetzgebung stellte also nicht nur bestehende Beziehungen vor vielfältige Probleme und Herausforderungen, sondern diskriminierte zudem jüdische gegenüber nicht-jüdischen Partnern in Trennungsfällen vor dem Gericht.⁵³⁴

Für die dokumentierten Fälle in Bonn ist zu konstatieren, dass viele der nicht-jüdischen zu ihren jüdischen Partnern hielten. Auch wenn eine vollständige Auswertung für Bonn aufgrund der Quellenlage nicht mehr möglich ist, scheint sich die Aussage Burleighs zu bestätigen, nach der verhältnismäßig wenige, nämlich sieben Prozent, aller „Mischehen“ im Deutschen Reich geschieden wurden.⁵³⁵ Wie bereits in Abschnitt 3.3 in Bezug auf den Boykott herausgearbeitet, waren es vor allem persönliche Bindungen, die dazu führten, dass sich Bonner den nationalsozialistischen Handlungsanweisungen verweigerten; sie nutzten ihre Handlungsspielräume innerhalb des NS-Systems aus.

In den vorangegangenen Kapiteln wurde analysiert, ob und in welcher Form sich die Beziehungen von Bonnern in „gemischten“ Beziehungen aufgrund der neuen gesetzlichen Situation verändert haben. Im nachfolgenden Kapitel soll überprüft werden, inwiefern die „Nürnberger Gesetze“ Interaktionen im öffentlichen Raum zwischen Juden und Nicht-Juden beeinflussten.

⁵³² Vgl. Rothe: Jüdinnen in Bonn, S. 286.

⁵³³ Vgl. Samuel: Mein Leben in Deutschland, S. 443. Weil Samuel in seinen Lebenserinnerungen auf die Nennung von Namen verzichtete, kann seine Aussage nicht durch andere Quellen verifiziert werden.

⁵³⁴ Mehr über die Scheidungspraxis bei „Mischehen“ siehe Przyrembel: Rassenschande, S. 99.

⁵³⁵ Vgl. Burleigh: Die Zeit des Nationalsozialismus, S. 345.

4.3 Gewandeltes Verhalten der nicht-jüdischen zu jüdischen Bonnern im öffentlichen Raum

Aufgrund der neuen Gesetzgebung zerbrachen nicht nur Partnerschaften; die zunehmende Distanzierung und Diskriminierung durchzog alle Bereiche der zwischenmenschlichen Beziehungen bis hin zum geschäftlichen Umgang miteinander. In Abschnitt 3.4.4 wurde bereits dargelegt, wie das Gros des kaufenden Publikums nach Erlass der „Nürnberger Gesetze“ auf den Einkauf in „jüdischen“ Geschäften verzichtete. So berichtete Rickert bereits im Lagebericht von Oktober 1935, dass diejenigen Bonner, die bis dato noch in „jüdischen“ Geschäften eingekauft hatten, sich merklich zurückzögen.⁵³⁶ Für Dezember 1935 konstatierte er, dass allgemein ein sichtbares Abrücken der nicht-jüdischen Bevölkerung gegenüber den Juden zu beobachten sei.⁵³⁷ Wie sich die Distanzierung auch in anderen Lebensbereichen manifestierte, wird im Nachfolgenden beschrieben.

Die Suggestion, Juden seien anders und nicht zugehörig zur nationalsozialistischen Volksgemeinschaft, aufs Genaueste definiert durch das „Blutschutzgesetz“, führte zunehmend dazu, dass Nicht-Juden zu den „Bürgern zweiter Klasse“ auf Distanz gingen. Grenzen wurden verschoben, neu festgeschrieben und zementiert. Die überwiegende Mehrheit nahm die „Nürnberger Gesetze“ hin, und nur wenige Personen, die in persönlichen Beziehungen zu Juden standen, widersetzten sich der antisemitischen Politik.⁵³⁸ Andere entschieden sich hingegen über die gesetzlichen Rahmenbedingungen hinaus, Juden zu diskriminieren. Sie verweigerten selbst in scheinbar alltäglichen Situationen den Kontakt zu oder die Interaktion mit ihnen und übernahmen somit aus eigenem Antrieb eine aktive Rolle bei der Exklusion der Juden aus der „Bonner Volksgemeinschaft“.⁵³⁹ Folgende Beispiele aus Bonn sollen dieses Verhalten illustrieren und neben den bereits in den vorangegangenen Abschnitten

⁵³⁶ Vgl. StA Bonn Pr 10/575: Politischer Lagebericht vom Oktober 1935.

⁵³⁷ Vgl. StA Bonn Pr 10/575: Politischer Lagebericht vom Dezember 1935.

⁵³⁸ Wie in Abschnitt 4.5 beschrieben.

⁵³⁹ In diesem Zusammenhang ist auch auf die vermehrte Propagandatätigkeit von NS-Gliederungen hinzuweisen. So erklärte beispielsweise Hanni Merkens in einem Vortrag vor der Ortsgruppe Bonn-Süd der NS-Frauenschaft: *„Juden und Arier sind sich bluts- und wesensfremd. Der Jude denkt, empfindet, handelt anders als wir. [...] Jeder Jude ist zu bekämpfen, denn jeder ist Vertreter seiner Rasse und handelt nur zur ihrem Vorteil.“* „Westdeutscher Beobachter“ vom 10. Oktober 1935: „Deutschtum und Judentum“.

aufgeführten Bereichen noch ein möglichst breites Spektrum der Interaktionsmöglichkeiten zwischen Juden und Nicht-Juden abdecken.

Gisela Karpel wollte nach dem Besuch des Lyzeums ein Seminar für Kindergärtnerinnen in Bonn besuchen. Zunächst wurde sie dort akzeptiert, nach dem Inkrafttreten der „Nürnberger Gesetze“ wurde ihre Aufnahme aber mit der Begründung zurückgenommen, dass sie Jüdin sei. Sie war darauf ein Jahr als Haushälterin tätig und bemühte sich erneut um den Ausbildungsplatz, wurde aber mit der gleichen Begründung erneut abgelehnt.⁵⁴⁰ Paula Schmitz arbeitete als Buchhalterin und Stenotypistin in verschiedenen Bonner Firmen. Ihre letzte Arbeitsstelle war die Firma Hans Zörner in Bonn. Ihr wurde am 31. Dezember 1935 mit der Begründung gekündigt, dass sie *„als nicht arische Person nicht weiter beschäftigt werden könne.“*⁵⁴¹

Hermann Rosenthal, geboren am 16. Februar 1921, war „Mischling 1. Grades“. Wegen seiner jüdischen „Abstammung“ wurde er von Mitschülern des Ernst-Moritz-Arndt Gymnasiums derart drangsaliert, dass er die Schule auf Anraten seines damaligen Klassenlehrers Dr. Sommer verließ.⁵⁴² Günther Bucki wurde seinen Lebenserinnerungen zufolge nach dem Erlass der „Nürnberger Gesetze“ vom Beethoven-Gymnasium verwiesen.⁵⁴³ Der „Mischling“ Carl Nussbaum erklärte in seinem Lebensbericht, dass er zwar nicht von seiner Privatschule, dem Deutschen Kolleg in der Rheinallee, verwiesen wurde und sich weiter im Verein sportlich betätigen durfte, ihm aber „Deutsche Sportabzeichen“ wegen seiner jüdischen Abstammung verwehrt wurden.⁵⁴⁴

Die soziale Ausgrenzung vor Ort manifestierte sich auch in Vereinen. Die „Lese und Erholungsgesellschaft“ existierte in Bonn nachweislich seit 1788. Berühmte jüdische Mitglieder des Vereins waren u. a. Prof. Dr. Felix Hausdorff oder Prof. Dr. Adolf Nussbaum, die in den Mitgliederlisten von 1928 und 1934 aufgeführt waren. 1936 passte sich die „Lese“ mit ihrer neuen Verfassung den politischen Umständen an.

⁵⁴⁰ Vgl. StA Bonn N 1985/550: Wiedergutmachungsakte. Verifiziert durch das Wiedergutmachungsamt Bonn.

⁵⁴¹ StA Bonn N 1985/1129: Wiedergutmachungsakte. Verifiziert durch das Wiedergutmachungsamt Bonn.

⁵⁴² Vgl. StA Bonn N 1985/1072: Wiedergutmachungsakte. Verifiziert durch das Wiedergutmachungsamt Bonn.

⁵⁴³ Vgl. Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 31: Zeitzeugenbericht.

⁵⁴⁴ Vgl. Carl Nussbaum: Ein Lebenslauf von der Geburt bis zum Ende der Dritten Reiches, in: Bonner Geschichtsblätter, Bd. 51/52 (2001), S. 97-122, hier S. 97-98.

Neben der Ausrichtung nach dem Führerprinzip unter Hans Bene enthielt die Satzung mit dem Paragraph 3 nun auch eine exkludierende Komponente auf Grundlage der „Nürnberger Gesetze“. Ihr zufolge durften Mitglieder der „Lese“ nur volljährige Deutsche werden, die die Reichsbürgerschaft besaßen.⁵⁴⁵ Wie mit den Bonner Juden umgegangen wurde, die bereits dem Verein angehörten, ist nicht bekannt.

Der Verein „Altertumsfreunde im Rheinlande“ bestand seit 1841 und ging 1938 in der „Gesellschaft der Freunde und Förderer des Rheinischen Landesmuseums“ auf. Dies nahmen Landeshauptmann Haake und Kulturreferent Apffelstaedt zum Anlass, die Mitgliederliste auf Juden sowie „Mischlinge“ zu überprüfen. Am 23. Juli erhielten Prof. Dr. Wilhelm Levison und Prof. Dr. Rudolf Hertz Schreiben mit folgenden Wortlaut von Apffelstaedt: *„Im Zuge der Neugestaltung des ehemaligen Bonner Altertumsvereins erachte ich mit dem heutigen Tage ihre Mitgliedschaft als erloschen.“*⁵⁴⁶

Auch wenn manche Handlungen unbedeutend wirkten, so hatten auch sie Auswirkungen auf die soziale Praxis vor Ort. So lehnten es laut Aussage von Alois Schmehr Tankstellenwarte ab, dem „Mischling“ Josef Koch wegen seiner jüdischen Abstammung Bier zu verkaufen.⁵⁴⁷ Theo Schafgans berichtete an das Rechtsamt Bonn im Januar 1947, dass der Besitzer des Hotels Stern, Haupt, ihn und seine jüdische Frau persönlich gebeten hatte, nicht mehr seine Gaststätte aufzusuchen. Sein Anliegen rechtfertigte Haupt mit dem Hinweis, dass ihn ein anderer Gast, der Geschäftsmann Fritz Wilden, erklärt hatte, dass es nicht zumutbar sei mit einer Jüdin in einer Gaststätte zu sitzen.⁵⁴⁸ Obgleich keinerlei rechtliche Grundlage existierte, folgte Haupt der Handlungsaufforderung eines Gastes und diskriminierte dadurch die Familie Schafgans. Damit passte er sich der sozialen Praxis der Ausgrenzung an und trug gleichzeitig zu ihrer Herstellung bei.

Exkludierende Handlungen gegenüber Juden nahmen in nahezu allen Lebensbereichen zu. Bonner Akteure sahen die „jüdische Abstammung“ als

⁵⁴⁵ Vgl. Heyer: Kultur in Bonn im Dritten Reich, S. 167-173. Zur „Gleichschaltung“ in der Kulturpolitik siehe ebenda S. 17-21.

⁵⁴⁶ Zitiert nach ebenda, S. 191.

⁵⁴⁷ Vgl. N 1985/550: Entnazifizierungsakte Schmehr. Hierbei handelte es um die Aussage Schmehrs im Rahmen eines Entnazifizierungsverfahrens, da er obwohl selbst „Mischling 2. Grades“ bis 1939 Mitglied in der NSDAP war.

⁵⁴⁸ Vgl. StA Bonn Pr 16/61: Theo Schafgans an das Rechtsamt der Stadt Bonn vom 7. Januar 1947.

hinreichendes Argument, um über die Gesetzgebung hinaus Arbeitsverhältnisse zu beenden, aber auch geringe Dienstleistungen zu verweigern.

Der nachfolgende Fall illustriert die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten, die auch noch Mitte bzw. Ende 1936 bestanden: Jungbannführer Heinz Oedenkoven klagte den Lehrer Woelki aus Grau-Rheindorf am 5. Juni 1936 wegen seiner „judenfreundlichen“ Haltung beim Kreisschulrat Bonn-Stadt, der Kreisleitung der NSDAP und dem Kreisamtsleiter des Nationalsozialistischen Lehrerbundes an. Dieser hatte angeblich das Singen des Liedes *„Es steht in der Westmark“* wegen des Kehrreims *„Parole sie bleibt: die Juden schmeisst raus“* untersagt.⁵⁴⁹ Als der Kreisschulrat die Angelegenheit weiter untersuchte, stellte sich allerdings ein komplexerer Sachverhalt heraus. Die Jungen, die ihren Lehrer beschuldigt hatten, gaben bei Nachfrage an, bezüglich des Liedes gelogen zu haben. Aber es ergab sich noch ein weiterer Aspekt an dem Fall. Einige Schüler hatten den Enkel eines jüdischen Viehhändlers in Rheindorf wiederholt bedrängt und ihn gezwungen, zu sagen, dass er Jude sei. Darüber hinaus schlugen sie in dessen Haus Fenster ein, warfen Steine in den Flur und sangen Spottlieder. Woelki schritt ein, als er von ihrem Verhalten erfuhr und verbot derartiges Handeln. Das Kreisschulamt beklagte in der Stellungnahme an Rickert die „Disziplinlosigkeit“ der Schüler und erklärte, dass die Vorwürfe der „Judenfreundlichkeit“ gegen Woelki so nicht haltbar seien.⁵⁵⁰ Hierbei lassen sich mehrere Gesichtspunkte herausarbeiten: Zunächst scheinen die Jugendlichen die Degradierung der Bonner Juden durch die „Nürnberger Gesetze“ sowie ihre zunehmende Exklusion aus dem Alltag wahrgenommen und derart interpretiert zu haben, dass sie sich daran beteiligten. Der sozialen Praxis entsprechend und einhergehend mit der weitgehenden Machtlosigkeit der Juden gegenüber solchen Übergriffen sahen sie sich in ihrem Handeln bestätigt und nutzten die Situation aus. Darüber hinaus sollten abweichende Meinungen von Nicht-Juden unterdrückt werden. Für diese Interpretation spricht auch die Aussage des Jungbannführers Oedenkoven, der in seinem Schreiben erklärte: *„Es ist wohl selbstverständlich, daß mit solchen Erziehern, selbst wenn sie eine hervorragende Lehrfähigkeit besäßen, gründlich und*

⁵⁴⁹ Vgl. StA Bonn Pr 10/666: Jungbannführer an den Kreisleiter Bonn-Stadt vom 5. Juni 1936.

⁵⁵⁰ Vgl. StA Bonn Pr 10/666: Der Kreisschulrat Bonn I. an den Führer des Jungbanns vom 2. Juli 1936.

rücksichtslos aufgeräumt werden muss.“⁵⁵¹ Woelki hingegen zeigte Zivilcourage und widersetzte sich mit seinem Eingreifen dem damaligen Zeitgeist. Dass sein Handeln für ihn keine weiteren Konsequenzen hatte, war wahrscheinlich der Tatsache geschuldet, dass er im Ersten Weltkrieg gedient hatte und seit 35 Jahren als Lehrer tätig war. Dies war zumindest eines der Hauptargumente des Kreisschulrats wie auch Rickerts gegenüber NSDAP-Kreisleiter Weisheit.⁵⁵² Daneben scheint es, dass „Einzelaktionen“, wie die der Jugendlichen, unerwünscht waren.

Die in diesem Abschnitt dargestellten Handlungen von Bonnern zeigen die gesamte Bandbreite auf, die laut Popitz zur Minderung sozialer Teilhabe führen:

„[Sie] beginnen mit Distanzierungen, Nichtbemerken-Wollen, Kontaktvermeidung. Sie steigern sich zu Handlungen, die andere herabsetzten, verspotten [...] und dann weiter zu formellen Status-Degradierungen. [...] Am Ende steht der vollkommene gesellschaftliche Ausschluß, Vertreibung, Einsperrung, Entmündigung.“⁵⁵³

Diejenigen nicht-jüdischen Bonner, die sich der Exklusion von Juden widersetzten, wurden zunehmend von nationalsozialistischer aber auch von gesellschaftlicher Seite unter Druck gesetzt. So nutzen Bonner Akteure beispielsweise den „Stürmer“ oder städtische Instanzen, um nichtkonforme Interaktionen mit Juden zu denunzieren.⁵⁵⁴ Beispielsweise berichtete „Der Stürmer“ 1936, dass der Bonner Maximilian Plück und seine Frau die Synagoge in der alten Stadt Bonn „betreuten“; was der Autor unter „betreuen“ verstand, ist aus dem Artikel nicht ersichtlich. Allerdings informierte er über die Konsequenzen für Plück; dieser wurde wegen seines Kontakts zur jüdischen Gemeinde fristlos gekündigt. Zynisch bemerkte „Der Stürmer“:

⁵⁵¹ StA Bonn Pr 10/666: Jungbannführer an den Kreisleiter Bonn-Stadt vom 5. Juni 1936.

⁵⁵² Vgl. StA Bonn Pr 10/666: Der Kreisschulrat Bonn I. an den Führer des Jungbanns vom 2. Juli 1936 und ebenda: Der Oberbürgermeister an den Kreisleiter vom 13. Juli 1936.

⁵⁵³ Popitz: Phänomene der Macht, S. 45.

⁵⁵⁴ Reuband stellte fest, dass Denunziationen häufig den Weg über informelle Kanäle gingen, wie beispielsweise durch Mitteilungen oder Leserbriefe an den Stürmer, aber auch über niedrigere Instanzen wie die NSDAP-Kreisleitung. Vgl. Karl-Heinz Reuband: Denunziationen im Dritten Reich. Die Bedeutung von Systemunterstützung und Gelegenheitsstrukturen, in: Historical Social Research 26 (2001), S. 219-234, hier S. 222.

„Durch sofortige Kündigung gab aber der Betriebsverwalter der Firma dem Judenfreund Plück Zeit und Gelegenheit sich ausschließlich in den Dienst des Judentums zu stellen.“⁵⁵⁵

Aber auch durch kleinere Meldungen mit konkreter Nennung der Beteiligten machte „Der Stürmer“ nicht-jüdischen Bonner Akteuren bewusst, dass ihre Interaktionen mit Juden unter Beobachtung standen und registriert wurden: So bemerkte er beispielsweise im Jahr 1937, „[d]er Betriebsführer des Krankenhauses B. Brüder in Bonn kämpft gegen die Aufklärung des Volkes in der Judenfrage“⁵⁵⁶ oder im Jahr 1938, „[im] Kaffee Viktor zu Bonn am Rhein werden Juden mit besonderer Vorliebe aufgenommen“⁵⁵⁷.

Mehr Raum gab der „Der Stürmer“ einem Leserbrief im Jahr 1937. In diesem berichtete ein Bonner, dass sich der Jude Hermann Levy an der Umfriedungsmauer des NSDAP-Parteihauses erleichtert hatte. Dabei wurde er vom SA-Truppenführer Josef O.⁵⁵⁸ beobachtet und angezeigt. Levy wurde daraufhin im Februar 1937 der Prozess gemacht. Vor Gericht vertrat ihn der Bonner Anwalt Wilhelm Oedekoven und auch ein nicht-jüdischer Arzt stellte ihm ein Zeugnis über seinen Gesundheitszustand aus. Letztlich gelang es ihnen nicht, ihren jüdischen Mandaten vor drei Wochen Gefängnis zu bewahren.⁵⁵⁹

Dass sich die Nationalsozialisten bei der Durchsetzung der exkludierenden „Volksgemeinschaft“ auf lokale Akteure verlassen konnten, beweist auch folgender Fall: Im März 1938 denunzierten der Verwaltungsanwärter Kraemer und der Kassenbote Nolden den Polizeisekretär der alten Stadt Bonn, Gedicke, bei Oberbürgermeister Rickert, weil dieser beim Gemeindeball in der Beethovenhalle mit dem Juden Marx an einem Tisch saß.⁵⁶⁰ Der Personaldezernent der Bonner Stadtverwaltung Graemer verfolgte die Vorwürfe. Letztlich wurde der Fall eingestellt,

⁵⁵⁵ „Der Stürmer“ von 1936, Nr. 4: „Ein Undankbarer“.

⁵⁵⁶ „Der Stürmer“ von 1937, Nr. 23: Meldungen.

⁵⁵⁷ „Der Stürmer“ von 1938, Nr. 11. Weitere Beispiele finden sich in „Der Stürmer“ von 1938, Nr. 34: Meldungen und Nr. 35: Meldungen.

⁵⁵⁸ Der Name war im Artikel anonymisiert, Anmerkung der Autorin.

⁵⁵⁹ „Der Stürmer“ von 1937, Nr. 15: Jud Levy verunreinigt das Parteihaus.

⁵⁶⁰ Mehr zu Marx siehe Abschnitt 2.2.

weil Gedicke erklärte, nicht mit Marx bekannt zu sein; das Gegenteil konnte ihm nicht bewiesen werden.⁵⁶¹

Diese Beispiele verdeutlichen, wie alltägliche Interaktionen von Juden und Nicht-Juden als nicht-konformes Verhalten im Sinne der exkludierenden „Volksgemeinschaft“ gewertet wurden.⁵⁶² Sie illustrieren auch, dass „Der Stürmer“ bzw. die städtische Verwaltung auf lokale Akteure angewiesen waren, die sich vom nationalsozialistischen System, aus welchen Beweggründen auch immer, instrumentalisieren ließen und andere Bonner denunzierten.⁵⁶³ Damit trugen sie aktiv zur Herstellung der „Volksgemeinschaft“ bei.

In einem weiteren Fall vertrat der Bonner Rechtsanwalt Dr. Grüne im Winter 1936 die Jüdin Charlotte Marburger. Im Zuge des Rechtsstreits wurde bei der anderen Partei, Jean Hoenscheid, Gegenstände gepfändet. Daraufhin griff Hoenscheid Grüne mit folgenden Worte an:

„Ich bitte sie diese Gegenstände zur Versteigerung auszustellen, damit mir doch wenigstens hierdurch die Gelegenheit geboten wird, pro Publikation meinen Volksgenossen Aufklärung darüber zu geben, auf welche Art und Weise heute noch „Auchdeutsche“ mit jüdisch-marxistischen Betrügern Hand in Hand arbeiten, um rechtschaffene Reichsdeutsche um ihr Hab und Gut zu bringen.“⁵⁶⁴

⁵⁶¹ Vgl. StA Bonn Pr 10/819: Briefverkehr mit der Stadt Bonn vom 10. März 1938 und 14. April 1938.

⁵⁶² Reinhard Mann betont, dass dieselbe Verhaltensweise je nach politischem System und dessen sozialen Normen unterschiedlich bewertet werden kann. Vgl. Reinhard Mann: Protest und Kontrolle im Dritten Reich: Nationalsozialistische Herrschaft im Alltag einer rheinischen Grossstadt, Frankfurt/New York 1987, S. 236.

⁵⁶³ Klaus Michael Mallmann und Gerhard Paul stellten in ihrer Studie fest, dass Denunziationen sich meist auf alltägliche Handlungen bezogen und die Denunzianten diese häufig zufällig und unvermittelt im Alltag wahrnahmen. Vgl. Klaus Michael Mallmann, Gerhard Paul: Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich (Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935-1945, Bd. 2), Bonn 1991, S. 230-233. Die Entscheidung, zu handeln und das nicht-konforme Verhalten zu melden, hatte individuelle Beweggründe, die aufgrund der Aktenlage nicht mehr zu klären sind. Reuband nennt als mögliche Motive für Denunziationen, Konsens mit dem nationalsozialistischen System aber auch die Option persönliche Konflikte auszutragen bzw. Vorteil aus einer Situation zu ziehen. Vgl. Reuband: Denunziationen im Dritten Reich, S. 223.

⁵⁶⁴ Landesarchiv NRW - Abteilung Rheinland: Gerichts Rep. 2/183: Jean Hoenscheid an Dr. Grüne vom 24. Dezember 1936.

Hoenscheid nutzte antisemitische Stereotype, um eine gerechtfertigte Handlung, das Pfänden seines Eigentums, zu diskreditieren und als verbrecherisch darzustellen. Zudem suggerierte er, dass Grüne aufgrund der rechtlichen Vertretung einer Jüdin nicht mehr Teil der „Volksgemeinschaft“ sei bzw. aus ihr ausgeschlossen werden sollte. Dabei griff Hoenscheid auf nationalsozialistische Propaganda zurück und versuchte, diese für seine Zwecke zu nutzen. Grüne stellte daraufhin einen Strafantrag wegen Beleidigung und Nötigungsversuch. Das Landgericht Bonn verurteilte Hoenscheid zu einer Geldstrafe von 300 RM; aber auch die Urteilsbegründung ist symptomatisch: Das Gericht bezeichnete Hoenscheids Unterstellung von „jüdisch-marxistischen Rechtshändeln“ als den denkbar schwersten Vorwurf, welchem sich ein Anwalt ausgesetzt sehen kann und stellte fest:

„Was die Persönlichkeit des Angeklagten angeht, so hat dieser zugeben müssen, dass er, jahrelang noch kurze Zeit vor der Machtübernahme ein nach heutigem Recht rasseschänderisches Liebesverhältnis zu einer Jüdin unterhalten hat. Der Angeklagte ist nach seinem Vorleben der Letzte, der es wagen darf, einem deutschen Rechtswahrer Beziehungen zum Judentum vorzuwerfen.“ [Der letzte Satz war in der Urteilsbegründung durchgestrichen, Anmerkung der Autorin].⁵⁶⁵

Die aufgeführten Beispiele belegen zweierlei Verhalten: Einerseits gab es noch eine Reihe von Bonnern, die trotz der geforderten Ausgrenzung von Juden mit diesen interagierten. Andererseits verweigerten viele Bonner, selbst in alltäglichen Begegnungen, zunehmend den Kontakt mit Juden. Manche gingen dabei soweit, nicht-konformes Verhalten von anderen Akteuren zu denunzieren und trugen damit entscheidend dazu bei, die exkludierende „Volksgemeinschaft“ herzustellen.

⁵⁶⁵ Ebenda: Urteil des Landgerichts Bonn vom 15. Juli 1937.

4.4 Rolle und Verhalten der Bonner Dienststellen und städtischen Akteure gegenüber Juden

Aber nicht nur auf der sozialen Ebene stellten die „Nürnberger Gesetze“ einen Einschnitt dar. Durch die komplizierte Rechtssituation waren die Verwaltungen auf den unterschiedlichen Ebenen mit zahlreichen Erlassen und Anordnungen involviert.⁵⁶⁶ So konnten die „Nürnberger Gesetze“ mit ihren Ausführungsbestimmungen ihre Wirkung u. a. nur entfalten, weil die Verwaltung vor Ort auf Anweisung „von oben“ ermittelte, wer Jude oder „Mischling“ war bzw. als solcher galt. Dies hatte zur Folge, dass auf lokaler Ebene Standes-, Personal-, Gesundheitsämter und Archive in Bonn bei der staatlich verfügten Diskriminierung involviert waren und diese weiter zementierten.⁵⁶⁷

4.4.1 Umsetzung der Nürnberger Gesetze vor Ort

Bereits vor dem Erlass der „Nürnberger Gesetze“ hatte die für Bonn zuständige Kölner Gestapostelle im August 1935 damit begonnen, so genannte Judenkarteien auf Basis von Mitgliederlisten jüdischer Organisationen zu erstellen.⁵⁶⁸ Als die rassistische Gesetzgebung im September 1935 in Kraft trat, wurde jedoch eine weitere Ausdifferenzierung notwendig. Oberbürgermeister Rickert verfügte am 6. März 1936 an alle städtischen Ämter, im Rahmen der „Bereinigung“ von Wählerlisten die vorhandenen Unterlagen, soweit möglich, nach Juden und jüdischen „Mischlingen“ zu überprüfen. Im selben Schreiben erklärte er, dass das Einwohnermeldeamt Bonn bereits mit der Aufgabe betraut sei, sich die Erfassung aber insbesondere in Bezug auf die „Mischlinge“ als schwierig erwiese.⁵⁶⁹

Auf Anweisung Rickerts erstellten die städtischen Stellen bis zum 8. April 1936 eine Liste, in welcher alle Beamten und Angestellten aufgeführt sowie diejenigen

⁵⁶⁶ Vgl. Horst Matzerath: Bürokratie und Judenverfolgung, in: Ursula Büttner (Hg.): Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Frankfurt am Main 2003, S. 105-129, hier S. 114.

⁵⁶⁷ Vgl. Heinrich Linn: Nationalsozialistische Rassengesetzgebung, in: Heinrich Linn (Hg.): Juden an Rhein und Sieg, Siegburg 1983, S. 192-198.

⁵⁶⁸ Vgl. van Rey: Unveröffentlichtes Manuskript, S. 89.

⁵⁶⁹ StA Bonn Pr 71/974: Verfügung vom 6. März 1936. Dies findet sich auch bei van Rey: Unveröffentlichtes Manuskript, S. 106-107.

gekennzeichnet waren, bei welchen der „Ariernachweis“ noch fehlte.⁵⁷⁰ Bis zu diesem Zeitpunkt waren jedoch bereits nahezu alle Juden aufgrund des „Arierparagraphs“ von 1933 aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden.⁵⁷¹ Im Zuge der „Nürnberger Gesetze“ wurden nun auch die Ehepartner der Beamten in der Stadtverwaltung Bonn evaluiert. Am 9. Oktober 1936 konnte Rickert berichten, dass, soweit es innerhalb der kurzen Zeitspanne möglich gewesen sei, die Beamten den Nachweis der „arischen“ Abstammung ihrer Ehepartner erbracht hätten.⁵⁷² Am 11. Januar 1937 folgte eine Aufstellung, in welcher durch ein Privatdienstverhältnis angestellte Personen der öffentlichen Verwaltung auf folgende Kategorien hin überprüft wurden: „a) Juden, b) jüdische Mischlinge [...], c) jüdisch Versippte, d) nichtjüdische Fremdblütige.“⁵⁷³ Laut der Liste waren bei der Stadt Bonn am 2. Januar 1937 drei Angestellte beschäftigt, die „jüdisch versippt“ waren.⁵⁷⁴

4.4.2 Entlassungen auf Grundlage der „Nürnberger Gesetze“

Die wenigen Juden die noch im öffentlichen Dienst verblieben waren, wurden aufgrund der 1. Verordnung des „Reichsbürgergesetzes“ zwangsweise in den Ruhestand versetzt. Davon betroffen waren an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität die Professoren Prof. Dr. Wilhelm Levison, Prof. Dr. Felix Hausdorff und Prof. Dr. Otto Toeplitz.⁵⁷⁵ Letzterer bat aufgrund der Umstände, um seine Emeritierung, die ihm vom Rektor Friedrich Pietrusky mit 70 Prozent seines Ruhegehaltes und folgendem Kommentar genehmigt wurde: „*Ich halte Herrn Toeplitz für eine wenig erfreuliche Erscheinung und befürworte sein Gesuch.*“⁵⁷⁶ Den Juristen Dr.

⁵⁷⁰ Vgl. StA Bonn Pr 10/815: Durchführung des Reichserlasses.

⁵⁷¹ Siehe hierzu Abschnitt 2.2.

⁵⁷² Vgl. StA Bonn Pr 10/833: Oberbürgermeister Bonn an den Regierungspräsidenten in Köln vom 9. Oktober 1936.

⁵⁷³ StA Bonn Pr 10/833: Schreiben des Reichsministerium der Finanzen vom 11. Januar 1937.

⁵⁷⁴ Vgl. ebenda.

⁵⁷⁵ Vgl. Höpfner: Die vertriebenen Hochschullehrer der Universität Bonn, S. 472, 482 und 484.

⁵⁷⁶ Ebenda, S. 484 Anmerkung 96. Mehr zu Pietrusky in Hans-Paul Höpfner: Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft (Veröffentlichungen des Archivs der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn, Bd. 12), Bonn 1999, S. 68-70.

Ernst Herrmanns, Mayer und Dr. Hans Wollstein wurde durch die 5. Verordnung des „Reichsbürgergesetzes“ am 27. September 1938 ihre Zulassung entzogen.⁵⁷⁷

Bei der Entlassung von drei Musikern aus dem Städtischen Orchester waren Bonner Akteure aktiv involviert und handelten eigenmächtig. Kurz vor dem Erlass der „Nürnberger Gesetze“, am 6. August 1935, kritisierte der NSDAP-Kreisleiter Hans Weisheit⁵⁷⁸ gegenüber Oberbürgermeister Rickert, dass in dem Städtischen Orchester noch der Jude Ludwig Waldmann und zwei „jüdisch versippte“, Josef Lieberz und Heinrich Geese, beschäftigt seien:

„Ich teilte diese Tatsache Dr. Hirtz [Kulturdezernent der Stadt Bonn] mit, der zusagte, dass die 3 am Samstag nicht mitwirkten. Damit war die Angelegenheit für diesen Abend erledigt und das städt. Orchester konnte spielen. Ich nehme nicht an, dass Ihnen diese Tatsache bekannt war und möchte nicht verfehlen, Sie darauf aufmerksam zu machen.“⁵⁷⁹

Rickert reagierte schnell. Noch am selben Tag ließ er sich durch das Personalamt Bonn über den persönlichen Hintergrund der drei Musiker informieren und verfügte zwei Tage später und ohne rechtliche Grundlage, dass diese mit sofortiger Wirkung vom Dienst zu entbinden seien. Seine Begründung lautete: *„[W]eil deren Weiterbeschäftigung mit dem Charakter eines behördlichen deutschen Kulturorchesters*

⁵⁷⁷ Vgl. Rüdiger Pamp: Richter am Landgericht, S. 95-143, hier S. 109.

⁵⁷⁸ Hans Weisheit war am 1. Januar 1935 zum NSDAP-Kreisleiter von Bonn-Stadt und Bonn-Land ernannt worden. Als „Beauftragter der NSDAP“ und spätestens seit dem Erlass der Gemeindeordnung am 1. April 1935 konnte er in seiner Funktion als Kreisleiter die Kommunalpolitik mitbeeinflussen. Zu seiner Person: Hans Weisheit wurde 1901 in Hermüllheim geboren und wurde im Jahr 1927 bei dem Betriebs- und Verkehrsdienst der Reichsbahn verbeamtet. 1925 trat er in die NSDAP ein und erhielt die Mitgliedsnummer 21.013. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten war er bis Ende 1934 als kommissarischer Bürgermeister in Mechernich tätig. Am 1. April 1935 wurde er NSDAP-Kreisleiter, kehrte aber Mitte 1936 kurzzeitig in seine alte Position bei der Reichsbahn zurück, um ab November 1936 Landrat in Siegburg zu werden. Vom 30. April 1945 bis Juli 1947 befand er sich in Internierungshaft. In seinem Entnazifizierungsprozess wurde er in die Kategorie III (Minderbelastete) eingestuft. Er starb 1954 in Frechen. Vgl. Bothien: Das braune Bonn, S. 72-76.

⁵⁷⁹ Abgedruckt in Heyer: Kultur in Bonn im Dritten Reich, S. 85. Ebenso zu finden in StA Bonn Pr 10/815: NSDAP-Kreisleiter an den Oberbürgermeister Rickert vom 6. August 1935. Weisheit selbst war auf diesen Tatbestand durch einen nicht genauer benannten Ortsgruppenleiter aufmerksam gemacht worden. Vgl. ebenda.

nicht vereinbar ist.“⁵⁸⁰ Die betroffenen Musiker legten gegen ihre Kündigungen Einspruch ein und zogen vor Gericht. Im November 1936 formulierte der Personaldezernent der Stadt Bonn Graemer in einem Schriftverkehr mit Waldmanns Anwalt noch deutlicher als Rickert zuvor die Beweggründe für die Entlassungen und argumentierte auf Grundlage der „Nürnberger Gesetze“, die für die rechtliche Situation allerdings unerheblich waren:

*„Heute [...] ist die Ausschaltung des Judentums aus dem öffentlichen Leben eine an sich gebieterisch, mittlerweile auch für die Allgemeinheit selbstverständlich gewordene Notwendigkeit. [...] Hat sich so bereits das Volksempfinden umgestellt, so liegt es einem Behördenleiter in erster Linie ob, die nat. soz. Weltanschauung zu beachten und als Folgerung hieraus die in den Nürnberger Gesetzen zum Ausdruck gebrachte Grundhaltung des Staates durchzuführen. Einen anderen Weg als den der fristlosen Entlassung gab es [nicht mehr], nachdem die beabsichtigte Zurruesetzung an dem eigensüchtigen echt jüdischen Verhalten des Klägers scheiterte.“*⁵⁸¹

Der rechtliche Prozess zog sich noch bis in das Jahr 1937 hinein. Die Einwände der betroffenen Musiker blieben erfolglos. Letztlich sorgte die veränderte Rechtslage dafür, dass die Anträge der drei Musiker abgelehnt wurden, in der Reichskulturkammer aufgenommen zu werden. Insbesondere Lieberz und Geese galten erst durch die Definitionen der „Nürnberger Gesetze“ und weiterer Ausführungsbestimmungen als „jüdisch versippt“, wodurch ihnen ihre Tätigkeit als Musiker bei der Stadt Bonn versagt war. Diese Entscheidung führte dazu, dass den drei

⁵⁸⁰ StA Bonn Pr 10/815: Der Oberbürgermeister vom 8. August 1938 an das Personalamt. Diese Akte enthält ein Konvolut des Schriftvorgangs bezüglich der Entlassungen der drei Musiker aus dem Städtischen Orchester.

⁵⁸¹ StA Bonn Pr 10/815: Stadtdezernent Graemer an Rechtsanwalt Bernatz vom 19. November 1936.

Musikern jede Möglichkeit genommen wurde, ihren bisherigen Beruf weiter auszuüben.⁵⁸²

Die „Beweisführung“ Graemers auf Grundlage der „Nürnberger Gesetze“ spiegelt das Verhalten von Teilen der Bonner Verwaltung wieder, die unabhängig von der gesetzlichen Grundlage bereit waren, die Handlungsaufforderung der nationalsozialistischen Führung, Juden aus dem öffentlichen Leben auszugrenzen, vor Ort eigenmächtig und mit vorauseilenden Gehorsam umzusetzen. Ähnliche Vorgänge beobachtete Gruner auch in anderen Kommunen: *„Durch den Erlass der Nürnberger Gesetze scheinbar legitimiert, schlossen immer mehr Gemeinden Juden von städtischen Einrichtungen aus.“*⁵⁸³

4.4.3 Exkludierende Handlungen und Maßnahmen der Bonner Verwaltung bis 1939

Bonner Behörden waren nach Inkrafttreten der „Nürnberger Gesetze“ maßgeblich daran beteiligt, Juden aus dem öffentlichen Raum zu drängen. Gruner stellte in seiner Studie fest, dass auf lokaler Ebene exkludierende Maßnahmen eigeninitiativ diskutiert und umgesetzt wurden, die oftmals der reichsweiten nationalsozialistischen Gesetzgebung vorgriffen.⁵⁸⁴ Bestätigt sahen sich die Akteure dabei durch die sich immer weiter verschärfende Gesetzgebung „von oben“. Gruners Erkenntnis kann durch die vorliegende Forschungsarbeit bestätigt werden. Anhand ausgewählter Beispiele aus den Niederschriften von Protokollen des Bonner Stadtrats kann diese Verhaltensweise verdeutlicht werden.

Durch das Inkrafttreten der Deutschen Gemeindeordnung am 1. April 1935 lag die ausführende Gewalt mit allen Entscheidungsbefugnissen im Sinne des „Führerprinzips“ bei Oberbürgermeister Rickert. Der Bonner Stadtrat hatte zwar keine Weisungsbefugnisse mehr, aber sehr wohl noch eine beratende Funktion inne. Er

⁵⁸² Vgl. Heyer: Kultur in Bonn im Dritten Reich, S. 84. Notwendig für die Aufnahme in der Reichskulturkammer war ein „Ariernachweis“ und ab Ende 1936 verschärfte Joseph Goebbels die Richtlinie, sodass davon auch „Mischlinge“ und „jüdisch Versippte“ betroffen waren. Eine ausführliche Beschreibung des Schriftverkehrs der Stadt Bonn und den Eingaben und Bemühungen der betroffenen Musikern findet sich detailliert bei van Rey: Unveröffentlichtes Manuskript, S. 89-103.

⁵⁸³ Gruner: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, S. 92.

⁵⁸⁴ Vgl. ebenda, S. 76-77.

setzte sich aus NS-Funktionären, SA-Vertretern, „verdienten Bürgern“ (nahezu alle waren NSDAP-Mitglieder), Vertretern der Wirtschaft und städtischen Behörden und staatlichen Institutionen zusammen.⁵⁸⁵ Zunächst ist zu konstatieren, dass in den überlieferten Niederschriften der Ratsprotokolle erst nach den „Nürnberger Gesetzen“, konkret ab November 1935, Juden und weitere Maßnahmen gegen sie erwähnt und thematisiert wurden. Anhand nachfolgender Beispiele wird ersichtlich, wie einzelne Ratsherren ihre Position zu nutzen suchten, um Bonner Juden auf unterschiedlichsten Gebieten zu diskriminieren oder zu exkludieren.

Im November 1935 stellte Ratsherr Saß zur Diskussion, wie sich die Verwaltung verhalten solle, wenn Beamte oder deren Angehörige weiterhin bei Juden kauften.⁵⁸⁶ Anscheinend spielte er auf eine konkrete Person an, denn Rickert erklärte, dass ihm der Fall bekannt sei und in die Personalakte des betreffenden Beamten aufgenommen würde. Eventuelle Konsequenzen, die Rickert nicht weiter ausführte, sollten folgen. Reinartz, der die Positionen des SA-Standartenführers, des Bonner Polizeidezernenten und eines Stadtrats innehatte, erklärte, dass er den Beamten befragt habe. Ihm sei versichert worden, dass der Einkauf ohne dessen Wissen durch eine Verwandte stattgefunden habe, während die Ehefrau im Krankenhaus lag.⁵⁸⁷ Mehrere Gesichtspunkte sind hieran interessant: Nicht einmal drei Jahre nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde einer eigentlich trivialen Handlung, dem Einkaufen in einem „jüdischen“ Geschäft, eine derartige Wichtigkeit beigemessen, dass in einer Stadtratssitzung darüber diskutiert wurde. Die aufgeführten Akteure versuchten die nationalsozialistische Handlungsaufforderung durchzusetzen, indem sie gegen den Beamten Disziplinarmaßnahmen erwogen. Reinartz war überdies noch direkt mit ihm in Kontakt getreten und hatte ihn bedrängt. An diesem Beispiel wird ersichtlich wie die Akteure ihre Handlungsmöglichkeiten vor Ort ausnutzten, um die gewünschte Verhaltensweise von Nicht-Juden gegenüber Juden zu implementieren.

⁵⁸⁵ Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 546. Listen der Ratsherren finden sich in StA Bonn IC 1: Konvolut.

⁵⁸⁶ Über Strategien die das Kaufen in „jüdischen“ Geschäften unterbinden sollten und die Eskalation der Maßnahmen vgl. Abschnitt 3.4.

⁵⁸⁷ Vgl. StA Bonn Pr 9/1228: Amtliche Niederschrift über die Sitzung der Ratsherren vom 26. November 1935.

Im Januar 1936 kritisierte NSDAP-Kreisleiter Weisheit, dass die Stadt für Religionsunterricht – auch den jüdischen – Geld zusteue. ⁵⁸⁸ Jegliche Form von Unterstützung sollte seiner Ansicht nach für Einrichtungen unterbleiben, die nicht in das Weltbild der Nationalsozialisten passten. Rickert erklärte daraufhin, dass bereits alle Verpflichtungen unterbunden worden seien, die nicht gesetzlich und vertraglich bindend waren. ⁵⁸⁹ In einer weiteren Sitzung im September 1936 argumentierte Ratsherr Rüge in zwei voneinander unabhängigen Fällen gegen Juden. In der ersten Angelegenheit wurde sein Ansinnen abgelehnt, weil es sich bei dem von ihm diffamierten Mann um den Juden Sartorsky handelte, der polnischer Herkunft war und laut der Ausführung Rickerts nicht unter die deutsche „arische“ Gesetzgebung falle. In der zweiten Angelegenheit versuchte Rüge eine Möglichkeit zu finden, wie einem jüdischen Interessenten der Zuschlag des Höchstbietenden bei der Zwangsversteigerung eines Hauses verweigert werden könnte. Dies wurde von Oberbürgermeister Rickert abermals mit dem Verweis auf eine mangelnde gesetzliche Grundlage abgelehnt. ⁵⁹⁰ Die Beweggründe Rüges für seine Anfragen lassen sich nicht rekonstruieren. Seine Handlung spricht allerdings für sich: In beiden Fällen bemühte er sich, in Bonn lebenden Juden mit der Begründung ihrer „Rasse“ noch verbürgte Rechte streitig zu machen.

In der Sitzung vom Oktober 1936 entspann sich eine weitere Diskussion über die Frage, inwiefern die Stadt Bonn in eine Geschäftsbeziehung mit Juden treten sollte bzw. dürfte. Bei der Restauration des Boeselager-Hofes ⁵⁹¹ hatten sich die Verantwortlichen der Stadt Bonn dazu entschieden, altes Inventar aus dem 18. Jahrhundert, das durch den Vorbesitzer 1921 veräußert worden war, wieder zu erwerben. Unter den Wertgegenständen befanden sich auch Gobelins, die aus der Zeit um 1700 stammten. Einige Ratsherren ⁵⁹² bemängelten, dass die Stadt diese von einem Juden zurück gekauft hatte. Rickert verteidigte sich und erklärte, dass es keine andere Möglichkeit gegeben hätte „deutsches Kulturgut“ zu erwerben:

⁵⁸⁸ Vgl. StA Bonn PR 9/52: Amtliche Niederschrift über die Sitzung der Ratsherren vom 27. Januar 1936.

⁵⁸⁹ Vgl. StA Bonn Pr 9/52: Amtliche Niederschrift über die Sitzung der Ratsherren vom 27. Januar 1936.

⁵⁹⁰ Vgl. StA Bonn Pr 9/52: Amtliche Niederschrift über die Sitzung der Ratsherren vom 3. September 1936.

⁵⁹¹ Der Hof war im vorangegangenen Jahr teilweise abgebrannt.

⁵⁹² Die Ratsherren wurden im Protokoll nicht namentlich erwähnt.

„Die Partei stehe auf dem Standpunkt, den Juden so viel Grundeigentum und Kulturgüter abzukaufen, als eben möglich sei, um sie so den deutschen Volksgenossen zurückzuführen und zu erhalten.“⁵⁹³

Zwei Aspekte an dieser Diskussion sind bezeichnend: Erstens sahen die beteiligten Ratsherren Juden so außerhalb der „Volksgemeinschaft“ stehend, dass sie selbst geschäftliche Kontakte, die aufgrund der Einzigartigkeit der Gegenstände nicht bei einem Nicht-Juden erworben werden konnten, als unannehmbar empfanden. Zweitens wurde in der Diskussion wie selbstverständlich in die beiden Gruppen Juden und „Volksgenossen“ unterschieden.

Diese Denkweise spiegelt sich auch in den beiden Beispielen aus dem Jahr 1937 wieder. Hier versuchten Ratsherren aktiv, die Trennung von Juden und Nicht-Juden durchzusetzen und Interaktionen zwischen den beiden Gruppen zu unterbinden. Im Januar 1937 schlug Ratsherr Saß vor, dass im Bonner Viktoriabad ein Nachmittag für Juden reserviert werden sollte, um diese von den „Volksgenossen“ zu separieren. Baudirektor Engelbert hatte diese Frage bereits prüfen lassen und war zu dem Schluss gekommen, dass aufgrund der geringen Anzahl von Juden, die das Schwimmbad besuchen würden, sich diese Maßnahme finanziell nicht lohnen würde. Dementsprechend lehnte Rickert den Vorschlag mit der Anmerkung ab, dass sich *„die Volksgenossen [...] der Zudringlichkeit der Juden auf andere Weise erwehren müssen“*.⁵⁹⁴ Hingegen wurde der Vorschlag von Ratsherrn Rüge vom Juli 1937, die Beschilderung *„Juden sind unerwünscht“* im Strandbad anzubringen, allgemein wegen einfacher Durchführbarkeit befürwortet.⁵⁹⁵

Wenige Wochen vor dem Novemberpogrom, am 14. Oktober 1938, diskutierten auf Initiative Rüges mehrere Bonner Ratsherren, u. a. Dr. Weber, Werntgen und Weller, den Geschehnissen vorgreifend, wie die Synagoge der alten Stadt Bonn am Rheinufer entfernt und „jüdische“ Geschäfte firmiert werden könnten. Rickert entgegnete, *„daß er sowohl als Leiter der Gemeinde als auch als Polizeiverwalter alles tue, was er rechtlich vertreten könne. Im übrigen glaube er, daß alle diese Fragen sich*

⁵⁹³ StA Bonn Pr 9/52: Amtliche Niederschrift über die Sitzung der Ratsherren vom 9. Oktober 1936.

⁵⁹⁴ StA Bonn Pr 9/53: Nachtrag zur Tagesordnung der Sitzung der Ratsherren vom 26. Januar 1937.

⁵⁹⁵ Vgl. StA Bonn Pr 9/53: Amtliche Niederschrift über die Sitzung der Ratsherren vom 15. Juli 1937.

*entwicklungsmäßig lösen werden.*⁵⁹⁶ Das Ziel der Ratsherren, jüdisches Leben und dessen sichtbare Zeichen gänzlich aus dem Stadtbild Bonns zu verbannen, wurde wenige Wochen später durch die Zerstörungen während des Novemberpogroms realisiert.

Diese puzzleartigen Ausschnitte fügen sich zu einem kohärenten Bild zusammen. Auch wenn einzelne Ratsherren, wie beispielsweise Rüge, in ihren Bemühungen herausstachen, Bonner Juden aus der Gesellschaft zu exkludieren, so brachten auch andere Ratsherren ihre Vorschläge ein. Sie versuchten Juden in verschiedenen Lebensbereichen zu benachteiligen oder sie von der restlichen Gesellschaft zu separieren. Ihre Vorschläge gingen über den ohnehin diskriminierenden gesetzlichen Rahmen hinaus und waren häufig nicht umsetzbar. Aufgrund gesetzlicher Restriktionen bzw. pragmatischer Erwägungen lehnte Rickert die Mehrzahl der Ideen ab. War der Vorschlag allerdings leicht durchführbar, wie im Fall des Anbringens der antisemitischen Schilder im Strandbad, befürwortete auch er die Maßnahmen. Es existiert keine Stellungnahme oder Wortmeldung eines Stadtrates, der sich gegen einen der antisemitischen Vorschläge aussprach. Gruner begriff die zunehmende Eigeninitiative der Kommunen im Hinblick auf antijüdische Vorstöße und Maßnahmen in den Jahren 1936 und 1937 als eine Folge der Handlungsaufforderung höherer NSDAP-Funktionäre, Juden vermehrt auf lokaler Ebene aus dem öffentlichen Leben auszuschließen.⁵⁹⁷ Die Selbstverständlichkeit mit der die Vorschläge im Stadtrat Bonn diskutiert wurden, bestätigt diese Annahme und steht sinnbildlich für die wachsende gesellschaftliche Akzeptanz der antisemitischen Politik.

Die „Nürnberger Gesetze“ sorgten dafür, dass die Exklusion der Juden gesellschaftsfähig wurde. Als Folge etablierte sich die soziale Praxis der Ausgrenzung über die Jahre mehr und mehr. Hierfür waren sowohl die administrativen Maßnahmen der nationalsozialistischen Führung, die Umsetzung und Durchführung durch die zuständigen kommunalen Dienststellen aber auch die Verhaltensweise der Bonner gegenüber der ausgegrenzten Minderheit konstituierend.

⁵⁹⁶ StA Bonn Pr 9/53: Amtliche Niederschrift über die Sitzung der Ratsherren vom 14. Oktober 1938.

⁵⁹⁷ Vgl. Gruner: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, S. 96-97.

4.5 Die „Nürnberger Gesetze“ und die Auswirkungen auf die soziale Praxis vor Ort

Die eingangs gestellte Frage, ob die „Nürnberger Gesetze“ eine Zäsur in der Verfolgung der Juden darstellten, kann anhand des Untersuchungsraums Bonn vollständig bejaht werden. Wie gezeigt wurde, waren Partnerschaften und Ehen ab September 1935 zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Bonnern erheblichem Druck von staatlicher aber auch gesellschaftlicher Seite ausgesetzt. Der Vorwurf der „Rassenschande“ hatte für die Betroffenen gravierende Auswirkungen; diese konnten von einer Haftstrafe bis zur Inhaftierung in einem Konzentrationslager reichen. Die Angst vor solchen Anschuldigen sorgte dafür, dass auch nicht-sexuelle Freundschaften zerbrachen, womit eine weitere Interaktionsmöglichkeit zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Bonnern unterbunden war. Darüber hinaus wandelte sich die soziale Praxis vor Ort nach Inkrafttreten der „Nürnberger Gesetze“ sichtbar. Bonner gingen zu Juden selbst in alltäglichen Situationen auf Distanz und vermieden es beispielsweise, in deren Geschäften einzukaufen; hier lässt sich ein entscheidender Verhaltenswandel für Ende 1935 feststellen.

Auch die Aussage von Wolfgang Benz, nach der die „Nürnberger Gesetze“ *„als Rahmen staatlichen Handelns für alle Nichtbetroffenen abstrakt und gegenstandslos waren“*⁵⁹⁸, kann so nicht bestätigt werden. Vielmehr war Bonner Akteuren sehr wohl der diskriminierende Charakter der Gesetze bewusst. Sie sahen die „Nürnberger Gesetze“ als nationalsozialistische Handlungsaufforderung und exkludierten Juden über den rechtlichen Rahmen hinaus auf verschiedenste Weise und in nahezu allen Lebensbereichen. Auch muss Brechtens Aussage, nach der sich für Juden als diskriminierte Minderheit nichts Grundlegendes änderte, widersprochen werden. Vielmehr bestätigt dieses Kapitel sowohl Bajohrs als auch Longerichs Einschätzung, der zufolge sich die „Nürnberger Gesetze“ langfristig auf die soziale Praxis vor Ort auswirkten.⁵⁹⁹ Mehr noch zeigte sich, wie schnell die Bonner Akteure auf die

⁵⁹⁸ Wolfgang Benz: Die Deutschen und die Judenverfolgung. Mentalitätsgeschichtliche Aspekte, in: Ursula Büttner (Hg.): Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Frankfurt am Main 2003, S. 51-67, hier S. 56.

⁵⁹⁹ Siehe hierzu Abschnitt 4.3.

veränderte gesetzliche Lage reagierten und ihre Handlungen von angepasstem Verhalten bis hin zu aktiver Beteiligung an der Diskriminierung reichten.

5. Der Novemberpogrom 1938 in Bonn

Am 7. November 1938 schoss Herschel Feibel Grynszpan in Paris auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath. Seine Tat wurde zum Vorwand für das von der nationalsozialistischen Führung initiierte reichsweite Pogrom gegen die Juden. Vorausgegangen war dem Attentat die Deportation von ca. 17.000 deutschen Juden polnischer Herkunft, unter denen sich auch Grynszpans Familie befand.⁶⁰⁰ Die so genannte Polenaktion soll hier nur kurz skizziert werden:

Am 31. März 1938 verabschiedete das polnische Parlament ein Gesetz, nach welchem im Ausland lebenden Bürgern die Staatsbürgerschaft entzogen werden konnte, wenn sie länger als fünf Jahre außerhalb Polens gelebt bzw. ein öffentliches Amt in einem anderen Land inne hatten. Hierdurch wollte die polnische Regierung einer Massenausweisung verarmter Juden polnischer Herkunft aus dem Deutschen Reich zuvorkommen. Der Erlass sollte im Oktober 1938 umgesetzt werden, wobei diejenigen Personen davon ausgenommen waren, die vor dem 30. Oktober 1938 ihren Pass verlängern oder bestätigen ließen. Die nationalsozialistische Führung nahm den Vorstoß der polnischen Regierung zum Anlass, um in einer reichsweit koordinierten Aktion am 27., 28. und 29. Oktober 1938 ca. 17.000 Juden polnischer Herkunft zu verhaften und zwangsweise an die polnische Grenze zu deportieren.⁶⁰¹ Nicht alle der Abgeschobenen durften nach Polen einreisen, eine große Anzahl der Menschen wurde im Grenzzort Zbaszyn (Bentschen) interniert.⁶⁰²

Je nach Stadt bzw. Ort wurde die Abschiebung unterschiedlich durchgeführt. Am 28. Oktober 1938 erhielten in Bonn zunächst nur die jüdischen Männer über 16 Jahre den Ausreisebescheid. Sie wurden nach Köln-Deutz und von dort aus zur polnischen

⁶⁰⁰ Mehr zu den Umständen des Attentats siehe Raphael Gross: November 1938. Die Katastrophe vor der Katastrophe, München 2013, S. 11-23.

⁶⁰¹ Sybil Milton: Menschen zwischen Grenzen: Die Polenausweisung 1938, in: Julius H. Schoeps (Hg.): Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte, München/Zürich 1990, S. 184-209. Mehmel, u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 8. Mehr zur so genannten Polenaktion siehe auch bei Bettina Goldberg: Die Zwangsausweisung der polnischen Juden aus dem Deutschen Reich im Oktober 1938 und die Folgen, in: ZfG 46 (1998), S. 971-984.

⁶⁰² Siehe zu den Bedingungen in Zbaszyn Milton: Menschen zwischen Grenzen, S. 196-201. Neueste Erkenntnisse finden sich auch beim Bundesarchiv: Die Abschiebung polnischer Juden aus dem Deutschen Reich 1938/1939 und ihre Überlieferung, <https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/zwangsausweisung.html.de?page=3>.

Grenze gebracht. Einige von ihnen durften aufgrund eines deutsch-polnischen Abkommens vom 24. Januar 1939 für kurze Zeit nach Bonn zurückkehren, um ihre geschäftlichen Angelegenheiten zu regeln. Dann mussten sie gemeinsam mit ihren Familien nach Polen ausreisen, bzw. ihre Angehörigen mussten ihnen bis Mitte 1939 folgen. Gesichert waren von der Ausweisung in Bonn die Familien Biglajsen, Blaimann, Dronk, Karpel, Rosenberg, Sajonz, Satorsky und Zelasny betroffen. Einige der Familienmitglieder waren bereits vor 1938 emigriert, abgeschoben wurden aber wenigstens 24 Bonner Juden.⁶⁰³

5.1 Vorbereitung des Pogroms und sein Ablauf in Bonn

Noch am selben Abend der Schüsse auf vom Rath kam es in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt zu ersten gewaltsamen Übergriffen gegen Juden, die aber zunächst auf die Initiative lokaler Parteigenossen zurückzuführen waren. Kurz darauf begann auch die nationalsozialistisch gelenkte Presse das Attentat mit einer groß angelegten antisemitischen Kampagne propagandistisch auszunutzen; die Tat eines Einzeltäters wurde als Werk eines „*internationalen Judentums*“ dargestellt.⁶⁰⁴ Nachdem vom Rath am 9. November 1938 seinen Verletzungen erlegen war, nutzte die NSDAP-Führung seinen Tod als Vorwand und initiierte den reichsweiten Pogrom gegen Juden.⁶⁰⁵

Reichspropagandaminister Joseph Goebbels überbrachte Adolf Hitler die Nachricht vom Tod vom Rath und berichtete ihm zudem von den antisemitischen Übergriffen. Goebbels Tagebuchaufzeichnungen zufolge war Hitlers Direktive unmissverständlich: „*Er bestimmt: Demonstrationen weiter laufen lassen. Polizei*

⁶⁰³ Vgl. Stang: „Ihr weiterer Aufenthalt im Reichsgebiet ist unerwünscht.“; Stang: „...keine Todesfälle von Einwohnern jüdischen Glaubens“, S. 163; Horst Bothien, Erhard Stang: Abgeschoben nach Polen am 28.10.1938... Jüdische Familien in Bonn. Gesehen mit der Kamera von Abraham Sieff. Eine Dokumentation zur Ausstellung, Bonn 1993, S. 32-38.

⁶⁰⁴ Vgl. Anselm Faust: Die „Kristallnacht“ im Rheinland. Dokumente zum Judenpogrom im November 1938, Bd. Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, hg. v. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Düsseldorf 1987, S. 51. Vgl. Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 124-125.

⁶⁰⁵ Vgl. Raphael Gross: November 1938, S. 41-43 und Mehmel u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 11.

zurückziehen. Die Juden sollen einmal den Volkszorn zu verspüren bekommen.“⁶⁰⁶ Vor der versammelten NS-Führung, die zum Jahrestag des gescheiterten Hitler-Putsches von 1923 in München zusammen gekommen war, hielt Goebbels daraufhin eine antisemitische Hetzrede. In dieser gab er den Handlungsrahmen des Pogroms vor. So sollten u. a. Synagogen und jüdische Geschäfte zerstört werden, die Polizei nicht eingreifen, die Feuerwehr nur bei Gefahr für „arische“ Geschäfte die Brände bekämpfen und „jüdische“ Wohnungen nach Waffen durchsucht werden.⁶⁰⁷

Die anwesenden Funktionäre begannen noch vor Mitternacht Goebbels Handlungsaufforderung weiterzugeben. Die NSDAP-Führer informierten telefonisch die Gauleitungen und schriftlich die Gaupropagandaleitungen; diese wiederum übermittelten die Anordnungen an die Kreis- und Ortsgruppenleiter der NSDAP. Der Leiter der Gestapo-Abteilung für Regime-Gegner, Heinrich Müller, sandte ein Fernschreiben an alle Leitstellen der Staatspolizei. Die Gestapozentrale-Köln leitete die Anweisung an ihre erst kürzlich geschaffene Außenstelle in Bonn weiter.⁶⁰⁸ Die SA-Ortsgruppen wurden telefonisch von ihren vorgeordneten Stellen informiert. Die SS Bonn erhielt den entsprechenden Befehl von der SS-Ortsgruppenführung Essen. Oberbürgermeister Rickert, die Bürgermeister und Amtsbürgermeister des heutigen Stadtgebiets Bonn wurden von dem Regierungspräsidenten in Köln in Kenntnis gesetzt.⁶⁰⁹ Die historische Forschung ist sich einig, dass der Pogrom vor Ort entgegen der Behauptungen der zeitgenössischen Presse nicht vom „Volk“, sondern vornehmlich von Parteigenossen und Angehörigen der NS-Verbände wie beispielsweise der SA und SS durchgeführt wurde.⁶¹⁰ Im Nachfolgenden soll detailliert aufbereitet werden: Wie war der Ablauf des Novemberpogroms in Bonn und welche Akteure waren daran beteiligt? Wie verhielten sich nicht-jüdische Bonner im Novemberpogrom?

⁶⁰⁶ Elke Fröhlich (Hg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Russlands, München 1993, Eintrag vom 10. November 1938.

⁶⁰⁷ Vgl. u. a. Gross: November 1938, 46-53; Faust: Die „Kristallnacht“ im Rheinland, S. 51; Wolf-Arno Kropat: „Reichskristallnacht“. Der Judenpogrom vom 7. bis 10. November 1938 - Urheber, Täter, Hintergründe. Mit ausgewählten Dokumenten, Wiesbaden 1997, S. 81-89.

⁶⁰⁸ Zur Einrichtung der Bonner Gestapo-Außenstelle siehe Bothien: Das braune Bonn, S. 101-107.

⁶⁰⁹ Vgl. Faust: Die „Kristallnacht“ im Rheinland, S. 52 und Mehmel u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 12.

⁶¹⁰ Vgl. Angela Hermann: Hitler und sein Stoßtrupp in der Reichskristallnacht, in: VfZ 56 (2008), S. 603-621, hier S. 611. Vgl. Gross: November 1938, S. 53. Zur Rolle der SA und SS siehe Kropat: Reichskristallnacht, S. 102-112.

5.1.1 In Brand setzen der Bonner Synagogen

Am frühen Morgen des 10. November 1938 drangen Männer – es handelte sich bei ihnen höchstwahrscheinlich um Gestapo-Beamte⁶¹¹ – in die Synagoge der alten Stadt Bonn ein und entwendeten vier der 32 Thorarollen.⁶¹² Wenig später versuchten fünf oder sechs halb uniformierte SA- und/oder SS-Männer⁶¹³ das Gebäude in Brand zu setzen, scheiterten aber zunächst an den schwer entflammbaren Eichenholzbänken. Es entwickelte sich ein leichter Schwelbrand, der gegen Mittag von der herbeigerufenen Feuerwehr gelöscht wurde. Daraufhin intervenierten der Bonner Polizeidezernent und SA-Standartenführer Peter Reinartz sowie der Leiter der Schutzpolizei Peter Schäfer und wiesen die Feuerwehrmänner an, lediglich die umliegenden Häuser zu schützen.⁶¹⁴ Die SA- und/oder SS-Männer holten nun von einer Tankstelle einen mit 20-25 Litern Benzin gefüllten Kanister, zerschlugen die Holzbänke und legten erneut Feuer.

Dabei wurden sie von dem Bonner Kaufmann Peter Matthias Bürvenich unterstützt, der beim Tragen half. Er und andere umherstehende Bonner⁶¹⁵ griffen

⁶¹¹ Wahrscheinlich handelte es sich bei den Männern um Gestapo-Beamte. Dies erscheint plausibel, wenn man die allgemeine Praxis beim Novemberpogrom betrachtet. Vgl. Mehmel u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 12. Durch Augenzeugenberichte bestätigt sich diese Annahme: „Bonn: Auch hier waren in einem Dienstraum der Gestapo Thorarollen und sehr viel Synagogenschmuck säuberlich auf Tischen ausgebreitet. Ein SS-Mann in Uniform informierte sich bei einigen entlassenen älteren Schutzhäftlingen [...] über Alter und Wert der Gegenstände, ferner über Gebrauchszweck, Inhalt der Bücher etc.“ Ben Barkow, Raphael Gross, Michael Lenarz (Hg.): Novemberpogrom 1938. Die Augenzeugenberichte der Wiener Library, London, Frankfurt am Main 2008, S. 364.

⁶¹² Dem Zeitzeugenbericht von Helga Marx zufolge klingelte ein Oberstandartenführer an ihrer Haustür, während die Synagoge brannte. Er forderte ihren Großvater und sie auf, ihn zu begleiten: „Wenn ihr die Synagoge so liebt, dann kommt jetzt raus, ich will euch was zeigen.“ Dort beobachtete Helga, wie Männer die Silberbeschläge von den Thora Rollen abmontierten. Aus der Quelle ist nicht ersichtlich, um wen es sich beim Oberstandartenführer handelte. Die Aussage ist abgedruckt in Rothe: Jüdinnen in Bonn, S. 287.

⁶¹³ Es handelte sich hier nicht um Bonner SA- oder SS-Männer, vielmehr waren die Männer von außerhalb angereist, um die Zerstörungen vor Ort vorzunehmen. Dabei trugen sie keine vollständige Uniform, sondern „Räuberzivil“ (NS-Jargon), der aus Stiefelhosen und ziviler Oberkleidung bestand. Vgl. Neugebauer: Der Pogrom vom 10. November 1938, S. 201. Ähnliches findet sich in Bernward Althoff: Der 10. November 1938 in Bonn, in: Doris Maurer, Arnold E. Maurer (Hg.): Bonn. Ein Städte-Lesebuch, Frankfurt am Main 1990, S. 51-54, hier S. 52-53. Althoff schreibt, dass sich SA-Männer aus dem Aachener Raum und aus Kündinghoven beteiligten.

⁶¹⁴ Vgl. Mehmel u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 13-14.

⁶¹⁵ Die anderen Beteiligten waren bei der Gerichtsverhandlung 1949 nicht mehr zu identifizieren. StA Bonn N 1985/1134: Konvolut der Zeugenaussagen. Van Rey nennt noch den Bonner Germanistikprofessor Justus Obenauer als einen der Beteiligten. Vgl. van Rey: Die Vernichtung der Juden in Bonn, S. 243.

aktiv in das Geschehen ein, indem sie die Fenster der Synagoge mit Steinen einwarfen und so das Feuer weiter anfachten. Auch das angrenzende jüdische Gemeindehaus mit seinem kleinen Betsaal und der Arztpraxis des Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde, Samuel, verwüsteten die SA- und/oder SS-Männer. Die Familien des Gemeindedieners und seines pensionierten Vorgängers wurden aus ihren Wohnungen mit Schüssen vertrieben. Danach setzten sie das Gemeindehaus in Brand.⁶¹⁶ Als sich die umherstehenden Feuerwehrleute anschickten, das Feuer zu löschen, stellte sich Bürvenich vor den Wasserhydranten und versperrte ihnen den Weg. Der Feuerwehrmann Engels wies ihn darauf hin, dass sich im Gebäude noch eine alte Frau befände. Bürvenich entgegnete daraufhin: *„Das ganze Volk muss vernichtet (ausgerottet?) [so im Protokoll vermerkt, Anmerkung der Autorin] werden.“*⁶¹⁷ Der Bonner Spediteur Karl Heinz Seip beteiligte sich in anderer Form am Pogrom. Er demontierte das Straßenschild „Tempelstraße“ während die Bonner Synagoge in Flammen stand. Den Lebenserinnerungen von Marie Kahle zufolge sicherten zudem SA-Männer in grauen Uniformen die Tempelstraße und die umliegenden Straßen.⁶¹⁸ Zahlreiche Bonner beobachteten die Brandstiftung der Synagoge und des jüdischen Gemeindehauses von der Rheinbrücke aus. Manche wandten sich ab.⁶¹⁹ Die Bonner Polizei war über die antisemitische Aktion vorab unterrichtet worden und sorgte für einen „reibunglosen Ablauf“.⁶²⁰

Bevor die Zerstörungen der weiteren Synagogen im Bonner Stadtgebiet dargestellt werden, seien an dieser Stelle knapp mehrere Aspekte der Handlungen herausgearbeitet: Als sich die Gelegenheit ergab, partizipierten mehrere Bonner spontan und öffentlich an der Gewaltaktion gegen die Juden; sie taten dies ohne

⁶¹⁶ Vgl. Neugebauer: Der Pogrom vom 10. November 1938, S. 200.

⁶¹⁷ StA Bonn N 1985/1134: Schwurgericht Bonn, Sitzung vom 10. und 11. März 1949. Indirekt ist aus den Akten ersichtlich, dass die jüdische Frau entkommen war; keiner der Anklagepunkte war Mord oder Beihilfe zum Mord. Teile sind abgedruckt in Mehmel u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 30.

⁶¹⁸ Kahle, Marie: Was hätten Sie getan? Die Flucht der Familie Kahle aus Nazi-Deutschland. Kahle, Paul: Die Universität Bonn vor und während der Nazi-Zeit (1923-1939), Bonn ³2006, S. 17. Marie Kahle spricht von Männern in grauen Uniformen, Schloßmacher spezifiziert diese als SA-Männer. Vgl. Schloßmacher: „Kurzerhand die Farbe gewechselt“, S. 59.

⁶¹⁹ Vgl. Mehmel u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 16 und 29. Vgl. Otto Neugebauer: Der Pogrom vom 10. November 1938 in Bonn, S. 197.

⁶²⁰ Neugebauer: Der Pogrom vom 10. November 1938, S. 200-201. Dies ist auch aus dem Verwaltungsbericht der Polizei Bonn ersichtlich. Vgl. StA Bonn Pr 18/255: Verwaltungsbericht der Polizei Bonn (Stand 31. März 1939).

konkrete Handlungsanweisung seitens der Nationalsozialisten. Überdies trat Bürvenich einem Feuerwehrmann entgegen und behinderte diesen bei seiner Arbeit, im vollen Bewusstsein das Leben einer jüdischen Frau zu gefährden. Die ausführenden Akteure gestatteten den Bonnern, sich anzuschließen und sich an dem gewalttätigen Übergriff zu beteiligen. Polizisten schritten nicht zum Schutz der Bonner Juden ein.

Was geschah in den anderen Stadtgebieten des heutigen Bonn? Am frühen Morgen des 10. November 1938 fuhr eine Gruppe von Bonner SA- und SS-Männern zur Beueler Synagoge in der Wilhelmstraße. Im Gegensatz zu den Akteuren bei der Zerstörung der Bonner Synagoge am Rheinufer handelte es sich hier um lokale Parteiaktivisten. Unter ihnen befanden sich auch der NSDAP-Ortsgruppenleiter und stellvertretende Beueler Bürgermeister Otto Klamp, die SA-Männer Willi Sandmann) und Johann Schmitz sowie die SS-Männer Karl Giebeler und Paul Schatz.⁶²¹ Mit einem 50-Liter-Benzinkanister ausgerüstet, versuchten sie sich Zugang zur Synagoge zu verschaffen. Sie scheiterten zunächst an der Gittertür des Gebäudes. Der herbeigerufene Gemeindediener Hermann Quadt brach zusammen mit einem der SS-Männer auf Anweisung Klamps die Tür gewaltsam auf. Anschließend übergossen die SA- und SS-Männer⁶²² die Bänke der Synagoge mit dem Benzin und legten Feuer. Klamp hinderte die eintreffende Feuerwehr daran, die Flammen zu löschen. Erst als das Feuer auf ein Nachbarhaus übergesprungen war, durfte sie einschreiten.⁶²³ Beobachtet wurde die Brandstiftung von der umliegenden Nachbarschaft der Synagoge und laut Zeugenaussage einer der Nachbarinnen, Grete Rosemann, von „*einem Menschauflaufe*“.⁶²⁴ Zudem wurde der Polizeibeamte Peter Eich von dem Polizeihauptmann Fliersbach angewiesen, die Kunst- und Wertgegenstände der Synagoge zu beschlagnahmen.⁶²⁵

⁶²¹ Paul Schatz und Willi Sandmann waren im Zweiten Weltkrieg gefallen. Ihnen konnte nicht mehr der Prozess gemacht werden. Siehe StA Bonn Be PA 1974/140: Konvolut.

⁶²² Wer genau für die eigentliche Brandstiftung verantwortlich war, lässt sich aufgrund der Aktenlage nicht mehr verifizieren. Nur ihre Beteiligung am Novemberpogrom ist nachweisbar.

⁶²³ Vgl. Landesarchiv NRW - Abteilung Rheinland Gerichts Rep. 195/345-348: Schwurgericht Bonn, Sitzung vom 17. und 18. Oktober 1949.

⁶²⁴ StA Bonn N 1985/1134: Schwurgericht Bonn, Sitzung vom 10. und 11. März 1949.

⁶²⁵ Vgl. StA Bonn Be PA 1974/140: Konvolut. Zeugenaussage Eich im Rahmen der Beweissicherung bei den Prozessen zum Novemberpogrom in Beuel. Zu welchem Zeitpunkt die Anweisung erfolgte, ist nicht mehr rekonstruierbar. Insgesamt zu der Zerstörung der Beuler Synagoge siehe Mehmel u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 16 und S. 30.

Über die Zerstörung der drei anderen Synagogen im heutigen Bonner Stadtgebiet sind nur wenige Details und auch kaum etwas über die beteiligten Akteure bekannt. Die Bad Godesberger Synagoge in der Oststraße stand laut einem Bericht der lokalen Feuerwehr zwischen 14 Uhr und 15.30 Uhr in Flammen. Über die Ursache des Brandes wurden keinerlei Angaben gemacht. Vogt zufolge waren auch in Bad Godesberg lokale SA- und SS-Männer involviert.⁶²⁶ Zahlreiche Godesberger beobachteten das Geschehen.⁶²⁷ Auch die Mehlemer Synagoge in der Meckenheimer Straße wurde am 10. November beschädigt. Die rückläufige Mitgliederzahl der jüdischen Gemeinde aufgrund der nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen hatte schon vor dem Novemberpogrom zur Aufgabe des Gotteshaus geführt. Ebenso wurde die Poppelsdorfer Synagoge Ecke Jagdweg/Bennauerstraße zerstört. Laut einem Zeitzeugenbericht zertrümmerten unbekannte SS-Männer in schwarzen Uniformen mit Ästen die Tür und die Fenster der Synagoge. Kurz darauf fuhren weitere Männer mit Kanistern vor und zündeten das Gebäude an. Die Synagoge brannte vollständig ab.⁶²⁸ Der kleine Gebetssaal der ostjüdischen Gemeinde in der (Grau-) Rheindorfer Straße, lag hinter einer Fabrik jüdischer Inhaber. Laut einem Zeitzeugeninterview mit Rolf Hamlet wurde dieser nur verschont, weil sich Fabrikarbeiter den Männern⁶²⁹ mit den Worten entgegenstellten: „Wir verlieren ja dann unser Brot.“⁶³⁰

5.1.2 Zerstörung „jüdischer“ Geschäfte und Wohnungen

Gleichzeitig zur Brandstiftung der Bonner Synagogen zerstörten SA- und SS-Männer am 10. November 1938 „jüdische“ Geschäfte und Wohnungen in Bonn. Sie kamen mehrheitlich von außerhalb, wurden jedoch in Bonn von örtlichen SS-Männern angewiesen. So berichtet Neugebauer, dass die fremden Parteiaktivisten von Ortsgruppenleiter Rüge empfangen wurden und dieser ihnen die „jüdische“

⁶²⁶ Vgl. Helmut Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 543.

⁶²⁷ Vgl. Stang: „...keine Todesfälle von Einwohnern jüdischen Glaubens“, S. 164.

⁶²⁸ Vgl. Mehmehl u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 16.

⁶²⁹ Aus dem Interview ist nicht ersichtlich, um wen es sich bei den Männern handelte.

⁶³⁰ Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 86: Zeitzeugeninterview. Mehr zum Betsaal siehe Bothien u. a.: Abgeschoben nach Polen am 28.10.1938..., S. 8-15.

Topographie Bonns mit möglichen Zielen vorstellte.⁶³¹ Auch der SS-Standartenführer Joachim Hausschildt⁶³² bestätigte vor dem Bonner Schwurgericht 1951, dass fremde SS-Männer⁶³³ am 10. November in Bonn eintrafen. Später habe er angeordnet, dass sich örtliche SS-Männer vor „jüdischen“ Geschäften positionierten.⁶³⁴ Ebenso wird im nachfolgend beschriebenen Fall der Jüdin Olga Gottschalk die Beteiligung eines lokalen SS-Mannes erwähnt. Aus einem Urteil des Bonner Schwurgerichts vom 27. Dezember 1950 ist zudem bekannt, wie sich der Bonner Jakob Holzhauer am Novemberpogrom beteiligte, indem er Fensterscheiben „jüdischer“ Geschäfte einwarf.⁶³⁵ Wie auch bei der Brandlegung der Synagogen stellte sich die Bonner Polizei den Akteuren nicht in den Weg. Im Nachhinein suchte sie hingegen die Tatorte auf und stellte die Schäden an „jüdischen“ Geschäften und Wohnungen fest.⁶³⁶

Über 30 Läden im Bonner Stadtgebiet waren von der antisemitischen Aktion betroffen. Viele der Geschäfte wurden so stark beschädigt, dass sie die Inhaber danach aufgeben mussten.⁶³⁷ Dies bedeutete für die Menschen in fast allen Fällen der Beginn der andauernden Erwerbslosigkeit. In welchem Verhältnis und Ausmaß die Zerstörungen die jüdische Gemeinde insgesamt getroffen hatte, ist aufgrund der Quellenlage schwer einzuschätzen. Für die Stadt Bonn ist belegt, dass bereits vor dem Novemberpogrom eine Vielzahl „jüdischer“ Geschäfte in nicht-jüdische Hände übergegangen war.⁶³⁸ Die Aufgabe der Geschäfte war hauptsächlich bedingt durch die sukzessive Ausgrenzung vor Ort aufgrund antisemitischer Maßnahmen aber auch wegen des geänderten Käuferhaltens der nicht-jüdischen Bonner. Damit ging für die Juden eine erschwerte wirtschaftliche Lage einher; viele entschieden sich dazu bzw.

⁶³¹ Vgl. Neugebauer: Der Pogrom vom 10. November 1938, S. 201. Ebenso StA Bonn Pr 16/48: Wingendorf vom 6. August 1947. Nach der Zeugenaussage von Johann Wingendorf beim Entnazifizierungsausschuss. Hier zeigen sich auch die langfristigen Auswirkungen der Boykottaktionen gegen „jüdische“ Geschäfte der vergangenen Jahre. Es war eine jüdische Topographie entstanden, vgl. Kapitel 3.

⁶³² Hausschildt wurde bei der Entnazifizierung in Gruppe IV Mitläufer eingestuft.

⁶³³ Hausschildts Ansicht nach kamen die Männer aus Köln, er konnte es allerdings nicht mit absoluter Bestimmtheit sagen.

⁶³⁴ Vgl. Landesarchiv NRW - Abteilung Rheinland: Gerichts Rep. 104/406: Aussage vom 3. März 1951.

⁶³⁵ Vgl. ebenda: Urteil vom 27. Dezember 1950.

⁶³⁶ Vgl. Neugebauer: Der Pogrom vom 10. November 1938, S. 202.

⁶³⁷ Vgl. Mehmel u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 17. Dort wird die Anzahl der zerstörten Geschäfte mit nahezu 30 angegeben. Diese Zahl ist nach dem neuesten Forschungsstand von mindestens 33 Geschäften überholt. Vgl. vorliegende Arbeit, S. 160.

⁶³⁸ Vgl. StA Bonn Pr 10/575: Politischer Lagebericht vom März 1936. Siehe ebenso Abschnitt 3.4.4.

sahen sich gezwungen, zu emigrieren.⁶³⁹ Bekannt ist, dass von den knapp über 300 jüdischen Erwerbstätigen im Juli 1937 weit über die Hälfte selbstständig war, beispielsweise als Kaufleute, Händler, Metzger und Fabrikanten.⁶⁴⁰ Wie viele Geschäfte im November 1938 insgesamt noch von jüdischen Geschäftsinhabern geführt wurden, kann nicht mehr rekonstruiert werden.⁶⁴¹

Anhand ausgewählter Beispiele soll der Novemberpogrom gegen Juden in Bonn illustriert werden: Andreas und seine jüdische Frau Charlotte Dotterweich, geborene Pollack betrieben gemeinsam einen Friseurladen mit Parfümerie in der Bahnhofstraße. Das Geschäft neben ihnen hatten sie an den Juden Zatorski vermietet, der dort Uhren- und Goldwaren verkaufte. Am 10. November drangen die SS-Männer in Zatorskis Laden ein und verwüsteten ihn. Anschließend klebten sie bei Zatorski und Dotterweich einen Judenstern an die Hausfront. Der Schaden belief sich nach Einschätzung der Bonner Stadtverwaltung auf 3.000 RM.⁶⁴² In das zentral gelegene Textilwarengeschäft „Rein-Etage“ in der Remigiusstraße drang gegen 13 Uhr eine Gruppe von SS-Männern ein und forderte das Personal auf, die Verkaufsräume zu verlassen. Nur der Hausmeister blieb zurück, um, seiner Aussage nach, sicherzustellen, dass nicht geplündert würde. Die SS-Männer demolierten die Räume, indem sie Lampen abrisen sowie Ladentheken und Glasvitrinen zerstörten. Die Schaufenster ließen sie hingegen unbeschädigt.⁶⁴³ Nach etwa einer halben Stunde verließen sie das Geschäft. Der angerichtete Schaden belief sich auf circa 10.000 RM.⁶⁴⁴

Bei Neugebauer findet sich eine detaillierte Schilderung der Zerstörungen des Modegeschäftes „Heumann“ am Martinsplatz. Der Inhaberin des Ladens gelang es dank der Warnung eines jüdischen Bekannten und mit Hilfe ihrer nicht-jüdischen Angestellten die wertvollsten Waren vom Verkaufsraum in den Keller zu bringen.

⁶³⁹ Für die Stadt Bonn ist überdies belegt, dass ca. ein Drittel der Juden Bonn verlassen hatte oder emigriert war. Vgl. auch van Rey: Die Vernichtung der Juden in Bonn, S. 232.

⁶⁴⁰ Ebenda.

⁶⁴¹ Vgl. StA Bonn Pr 10/575: Politischer Lagebericht vom März 1936. Vgl. auch van Rey: Die Vernichtung der Juden in Bonn, S. 232. Mehr dazu in Abschnitt 5.3.2.

⁶⁴² Vgl. ebenda. Ebenso StA Bonn N 1985/694: Wiedergutmachungsakte. Verifiziert durch das Wiedergutmachungsamt Bonn.

⁶⁴³ Landesarchiv NRW Gerichts. Rep 104/406: Aussage von Gustav Knöffler vom 14. März 1952. Sein Bericht wurde grundsätzlich bestätigt durch die Verkäuferin Agnes Gottensträter, die auch in der Rein-Etage zum Zeitpunkt des Novemberpogroms tätig war.

⁶⁴⁴ Vgl. Neugebauer: Der Pogrom vom 10. November 1938, S. 203 und StA Bonn Pr 16/41: Oberbürgermeister an den Regierungspräsidenten Köln vom 3.12.1938.

Gegen 11 Uhr betrat schließlich eine Gruppe von acht bis zehn Männern das Geschäft, bewaffnet mit Äxten und Hämmern. Sie forderten die Inhaberin zu sehen und verwiesen die Angestellten des Geschäftes mit der Aussage, dass sie in einer Stunde wiederkehren könnten. Bei ihrer Rückkehr fanden die Angestellten, eine kleine Gruppe von Bonnern vor, die sich vor dem Geschäft versammelt hatte. Vereinzelt wurden sie als „Judenknechte“ beschimpft. Der Laden selbst war verwüstet, Frau Heumann hatte in ihrer Privatwohnung im 2. Stock des Hauses Zuflucht gesucht. Kurz nach Weggang der Männer traf eine Abordnung der NS-Frauenschaft ein, die Wollsachen für die Winterhilfe von Frau Heumann forderten. Zunächst erhielten sie die geforderte Ware gegen Quittung, mussten diese aber zurückgeben, nachdem sich eine Verkäuferin des Modegeschäfts bei der Kreisleitung telefonisch beschwert hatte.⁶⁴⁵ Der geschätzte Schaden belief sich laut des Berichts der Stadtverwaltung Bonn auf 24.000 RM.⁶⁴⁶

Im Fall von Olga Gottschalk drangen SS-Männer in ihre Wohnung in der Marxstraße mit der Absicht ein, diese zu demolieren. Nach Aussage von Gottschalk bedrohten die Männer auch ihr vierjähriges Kind. Dies wurde im Wiedergutmachungsprozess von ihrem ehemaligen Nachbarn Johann Linke bestätigt: *„Meine Frau hörte wiederholt die Ausrufe: ‚Mein Kind, mein Kind‘“*.⁶⁴⁷ Einer der anwesenden SS-Männer schritt ein, da Gottschalk Kundin in seinem Lebensmittelgeschäft war, welches sich ebenfalls in der Marxstraße befand. Die SS-Männer stellten der Familie schließlich das Ultimatum, die Wohnung bis mittags zu räumen. Von einer gegenüberliegenden Gastwirtschaft beobachteten sie, ob Gottschalk der Aufforderung folgte.⁶⁴⁸

Die bürokratische Aufarbeitung der Gewaltaktion folgte knapp sieben Wochen später. Am 3. Dezember 1938 sandte die Stadtverwaltung Bonn einen Bericht mit dem Betreff *„Feststellung der Schäden, die bei den Aktionen und Demonstrationen gegen Juden entstanden sind“*⁶⁴⁹ an den Regierungspräsidenten in Köln. Auf Anweisung von Rickert hatten Stadtbaurat Schulze und weitere Beamte der Baupolizei die Schäden

⁶⁴⁵ Vgl. ebenda, S. 197.

⁶⁴⁶ Vgl. ebenda, S. 203 und StA Bonn Pr 16/41: Oberbürgermeister an den Regierungspräsidenten Köln vom 3.12.1938.

⁶⁴⁷ StA Bonn N 1985/771: Wiedergutmachungsakte: Zeugenaussage Linke.

⁶⁴⁸ Vgl. StA Bonn N 1985/771: Wiedergutmachungsakte. Verifiziert durch das Wiedergutmachungsamt Bonn.

⁶⁴⁹ StA Bonn Pr 16/41: Oberbürgermeister an den Regierungspräsidenten Köln vom 3.12.1938.

festgestellt und geschätzt. Dabei bezogen sie auch polizeiliche Meldungen in ihre Kalkulationen mit ein. Insgesamt waren in der Liste 26 vom Novemberpogrom betroffene jüdische Personen bzw. Familien aufgeführt, von denen Geschäfte oder Wohnungen bzw. beides verwüstet worden waren. Auch der Laden eines nicht-jüdischen Geschäftsmanns wurde von den SA- und SS-Männern irrtümlich zerstört.⁶⁵⁰ Die Sachschäden beliefen sich der Aufstellung zufolge auf ca. 208.500 RM. Zudem wurden weitere 41.500 RM als „Aufräumungskosten“⁶⁵¹ veranschlagt. Allerdings stellte die Stadtverwaltung in ihrem Bericht fest, dass die aufgeführten Schäden tatsächlich höher einzuschätzen und auch die beiden Synagogen (in der alten Stadt Bonn und in Poppelsdorf) von der Aufstellung ausgenommen wären. Aufgrund der Wiedergutmachungsakten der Stadt Bonn konnten drei weitere Geschäfte jüdischer Inhaber identifiziert werden, die jedoch nicht in der Auflistung der Stadtverwaltung enthalten sind.⁶⁵² Das Amt Duisdorf nennt vier weitere jüdische Personen bzw. Familien, die vom Novemberpogrom betroffen waren. Der Schaden wurde vom Bürgermeister auf 5.000 bis 6.000 RM geschätzt.⁶⁵³ Aufstellungen zu den Zerstörungen in Bad Godesberg, Beuel und Mehlem sind in den Archiven nicht mehr vorhanden. Parallel zu den gewaltsamen Übergriffen auf „jüdisches“ Eigentum und der symbolhaften Brandlegung der Synagogen wurden jüdische Männer festgenommen.

5.1.3 Verhaftung jüdischer Bonner

Der Befehl zur Festnahme jüdischer Männer kam von Hitler persönlich, der auf dem Weg zur Parteiversammlung am 9. November 1938 die Verhaftung von 25.000 bis

⁶⁵⁰ Vgl. ebenda. Ebenso Neugebauer: Der Pogrom vom 10. November 1938, S. 202-204. Dort findet sich auch eine vollständige Auflistung der beschädigten Wohnungen und Geschäfte. Siehe auch StA Bonn Pr 16/41: Oberbürgermeister an den Regierungspräsidenten Köln vom 3.12.1938. Ebenso vereinzelt in den Wiedergutmachungsakten, so in StA Bonn N 1985/613: Klein; StA Bonn N 1985/661: Bucki; StA Bonn N 1985/694: Dotterweich; StA Bonn N 1985/766: Goldschmidt; StA Bonn N 1985/1084: Samuel. Diese wurden durch das Wiedergutmachungsamt Bonn verifiziert.

⁶⁵¹ Neugebauer: Der Pogrom vom 10. November 1938, S. 204.

⁶⁵² Vgl. StA Bonn N 1985/942: Wiedergutmachungsakte L(ey): Eidesstattliche Erklärung Agnes B(rückl-Wolff); StA Bonn N 1985/964: Wiedergutmachungsakte Klara Henseler (Marx); StA Bonn N 1985/1172: Wiedergutmachungsakte Stern. Diese wurden durch das Wiedergutmachungsamt Bonn verifiziert.

⁶⁵³ Vgl. StA Bonn Du 326: Der Amtsbürgermeister Duisdorf vom 14. November 1938.

30.000 Juden anordnete.⁶⁵⁴ Auf lokaler Ebene erfolgte die Anweisung durch die Bonner Gestapo. Wer die Verhaftungen durchführte, ist aufgrund der Quellenlage in vielen Fällen nicht mehr eindeutig zu klären. Lediglich anhand einzelner Akten- bzw. Zeitzeugenberichte lassen sich beteiligte Akteure identifizieren; sie unterschieden sich innerhalb des Bonner Stadtgebietes nach den damals noch voneinander unabhängigen Kommunen. Diese Beliebigkeit ist kein Charakteristikum Bonns, vielmehr lässt sie sich reichsweit konstatieren.⁶⁵⁵ Nachfolgend soll grob der Ablauf der Verhaftungen dargestellt und durch ausgewählte Beispiele illustriert werden.

Die genaue Zahl der verhafteten jüdischen Männer aus der alten Stadt Bonn ist anhand der verfügbaren Quellen nicht mehr nachvollziehbar. Nach einer Aufstellung von Klaus Rosendahl waren mindestens elf Männer betroffen,⁶⁵⁶ unter ihnen befand sich der 18-jährige Wilhelm Hirschfeld. In einem Zeitzeugeninterview berichtete er, dass er von seiner Arbeit in Siegburg durch zwei SS-Männer abgeführt wurde und in die Gestapo-Außenstelle Bonn im Kreuzbergweg 5 gebracht wurde. Gestapo-Männer verhörten ihn und sperrten ihn anschließend in eine der Zellen.⁶⁵⁷

In Beuel wurden anstatt der von der Bonner Gestapo geforderten zwei oder drei prominenten Juden, 14 bis 16 Juden zur Polizeidienststelle ins Rathaus gebracht.⁶⁵⁸ Der Befehl, alle männlichen Juden zu verhaften, stammte von Klamp.⁶⁵⁹ Nachfolgende Ereignisse konnte die Staatsanwaltschaft bei ihren Ermittlungen 1948 nicht hinreichend rekonstruieren. Gesichert ist, dass die Männer dort kurzzeitig in zwei Zellen untergebracht waren. Auf Anweisung des zuständigen Revierleiters Fliersbach wurden sie auf den Hof des Beueler Rathauses geführt. Dort mussten sie Eisenschrott

⁶⁵⁴ Vgl. Gross: November 1938, S. 47.

⁶⁵⁵ Vgl. Kropat: Reichskristallnacht, S. 138.

⁶⁵⁶ Anfrage an Klaus Rosendahl, Mitarbeiter der Gedenkstätte Bonn vom 1. März 2017. Namentlich bekannt sind Wilhelm Hirschfeld, Max Kussel und Sally Meyer. Vgl. Neugebauer: Der Pogrom vom 10. November 1938, S. 198 und Mehmel u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 21-22. Darüber hinaus berichtet Otto Meyer in seinen Lebenserinnerungen, dass auch er verhaftet wurde, aber als finnischer Konsul wieder entlassen wurde. Vgl. Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 169, S. 5. Ebenso wurde Max Marx verhaftet und ins KZ Dachau deportiert. StA Bonn N 1985/964: Wiedergutmachungsakte. Verifiziert durch das Wiedergutmachungsamt Bonn.

⁶⁵⁷ Vgl. Mehmel u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 21-22. Vgl. Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 54.

⁶⁵⁸ Vogt schreibt, dass sie bereits am Abend des 9. November 1938 verhaftet wurden. Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 543. Die Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft mit Zeugenberichten nennen allerdings den Vormittag des 10. November. StA Bonn Be PA 1974/140: Konvolut. Dies ist plausibel, nachdem die antisemitischen Aktionen in Bonn erst am 10. November 1938 begannen.

⁶⁵⁹ Vgl. Mehmel u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 21.

sortieren, wobei auch zwei SA-Männer anwesend waren. Ungeklärt bleibt, wer die Männer verhaftet hat, wer den jüdischen Männer befahl, den Schrott zu sortieren und welche Rolle die zwei SA-Männer spielten.⁶⁶⁰ Gegen Mittag wurde die Polizeidienststelle von der Bonner Gestapo angewiesen, alle Juden bis auf drei wieder zu entlassen. Zurück blieben der Kaufmann Alfred Herz, der Viehhändler Samuel Levy und der Arzt Dr. Max Weis.⁶⁶¹

In Bad Godesberg wurden aufgrund einer vorbereiteten Liste 13 jüdische Männer von Polizisten in ihren Wohnungen aufgesucht und verhaftet.⁶⁶² Unter ihnen befand sich auch Samuel. In seinen Lebenserinnerungen schildert er, wie er von zwei Gestapo-Beamten verhaftet und dann mit anderen Godesberger Juden zunächst in einem Polizeiwagen ins Rathaus gebracht wurde. Dort wurden sie in den Wachraum der Polizei geführt und danach im Keller gefangen gehalten. Seine anschließende Verlegung in die Zentrale der Bonner Gestapo im Kreuzbergweg beschrieb er so:

„Aus dem Dunkel des Kellers sehe ich leuchtend die gelbblassen, blutlosen Gesichter, entsetzte und erschreckte Augen. Die Bonner jüdischen Männer waren dort eingesperrt, in derselben Ungewissheit gehalten wie alle. Bei jedem Öffnen der Tür vermutet man das Ende.“⁶⁶³

Samuel war der einzige der verhafteten Godesberger Juden, der nicht ins KZ Dachau überführt wurde; ihm zufolge entschied der damaligen Gestapo-Chef Franz Settels,⁶⁶⁴ dass er ihn noch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der jüdischen Gemeinde

⁶⁶⁰ Vgl. StA Bonn Be PA 1974/140: Konvolut. Die Zeugenaussagen waren für das Gericht nicht ausreichend, den SA-Männern eine Beteiligung nachweisen zu können.

⁶⁶¹ Vgl. Mehmel u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 21. Ebenso Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 543. Weitere Informationen zu Max Weis finden sich in Stang: Ihr weiterer Aufenthalt im Reichsgebiet ist unerwünscht.

⁶⁶² Vgl. Stang: „...keine Todesfälle von Einwohnern jüdischen Glaubens“, S. 164. Als Bürgermeister und Chef der Polizei trug Heinrich Alef zumindest Mitverantwortung für die Aktion. Siehe hierzu Bothien: nicht der schlimmste Bürgermeister, S. 156.

⁶⁶³ Samuel: Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933, S. 423.

⁶⁶⁴ Franz Settels geboren 1904 in Wanlo, war von April 1938 bis August 1939 Leiter der Gestapo Bonn. Nach mehreren Entnazifizierungsverfahren stuft man ihn in die Kategorie IV mit Auflagen als Mitläufer ein. Er starb 1969 in Rheydt. Schloßmacher: „Kurzerhand die Farbe gewechselt“, S. 295 und 309.

benötigte.⁶⁶⁵ In Duisdorf wurden alle männlichen Juden verhaftet und an die Bonner Gestapo-Stelle übergeben.⁶⁶⁶ Zumindest im Fall von Salli Israel ist belegt, dass er auf Anordnung des Duisdorfer Amtsbürgermeisters von zwei Polizeibeamten festgenommen wurde und zwischenzeitlich im Polizeihauptquartier in Duisdorf untergebracht war.⁶⁶⁷

Alle verhafteten jüdischen Bonner wurden anschließend in Kölner Gefängnisse überführt. Bis auf Levy, der krankheitsbedingt innerhalb eines Tages entlassen wurde, deportierte man die Männer von dort aus in das KZ Dachau. Einige von ihnen wurden erst Anfang 1939 wieder entlassen.⁶⁶⁸ Leo Salomon war einer der Bonner Juden, der während des Novemberpogroms verhaftet und ins KZ überstellt wurde. Da er am Ersten Weltkrieg als Soldat teilgenommen hatte, wurde er am 23. Dezember 1938 vorläufig entlassen. Am nächsten Tag nahm er sich gemeinsam mit seinen Eltern das Leben.⁶⁶⁹ Salomons Fall und die Hintergründe seines Suizids wurden von Samuel in seinen Lebenserinnerungen ausführlicher beschrieben: Ihm zufolge durchsuchte die Bonner Gestapo, u. a. Gestapo-Chef Settels, am Tag der Rückkehr von Salomon aus dem KZ Dachau die Wohnung der Familie. Dort entdeckten sie einen größeren Geldbetrag, beschlagnahmten ihn und drohten der Familie mit Bestrafung. Am nächsten Morgen fand man Leo Salomon zusammen mit seinen Eltern in der Küche vor; die Todesursache war eine Gasvergiftung.⁶⁷⁰ Der Fall Salomon war kein Einzelfall, sondern steht repräsentativ für schätzungsweise 1.300 bis 1.500 Juden, die im Zuge des Novemberpogroms ermordet wurden, durch die Einweisung in Konzentrationslagern umkamen oder Suizid begingen.⁶⁷¹

⁶⁶⁵ Ebenda, S. 419-427.

⁶⁶⁶ Vgl. Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 543.

⁶⁶⁷ Vgl. StA Bonn Du 326: Bericht des Gendarmie-Hauptwachtmeisters vom 10.11.1938. Bei den Polizisten handelte es sich um Polizeihauptwachmeister Hall, der zweite konnte wegen unleserlicher Schrift in der Akte nicht identifiziert werden.

⁶⁶⁸ Vgl. Mehmel u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 21.

⁶⁶⁹ Vgl. StA Bonn N 1985/1081: Wiedergutmachungsakte. Verifiziert durch das Wiedergutmachungsamt Bonn.

⁶⁷⁰ Vgl. Samuel: Mein Leben in Deutschland, S. 432. Dass es sich in dem beschriebenen Fall um Salomon handelt, identifizierte Schloßmacher. Vgl. Schloßmacher: "Kurzerhand die Farbe gewechselt", S. 297.

⁶⁷¹ Vgl. Meier Schwarz, Karin Lange: Die „Kristallnacht“-Lüge, <http://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/die-kristallnacht-luege/>, gesehen am 16.2.2017.

5.2 Die „Bonner Volksgemeinschaft“ im Novemberpogrom

Die oben beschriebenen Geschehnisse während dem Novemberpogrom in Bonn fasste der „Bonner Beobachter“, der Lokalteil des „Westdeutschen Beobachters“, am 11. November 1938 propagandistisch aufbereitet zusammen:

*„Die berechtigte Wut der Bevölkerung steigerte sich gestern Vormittag und Nachmittag immer mehr und führte zu spontanen Kundgebungen gegen das Judentum. Bei dieser Gelegenheit richtete sich die Volkswut begreiflicherweise auch gegen jüdische Geschäfte, die sich noch in der Stadt breit machten und teilweise durch raffinierte Tarnung versuchten, die deutschen Volksgenossen in ihre Läden zu locken. In mehreren Fällen wurden jüdische Geschäfte in der Empörung zertrümmert. In beiden Synagogen sowohl am Rhein als auch in Poppelsdorf [...] brachen Brände aus.“*⁶⁷²

Ähnlich beschrieb der „General-Anzeiger Bonn“ unter dem Titel „Hart aber gerecht“ den Novemberpogrom und seine Folgen in Bonn. Auch hier wurde das „Volk“ als Akteur der Verwüstungen benannt, wobei noch herausgestellt wurde, wie der nationalsozialistische Staat dafür sorgte, dass *„diese Einzelaktionen sofort aufhörten, und [dass der nationalsozialistische Staat] die ja so natürliche Empörung unseres Volkes in gesetzliche Bahnen [lenkte].“*⁶⁷³

Die „von oben“ inszenierten und von lokalen Akteuren ausgeführten gewalttätigen Ausschreitungen, rechtfertigte die nationalistisch gelenkte lokale Presse mit „angemessener Empörung“. Weder hinterfragte sie den offenen Rechtsbruch, noch die gewaltsamen Übergriffe oder benannte konkret die Täter. Die Zeitungen folgten in ihrer Argumentation Goebbels, der den Novemberpogrom als *„berechtigte und verständliche Empörung des deutschen Volk^{es}“*⁶⁷⁴ bezeichnete. Auch Longerich stellte in

⁶⁷² Erstmals abgedruckt in Neugebauer: Der Pogrom vom 10. November 1938, S. 196. Ebenso Mehmel u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 19.

⁶⁷³ „General-Anzeiger Bonn“ vom 14. November 1938.

⁶⁷⁴ Kropat: Reichskristallnacht, S. 117.

seiner Studie fest, dass eine nahezu unterschiedslose Berichterstattung mit ähnlich lautender, antisemitischer Sprachregelung sowohl bei der nationalsozialistischen Parteipresse als auch bei nicht-nationalsozialistischen Zeitungen über den Novemberpogrom zu finden war.⁶⁷⁵

Nachfolgend sollen nun die tatsächlichen Akteure, deren Handlungsmöglichkeiten und die Implikationen für die Herstellung der „Bonner Volksgemeinschaft“ aufgeführt und analysiert werden.

5.2.1 Beteiligte Akteure am Novemberpogrom

An der antisemitischen Gewaltaktion am 10. November 1938 in Bonn waren unterschiedliche Akteure beteiligt. Aus dem Umkreis angereiste, aber auch lokale SA- und SS-Männer setzten die Synagogen in Brand und verwüsteten oder zerstörten „jüdische“ Geschäfte und Wohnungen. Dabei variierten die Handelnden je nach Stadtgebiet bzw. den damals unabhängigen Gemeinden: So waren in Bad Godesberg und Beuel lokale SA- und SS-Männer die Täter. Eine Ausnahme stellte der NSDAP-Ortgruppenleiter und stellvertretende Bürgermeister Otto Klamp dar, der in Beuel die treibende Kraft war. Die Mehrzahl der NSDAP-Kreisleiter beschränkte sich beim Novemberpogrom darauf, Anweisungen zu geben bzw. die beteiligten Akteure zu koordinieren; sie selbst partizipierten selten direkt an den gewaltsamen Übergriffen und waren kaum persönlich an den Tatorten anwesend.⁶⁷⁶ In der alten Stadt Bonn waren die Hauptverantwortlichen auswärtige SA- oder SS-Männer, wobei sie in vielfältiger Weise von ihrem Bonner Gegenpart unterstützt wurden; diese wiesen sie u. a. in die „jüdische Topographie“ vor Ort ein und beteiligten sich teilweise auch direkt an den gewaltsamen Übergriffen. Für Bonn sind keinerlei Hinweise für zögerliches Verhalten von Mitgliedern der NS-Verbände in den Archiven zu finden –

⁶⁷⁵ Vgl. Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 137. Ihm zufolge war der Novemberpogrom ein entscheidender Einschnitt bei der Gleichschaltung der Presse, da sich ab diesem Zeitpunkt die „Berichterstattung und Kommentierung zu einer fast geschlossenen antisemitischen Hetzkampagne“ vermengte.

⁶⁷⁶ Es war ungewöhnlich, dass Klamp selbst aktiv wurde. Die Mehrzahl der NSDAP-Kreisleiter beschränkte sich beim Novemberpogrom darauf, Anweisungen zu geben bzw. die beteiligten Akteure zu koordinieren; sie selbst waren selten am Tatort zu finden. Vgl. Kropat: Reichskristallnacht, S. 114.

eine Ausnahme stellte das Handeln des SS-Mannes bei der Jüdin Gottschalk dar, mit welcher er direkt bekannt war.⁶⁷⁷ Man folgte der Anweisung „von oben“, wobei die individuellen Beweggründe retrospektiv nicht mehr rekonstruierbar sind. Die Gestapo beschlagnahmte Wertgegenstände und Archivmaterialien aus den Synagogen und verhaftete jüdische Bonner. Von der Bonner Gestapo-Zentrale am Kreuzbergweg aus wurden diese nach Köln und dann weiter ins KZ Dachau gebracht.

Polizei und Feuerwehr schritten trotz mangelnder Rechtsgrundlage nicht ein; mehr noch, die Polizei war direkt und indirekt involviert. Der Leiter der Schutzpolizei Schäfer wies die Feuerwehr an, den Synagogenbrand nicht zu löschen. Duisdorfer Polizisten verhafteten jüdische Männer. In Bad Godesberg und Beuel wurden diese zunächst im Wachraum der Polizei oder in Zellen untergebracht.⁶⁷⁸ Im nachfolgend beschriebenen Fall der Familie Kahle entschied sich ein Polizist ohne Zwang oder gemeinschaftliche Erwartungshaltung – er war alleine auf Streife – die Hilfsbereitschaft der Kahles zu melden. Dieses Ineinandergreifen und Zusammenspiel der verschiedenen örtlichen Institutionen und nationalsozialistischen Organisationen machten den Pogrom vor Ort erst möglich.

Aber auch nicht in NS-Verbänden organisierte Bonner beteiligten sich direkt an dem Novemberpogrom; sie entschieden sich spontan und ohne Aufforderung „von oben“, Gewalt auszuüben. So bestätigt sich im Fall Bonns die Erkenntnis von Wildt: Innerhalb kürzester Zeit ließen sich „normale“ Männer organisieren, die zu den antisemitischen Gewalttaten bereit und fähig waren.⁶⁷⁹ Zu vermuten ist, dass sich diese Bonner zusätzlich durch das Verhalten der nationalsozialistischen Akteure und das fehlende Eingreifen der Polizei oder Feuerwehr in ihrem Handeln bestätigt sahen.

⁶⁷⁷ Sein Entgegenkommen beschränkte sich jedoch auch nur auf ein Ultimatum und er verhinderte nicht die Verwüstung ihrer Wohnung per se.

⁶⁷⁸ Auch die offizielle Bewertung des Novemberpogroms in den Akten der Bonner Polizei spricht für sich. In dem mehrseitigen Verwaltungsbericht aus dem Jahr 1939 berichtet die Bonner Polizei über das Novemberpogrom: „Neben dieser Tätigkeit war bei folgenden Veranstaltungen erhöhter Einsatz an Polizeikräften erforderlich: [...]“

1.5.38: Maifeier, Großveranstaltung auf dem Markt,

16.6.38: Fronleichnamsprozession,

2.7.38: ‚Rhein in Flammen‘, [...]

20.9.38: Staatsbesuch des Führers und des engl. Ministerpräsidenten in Bad Godesberg.

10.11.38: Kundgebung gegen die Juden.“ Vgl. StA Bonn Pr 18/255: Verwaltungsbericht der Polizei Bonn.

⁶⁷⁹ Vgl. Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 344. Dass dies der sozialen Praxis beim Novemberpogrom entsprach, bestätigt auch Kropat. Vgl. Kropat: Reichskristallnacht, S. 146.

Mit der Zerstörung der Synagoge bzw. der Geschäfte wurde ihnen ihr Handeln und ihre Machtausübung direkt vor Augen geführt. Bei Bürvenich ist zudem belegt, dass er mit seinem Verhalten die Verletzung bzw. den Tod einer Frau herausforderte. Die Definition von Popitz scheint hier angebracht:

„Wer Aktionsmacht ausübt, kann etwas tun, wogegen andere nicht gefeit sind; er hat die Macht, andere etwas erdulden zu lassen. [...] Aktionsmacht ist Verletzungsmacht, der Aktionsmächtige der Verletzungsmächtige. Im direkten Akt des Verletzens zeigt sich unverhüllter als in anderen Machtformen, wie überwältigend die Überlegenheit von Menschen über andere Menschen sein kann.“⁶⁸⁰

Einen Sonderfall stellte das Verhalten der Bonner NS-Frauenschaft dar. Plünderungen während des Novemberpogroms, an denen sich auch zahlreiche Jugendliche und Frauen beteiligten, sind reichsweit belegt;⁶⁸¹ dies war hier allerdings nicht gegeben. Die Bonnerinnen gingen als Gruppe in das Modegeschäft Heumann und forderten die Herausgabe von Waren für das Winterhilfswerk. Diese Anmaßung wird nur begreifbar, wenn man sich die rechtlose und chaotische Situation des 10. November 1938 vor Augen führt. Nichtsdestotrotz spiegelt sich in dieser Handlung auch die Entwicklung der sozialen Praxis vor Ort wieder. Diese Frauen sahen Juden als außerhalb der Gesellschaft und Rechtssicherheit stehend.

Der Novemberpogrom markierte nicht nur die Wende hin zu offener Gewalt gegenüber den Juden; auch in anderer Hinsicht stellte er eine Zäsur da. Die Beteiligung der Bonner an der Zerstörung der Synagogen war ein gesellschaftlicher Bruch. So bestätigt sich beim Novemberpogrom in Bonn die Feststellung Wildts:

„Durch die kollektive Gewalttat gegen Juden wurde die Ausgrenzung der ‚Anderen‘ auf brutale Weise exekutiert, und zugleich bildete sich in der Aktion jene Volksgemeinschaft [... die] sich erst durch die Tat schuf.“⁶⁸²

⁶⁸⁰ Popitz: Phänomene der Macht, S. 43.

⁶⁸¹ Vgl. Gross: November 1938, S. 55.

⁶⁸² Wildt: Gewalt als Partizipation, S. 238.

5.2.2 Hilfsbereitschaft gegenüber Juden

Es sind Fälle bekannt, in denen nicht-jüdische Bonner Juden unterstützten. Der Geologie-Professor Hans Cloos holte am Abend des 9. Novembers 1938, als der Novemberpogrom in verschiedenen Städten bereits begonnen hatte, seinen jüdischen Kollegen und Professor für Mathematik Otto Toeplitz von zu Hause mit seinem Auto ab und fuhr ihn nach Aachen, wo er ihn einige Tage versteckte. Toeplitz entging dadurch der Verhaftung und der wahrscheinlichen Inhaftierung im KZ Dachau.⁶⁸³ Im Fall des Modegeschäfts Heumann halfen Angestellte, Waren vor dem Eintreffen der SS-Männer zu verstecken. Zudem setzte sich eine der Verkäuferinnen bei der NSDAP-Kreisleitung dafür ein, dass die von der NS-Frauenschaft entwendete Kleidung wieder zurückgebracht wurde. Ambivalent und problematisch ist hingegen die Hilfe des SS-Mannes im Fall von Olga Gottschalk. Durch sein Eingreifen verhinderte er, dass die anderen SS-Männer ihre Wohnung zerstörten und eventuell Schlimmeres. Andererseits war er direkt am Novemberpogrom beteiligt und griff höchstwahrscheinlich nur ein, weil ihm die Familie bekannt war. Hinreichend dokumentiert ist die Hilfe der Familie Kahle. Ein Sohn der Familie, Wilhelm Kahle, half der 65-jährigen Nachbarin Emilie Goldstein, ihren während des Novemberpogroms verwüsteten Laden aufzuräumen. Am nächsten Tag gingen er und seine Mutter Marie erneut zu ihr, um sich nach ihrem Befinden zu erkundigen. Dabei wurden sie von einem Polizisten gesehen, der ihre Personalien aufnahm.⁶⁸⁴ Darüber hinaus half die Familie Kahle mehreren jüdischen Bekannten, u. a. Alfred Philippson und seiner Frau Magarete, indem sie ihnen Zuflucht gewährten und ein Manuskript versteckten.⁶⁸⁵ Ihr emphatisches Handeln hatte für die Familie negative Folgen. Am 17. November 1938 statuierte der „Westdeutsche Beobachter“ ein Exempel an Marie Kahle und ihrem Sohn Wilhelm und diffamierte sie unter dem Titel „Das ist Verrat am Volke“:

⁶⁸³ Vgl. ebenda, S. 23. Ebenso Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 334: Lebenserinnerungen von Otto Toeplitz Sohn Erich Uri.

⁶⁸⁴ Vgl. ebenda, S. 25 und Wiener Library 051-EA-0830. Ebenso vgl. VEJ/2/145.

⁶⁸⁵ Vgl. Kahle: Was hätten Sie getan?, S. 15-23. Zur Familie Philippson u. a. Astrid Mehmel: Alfred Philippson (1864-1953), Geograph, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/P/Seiten/AlfredPhilippson.aspx>.

„Diese Frau und ihr Sohn aber empörte diese, auch vom gesamten anständigen Ausland verabscheute Tat nicht, sie blieben aber auch nicht abseits stehen, nein, sie stellten sich an die Seite der Juden und halfen ihnen, gegen ihr eigenes Volk, die Wirkung der Volksempörung abzuschwächen.“⁶⁸⁶

Der „Westdeutsche Beobachter“ deutete das Verhalten der Kahles um. Die nachbarschaftliche Solidarität wurde als direkter Affront gegenüber der exkludierende „Volksgemeinschaft“ gewertet. Passives Verhalten gegenüber den Bonner Juden als bevorzugtes bzw. erstrebenswertes Handeln dargestellt. Weitere Konsequenzen für die Familie folgten: Wilhelm Kahle wurde von der Universität Bonn zwangsexmatrikuliert, sein Vater, der Orientalistik Professor Paul Ernst Kahle, erhielt vom Rektor der Universität Bonn Hausverbot. Die Familie entschied sich nach weiteren Drohungen seitens der Gestapo sowie anonymen Flugblättern und Anrufen, nach England zu fliehen.⁶⁸⁷

5.2.3 Nicht-jüdische Bonner im Novemberpogrom

Es sind nur wenige Äußerungen von Bonnern über das Novemberpogrom überliefert. Einerseits berichtet Marie Kahle wie sich am 10. November 1938 Bonner betroffen abwandten, als sie die brennende Synagoge am Rheinufer sahen. Auch Wilhelm Alff beschreibt in seinen Lebenserinnerungen sein Entsetzen und das anderer nicht-jüdischer Bonner beim Novemberpogrom:

„Ich stand in der Menge dicht eingeschlossen auf der Rheinbrücke. Die Menschen waren vor Entsetzen erstarrt.“⁶⁸⁸

⁶⁸⁶ Abgedruckt in Mehmel u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, 24.

⁶⁸⁷ Sie hierzu StA Bonn N 1985/849: Wiedergutmachungsakte. Verifiziert durch das Wiedergutmachungsamt Bonn; Mehmel u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 24-25 und allgemein zur Familie Kahle: Was hätten Sie getan?; Barkow u. a. (Hg.): Novemberpogrom 1938, S. 152.

⁶⁸⁸ Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 311: Lebensbericht Wilhelm Alff.

Andererseits sind auch gegenteilige Reaktionen bekannt. Menschenansammlungen beobachteten die Zerstörungen der Synagogen und Geschäfte; in manchen Fällen ist bloße „Schaulust“ dokumentiert. Nicht-jüdische Geschäfte blieben den 10. November 1938 über geöffnet und Bonner kauften weiterhin ein, obwohl gleichzeitig und in unmittelbarer Nähe Geschäfte jüdischer Inhaber verwüstet wurden.⁶⁸⁹ Zuweilen ging das Verhalten über Nicht-Handeln bzw. Indifferenz hinaus. Versammelte Bonner beschimpften die Angestellten einer jüdischen Geschäftsinhaberin als „Judenknechte“. Zumindest das letztgenannte Handeln klassifiziert diese Bonner zu „Komplizen des Novemberpogroms.“⁶⁹⁰

Am 28. Dezember 1938 beanstandete ein Bonner Immobilienhändler in einem Brief an Oberbürgermeister Rickert, dass der Abriss der Poppelsdorfer Synagoge noch nicht erfolgt war:

*„Es wird daher angenommen, dass sich bei der Bonner Feuerwehr oder unter den Gefolgschaftsmitgliedern der Städt. Werke keine Volksgenossen gefunden haben, die sich bereit erklärten die jüdischen Schandzeichen zu entfernen und damit ein Ärgernis der Bevölkerung zu beseitigen. Eine Anzahl von Parteigenossen und ich machen ihnen deshalb den folgenden Vorschlag [... wir] wollen die Entfernung, während unserer Freizeit, [...] selbst vornehmen.“*⁶⁹¹

Ob er den Fortschritt des Abrisses tatsächlich aus antisemitischen Gründen kritisierte oder ob andere Gründe eine Rolle spielten, ist nicht mehr nachvollziehbar. Tatsache ist, dass er in seinem Schreiben Juden als außerhalb der „Volksgemeinschaft“ stehend ansah und deren religiöses Symbol als Schandfleck betitelte und bereit war, selbst tätig zu werden. Seinem Brief zufolge war er in seiner Einstellung nicht alleine.

⁶⁸⁹ Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 543. Ebenso StA Bonn Go 7171: Konvolut.

⁶⁹⁰ Vgl. Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 344-345.

⁶⁹¹ StA Bonn Pr 24/1685: Brief an den Oberbürgermeister Rickert vom 28.12.1938. Erstmals abgedruckt in Mehmel u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 27.

5.2.4 Bewertung des Novemberpogroms für die soziale Praxis vor Ort

Kropat konstatiert den singulären Charakter des Novemberpogroms. Er begründet seine Aussage damit, dass die gewalttätigen Übergriffe hauptsächlich tagsüber stattfanden und im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren die Exklusion der Juden der Bevölkerung durch offene Gewalt vor Augen geführt und nicht durch administrative Maßnahmen realisiert wurde.⁶⁹² Die Haltung des Gros der Gesellschaft gegenüber dem Novemberpogrom ist in der historischen Forschung umstritten: Das Spektrum reicht von Schock zu schweigender Missbilligung, vor allem in Bezug auf die Zerstörung des Stadtbildes, bis hin zu Gleichgültigkeit gegenüber den Geschehnissen.⁶⁹³

Hier bietet sich der praxeologische Ansatz besonders an, um eine neue Perspektive zu gewinnen bzw. Annahmen zu spezifizieren, denn anhand der Handlungen der Akteure ergibt sich ein präziseres Bild. Unbestritten ist, dass auch in Bonn die treibenden Akteure des Pogroms SA- und SS-Männer waren. Doch muss erwähnt werden, dass es sich um „normale“ Männer handelte, die aus der Mitte der Gesellschaft kamen. Ebenso folgten die Bonner Polizisten und Feuerwehrmänner den Anweisungen ohne die jeweilige Situation zu hinterfragen, selbst wenn Menschen in Gefahr waren. Diejenigen Bonner, die sich aktiv am Pogrom beteiligten oder daraus Nutzen zogen, stellten ebenfalls eine Minderheit dar.

Zwei Aspekte stimmen allerdings nachdenklich: Während Geschäfte und Wohnungen zerstört wurden, gingen viele Bonner ihrem Alltag nach und erledigten u. a. ihre Einkäufe. Dieses Verhalten kann allenfalls noch als Indifferenz beurteilt werden. Auch diejenigen Bonner, die Juden halfen, wagten diese nur noch im Geheimen zu unterstützen. Offene Hilfsleistungen oder gar Widerstand gegen die gewalttätigen Übergriffe gab es nicht. Das Gros der Bonner fügte sich, teils willentlich teils indifferent bzw. angepasst, in die exkludierende „Volksgemeinschaft“ ein.

⁶⁹² Vgl. Kropat: Reichskristallnacht, S. 153.

⁶⁹³ Die Kritik an den bisher vorliegenden Quellen und den in der Forschung vertretenen konträren Meinungen ist aufbereitet bei Kropat: Reichskristallnacht, S. 6-16 und S. 156. Siehe hierzu auch Bajohr u. a.: Der Holocaust als offenes Geheimnis, S. 37.

Der Novemberpogrom bewies wie kein Ereignis und keine Maßnahme zuvor, dass Juden nunmehr nahezu vollständig aus der Gesellschaft exkludiert waren. Die nachfolgenden Maßnahmen der nationalsozialistischen Führung verfestigten diese Tatsache nur noch.

5.3 Auswirkungen des Novemberpogroms und die Radikalisierung der Judenverfolgung 1938-1939

Der Novemberpogrom stellte in zweierlei Hinsicht eine Zäsur in der nationalsozialistischen Judenverfolgung dar. Einerseits war er die Wende hin zur offenen Gewalt, andererseits wurde der „Arisierungsprozess“ auf dem Wege der Gesetzgebung und der Verwaltung von der nationalsozialistischen Führung aggressiv vorangetrieben.⁶⁹⁴ So stellte Bajohr fest:

„Die Bedeutung des Novemberpogroms als Radikalisierungsfaktor ergab sich daher nicht aus den Mord- und Zerstörungsaktionen an sich, sondern aus den Folgemaßnahmen im bürokratisch-rechtsförmigen Gewande, die u. a. die ökonomischen Existenzgrundlagen der Juden binnen weniger Monate vernichteten.“⁶⁹⁵

Welche Form diese Maßnahmen in Bonn annahmen und welche lokalen Akteure daran beteiligt waren, wird im Folgenden gezeigt.

5.3.1 Die „Sühneleistung“ und die Beseitigung der Spuren der antijüdischen Gewalt aus dem öffentlichen Raum

Zwei Tage nach dem Ende des Novemberpogroms, am 12. November 1938, verständigte sich die nationalsozialistische Führung auf drei antijüdische Maßnahmen, die in einem direkten Zusammenhang und Bezug zum Pogrom standen. Aufgrund der

⁶⁹⁴ Vgl. Barkai: Vom Boykott zur „Entjudung“, S. 122.

⁶⁹⁵ Frank Bajohr: „Arisierung“ in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 35,) Hamburg 1997, S. 268.

von Hermann Göring erlassenen „Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes“ mussten Juden für die entstandenen Schäden an ihrem Eigentum selbst aufkommen – der Staat beschlagnahmte die ihnen zustehenden Versicherungsleistungen. Auch wurde den jüdischen Gemeinden auferlegt, die zerstörten Synagogen sowie die Schäden an Gemeindehäusern und Geschäften auf eigene Kosten zu beseitigen. Eine „Sühneleistung“ für *„die feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk“* von einer Milliarde Reichsmark mussten die deutschen Juden als Judenvermögensabgabe entrichten; diese sollte in fünf Raten zu je fünf Prozent des jeweiligen Einzelvermögens erfolgen.⁶⁹⁶

Verschiedene Behörden und Dienststellen in Bonn waren an der Umsetzung der Maßnahmen beteiligt. Dabei handelten die Beamten bzw. Angestellten strikt den Vorgaben entsprechend und stellten diese über den einzelnen Menschen. Welche teils schon absurden Ausmaße der Bürokratismus annahm, zeigt nachfolgendes Beispiel: Bereits am selben Tag, an welchem Göring die „Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes“ erließ, veröffentlichte die Bonner Ortspolizei eine Ausschreibung für den Abbruch der Synagoge der alten Stadt Bonn sowie der Poppelsdorfer Synagoge. Ende November musste der jüdische Rechtsanwalt Siegmund Mayer in Vertretung der jüdischen Gemeinde für den Abriss der Synagogen noch eine baupolizeiliche Genehmigung über 40 RM beantragen. Die Abrissarbeiten, die von den Bauunternehmer Michael Huth durchgeführt wurden, begannen Ende Januar 1939 und waren laut Baupolizei Mitte März 1939 abgeschlossen. Den Erinnerungen Samuels zufolge, betrugen die Kosten 8.000 RM. Die NSDAP-Kreisleitung ließ sich über den Stand der Arbeiten auf dem Laufenden halten.⁶⁹⁷ Wann die Überreste der anderen Bonner Synagogen entfernt wurden, ist nicht bekannt.

Für die administrative Abwicklung und Eintreibung der „Sühneleistung“ war das Finanzamt Bonn zuständig, das die „Judenvermögensabgabe“ ab dem 15. Dezember 1938 erhob.⁶⁹⁸ In seiner detaillierten Studie konnte Otterbeck nachweisen, dass der

⁶⁹⁶ Vgl. ebenda, S. 277-278. Vgl. Barkai: Vom Boykott zur „Entjudung“, S. 151. Vgl. Matzerath: Bürokratie und Judenverfolgung, S. 116-117. Zu den Ausnahmen bei der Judenvermögensabgabe siehe Alexander Otterbeck: Das Finanzamt Bonn im Nationalsozialismus, Hamburg 2014, S. 115-118.

⁶⁹⁷ Vgl. Mehmel u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 26-27.

⁶⁹⁸ Der Einzugsbereich des Finanzamts Bonn umfasste die für die Forschungsarbeit relevanten Bezirke Bonn Stadt, Godesberg, Poppelsdorf und Vilich. Weitere Zuständigkeitsbereiche waren die

bisher in der Forschung⁶⁹⁹ publizierte Betrag von 1.528.500 RM nicht der endgültigen Summe der „Sühnezahlung“ entsprach. Die Diskrepanz ist der Tatsache geschuldet, dass in den vorangegangenen Veröffentlichungen als Quelle die Mitteilung des Finanzamts Bonn an den Oberfinanzpräsidenten Köln vom 2. März 1939 herangezogen wurde; zu diesem Zeitpunkt musste von den Bonner Juden allerdings erst die zweite von fünf Zahlungen beglichen sein.⁷⁰⁰ Otterbeck fand im Stadtarchiv Bonn zwei Aufstellungen des Finanzamts Bonn aus der unmittelbaren Nachkriegszeit, die leicht voneinander abweichende Gesamtsummen der „Judenvermögensabgabe“ anführten: Die Aufstellung des Finanzamts vom 13. Januar 1947 nannte einen Betrag von 2.042.891 RM auf Basis der Kalenderjahre von 1938-1942, wohingegen eine detailliertere Aufstellung nach Abgabepflichtigen des Finanzamts vom 15. Juni 1948 einen Betrag von 1.989.236 RM angab. Otterbeck zufolge lässt sich nicht klären, warum die Aufstellungen voneinander abweichen.⁷⁰¹ Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass die Bonner Juden für das Novemberpogrom als „Sühneleistung“ in den Jahren von 1938 bis 1943 einen Summe von ca. 2.000.000 RM entrichten mussten.⁷⁰² Den entscheidenden Wendepunkt in der fiskalischen Diskriminierung der Bonner Juden sieht Otterbeck im Herbst 1938.⁷⁰³ Das Finanzamt Bonn ordnete sich damit nahtlos in die administrative Exklusion und Verfolgung jüdischen Bonner ein.

Bürgermeistereien Hersel, Oedekoven, Echtem, Villip, Waldorf sowie die Ämter Rheinbach, Meckenheim und Ollheim. Vgl. Otterbeck: Das Finanzamt Bonn im Nationalsozialismus, S. 59. Grundsätzlich zur Rolle der Finanzverwaltung im Rahmen der Arierisierung siehe Christiane Kuller: Bürokratie und Verbrechen. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland (Das Reichsfinanzministerium im Nationalsozialismus, Bd. 1), München 2013, S. 243-272.

⁶⁹⁹ Vgl. u. a. Faust: Die „Kristallnacht“ im Rheinland, S. 132; Mehmel u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 26; Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 543.

⁷⁰⁰ Vgl. Otterbeck: Das Finanzamt Bonn im Nationalsozialismus, S. 131.

⁷⁰¹ Ebenda, S. 139-145.

⁷⁰² Für die vorliegende Forschungsarbeit muss die Zahl eine Annäherung bleiben, weil beim Finanzamt Bonn, auch Juden aus anderen Bezirken veranlagt wurden. Die Beueler Juden fehlen hingegen in der Aufstellung. Ebenso muss die Zahl der zahlungspflichtigen Juden, bei einer bloßen Schätzung von ca. 200 Personen bleiben. Otterbeck nennt 208 Juden die vom Finanzamt Bonn zur Zahlung der Judenvermögensabgabe herangezogen wurden. Vgl. Otterbeck: Das Finanzamt Bonn im Nationalsozialismus, S. 274. Auch die Bonner Polizei war an den Maßnahmen beteiligt. So nahm sie jüdische Personen fest, die angeblich oder tatsächlich Vermögenswerte nicht angegeben hatten. Siehe z. B. Karteikarten betreffend Gefangene der Haftanstalt Bonn, DE ITS. 1.2.2.5/ 362500/ITS Digital Archive, Arolsen Archives: Mathilde Sara Leopold: Nichtanmeldung jüdischen Vermögens vom 3.4.1940 und ebenda: Selma Sara Leopold Nichtanmeldung jüdischen Vermögens vom 3.4.1940.

⁷⁰³ Ebenda, S. 276.

5.3.2 Systematisierte Arisierung⁷⁰⁴

Neben den im vorangegangenen Abschnitt beschriebenen Maßnahmen verständigte sich die nationalsozialistische Führung am 12. November 1938 zudem darauf, die antijüdische Politik auf dem gesetzlichen Weg weiter zu eskalieren. Mit der am selben Tag erlassenen „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ wurde Juden die Ausübung eines selbstständigen Gewerbes untersagt, was sie zum Verkauf ihrer Geschäfte und Betriebe zwang. Am 3. Dezember 1938 folgte die „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens“ aufgrund derer alle sonstigen „jüdischen“ Gewerbebetriebe sowie „jüdisches“ Grundeigentum „liquidiert oder arisiert“ werden konnten.⁷⁰⁵ Mit diesen Gesetzen kulminierte der Prozess der Vernichtung der „jüdischen“ Gewerbetätigkeit, der schleichend ab 1933 mit der sukzessiven Verdrängung der Juden aus dem Berufsleben und der freien Wirtschaft begonnen hatte⁷⁰⁶ und ab 1937 namentlich durch das Reichswirtschaftsministerium unter Hermann Göring systematisiert wurde.⁷⁰⁷ Barkai konstatierte:

⁷⁰⁴ Zur Semantik des Begriffs ‚Arisierung‘ vgl. Christoph Kreutzmüller: Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit im Nationalsozialismus. Abläufe, Blickwinkel und Begrifflichkeiten, <https://docupedia.de/zg/Arisierung>, gesehen am 23.2.2017. Kreutzmüller plädiert für die Verwendung eines anderen Ausdrucks – den der *„Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der Juden“*. Seiner Argumentation zufolge legt die Verwendung des Begriffs „Arisierung“ zum einen nahe, dass die jüdischen Gewerbebetriebe Großteils von Nicht-Juden übernommen wurden, was nicht der Tatsache entsprach; viele Geschäfte wurden vollständig liquidiert. Zum anderen negiere der Begriff die Behauptungsstrategien der jüdischen Gewerbetreibenden und stilisiere sie als passive Opfer. So fordere u. a. auch Bajohr einen Perspektivwechsel. Vgl. ebenda.

Dennoch wird in der vorliegenden Arbeit der Begriff der „Arisierung“ verwendet. Zwei pragmatische Gründe geben hierfür den Ausschlag. Erstens liegt der Fokus auf dem Handeln der nicht-jüdischen Akteure, und das Verhalten der jüdischen Akteure ist nicht Gegenstand der Untersuchung. Zweitens erklärte auch Bajohr, dass nach dem Novemberpogrom Handlungsmöglichkeiten jüdischer Akteure kaum mehr gegeben waren. Vgl. Frank Bajohr: „Arisierung“ als gesellschaftlicher Prozeß. Verhalten, Strategien und Handlungsspielräume jüdischer Eigentümer und „arischer“ Erwerber, in: Fritz Bauer Institut, Peter Hayes, Irmtrud Wojak (Hg.): „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt/New York 2000, S. 15-31, hier S. 15.

⁷⁰⁵ Vgl. Bajohr: „Arisierung“ in Hamburg, S. 277-278. Auch Wertpapiere, Juwelen, Schmuck und Kunstgegenstände mussten von Juden einer öffentlichen Ankaufsstelle angeboten werden; im Fall von Bonn war dies das städtische Leihamt. Aufgrund der noch vorhandenen Quellen ist nicht rekonstruierbar, um welche Werte oder Summen es sich handelte. Aus der Korrespondenz des Leihamtes mit Abteilungen der Schmuckindustrie ist allerdings ersichtlich, dass den Korrespondenten bekannt war, dass die Gegenstände „jüdisches“ Eigentum waren. Vgl. StA Bonn Pr 6840: Konvolut.

⁷⁰⁶ Siehe hierzu v. a. Kapitel 3.

⁷⁰⁷ Vgl. Britta Bopf: „Arisierung“ in Kön, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/themen/>

„Die im Herbst [1938] einsetzende Radikalisierung des öffentlichen Antisemitismus diente der propagandistischen Vorbereitung einer Reihe gegen die Juden gerichteter Maßnahmen und Gesetze. [...] Das erklärte Ziel der Judenpolitik war jedenfalls die endgültige Unterbindung jeglicher Erwerbstätigkeit der Juden, um sie zu beschleunigter Auswanderung zu drängen.“⁷⁰⁸

Über die „Arisierung“ von Gewerbebetrieben ab November 1938 sind für Bonn kaum Quellen erhalten; die Abwicklung erfolgte über den Regierungspräsidenten in Köln, und die Akten der Regierung Köln wurden im Krieg Großteils zerstört. Wie bereits unter Abschnitt 5.1.2 erläutert, waren bis zu diesem Zeitpunkt bereits eine Vielzahl „jüdischer“ Geschäfte von ihren Inhabern aufgegeben oder von nicht-jüdischen Bonnern übernommen worden.⁷⁰⁹ Der „Westdeutscher Beobachter“ erklärte im August 1938: *„Im Kreis Bonn dürfen wir für uns in Anspruch nehmen, daß die Arisierung der Geschäfte gute Fortschritte macht.“*⁷¹⁰ Weitere Geschäfte zerstörten die Nationalsozialisten während des Pogroms. Manfred van Rey referierte über diese Entwicklung in seinem Vortrag anlässlich der Gedenkfeier im Jahr 2001. Anhand eines Abgleichs der „Judenliste“ der alten Stadt Bonn mit dem Gewerbebuch der Adressbücher recherchierte er, dass im Bereich der „Damen- und Herrenbekleidungsgeschäfte“, „jüdische“ Geschäfte über die Jahre immer weniger aufgeführt wurden: In den Jahren 1934/35 waren es noch zehn Geschäfte, 1938 nur noch drei und ab 1939 gab es in dieser Rubrik kein Geschäft „jüdischer Inhaber“ mehr.⁷¹¹ Für Bad Godesberg ist bekannt, dass von 14 „jüdischen“ Gewerbebetrieben

Das%20Rheinland%20im%2020.%20Jahrhundert/Seiten/Arisierungink%C3%B6ln.aspx?print=true, gesehen am 23.2.2017. Vgl. Kreutzmüller: Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit im Nationalsozialismus.

⁷⁰⁸ Vgl. Barkai: Vom Boykott zur „Entjudung“, S. 148.

⁷⁰⁹ Ebenso konstatierte Barkai, dass die „Arisierung“ 1938 nur noch einen Restbestand „jüdischer“ Geschäfte traf. Vgl. ebenda S. 142.

⁷¹⁰ „Westdeutscher Beobachter“ vom 24. August 1938: „Mit Juden am Biertisch...?“. Eine ähnliche Einschätzung findet sich in „Westdeutscher Beobachter“ vom 29. Oktober 1938: „Juden werden nicht bedient“. Auch berichtete er über die Generalversammlung der Herrenschneider-Innung, die mitteilte, dass *„die Innung ab 1. Januar 1939 völlig judenfrei sein wird.“* „Westdeutscher Beobachter“ vom 15. September 1938: „Ab Januar 1939 judenfrei!“.

⁷¹¹ Vgl. Manfred van Rey: Unveröffentlichtes Manuskript zur Arisierung von Geschäften und Häusern in Bonn.

im September 1938, im Februar 1939 nur noch die Firma von Oskar Wolff bestand, die zum 1. Juli 1939 schließen musste.⁷¹² Ob diese Geschäfte liquidiert oder von nicht-jüdischen Bonner übernommen wurden, kann nicht mehr nachvollzogen werden.

Besser dokumentiert sind hingegen die Grundstücks- und Hausverkäufe jüdischer Eigentümer in Bonn;⁷¹³ sie waren im Gegensatz zu den „jüdischen“ Betrieben für die NS-Führung nicht Priorität.⁷¹⁴ Ab 1939 erhöhte sich aber auch hier sukzessive der Druck; Juden wurden die Mietrechte entzogen, viele mussten in „Judenhäuser“ ziehen.⁷¹⁵ Für die Abwicklung der Verkäufe war die Stadt Bonn zuständig. Van Rey konnte anhand der Akten des Liegenschaftsamts nachweisen, dass von 1938-1942 über 100 Immobilien jüdischer Eigentümer in der alten Stadt Bonn veräußert wurden.⁷¹⁶ Die Stadt Bonn erhielt ein Prozent des Kaufpreises und profitierte finanziell von der „Arisierung“.

Das Verfahren lief immer nach dem gleichen Muster ab. Zwei Beamte der Stadt Bonn, Kuhl vom Vermessungsamt und Dr. Scheben vom Bauamt, schätzten den Wert des Grundstücks und des Hauses. Auf Basis des errechneten Einheitswertes wurde das „jüdische“ Eigentum veräußert. Van Rey konstatiert, dass sich die Sachbearbeiter bei Streitfällen neutral verhielten und nicht zugunsten der nicht-jüdischen Käufer entschieden, sondern im Sinne der gesetzlichen Vorgaben ein Urteil fällten – diese waren allerdings Teil der nationalsozialistischen Judenverfolgung.⁷¹⁷ Bei der Durchsicht der Akten bestätigt sich dieser Eindruck, wobei größtenteils die Käufer den geschätzten Wert ohne weitere Einwände annahmen.⁷¹⁸ Der Vertrag wurde durch

⁷¹² Vgl. Stang: „...keine Todesfälle von Einwohnern jüdischen Glaubens“.

⁷¹³ Grundlegend hierzu Wolf Gruner: Die Grundstücke der „Reichsfeinde“. Zur „Arisierung“ von Immobilien durch Städte und Gemeinden 1938-1945, in: Fritz Bauer Institut (Hg.): „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt/New York 2000, S. 125-157.

⁷¹⁴ Barkai: Vom Boykott zur „Entjudung“, S. 143.

⁷¹⁵ Genauerer hierzu in Abschnitt 6.1.

⁷¹⁶ Akten zu den heutigen Stadtbezirken Bad Godesberg, Beuel und Hardtberg sind nicht mehr vorhanden. Weitere 68 bebaute und 43 unbebaute Grundstücke von Bonner Juden fielen entsprechend der 13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz von November 1941 an das Deutsche Reich. Da nicht bei allen Grundstücken ein Einheitswert angegeben war, erstellte Otterbeck eine Hochrechnung, der zufolge 3 Millionen RM an Grundstückswert an das Deutsche Reich übergingen. Vgl. Otterbeck: Das Finanzamt Bonn im Nationalsozialismus, S. 275.

⁷¹⁷ Vgl. van Rey: Arisierung von Geschäften und Häusern in Bonn.

⁷¹⁸ Vgl. Akten des Liegenschaftsamt Bonn: StA Bonn Pr 71/2438; StA Bonn Pr 71/2439; StA Bonn Pr 71/2440; StA Bonn Pr 71/2442; StA Bonn Pr 71/2443.

einen Notar⁷¹⁹ beglaubigt und von beiden Parteien unterzeichnet. Dies war der Moment, an welchem die nicht-jüdischen Bonner und die jüdischen Eigentümer in direkte Interaktion miteinander traten. Auch wenn es sich um ein formal rechtmäßiges Übereinkommen handelte, darf nicht unerwähnt bleiben, dass der Verkauf unter erheblichem faktischen bzw. auch behördlichen Zwang stattfand. Die Käufer profitierten gewollt oder ungewollt von der Situation der Bonner Juden, die unter „normalen“ Umständen ihr Eigentum mehrheitlich nicht veräußert hätten. Diese Gruppe charakterisierte Bajohr zutreffend als „*stille Teilhaber*“. Sie versuchten die zuständigen Stellen zwar nicht zu ihren Gunsten zu beeinflussen, aber unternahmen auch keinen Versuch, die Benachteiligung der Juden zu mindern oder auszugleichen.⁷²⁰

Wenige Bonner bemühten sich, die zuständigen Stellen durch antisemitische Argumente zu manipulieren und auf diese Weise den Kaufpreis zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Nachfolgende, ausgewählte Beispiele sollen dies illustrieren: Die potenziellen Käufer des Grundstücks von Alfred Herz, die Eheleute Jakob und Maria Kurscheid, beauftragten den Architekten Alex Altmann, ein Gutachten zu erstellen. Dieser sprach sich gegen den festgesetzten Einheitspreis von 21.000 RM aus und begründete dies:

*„Der Gesamteindruck des Anwesens kennzeichnet die jüdische Ausnutzung der deutschen Volksgenossen. In einem vernachlässigten Zustande befinden sich die Wohnräume und die Gebäudeteile. [...] Der Jude hat die Mieten eingezogen und sich um die weitere Verpflichtung zur Erhaltung des Anwesens nicht gekümmert.“*⁷²¹

Altmann bediente sich hier des antisemitischen Stereotyps des „Wucherjudens“,⁷²² um eine Minderung des Preises durchzusetzen. Sein Auftraggeber, Kurscheid, sandte das Gutachten am 13. März 1939 an das Amt 14 (Preisbehörde) der Stadt Bonn. Obwohl er selbst sich in seinem Schreiben nicht antisemitisch ausließ, nahm er

⁷¹⁹ Die Notare in Bonn waren u. a. Dr. Molitor, Nöller, Dr. Rech, Reuscher, Roemer und Schmitz. Vgl. ebenda, insbesondere StA Bonn Pr 71/2442: Inhaltsverzeichnis.

⁷²⁰ Vgl. Bajohr: Arisierung als gesellschaftlicher Prozeß, S. 26.

⁷²¹ StA Bonn Pr 71/2437: Gutachten und Werttaxe Alex Altmann vom 11. März 1939.

⁷²² Vgl. Abschnitt 1.3.1.

zumindest die Wortwahl von Altmann billigend in Kauf.⁷²³ Das städtische Vermessungsamt weigerte sich von seiner Berechnung abzuweichen, nachdem u. a. das Grundstück mit einem Wert von 20.000 RM und das Gebäude lediglich mit 1.000 RM veranschlagt worden war. Der Antrag wurde von der alten Stadt Bonn abgewiesen.⁷²⁴

In einem weiteren Fall bemühte sich die Bonnerin Ochel im März 1940, nachdem sie bereits eine Hälfte des Grundstückes am Adolf-Hitler Platz von jüdischen Besitzern erstanden hatte, noch die zweite Hälfte zu erwerben. Die im Grundbuch als Eigentümerin aufgeführte Paula Kaufmann, geborene Mühlental hatte nach ihrem Tod ihrem jüdischen Ehemann David Kaufmann das Grundstück vermacht. David Kaufmann war nach Aussage Ochels englischer Staatsbürger und wohnte auch in England. Bei einer Unterredung in der Bonner Verwaltung erklärte sie, dass *„sie angenommen habe, dass das Eigentum feindlicher ausländischer Juden von reichswegen übertragen werden könne.“*⁷²⁵ Die Beamten informierten Ochel, dass dies nicht den Tatsachen entspräche.

Der Bonner Treuhänder und Steuerberater Robert Stein versuchte mit einem Schreiben an den Regierungspräsidenten in Köln am 5. Juli 1940, die Schenkung von Feodor Cahn an dessen Stieftochter Hildegard Huyskens zu hintertreiben. Sein Handeln rechtfertigte er damit, dass er nicht weiter als Mieter in einem *„derartig ,arischen“* Haus leben wolle und führte aus, warum die Stieftochter seiner Ansicht nach nicht als Eigentümerin in Frage käme:

Die Ehefrau Maria Cahn *„war früher in Judenhäusern Haushaltsgehilfin und [...] wurde von dem vorgenannten Juden Cahn geheiratet, als die Nürnberger Gesetze in Aussicht standen. Kreis- und Gauleiter stehen mit mir auf dem Standpunkte, dass diese Frau jedes Recht verwirkt hat, sich arisch zu nennen [...]. Nach deutschem Moralbegriff ist sie Jüdin geworden. [...] Sie besitzt allerdings auch ein Kind, [... dass], wie mein Gewährsmann aus Krefeld berichtet, unehelich geboren und einen anderen Juden als Erzeuger gehabt haben soll. [...] Das Judenweib*

⁷²³ StA Bonn Pr 71/2437: An das Amt 14 (Preisbehörde) Bonn vom 13. März 1939.

⁷²⁴ Vgl. ebenda: An den Regierungspräsidenten Köln vom 31. März 1939.

⁷²⁵ StA Bonn Pr 71/2438: Amt 91/2, Bonn am 6. März 1940.

sprach seiner Zeit davon, dass das Haus notfalls auf dieses Kind abgeschoben werden solle.“⁷²⁶

Steins tatsächliche Beweggründe lassen sich schwer fassen. In einem Nebensatz erwähnte er, dass ihm durch den Verkauf an Nicht-Juden das Weiterleben im Haus ermöglicht würde. Es ist aus dem Schreiben nicht ersichtlich, ob er aufgrund seiner antisemitischen Haltung nicht mehr in einem „jüdischen“ Haus wohnen wollte oder ihm die Familie Cahn gekündigt hatte und er sich auf diese Weise rächen wollte. Die Gauleitung in Köln-Aachen lehnte sein Ansinnen ab und erklärte die Schenkung für rechtmäßig.⁷²⁷ Diese Bonner Beispiele bestätigen eine weitere Typisierung von Akteuren während der „Arisierung“: die Gruppe der aktiven und skrupellosen Profiteure. Diese *„ergriff über die diskriminierenden Rahmenbedingungen der ‚Arisierung‘ hinaus persönliche Initiativen gegenüber den jüdischen Eigentümern, um den Kaufpreis nochmal zu drücken und die Zwangssituation der Besitzer rücksichtslos zum eigenen Vorteil zu nutzen.“⁷²⁸*

Anhand der systematisierten „Arisierung“ in Bonn seit dem Novemberprogrom 1938 lassen sich verschiedene Handlungsmuster herausarbeiten. Zunächst waren für die Umsetzung der „Entjudung“ die Beamten und Angestellten unterschiedlicher städtischer Stellen unabdingbar, die ihre Aufgaben geflissentlich erfüllten. Dementsprechend kann Sabine Meckings und Andreas Wirschings Erkenntnis nur bestätigt werden: Die Stadtverwaltungen *„fügten sich in die arbeitsteilig organisierte Ausgrenzungs- und Verfolgungsmaschinerie ein.“⁷²⁹*

Eine Gruppe von Bonnern erwarb „jüdisches“ Eigentum und akzeptierte, dass die Verkäufe unter erheblichen Druck stattfanden; sie nahm das Angebot des nationalsozialistischen Staates der „Arisierung“ an und profitierten direkt davon. Eine Minderheit versuchte über die Rahmenbedingungen hinaus, sich durch antisemitische Phrasen weitere Vorteile zu sichern. Beide Verhaltensweisen belegen wie sehr sich die gesellschaftliche Norm gewandelt hatte. Das Handeln der beteiligten Bonner Akteure

⁷²⁶ StA Bonn Pr 71/2439: Robert Stein an den Regierungspräsidenten in Köln vom 5. Juli 1940.

⁷²⁷ Ebenda: Gauleitung Köln-Aachen an den Oberbürgermeister der Stadt Bonn vom 1. August 1940.

⁷²⁸ Bajohr: Arisierung als gesellschaftlicher Prozeß, S. 25-26.

⁷²⁹ Mecking u. a.: Stadtverwaltung als Systemstabilisierung, S. 4.

entsprach der sozialen Praxis vor Ort, Juden nicht mehr als Teil der Gesellschaft zu sehen. Sie passten sich damit einerseits der nationalsozialistischen Handlungsaufforderung an, bestätigten durch ihr Verhalten aber auch andererseits die exkludierende „Volksgemeinschaft“.

Die Partizipation der Bonner Akteure an der „Arisierung“ veranschaulicht und bestätigt im Kleinen, was Bajohr als *„politisch-gesellschaftliche[n] Prozeß [bezeichnet, der] ohne die direkte oder indirekte Beteiligung Millionen Deutscher nicht möglich gewesen wäre.“*⁷³⁰

5.4 Verstärkte Emigration als Folge des Novemberpogroms

Durch die zunehmende Entrechtung versuchte die nationalsozialistische Führung, die Emigration der Juden aus dem Deutschen Reich weiter zu forcieren. Die Strategie hatte Erfolg: Von insgesamt ca. 330.000 deutschen Juden, die nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten bis zu dem Beginn der Deportationen emigrierten, wanderten in den Jahren 1938 und 1939 allein etwa 120.000 Juden aus, was knapp 35 Prozent der gesamten Auswanderungen entsprach.⁷³¹

In Bezug auf Bonn ist die Zahl der emigrierten Juden unübersichtlich. Einschränkend muss vorweg genommen werden, dass nicht immer miteinander komparable Daten verfügbar sind und eine Annäherung nur über unterschiedliche Quellen möglich ist. Der Volkszählung von 1933 zufolge lebten 1.268 Juden in Bonn, davon circa 1.000 in der alten Stadt Bonn. Hierbei handelte es sich um Bonner mosaischen Glaubens. Bei der Volkszählung 1939 wurden hingegen die „Nürnberger Gesetze“ zugrunde gelegt, anhand derer entschieden wurde, wer als Jude galt. Ihr zufolge gab es noch 512 Juden in der alten Stadt Bonn, davon 453 Angehörige mosaischen Glaubens.⁷³² In den Jahren von 1937 bis 1939 wanderten aus der alten Stadt Bonn ungefähr ein Viertel der verbliebenen Juden aus. Von Beuel flohen nach

⁷³⁰ Bajohr: Arisierung als gesellschaftlicher Prozeß, S. 17.

⁷³¹ Die Schätzung von 330.000 emigrierten Juden ist der neueste Stand des Bundesarchivs. Siehe Nicolai Zimmermann: Was geschah mit den Juden in Deutschland zwischen 1933 und 1945? Eine Dokumentation des Bundesarchivs, in: ZfG 64 (2016), S. 1045-1059, hier S. 1052-1055 und Barkai: Vom Boykott zur „Entjudung“, S. 152.

⁷³² Vgl. Helmut Vogt: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 443.

dem Novemberpogrom bis zu Beginn des Krieges ca. ein Fünftel der Juden ins Ausland. Für Bad Godesberg sind keine eindeutigen Zahlen verfügbar.⁷³³

Im Zuge der verstärkten antisemitischen Maßnahmen und systematisierten „Arisierung“ richtete im Juni 1938 das Finanzamt Bonn eine eigene Reichsfluchtsteuerstelle ein. Otterbeck wies nach, dass 43 Bonner Juden nahezu 1,3 Millionen RM an Reichsfluchtsteuer zahlten. Der Zeitpunkt ihrer Emigration ist nicht in allen Fällen dokumentiert; diejenigen Personen von denen das Datum bekannt ist, wanderten vom 1. Januar 1937 bis 19. Oktober 1941 aus.⁷³⁴ Unter ihnen befand sich u. a. Karl Herz, die Familie Samuel und die Familie Toeplitz.⁷³⁵ In ihren Lebenserinnerungen beschrieb Eva Toeplitz die Situation der Bonner Juden nach dem Novemberpogrom:

„Hatte bis jetzt jemand noch Zweifel gehabt, wussten nach dem großen Pogrom im November alle, dass man Deutschland so schnell wie möglich verlassen sollte.“⁷³⁶

Auf der anderen Seite führte die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden dazu, dass eine verhältnismäßig große Gruppe zur Auswanderung finanziell nicht mehr in der Lage war.⁷³⁷ Die nationalsozialistische Führung trieb die Separierung der zurückgebliebenen Juden von Nicht-Juden systematisch voran. Wie in den vorangegangenen Kapiteln gezeigt wurde, gab es ohnehin nur noch wenig Kontakt- und Berührungspunkte zwischen den

⁷³³ Vgl. van Rey: Die Vernichtung der Juden in Bonn, S. 232-233; Stang: „...keine Todesfälle von Einwohnern jüdischen Glaubens“; Stang: Ihr weiterer Aufenthalt im Reichsgebiet ist unerwünscht. Im Landkreis Bonn lebten im April 1939 noch 327 Juden. Der Landkreis umfasste die heute zu Bonn gehörenden Stadtbezirke Bad Godesberg, Beuel (ohne die heute zugehörigen Bezirke Oberkassel und Holzar) und Hardtberg, aber auch die heute unabhängigen Städte Bornheim, Meckenheim, Rheinbach sowie die Gemeinden Alfter, Swisttal und Wachtberg. Vgl. Schloßmacher: Verzogen nach S. 392. Ungefähr zweieinhalb Jahre später, im Oktober 1941, wohnten laut der Rundverfügung des Regierungspräsidenten von Köln in Bonn-Stadt noch 431 Juden und in Bonn-Land 186 Juden. Vgl. Faust: Die „Kristallnacht“ im Rheinland, S. 211. Aus der Quelle ist nicht ersichtlich, nach welcher Form die Einteilung erfolgte. Es ist anzunehmen, dass es sich hier um die Einteilung nach NSDAP-Kreisleitungen handelte. Siehe hierzu Fußnote 193.

⁷³⁴ Vgl. Otterbeck: Das Finanzamt Bonn im Nationalsozialismus, S. 94.

⁷³⁵ Mehr Informationen zu den Umständen ihrer Auswanderungen finden sich in StA Bonn N 1985/810: Wiedergutmachungsakte. Verifiziert durch das Wiedergutmachungsamt Bonn; Samuel: Mein Leben in Deutschland, S. 445-455; Wohl: So einfach liegen die Dinge nicht, S. 70-76.

⁷³⁶ Wohl: So einfach liegen die Dinge nicht, S. 72.

⁷³⁷ Vgl. Gruner: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, S. 108. Ebenso Longerich: Politik der Vernichtung, S. 578.

Bonner Juden und Nicht-Juden, sodass Interaktionen im öffentlichen Raum so gut wie unterbunden waren. Der erste Schritt zur räumlichen Trennung erfolgte durch die Zwangseinweisung in „Judenhäuser“; dies führte die nationalsozialistische Praxis, eine rassistische „Volksgemeinschaft“ mit Gewalt herzustellen, konsequent fort.

6. Die exkludierende „Volksgemeinschaft“ in Bonn ist realisiert – die räumliche Trennung der jüdischen von den nicht-jüdischen Bonnern 1939-1942

Ab Ende 1938 forcierte die nationalsozialistische Führung die Exklusion der Juden in allen Lebensbereichen. Heydrich fasste das Ziel in einem Satz zusammen: *„Ich muss also in Deutschland solche Maßnahmen treffen, daß sie [...] den Juden isolieren, damit er nicht in den normalen Lebenskreis des Deutschen tritt.“*⁷³⁸

Den meisten Juden war aufgrund der im vorangegangenen Kapitel aufgeführten „Arisierungsmaßnahmen“ jede Möglichkeit genommen worden, Einkommen zu erwirtschaften. Ab dem 20. Dezember 1938 wurden von der Fürsorge unterstützte Juden zur Zwangsarbeit verpflichtet, ab April 1940 wurde die Maßnahme auf alle arbeitsfähigen Juden ausgeweitet. Zudem waren sie seit dem 1. Januar 1939 verpflichtet, den Namen „Israel“ für männliche bzw. „Sara“ für weibliche Personen zu ihren Namen hinzuzufügen.⁷³⁹ Ihre räumliche Separierung von Nicht-Juden sollte durch Einweisung in „Judenhäuser“ realisiert werden.⁷⁴⁰

6.1 Vorstufe zur Internierung in Lager: Zwangsumzug in „Judenhäuser“ 1939-1941

Die Einweisung in „Judenhäuser“ stellte eine Zäsur in der nationalsozialistischen Politik gegenüber den Juden dar. Die historische Forschung sieht darin die *„Vorstufe der Deportation und schließlich der Vernichtung“*⁷⁴¹ der Juden. Die Grundlage für die

⁷³⁸ Zitiert nach Wolf Gruner: Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkung lokaler und zentraler Politik im NS-Staat (1933-1942), München 2002, S. 164.

⁷³⁹ Diese Anordnung galt, sofern sie nicht „typische“ Namen hatten, die in einer Liste des Reichsinnenministeriums aufgeführt waren.

⁷⁴⁰ Vgl. Barkai: Vom Boykott zur „Entjudung“, S. 166-167; Gruner: Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung, S. 164-170; StA Bonn IC 1: Verwaltung für Wohlfahrtspflege und Gesundheitswesen: Ab dem 19. November 1938 musste die jüdische freie Wohlfahrtspflege Bonner Juden unterstützen und die öffentliche Fürsorge half nur bei Bedarf aus.

⁷⁴¹ Hans-Günther Adler: Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974, S. 42. Des Weiteren u. a. Wolf Gruner: Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938-1945). Neue Perspektiven und Dokumente, in: Birthe Kundrus, Beate Meyer (Hg.): Die Deportationen der Juden aus Deutschland. Pläne - Praxis - Reaktionen 1938-1945, Göttingen 2004, S. 21-63, hier S. 30 und Longerich: Politik der Vernichtung, S. 578.

Bildung von „Judenhäusern“ war das „Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden“ vom 30. April 1939. Es entzog jüdischen Mietern und Eigentümern den Mieterschutz und zwang sie, *„auf Verlangen der Gemeindebehörde andere Juden als Mieter oder Untermieter aufzunehmen“*⁷⁴². Die lokalen Behörden setzten den angeordneten Wohnwechsel vor Ort durch.⁷⁴³ Im gesamten Bonner Stadtgebiet entstanden 37 kleinere „Zwangsgemeinschaften“:

*„Stadt Bonn: Argelander Straße 135, Beethovenstraße 3, Bonner Talweg 88, Breite Straße 82, Burbacher Straße 3, Endenicher Allee 14, Endenicherstraße 97 und 347, Gluckstraße 12, Hauptstraße 100 und 133, Hindenburgstraße 61, Im Krausfeld 16, Josefstraße 8, Junkerstraße 13 (heute: Im Sonnenpütz), Kaiserstraße 93, Koblenzerstraße 234, Kölnstraße 97, Kronprinzenstraße 19, Lennéstraße 34, Lisztstraße 11, Markt 33, Mechenstraße 64, Meckenheimer Allee 42, Meckenheimerstraße 30, Mozartstraße 32, Quantiusstraße 4, Rochusweg 70, Rosenstraße 14, Viktoriastraße 26; Bad Godesberg: Königsplatz 2; Beuel: Wilhelmstraße 25 und 26, Combahnstraße 45; Duisdorf: Feuerwehr-Spritzenhaus am Hüttenplatz.“*⁷⁴⁴

So wurde beispielsweise auch Hans Wollsteins Haus ab 1939 zu einem „Judenhaus“ erklärt.⁷⁴⁵ Bis 1942 wurden hier 17 Menschen eingewiesen, darunter der Geograph

⁷⁴² Joseph Walk (Hg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, 2. Aufl., Heidelberg 1996, S. 292.

⁷⁴³ Gruner: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, S. 121.

⁷⁴⁴ Die Judenhäuser in Bonn nach einer Aufstellung von Monika Maylahn, die sie im Rahmen eines Projektes des Stadtarchivs Bonn erstellte. Vgl. auch StA Bonn Pr 71/922: Bauarbeiten an Judenhäusern Bonn. Ebenso Stang: „...keine Todesfälle von Einwohnern jüdischen Glaubens“, S. 166-168. Löscheneinheit Duisdorf - Der freiwilligen Feuerwehr Bonn, <http://www.feuerwehr-duisdorf.de/main.php?mid=114&>, gesehen am 22.1.2017.

⁷⁴⁵ Vgl. Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 267. Zur Person: Hans Albert Wollstein wurde am 7. März 1895 in Elbersfeld geboren und evangelisch getauft. Die Eltern Adolf und Paula Wollstein traten 1897 aus dem Judentum aus. Bei Ausbruch des 1. Weltkriegs meldete er sich freiwillig zur Armee. Anfang 1919 begann Wollstein das Studium der Rechtswissenschaft in Bonn und wechselte nach vier Semestern nach Göttingen, wo er im Herbst 1921 zum Dr. jur. promoviert wurde. Erst durch die „Nürnberger Gesetze“ von 1935 wurde ihm seine jüdische Abstammung wieder bewusst gemacht. Am 11. Oktober 1938 nahm er den Vornamen Lot-Hiob an. Am 30. November 1938 wurde ihm die Zulassung als Anwalt entzogen. Wollstein wurde von der Einweisung ins Sammellager „Kapellenstraße 6“ verschont. Doch mit dem letzten Transport am 27. Juli 1942, wurde er zusammen

Prof. Alfred Philippon mit Frau und Tochter.⁷⁴⁶ Auch in das Haus der Familie Leopold wurden vor allem in „Mischehen“ lebende Juden und deren Kinder einquartiert, u. a. die Hamlets, Mathes und Davids. Rolf Hamlet beschrieb in einem Zeitzeugeninterview von den Problemen innerhalb des Hauses: Das erzwungene Zusammenleben auf engstem Raum von Menschen, die sich teilweise zuvor nicht gekannt hatten, resultierte seiner Aussage nach in erhöhten Spannungen.⁷⁴⁷ Auch wurde Juden mehr und mehr die Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Ab September 1939 war es ihnen untersagt, Wohnungen nach 20 Uhr zu verlassen.⁷⁴⁸ Da keine freie Berufswahl mehr bestand, lebten die jüdischen Bonner meist von ihrem restlichen Vermögen; soweit sie arbeitsfähig waren, wurden sie vom Arbeitsamt Bonn zwangsweise zu Arbeiten herangezogen.⁷⁴⁹

Die vollständige Trennung der jüdischen von den nicht-jüdischen Bonnern war den verantwortlichen Akteuren allerdings mit den „Judenhäusern“ noch nicht gelungen. So berichtete Hamlet, wie sie der Kreisbauernführer Schmitz mit Essen unterstützte und wie auch ein ehemaliger Bekannter von Mathes, der Viehhändler gewesen war, das Haus mit Lebensmitteln versorgte. Zudem kam der örtliche Kaplan Dr. Wolf regelmäßig zum Kartenspielen vorbei; der NSDAP-Ortgruppenleiter Piel ermahnte ihn deswegen, aber Wolf besuchte die jüdische Hausgemeinschaft weiterhin.⁷⁵⁰ Derartige öffentliche Zuwiderhandlungen wie im Fall Wolfs waren eine Seltenheit und finden sich ab 1935 kaum mehr in den Quellen. Für heimliche Unterstützung, z. B. in Form von Lebensmitteln, sind hingegen mehr Belege vorhanden, wie in den folgenden Abschnitten gezeigt wird.

mit seinen Schwestern Else und Laura zunächst ins KZ Theresienstadt, im Herbst 1944 nach Auschwitz verschleppt. Dort sind alle drei umgekommen. Vgl. ebenda.

⁷⁴⁶ Zu Familie Philippon siehe Karl Gutzmer: Die Philippons in Bonn. Deutsch-jüdische Schicksalslinien 1862-1980. Dokumentation einer Ausstellung in der Universitätsbibliothek Bonn 1989, (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn, Bd. 49), Bonn 1991. Ebenso Valentine Rothe: Jüdinnen in Bonn, S. 303-320.

⁷⁴⁷ Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 86: Zeitzeugeninterview.

⁷⁴⁸ Van Rey: Die Vernichtung der Juden in Bonn, S. 235.

⁷⁴⁹ Bothien: Bonn in der NS-Zeit, S. 42. Siehe auch die Wiedergutmachungsakte von Hermann Rosenthal, der vom Arbeitsamt Bonn zum Straßenbau herangezogen wurde. Vgl. StA Bonn N 1985/1072: Wiedergutmachungsakte. Verifiziert durch das Wiedergutmachungsamt Bonn. Ab Ende 1938/Anfang 1939 führte das nationalsozialistische Regime die Zwangsarbeit für alle arbeitslosen Juden ein. Ab Oktober 1940 entschied das Reichsarbeitsministerium, dass durch die örtlichen Arbeitsämter alle arbeitsfähigen Juden zwangsverpflichtet werden sollten. Vgl. Gruner: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, S. 108-113.

⁷⁵⁰ Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 86: Zeitzeugeninterview.

Nach van Rey wohnten bis Anfang 1941 ungefähr ein Viertel der jüdischen Bonner in „Judenhäusern“, die Mehrheit verblieb jedoch noch in ihren ursprünglichen Wohnungen.⁷⁵¹ Der Prozess der Separierung ging der Gestapo Köln nicht zügig genug voran und sie betrieb in den folgenden Monaten verstärkt die zwangsweise Umsiedlung. In diesem Kontext organisierten sich unter Leitung von Oberbürgermeister Rickert städtische Beamte, u. a. der städtische Rechtsanwalt Dr. Horster, die NSDAP-Kreisleitung Bonn-Stadt und die Bonner Gestapo, um die Umquartierungen in Bonn zu beschleunigen.⁷⁵² In einer Dienstbesprechung vom 11. Februar 1941 wurde die Vorgehensweise zwischen NSDAP-Kreisleiter Eichler, Gestapo-Leiter Proll und Stadtinspektor Güssen diskutiert. Man einigte sich darauf, dass die in der Stadt Bonn in 32 „Judenhäusern“ wohnenden 77 Familien ihre Räume mit denjenigen Juden zu teilen hätten, die bis dato noch in ihren ursprünglichen Wohnungen lebten. Zudem waren die genannten Akteure bereit, die Maßnahme mit Gewalt umzusetzen: *„Wo sich in Einzelfällen Schwierigkeiten ergeben, soll und will die Gestapo eingreifen.“*⁷⁵³ Die Anweisung der Gauleitung Köln-Aachen an die Kreisleiter vom 22. Februar 1941,⁷⁵⁴ nach der sich Juden mit beengten Wohnbedingungen abfinden sollten, setzte NSDAP-Kreisleiter Eichler wenig später um. Er verfügte, dass den Familien unabhängig von ihrer Größe jeweils nur ein Zimmer mit Koch- und Schlafgelegenheit zustehen sollte.⁷⁵⁵

Am 12. Mai 1941 erließ die Gestapo-Köln eine Verfügung, der zufolge Juden bis zum 1. Juni 1941 die Häuser nicht-jüdischer Eigentümer zu räumen hätten.⁷⁵⁶ Dies konnte jedoch bis zum vorgesehenen Termin am 1. Juni 1941 und trotz nochmaliger

⁷⁵¹ Van Rey: Die Vernichtung der Juden in Bonn, S. 236. Van Reys Schätzung beruht auf 28 Häusern in Bonn, während Maylahn 32 Häuser in der Stadt Bonn identifizierte. Für das heutige Stadtgebiet Bonn kommen noch weitere fünf „Judenhäuser“ hinzu. Vgl. ebenda. Bestätigt wird Maylahns Aufstellung durch StA Bonn Pr 16/75: Anweisung vom 11. Februar 1941. Dennoch wird van Reys Schätzung annähernd zutreffen.

⁷⁵² Vgl. StA Bonn Pr 16/75: Akte an den Oberstaatsanwalt Bonn vom 26. Januar 1948. Ebenda.

⁷⁵³ Vgl. StA Bonn Pr 16/75: Anweisung vom 11. Februar 1941.

⁷⁵⁴ Vgl. ebenda: Rundschreiben Nr. 21/41: Gauleiter Köln-Aachen an alle Kreisleiter vom 22. Februar 1941.

⁷⁵⁵ Vgl. ebenda: Amt 91/L Kreisleiter Bonn vom 10. März 1941.

⁷⁵⁶ Vgl. StA Bonn Du 326: Geheime Staatspolizei - Staatspolizeistelle Köln an die Aussendienststelle Bonn am 12. Mai 1941. Noch im Mai 1941 hatte das Reichssicherheitshauptamt der Gestapo Köln die Ghettoisierung von Juden untersagt. Wenig später wurden die Bedenken fallen gelassen. Vgl. Wolf Gruner: Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938-1943, Berlin 1997, S. 249.

Verlängerung um einen Monat nicht umgesetzt werden.⁷⁵⁷ Aus pragmatischen Gründen entschlossen sich die Gestapostellen im gesamten Deutschen Reich schließlich ab Ende Mai 1941, die Juden in „jüdische Wohngemeinschaften“ oder neu errichtete Lager einzuweisen.⁷⁵⁸ Es entstanden insgesamt 38 solcher Lager, denen von der Gestapo eine Doppelfunktion als Arbeits- und Wohnlager zugeordnet war. Auffällig war die regionale Akkumulation im Rheinland, dem westlichen Teil Bayerns und in Schlesien.⁷⁵⁹ Gemein war den Lagern, dass die Juden an *„der jeweiligen Stadtperipherie unbefristet und abgeschlossen interniert“*⁷⁶⁰ wurden. Für die rechtsrheinisch lebenden Juden wurde das ehemalige Reichsarbeitsdienstlager in Much,⁷⁶¹ für die linksrheinisch in Stadt und Kreis Bonn lebenden Juden das ehemalige Benediktinerinnenkloster „Maria Hilf“ in Endenich gewählt.⁷⁶² Laut einer Meldung des Landrates von Duisdorf war der NSDAP-Kreisleiter Eichler für die Einteilung verantwortlich.⁷⁶³

6.2 Das Kloster „Maria Hilf“ in Endenich wird zum Arbeits- und Wohnlager „Kapellenstraße 6“

Am 30. April 1941 beschlagnahmte die Bonner Gestapo das Kloster „Maria Hilf“⁷⁶⁴ im Rahmen des „Klostersturms“⁷⁶⁵. Gegen 11 Uhr vormittags wurde der Priorin Felicitas

⁷⁵⁷ Vgl. van Rey: Die Vernichtung der Juden in Bonn, S. 236-237.

⁷⁵⁸ Vgl. Gruner: Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden, S. 250.

⁷⁵⁹ Vgl. ebenda, S. 271.

⁷⁶⁰ Ebenda, S. 205.

⁷⁶¹ Zu den rechtsrheinisch lebenden Juden zählten die Bonner Juden aus Oberkassel. Zu den Bedingungen im Lager Much siehe Bruno H. Reifenrath: Die Internierung der Juden in Much. Ein Buch des Gedenkens (Veröffentlichung des Geschichts- und Altertumsvereins für Siegburg und den Rhein-Sieg-Kreis e. V., Bd. 15), Siegburg 1982.

⁷⁶² Vgl. van Rey: Die Vernichtung der Juden in Bonn, S. 237. Kurzzeitig hatte die Bonner Stadtverwaltung erwägt, die Juden im städtischen Lindenhof an der Kölnstraße zu ghettoisieren. Die bereits ausgearbeiteten Pläne wurden verworfen, weil die Unterbringung in der Kapellenstraße zweckmäßiger erschien. Vgl. StA Bonn Pr 16/75: Akte an den Oberstaatsanwalt Bonn vom 26. Januar 1948. Ebenso ebenda: Amt 91/2 vom 10. März 1941.

⁷⁶³ Vgl. StA Bonn Du 326: Der Landrat an den Herrn Amtsbürgermeister in Duisdorf am 11. Juni 1941.

⁷⁶⁴ 1857 wurde auf Initiative der Freifrau Caroline von Romberg-Brüninghausen das Kloster „Maria Hilf“ gegründet. Sie hatte Benediktinerinnen aus dem Konvent St. Omer (Frankreich) nach Bonn geholt und ihnen ein auf ihrem Besitz befindliches, ehemaliges Kapuziner-Kloster mit dazugehöriger Kirche überlassen. Als nach dem Kulturkampf das von ihrer Mutter Caroline gestiftete Kloster nicht mehr nutzbar war, stellte Paula von Fürstenberg im Jahr 1888 ihr Endenicher Landhaus auf einem 20.357 qm großen Gut für die Ordensfrauen zur Verfügung. In die am 16. Januar 1888 neu gegründete Niederlassung der Benediktinerinnen traten 20 Schwestern ein. Die alte Kapelle aus dem Jahr 1721 erwies sich jedoch als zu klein und wurde über die Jahre erweitert. Vgl. Benediktinerinnen der

Kiese des Benediktinerinnenordens „Zur Ewigen Anbetung“ durch den Leiter der Gestapo Proll ohne Angabe von Gründen mitgeteilt, dass sie die Gebäude räumen müssen:

„Ich habe den Auftrag Ihnen mitzuteilen, daß das Kloster mit allem lebenden und toten Inventar beschlagnahmt ist. Die Schwestern haben es binnen einer Stunde zu verlassen. Alles persönliche Eigentum dürfen sie mitnehmen.“⁷⁶⁶

Die 140 Benediktinerinnen, unter denen sich zahlreiche ältere und kranke Frauen befanden, mussten innerhalb der kurzen Zeit ihre Habseligkeiten packen und wurden mit bereit gestellten Wagen entweder zu umliegenden Krankenhäusern oder zu Klöstern in Köln, Kreitz und Kempen gebracht.⁷⁶⁷

6.2.1 Zwangseinweisung in die „Kapellenstraße 6“

Nach der Vertreibung der Benediktinerinnen durch die Gestapo Bonn wurde das Kloster zu einem Arbeits- und Wohnlager umfunktioniert und ab diesem Zeitpunkt unter der Adresse „Kapellenstraße 6“ geführt.⁷⁶⁸ Die Zwangseinweisung der Juden aus Bonn und Umgebung begann ab Mitte Juni 1941. Die Betroffenen erhielten von der jeweils zuständigen städtischen Behörde die schriftliche Aufforderung, sich an einem

ewigen Anbetung (Hg.): Gelobt und angebetet sei ohne Ende das allerheiligste Altarsakrament. 21.11.1857-21.11.1982, Bonn 1982, S. 8. Ebenso Herbert Weffer: Eendenich. Die Geschichte eines Bonner Vorortes, Bonn 1987, S. 426-431.

⁷⁶⁵ Zwischen 1940 bis 1942 beschlagnahmten und enteigneten die Nationalsozialisten mehr als 300 katholische Klöster und weitere katholische Institutionen. Dazu ausführlich Annette Mertens: Himmlers Klostersturm. Der Angriff auf katholische Einrichtungen im Zweiten Weltkrieg und die Wiedergutmachung nach 1945, Paderborn 2006.

⁷⁶⁶ Zitiert nach: Verein an der Synagoge, Stadtmuseum Bonn, Deutsch-Israelische Gesellschaft, Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (Hg.): „... auch Eendenich ist vielleicht das Ende nich!“ Deportiert aus Eendenich Juni/Juli 1942: Transport der Bonner Juden in die Vernichtungslager. Eine Dokumentation zur Ausstellung, Bonn 1992, S. 17.

⁷⁶⁷ Vgl. ebenda. Ebenso Annette Mertens: Klostersturm im Rheinland 1940-1942, <http://www.rheinischegeschichte.lvr.de/themen/Das%20Rheinland%20im%2020.%20Jahrhundert/S-eiten/KlostersturmimRheinland1940%E2%80%931942.aspx?print=true>, gesehen am 10.10.2016. Ebenso in StA Bonn N 1985/720: Wiedergutmachungsakte der Benediktinerinnen der "Ewigen Anbetung".

⁷⁶⁸ Vgl. Schloßmacher: Verzogen nach, S. 392.

festgelegten Tag im Arbeits- und Wohnlager einzufinden.⁷⁶⁹ Ende Januar 1942 lebten bereits 245 Juden in der „Kapellenstraße 6“. Der Ablauf des zwangsweisen Umzugs wurde von den Kommunalbeamten genau geregelt und durch ein Rundschreiben den betroffenen Personen mitgeteilt. Jede Familie oder jeder Alleinstehende hatte seine Umzugskosten selbst zu tragen. Falls dies aufgrund der finanziellen Situation nicht möglich war, musste die jüdische Gemeinde die Zahlung übernehmen. Dabei wurde die Mitnahme auf wenige Einrichtungsgegenstände und Güter des täglichen Bedarfs beschränkt.⁷⁷⁰ Ihr sonstiges Eigentum mussten die Juden beschriften und in einem Verzeichnis auflisten. Die Aufstellung war zusammen mit den Hausschlüsseln der zuständigen Polizeibehörde zu übergeben.⁷⁷¹

Anfang 1942 wurden auch Felix Hausdorff, seine Frau Charlotte und seine Schwägerin Edith Pappenheim angewiesen, in die „Kapellenstraße 6“ zu ziehen. Gemeinsam entschieden sie sich, der Zwangseinweisung durch Suizid zu entgehen.⁷⁷² Der Abschiedsbrief von Hausdorff an seinen Freund Hans Wollstein ist noch überliefert:

„[A]uch Eendenich ist noch vielleicht das Ende nich! Was in den letzten Monaten gegen die Juden geschehen ist, erweckt begründete Angst, dass man uns einen für uns erträglichen Zustand nicht mehr erleben

⁷⁶⁹ Die Anordnung kam von der Gestapo Köln-Aachen, die Aufforderung erfolgte durch die zuständigen obersten Kommunalbeamten. Vgl. Reifenrath: Die Internierung der Juden in Much, S. 110 Dokument Nr. 14.

⁷⁷⁰ „Pro Person 1 Bett oder 1 Couch und 1 Stuhl, von alleinsteh[en]den Personen, – sonst für je zwei Personen – 1 Schrank und 1 Kommode oder 1 Waschtisch [...], größere Familien können auch einen Kühlschrank mitbringen. Außerdem sind die Lebensmittel- und Brennstoff-Vorräte mitzubringen, ferner Wäsche, Kleider, Bestecke, Porzellan, Kochtöpfe und sonstige Haushalts-Gegenstände.“ Hans-Dieter Arntz: Judaica. Juden in der Voreifel, Euskirchen ³1987, S. 386-387.

⁷⁷¹ Vgl. Reifenrath: Die Internierung der Juden in Much, S. 33-35.

⁷⁷² Felix Hausdorff wurde am 8. November 1868 in Leipzig geboren. Von 1887 bis 1891 studierte er Mathematik und Astronomie in Leipzig, Freiburg und Berlin. Hausdorff promovierte 1891 und mit seiner Habilitation über die „Absorption des Lichtes in der Atmosphäre“ im Jahr 1895 begann eine umfangreiche Lehrtätigkeit auf den verschiedensten mathematischen Gebieten. Darüber hinaus war er unter dem Pseudonym Paul Mongré literarisch tätig. Von dem 1933 erlassenen „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, war Hausdorff zunächst nicht unmittelbar betroffen, da er schon vor 1914 als deutscher Beamter tätig gewesen war. Zum 31. März 1935 wurde Hausdorff zwangsemeritiert. Vgl. Walter Purkert: Ein dionysischer Mathematiker. Felix Hausdorff – Paul Mongré, in: Thomas Becker (Hg.): Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im „Dritten Reich“ und der Nachkriegszeit, Bonn 2008, 185-209 und Herbert Mehrten: Felix Hausdorff. Ein Mathematiker seiner Zeit, Bonn 1980. Siehe auch Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 89.

*lassen wird. [...] Verzeihen Sie uns auch unsere Desertion! Wir wünschen Ihnen und allen unseren Freunden, noch bessere Zeiten zu erleben.“*⁷⁷³

Von der Zwangsumsiedlung ausgenommen waren Juden, die in einer „privilegierten Mischehe“ lebten oder als „Mischlinge“ galten.⁷⁷⁴ Von einigen ist überliefert, dass sie auf Anweisung der Bonner Gestapo gemeinsam in einem der „Judenhäuser“ im Rochusweg 70 leben mussten.⁷⁷⁵ Die ersten Bonner Juden wurden am 18. Juni, die letzten am 12. August 1941 in das Arbeits- und Wohnlager „Kapellenstraße 6“ verlegt. Juden aus den damals unabhängigen Gemeinden Bad-Godesberg, Beuel, Duisdorf und weiteren Gemeinden des Landkreises Bonn kamen später hinzu.⁷⁷⁶ Von dem zwangsweisen Umzug waren nur wenige Einzelpersonen ausgenommen: Alfred, Margarete und Dora Philippson, Johanna Kratzky sowie Hans Wollstein, die gemeinsam in einem „Judenhaus“ lebten. Sie wurden später direkt den Deportationen zugewiesen.⁷⁷⁷

6.2.2 Organisationsstruktur in der „Kapellenstraße 6“

Das Kloster „Maria Hilf“ hatte bis zu seiner Beschlagnahmung 140 Benediktinerinnen beherbergt.⁷⁷⁸ Nach ihrer Einweisung teilten sich zeitweise über 380 Menschen die verfügbaren Räume, von denen annähernd 70 Prozent älter als 40 Jahre waren.

⁷⁷³ Abgedruckt in Egbert Brieskorn (Hg.): Felix Hausdorff zum Gedächtnis. Aspekte seines Werkes, Vieweg 1996, S. 265-267.

⁷⁷⁴ Gruner berichtet, dass in den anderen Lagern auch Juden in „privilegierten Mischehen“ interniert wurden. Vgl. Gruner: Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden, S. 253. Für das Sammellager „Kapellenstraße 6“ ist das nicht belegt.

⁷⁷⁵ Vgl. Verein an der Synagoge (Hg.): „September-Aktion“ 1944, S. 35-37. Ebenso Vgl. StA Bonn Pr 14/3: Brief des Oberbürgermeisters vom 30. Juni 1941. Darin wird erläutert, aus welchen Gründen die Gestapo entschied, dass Juden nicht in die Kapellenstraße 6 eingewiesen wurden: z. B. aufgrund „privilegierter Mischehen“, wegen Krankheit oder aus individuellen Gründen.

⁷⁷⁶ Noch während Menschen aus dem Sammellager deportiert wurden, traf im Juni 1942 ein Bonner Ehepaar ein und weitere sechs Menschen aus Kerpen wurden ins Lager gebracht. Ein Transport aus Euskirchen erfolgte im Juli 1942 und 30 Menschen aus dem Siegburgkreis verbrachten im Lager eine Nacht, bevor sie weitertransportiert und ermordet wurden. Vgl. van Rey: Die Vernichtung der Juden in Bonn, S. 237.

⁷⁷⁷ Vgl. Schloßmacher, Verzogen nach, S. 394. Warum dies der Fall war, ist nicht mehr rekonstruierbar.

⁷⁷⁸ Vgl. Verein an der Synagoge u. a. (Hg.): ... auch Endenich ist vielleicht das Ende nicht!, S. 16.

Insgesamt waren in der „Kapellenstraße 6“ bis zu ihrer Deportation 479 Frauen, Männer und Kinder aus Bonn und Umgebung interniert.⁷⁷⁹

Bis zum September 1941 verwaltete die Gestapo Bonn unter Aufsicht von Proll das Lager. Danach übernahm es die Stadtverwaltung Bonn treuhänderisch. In die Verhandlungen zur Übergabe waren allein fünf Dienststellen involviert: die Gauleitung Köln-Aachen unter Gauamtsleiter Kölker, die NSDAP-Kreisleitung Bonn, die Stadt Bonn vertreten durch Oberbürgermeister Rickert sowie die Gestapostellen Köln und Bonn. Die alte Stadt Bonn war ab diesem Zeitpunkt für die wirtschaftliche Betreuung und die ortspolizeiliche Aufsicht des Arbeits- und Wohnlagers „Kapellenstraße 6“ verantwortlich.⁷⁸⁰ Davon profitierte sie finanziell. Die jüdische Gemeinschaft hatte für ihre Internierung einen „Mietzins“ von monatlich 2.000 RM zu entrichten.⁷⁸¹ Die Küche mit Einrichtung sowie die Waschanstalt mussten für den Preis von 15.000 RM ausgelöst werden, wobei der Betrag in monatlichen Raten von 500 RM abzuzahlen war.⁷⁸² Es entsprach der gängigen Praxis, die hilflose Situation der jüdischen Gemeinde auszunutzen. So konstatiert Gruner: *„Partner wie Modalitäten waren [...] regional verschieden, die Mietforderungen aber generell überhöht.“*⁷⁸³

Aufgrund der Anweisung von Rickert wurde das Lager *„als geschlossene Anstalt mit Sammelverpflegung“*⁷⁸⁴ geführt, sodass die Juden mit der Zwangseinweisung ihre Lebensmittelkarten zurückgeben mussten und Bezugsscheine erhielten. Auch wurden

⁷⁷⁹ Vgl. Otto Neugebauer: Ein Dokument zur Deportation der jüdischen Bevölkerung Bonns, S. 158-230 und Verein an der Synagoge u. a. (Hg.): ... auch Endenich ist vielleicht das Ende nicht!, S. 3. Der sprunghafte Anstieg der Einweisungen lässt sich anhand einer Aufstellung des eingesetzten Lagerleiters Mayer nachvollziehen. Am 25. Januar 1942 lebten 245 Juden im Sammelager, am 3. Februar bereits 291 Juden bis der Höchststand der Eingewiesenen am 23. Februar mit 380 Juden erreicht war. Vgl. StA Bonn Pr 14/3: Gemeinschaft Kapellenstraße an das Wirtschafts- und Ernährungsamt Bonn vom 23. Februar 1942.

⁷⁸⁰ Vgl. StA Bonn Pr 14/3: An den Oberbürgermeister Rickert von Kreisleiter Proll vom 25. September 1941.

⁷⁸¹ Der „Mietbetrag“ entspricht ungefähr den Forderungen, die Gruner für die übrigen Zwangsgemeinschaften herausgefunden hat. Vgl. Gruner: Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden, S. 256-257.

⁷⁸² Vgl. StA Bonn Pr 14/3: Übergabe - Verhandlung zwischen der Gestapo Köln vertreten durch Kriminalrat Proll und dem Bevollmächtigten der Stadt Bonn Rechtsrat Dr. Horster vom 11. September 1941. Hierfür wurde bei der Stadtparkasse ein Sparbuch mit 11.000 RM angelegt, von dem monatlich der Betrag abgebucht wurde. Bei Abbezahlung sollte die Einrichtung in den Besitz der jüdischen Gemeinschaft übergehen. Siehe hierzu Gruner: Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden, S. 256.

⁷⁸³ Vgl. Gruner: Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden, S. 257.

⁷⁸⁴ StA Bonn Pr 14/3: Verfügung des Oberbürgermeisters Rickert vom 30. Juni 1941. Betreff: Versorgung der Judenwohnungen.

sie von Sonderzuteilungen grundsätzlich ausgeschlossen und erhielten nur ausreichend verfügbare Güter.⁷⁸⁵ Zudem mussten sie Zwangsarbeit leisten. Laut Gruner war dies der ausschlaggebende Aspekt der 1941 eröffneten Lager: „[D]ie Internierung jüdischer Familien mit Zwangsarbeit in Lagern zu verbinden.“⁷⁸⁶ Im April 1942 betraf dies in der „Kapellenstraße 6“ von den 378 Internierten 93 Männer und 57 Frauen, die zum großen Teil Schwerarbeit leisten mussten.⁷⁸⁷ Die Männer waren zumeist bei der Straßenreinigung,⁷⁸⁸ im Baubereich und im Straßenbau tätig. Einige von ihnen wie Philip Bucki, Simon Dornbusch, Louis Hamlet, Adolf Levy und Moritz Salm wurden vom Arbeitsamt Bonn zu Reinigungsarbeiten in den Luftschutzkellern herangezogen. Dort mussten sie 48 Stunden in der Woche arbeiten und erhielten einen Stundenlohn von 0,65 RM.⁷⁸⁹ Die Frauen waren in der Wandplattenfabrik Wessel in Dransdorf tätig. Ihre Aufgabe bestand u. a. darin, fehlerhafte Fliesen auszumustern und fehlerfreie zur Glasur zu bringen. Das dort verdiente Geld wurde auf ein Sperrkonto der Stadtparkasse überwiesen, auf das sie nur begrenzt Zugriff hatten.⁷⁹⁰

Als Sprecher und Leiter der Lagerbewohner wurde von der Gestapo Bonn der Rechtsanwalt Siegmund Mayer⁷⁹¹ eingesetzt. Wie auch in den anderen Arbeits- und

⁷⁸⁵ Vgl. ebenda.

⁷⁸⁶ Vgl. Gruner: Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden, S. 249.

⁷⁸⁷ Vgl. StA Bonn Pr 14/3: Mayer an das Wirtschafts- und Ernährungsamt der Stadt Bonn vom 24. April 1942.

⁷⁸⁸ Dies betraf auch Maximilian Klee, vgl. Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 124.

⁷⁸⁹ Vgl. StA Bonn Pr 31/1786: Oberbürgermeister an das Amt OL vom 21.4.1941. Rickert musste die Arbeitseinsätze genehmigen.

⁷⁹⁰ Vgl. Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 249. Laut der Aussage von Else Waldmann. Zwangsarbeit mussten sie bereits vor ihrer Einweisung in die Kapellenstraße 6, ab Januar 1941, leisten.

⁷⁹¹ Am 6. Dezember 1883 wurde Siegmund Mayer in Graurheindorf geboren. Er hatte zusammen mit seiner ersten Frau Anna zwei Kinder. Nach ihrem Tod heiratete Mayer im Jahr 1938 Hildegard Lahm, die ebenfalls Jüdin war. Er besaß ein Haus in der Meckenheimer Straße, in welchem er wohnte und wo sich auch seine Rechtsanwaltskanzlei befand. Mayer war ein in Bonn bekannter Strafverteidiger und unterhielt nebenher Repetitorien. Auf Grundlage des Gesetzes über die „Zulassung zur Rechtsanwaltschaft“ vom 7. April 1933 wurde ihm verboten, seine Tätigkeit als Anwalt weiter auszuüben. Mitte Juni 1941 mussten Mayer und seine Frau Hildegard zwangsweise in die „Kapellenstraße 6“ ziehen, wo er von der Gestapo Bonn als „Leiter der Judengemeinschaft“ eingesetzt wurde. Am 27. Juli 1942 wurde das Ehepaar Mayer mit dem letzten Transport aus dem Sammellager nach Theresienstadt deportiert. Von dort aus wurde Siegmund Mayer nach Auschwitz verlegt, wo er am 16. Oktober 1944 ermordet wurde. Hildegard Mayer wurde zunächst nach Auschwitz, dann nach Bergen-Belsen deportiert. Nach ihrer Befreiung kehrte sie wieder nach Bonn zurück. Vgl. Gedenkbuch der Gedenkstätte Bonn: Siegmund Mayer und Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 163, 182 und 198. Ebenso Suchanfragen, DE ITS. 6.3.1.1/6311068445/ITS Digital Archive, Arolsen Archives: Suchanfrage bezüglich Mayer Siegmund 06.12.1883.

Wohnlagern wurden die Juden verpflichtet, sich selbst zu verwalten.⁷⁹² Mayers Aufgaben bestanden u. a. in der Zu- und Verteilung der Zimmer im ehemaligen Kloster, dem Einkauf von Essen und anderen Gebrauchsgegenständen als auch dem Erstellen von Genehmigungen zum Verlassen des Lagers. Darüber hinaus war er für Verhandlungen mit der Gestapo Bonn sowie den städtischen Behörden zuständig. Mayer hatte zudem für einen geregelten Ablauf des Alltags im Lager zu sorgen. Zuletzt bestand seine Aufgabe darin, die reibungslose Abwicklung der Transporte in den Osten durch das Erstellen von Deportationslisten zu gewährleisten.⁷⁹³ Das Arbeits- und Wohnlager selbst wurde nicht bewacht, jedoch wurden von Zeit zu Zeit Kontrollen durchgeführt und Mayer hatte den zuständigen Stellen regelmäßig Bericht zu erstatten.⁷⁹⁴

6.2.3 Lebensbedingungen in der „Kapellenstraße 6“

Nahezu ein Jahr lebten die internierten Juden auf engstem Raum zusammen. Aufgrund der vorhandenen Räumlichkeiten war das Aufstellen aller mitgebrachten Möbel nicht möglich, ein Teil davon wurde in einem offenen Geschossteil der Klosterkirche untergestellt.⁷⁹⁵ Die Wohnverhältnisse beschrieb Ruth Herz in einem Brief an ihren Onkel Theodor folgendermaßen:

„Das Zimmer ist 4 m im Durchmesser, es stehen 2 Betten, eine Couch, ein Schrank[,] ein Tisch, 2 Stühle und ein Herd darin. [...] Du kannst Dir doch sicher eine Nonnenzelle vorstellen, in dem Stil sind alle Zimmer. Die meisten Familien haben solch ein Zimmer, meistens sind sie jedoch kleiner. Einzelpersonen leben in Gemeinschaftssälen zu 10-20 Personen. Mittags essen wir an der Gemeinschaftstafel im Speisesaal.“⁷⁹⁶

⁷⁹² Vgl. Gruner: Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden, S. 260.

⁷⁹³ Vgl. Verein an der Synagoge u. a. (Hg.): ... auch Endenich ist vielleicht das Ende nicht!, S. 25.

⁷⁹⁴ Vgl. Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 249: Aussage von Else Waldmann.

⁷⁹⁵ Vgl. van Rey: Die Vernichtung der Juden in Bonn, S. 237.

⁷⁹⁶ Ruth Schlette: „Ich hoffe trotzdem bald in Palästina ein neues Leben anfangen zu können“. Ruth Hadassah Herz aus Beuel (1925-1942) und ihre Briefe, in: Bonner Geschichtsblätter, Bd. 51/52 (2001/2002), S. 123-176, hier S. 166.

Den Großteil des Tages mussten die Juden Zwangsarbeit leisten; diejenigen die nicht arbeitsfähig waren, erledigten Aufgaben im Lager. Die freie Zeit verbrachten die Familien meist unter sich. Mit mitgebrachten Büchern bauten die internierten Juden eine Lagerbibliothek auf. Darüber hinaus wurde ein Literaturkurs organisiert und Doktor Levy bot Erste Hilfe-Schulungen an. Die im Lager lebenden Kinder wurden durch Siegfried Winterberg mit einfachsten Mitteln unterrichtet. Dieser leitete auch am Sabbat den Gottesdienst im ehemaligen Refektorium, allerdings ohne Thorarollen. Diese waren beim Novemberpogrom von der Gestapo konfisziert worden.⁷⁹⁷

Obgleich sich ein gewisser Alltag einstellte, kann nicht von einer „normalen“ Lebenswelt gesprochen werden. Bei Lagern handelte es sich um erzwungene Gesellschaften. Die Entstehung von Lebens- und Handlungsräumen in diesen kann lediglich als Anpassung an eine gewaltsam herbeigeführte Lage verstanden werden, die mit der Normalität nicht vergleichbar war.⁷⁹⁸ So beschreibt auch Max Herz die Situation in der „Kapellenstraße 6“ in einem Brief an seinen Bruder Theodor: *„Das Leben ist für uns u. für mich so vollständig verändert, dass man auch hier von einer Umwertung aller Werte sprechen muss.“*⁷⁹⁹

Die hygienischen Bedingungen im Arbeits- und Wohnlager bezeichnete der Bonner Arzt Dr. Josef Kill bei seinen Besuchen im Juni 1941 als unzumutbar. Er bemängelte schlimme sanitäre Missstände und das Fehlen jeglicher medizinischer Versorgung im Lager. Als Beispiel führte er den Fall einer an ruhrartigem Darmkatarrh leidenden Frau an, die gezwungen war, ihre Notdurft in einem Putzeimer in einem Raum mit zehn Personen zu verrichten. Separate Zimmer, ein Arzt oder einfache Utensilien für die Behandlung von Kranken waren im Lager nicht vorhanden. Gleichzeitig verfügten die internierten Juden oft über mehrere Tage hinweg nur wenige Stunden täglich über fließendes Wasser, so dass die Badeeinrichtung oftmals nicht nutzbar war. Auch den *„trostlose[n] Anblick der zwischen ihren mitgebrachten Möbel[n] und Möbelch[en]“*

⁷⁹⁷ Vgl. Schlette: „Ich hoffe trotzdem bald in Palästina ein neues Leben anfangen zu können“, S. 167-172 und Verein an der Synagoge u. a. (Hg.): ... auch Endenich ist vielleicht das Ende nicht!, S. 16.

⁷⁹⁸ Vgl. Tagungsbericht: Lebenswelt Ghetto des Historischen Seminars der Universität Hamburg, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2855&view=print.>, gesehen am 15.7.2010.

⁷⁹⁹ Schlette: „Ich hoffe trotzdem bald in Palästina ein neues Leben anfangen zu können“, S. 168.

herum irrenden, namentlich älteren und verzweifelte Leuten“⁸⁰⁰ beschrieb er bei seiner Anhörung im Entnazifizierungsverfahren gegen Rickert. Über die Zustände in der „Kapellenstraße 6“ setzte er Rickert in Kenntnis und wies auf die Gefahr hin, dass Krankheiten aus dem Lager auf die Stadt übergreifen könnten. Als Reaktion wurde Dr. Kill von der Bonner Gestapo verhört und der „*erwiesenen Judenfreundlichkeit*“⁸⁰¹ beschuldigt. Kurz darauf musste er die ärztliche Betreuung der jüdischen Gemeinschaft aufgeben, weil er an einem schweren Magengeschwür erkrankte.⁸⁰² Ab November 1941 wurde der jüdische Arzt Dr. Wilhelm Levy aus Idar-Oberstein angewiesen, nach Bonn in das Arbeits- und Wohnlager zu ziehen.

Auch standen den internierten Juden nicht ausreichend Lebensmittel zur Verfügung. Die Versorgung wurde durch das Bonner Wirtschafts- und Ernährungsamt zentral geregelt und nur städtisch beauftragte Geschäfte, die zuvor von der Gestapo Bonn geprüft worden waren, durften Nahrungsmittel liefern.⁸⁰³ Dies entsprach der gängigen Praxis bei Wohn- und Arbeitslagern, wo für die Zustellung an die jüdische Gemeinschaft nur „vertrauenswürdige“ Geschäftsleute bestimmt wurden.⁸⁰⁴ Die Waren wurden zum größten Teil der Gemeinschaftsküche zugewiesen. Der Rest wurde an die Bewohner verteilt oder an sie weiterverkauft. Schon im September 1941 traten Probleme wegen der unzureichenden Versorgung auf. Die Zuteilung von Reis, Hülsenfrüchten, Teigwaren und Kartoffelstärke oder Mehlerzeugnissen war dem Sammellager verwehrt worden. Mayer schildert in einem Brief an das zuständige Wirtschafts- und Ernährungsamt Bonn die damit einhergehenden Schwierigkeiten:

„Uns trifft die Versagung dieser Lebensmittel besonders schwer. Wir haben die Verpflegung der Gemeinschaft ohne Vorräte begonnen und auch keine Vorräte ansammeln können. Ein Drittel der Gemeinschaft

⁸⁰⁰ StA Bonn Pr 16/75: Dr. Josef Kill: Aussage über das Lager Kapellenstraße 6. Im Rahmen eines Entnazifizierungsverfahrens gegen Rickert. Teile des Dokument sind abgedruckt in van Rey: Die Vernichtung der Juden in Bonn, S. 238-239.

⁸⁰¹ Ebenda: „Ich hatte um sofortige und energische Abhilfe gebeten. Der Erfolg war der, daß ich einen Tag darauf aus der Sprechstunde geholt wurde und zur Gestapo kommen musste, zu welcher der Herr Oberbürgermeister Rickert meine Beschwerde „zuständigkeitshalber“ abgegeben hatte.“

⁸⁰² Vgl. ebenda.

⁸⁰³ Vgl. StA Bonn Pr 14/3: Aktennotiz über eine Besprechung der für die Belieferung an die Judengemeinschaft Bonn, Kapellenstrasse, vorgesehenen Lieferfirmen am Montag, den 18. August 1941.

⁸⁰⁴ Vgl. Gruner: Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden, S. 260.

steht im Arbeitseinsatz, zum grossen Teil als Schwerarbeiter ohne Schwerarbeiterzulage, 58 Personen sind über 70 Jahre alt, der Rest besteht größtenteils aus Kindern und arbeitsunfähigen und kranken Voll- oder Halbinvaliden. Wenn uns die angeführten Lebensmittel nicht zugeteilt werden, wird die Verpflegung noch schwieriger wie sie bisher schon ist, und es wird kaum möglich sein, die Gemeinschaftsmitglieder, insbesondere die Schwerarbeiter, die Alten und Kranken bei Kräften zu halten.“⁸⁰⁵

Trotz Mayers wiederholten Bemühungen blieb die Ernährungslage der internierten Juden problematisch, es mangelte u. a. an Gemüse, Wurst und Eiern.⁸⁰⁶ Weil sich die Versorgung im Frühjahr 1942 weiter verschlechterte, wandte er sich im April 1942 erneut an das Wirtschafts- und Ernährungsamt mit dem Hinweis, dass für die 378 internierten Menschen seit über vier Monaten keine Kartoffeln mehr geliefert worden seien. Auch von der Kreisbauernschaft zugesagte Steckrüben seien nicht eingetroffen.⁸⁰⁷ Das Amt reagierte am 30. April 1942. In einem internen Vermerk hieß es, dass noch 150 Zentner Kartoffeln vorhanden seien. Diese kämen nicht mehr für den Verkauf in Frage, *„weil sie teils schlecht und angefault sind. Diese Menge kann der Judengemeinschaft zugeteilt werden, die sich dann die noch guten Kartoffeln aussuchen mag.“⁸⁰⁸*

⁸⁰⁵ StA Bonn Pr 14/3: Der Leiter der Gemeinschaft Sigmund Israel Mayer an das Wirtschafts- und Ernährungsamt der Stadt Bonn am 6. September 1941.

⁸⁰⁶ Vgl. ebenda. Die Ernährungslage blieb weiterhin sehr problematisch, wie man den Schreiben Mayers vom 7. Oktober und 9. Oktober 1941 entnehmen kann, sowie ebenda: Leiter der Gemeinschaft Sigmund Israel Meyer [sic] an das Wirtschafts- und Ernährungsamt der Stadt Bonn am 12. Februar 1942.

⁸⁰⁷ Vgl. Verein an der Synagoge u. a. (Hg.): ... auch Eendenich ist vielleicht das Ende nich!, S. 28.

⁸⁰⁸ Ebenda und auch Gruner: Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden, S. 261. Dort beschreibt auch er ausführlich die Missstände in der „Kapellenstraße 6“.

6.3 Handlungen der nicht-jüdischen Bonner gegenüber den internierten Juden

Die zuständigen Stellen erschwerten, wie in den vorangegangenen Abschnitten beschrieben, den Alltag der internierten Juden, indem sie u. a. die sanitären Missstände und die schlechte Versorgung mit Lebensmitteln nicht behoben. Sie regelten darüber hinaus den gesamten Tagesablauf in der „Kapellenstraße 6“, mit dem Ziel den Kontakt zu nicht-jüdischen Bonnern zu minimieren. Das Arbeits- und Wohnlager durften die internierten Juden nur verlassen, um Zwangsarbeit im nahen Umkreis zu leisten. In Ausnahmefällen wurden Sondergenehmigungen erteilt, wie beispielsweise bei dringenden Arztbesuchen.⁸⁰⁹ Lediglich den Kindern war es gestattet, sonntags außerhalb des Klostergeländes zu spielen. Doch auch hier gab es Restriktionen und es war ihnen nicht erlaubt, weiter als bis zur Heiligen Stiege und der Kirche auf dem Kreuzberg zu gehen. Die Außenkontakte reglementierten die städtischen Stellen, Besuche von Verwandten sowie Freunden standen unter Kontrolle. Im Verlauf der Monate wurden auch diese sukzessive eingeschränkt.⁸¹⁰ Ohnehin war die jüdische Gemeinschaft allein durch die örtliche Lage des ehemaligen Benediktinerinnenklosters weitgehend von der übrigen Bevölkerung isoliert. Ähnliche Maßnahmen lassen sich auch für die anderen Arbeits- und Wohnlager konstatieren.⁸¹¹

6.3.1 Rolle der beteiligten Dienststellen

Wie bereits in den vorangegangenen Abschnitten dargestellt, setzten die örtlichen Dienststellen die räumliche Trennung der jüdischen Gemeinschaft von der „Bonner Volksgemeinschaft“ durch die Einweisung in „Judenhäuser“ und das Arbeits- und Wohnlager „Kapellenstraße 6“ durch. Den Anweisungen „von oben“ folgend und über diese hinaus bemühten sich die lokalen Akteure eigeninitiativ in unterschiedlicher Weise, Kontakte und Interaktionen zwischen den internierten Juden und den nicht-

⁸⁰⁹ Vgl. Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 220 und 249: Zeitzeugenaussagen von Johanna Shurman und Else Waldmann.

⁸¹⁰ Ebenda: Zeitzeugenaussage von Johanna Shurman.

⁸¹¹ Vgl. Gruner: Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden, S. 259-260.

jüdischen Bonnern zu unterbinden oder zumindest zu minimieren. Zudem erschwerten sie die Lebensbedingungen der jüdischen Gemeinschaft.

Die NSDAP-Kreisleitung Bonn-Stadt unter Leitung von Eichler organisierte aktiv die Einweisung der Bonner Juden in „Judenhäuser“ mit und bemühte sich, den Prozess nach Kräften voranzutreiben. Eichler ging so weit, die Wohnverhältnisse eigenmächtig – im Vergleich zu den Anweisungen „von oben“ – und übermäßig zu verschärfen. Zwar handelte er gemäß der Anordnung der NSDAP-Gauleitung Köln-Aachen, diese war jedoch nicht spezifiziert. Er interpretierte, was seiner Ansicht nach *„beengte Wohnverhältnisse“* waren. Zudem teilte Eichler die Juden den beiden Arbeits- und Wohnlagern „Kapellenstraße 6“ und „Much“ zu. Auch war die örtliche Kreisleitung unter seiner Leitung an den Übergabeverhandlungen des Lagers „Kapellenstraße 6“ an die Stadt Bonn beteiligt. Aus folgendem Schreiben an das Wirtschafts- und Ernährungsamt Bonn wird ersichtlich, dass Eichler den Rahmen seiner Handlungsmöglichkeiten ausschöpfte, um Kontaktmöglichkeiten zwischen den internierten Juden und der hergestellten „Bonner Volksgemeinschaft“ zu unterbinden:

„Ich habe bereits über die Stapo anordnen lassen, dass die Juden nach Möglichkeit nicht in das Stadtinnere fahren und auch ihnen jeder Grund genommen wird, dort irgendwelche Besorgungen zu machen. Wir wollen die Juden ganz aus dem Stadtbild der Stadt Bonn ausschliessen.“⁸¹²

In diesem Zusammenhang erließ Eichler weitere Maßnahmen. So sollte das Lager überwiegend von Geschäften beliefert werden, die in der Nähe ansässig waren⁸¹³ und die internierten Juden durften seit November 1941 nur zu festgelegten Zeiten, zwischen 18 und 19 Uhr, in ausgewählten Läden ihre Textilien und Schuhe kaufen.⁸¹⁴

⁸¹² StA Bonn Pr 14/3: Kreisleiter Eichler an das Wirtschafts- und Ernährungsamt der Stadt Bonn am 11. August 1941.

⁸¹³ Vgl. StA Bonn Pr 14/3: Kreisleiter Eichler, NSDAP-Kreisleitung Bonn an das Wirtschafts- und Ernährungsamt der Stadt Bonn am 11. August 1941. Ebenda: Wirtschafts- und Ernährungsamt Bonn vom 18. Juli 1941.

⁸¹⁴ Vgl. StA Bonn Pr 14/3: Wirtschafts- und Ernährungsamt vom 28. Juli 1941 und 6. August 1941.

Die Gestapo Bonn unter der Leitung von Proll partizipierte in vielfältiger Weise an der endgültigen Exklusion der jüdischen Bonner. Die Gestapo-Beamten waren mitverantwortlich für die Einweisung in die „Judenhäuser“ und bereit, die zwangsweise Umsiedlung notfalls mit Gewalt umzusetzen. Zudem beschlagnahmte die Gestapo Bonn das Kloster „Maria Hilf“, war für die Umfunktionierung des Gebäudes in das Arbeits- und Wohnlager „Kapellenstraße 6“ verantwortlich und verwaltete es von Juni bis September 1941. Auch suchte Proll nach Möglichkeiten, Interaktionen zwischen den internierten Juden und den nicht-jüdischen Bonnern zu unterbinden. So begründete er beispielsweise den erzwungenen Umzug des jüdischen Arztes Levy in die „Kapellenstraße 6“ im November 1941 folgendermaßen:

„[D]er Zuzug von Levy schaltet für die Folge jede Behandlung der Juden durch arische Ärzte aus und diese brauchen die Stadt Bonn zum Besuch von Ärzten nicht mehr zu betreten.“⁸¹⁵

Jede Form von Kontakt mit der jüdischen Gemeinschaft wurde durch die Gestapo Bonn überwacht. Die städtisch beauftragten Geschäfte, die Waren in die „Kapellenstraße 6“ lieferten, waren zuvor auf ihre „Vertrauenswürdigkeit“ überprüft worden. Auch kontrollierte die Gestapo Bonn die Besuche zwischen den internierten Juden und ihren Verwandten bzw. den nicht-jüdischen Bonnern; über die Zeit schränkte sie diese sukzessive ein. So berichtete Hanny Shurman gegenüber der Gedenkstätte Bonn:

„Anfangs konnte ich mit meinem Sohn meine Eltern [Bernhard und Ida Arensberg] noch fast jeden Tag besuchen. [...] Später wurden die häufigen Besuche verboten; es war nur noch ein- oder zweimal in der Woche erlaubt. Ich habe meine Eltern heimlich besucht.“⁸¹⁶

⁸¹⁵ Ebenda: An den Oberbürgermeister in Bonn von Proll. Leiter der Außendienststelle der Gestapo Bonn, vom 26. November 1941.

⁸¹⁶ Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 220: Zeitzeugeninterview. Am 9. Juli 1941 wurde das Ehepaar Arensberg in die Kapellenstraße 6 eingewiesen. Ihre Tochter Hanny lebte in einer „privilegierten Mischehe“ und wurde deshalb nicht interniert. Am 14. Juni 1942 wurde das Ehepaar Arensberg in das KZ Theresienstadt deportiert, wo Ida am 18. September 1942 und Bernhard am 15. Januar 1943 starb.

Verschiedene städtische Beamte waren nachweislich und in unterschiedlicher Form an der Separierung der jüdischen Gemeinschaft involviert. Bei den Planungen bezüglich der „Judenhäuser“ brachten neben Oberbürgermeister Rickert, Stadtinspektor Güssen und der städtische Rechtsanwalt Dr. Horster Vorschläge ein. Auch bei den Übergabeverhandlungen vertrat Dr. Horster die Stadt Bonn. Nach der Übernahme des Arbeits- und Wohnlagers traf Rickert grundlegende Entscheidungen, die die Versorgung der internierten Juden betrafen; so ließ er die „Kapellenstraße 6“ als „geschlossene Anstalt mit Sammelverpflegung“⁸¹⁷ führen und untersagte Sonderzuteilungen jeglicher Art.⁸¹⁸ Durch diese Maßnahme verhinderte Rickert, dass die Juden das Arbeits- und Wohnlager für Einkäufe verließen. Für Kleidung und Schuhe wurden ihnen die Geschäfte Blömer und Duell & Co zugewiesen, die sie nur zu festgelegten Zeiten betreten durften: Eine der wenigen verbliebenen Interaktionsmöglichkeiten zu nicht-jüdischen Bonnern war damit unterbunden.

Das weitere Vorgehen bezüglich der Verpflegung wurde mit mehreren städtischen Beamten abgesprochen und koordiniert: dem Städtischen Rechtsrat Dr. Berndt vom Wirtschafts- und Ernährungsamt Bonn, dem Städtischen Rechtsrat und Rechtsanwalt Dr. Horster, dem Stadtinspektor Brabeck und dem Stadtinspektor Roesberg.⁸¹⁹ Die Koordination der Versorgung für die „Kapellenstraße 6“ oblag letztlich dem Wirtschafts- und Ernährungsamt Bonn. Der zuständige Ansprechpartner für den Leiter der Lagergemeinschaft Mayer war Dr. Berndt.⁸²⁰ Während festgelegter Sprechstunden musste Mayer sämtliche Unterlagen, wie z. B. Bezugsscheine, im Amt vorlegen. Auf die wiederholten Eingaben und Bitten Mayers um eine verbesserte Versorgung reagierten die Beamten kaum oder nur unzureichend. Das Wirtschafts- und Ernährungsamt war maßgeblich für die Mangelwirtschaft der jüdischen Gemeinschaft verantwortlich. Das

⁸¹⁷ StA Bonn Pr 14/3: Verfügung des Oberbürgermeister Rickerts am 30. Juni 1941. Betreff: Versorgung der Judenwohnungen.

⁸¹⁸ Rickert führte seine Anweisungen detailliert aus und berücksichtigte auch scheinbare Kleinigkeiten; allerdings kaum zu Gunsten der jüdischen Gemeinschaft: „g) Bei der Zuweisung von Lebensmitteln, sind, insbesondere bei Nahrungsmitteln, die weniger knappen Güter zu geben. h) Seife erhalten sie wie Normalverbraucher [...] k) Bei der Versorgung mit Schuhen ist strengster Maßstab anzulegen [...] m) Arbeiterzulagen werden nicht gewährt.“ Ebenda.

⁸¹⁹ Vgl. StA Bonn Pr 14/3: Besprechung am 24. Juni 1941.

⁸²⁰ Siehe das Konvolut der Briefe und Dienstbesprechungen von Dr. Berndt und der jüdischen Gemeinschaft in ebenda.

Arbeitsamt hingegen war für die Einteilung der Juden zur Zwangsarbeit zuständig, wovon die Stadt Bonn neben den Zahlungen des „Mietzinses“ profitierte.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich also aus dem Handeln der lokalen Akteure ableiten? Zunächst ist festzuhalten, dass die NS-Führung ab 1939 die systematische Separierung in verschiedenen Lebensbereichen angeordnet und konkretisiert hatte.⁸²¹ Während manche der Verfolgungsmaßnahmen zentral gesteuert wurden, lag die Wohnkonzentration und Zwangsversorgung der Juden jedoch im Verantwortungsbereich der Gemeinden.⁸²² Wie in dem vorangegangenen Abschnitt dargestellt wurde, waren zahlreiche Bonner Dienststellen an der Separierung der jüdischen Gemeinschaft von der übrigen Gesellschaft beteiligt. Dabei arbeiteten sie Hand in Hand, um die exkludierende Politik umzusetzen. Ohne ihre Mitwirkung vor Ort wäre das Ziel der Separierung der Juden nicht realisierbar gewesen. Oftmals entwickelten sie eigeninitiativ Anordnungen, Kontrollen und Restriktionen, um Interaktionen oder auch nur geringe Zeichen von Empathie der nicht-jüdischen Bonner gegenüber der jüdischen Gemeinschaft zu unterbinden. Damit greift Gottos Erkenntnis bezüglich der Rolle der Stadtverwaltung Augsburg im Nationalsozialismus für Bonn zu kurz. Er konstatiert:

„Die Stadtverwaltung folgte [...] einem kohärenten, rassistischen Gesellschaftsbild, dessen böse Logik sie in konkretes Verwaltungshandeln umsetzte. Sie schuf keine Ausnahmetatbestände, sondern machte auf dem Weg von Dienstanweisungen, Ortsvorschriften und Verwaltungsvollzug diese neue, böse Logik zur administrativen Normalität.“⁸²³

⁸²¹ Vgl. Abschnitte 6.1 und 6.2.1.

⁸²² Vgl. Gruner: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, S. 112-115.

⁸²³ Bernhard Gotto: Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933-1945, München 2006, S. 429.

Gotto suggeriert damit eine Passivität seitens der Stadtverwaltung.⁸²⁴ Dies kann im Fall Bonns nicht bestätigt werden. Die städtischen Stellen nutzten ihre Handlungsmöglichkeiten, um über die geforderte Gesetzgebung hinaus die jüdische Gemeinschaft in fast allen Lebensbereichen zu diskriminieren und zu isolieren. Zudem erschwerten sie die Lebensbedingungen der Juden, wie die aufgeführten Beispiele der „Kapellenstraße 6“ zeigen. Für Bonn bestätigt sich vielmehr Gruners Einschätzung, nach der die Kommunen als *„Ort, Träger und Triebkraft der Judenverfolgung verstanden“*⁸²⁵ werden sollten.

6.3.2 Verhalten der nicht-jüdischen Bonner gegenüber den internierten Juden

Die Reaktionen und Handlungen der nicht-jüdischen Bonner gegenüber der isolierten jüdischen Gemeinschaft – ob direkt oder indirekt – variierten stark. Verschiedene Beispiele sollen dies illustrieren. Das Wirtschafts- und Ernährungsamt Bonn schrieb Ende Juni 1941 verschiedene Verbände an, um eine Angabe über „zuverlässige“ Händler zu erhalten, die für die Sammelverpflegung des Arbeits- und Wohnlagers „Kapellenstraße 6“ in Frage kämen.⁸²⁶ Die Vertreter der „Fleischer-Innung für den Stadt- und Landkreis Bonn“, der „Kreisbauernschaft Bonn“ und der „Kreishandwerkerschaft Bonn“ beantworteten die Anfrage weitgehend sachlich und führten entsprechende Händler auf;⁸²⁷ nicht so der Geschäftsführer der „Wirtschaftskammer Köln“ – Unterabteilung Einzelhandel, Kreisstelle Mittelrhein in Bonn, Servet⁸²⁸:

⁸²⁴ Ähnlich beschreibt Matzerath die Rolle der kommunalen Verwaltung. Ihm zufolge verweigerte sie den Juden aufgrund zentraler Anweisungen Verwaltungsleistungen, z. B. in Bezug auf Bewirtschaftung und Wohnverhältnisse. Matzerath: *Bürokratie und Judenverfolgung*, S. 119.

⁸²⁵ Gruner: *Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen*, S. 123.

⁸²⁶ Vgl. StA Bonn Pr 14/3: Wirtschafts- und Ernährungsamt vom 30. Juni 1941. Betreff: Versorgung der Bonner Juden.

⁸²⁷ Ebenda: Fleischer-Innung für den Stadt- und Landkreis Bonn vom 8. Juli 1941; Kreisbauernschaft Bonn vom 3. Juli 1941; Kreishandwerkerschaft Bonn vom 8. Juli 1941.

⁸²⁸ Am 29. August 1941 fiel Servet erneut mit folgender Eingabe an das Wirtschafts- und Ernährungsamt Bonn auf: „Bei der Bestimmung der Lieferanten ist man davon ausgegangen, die Wahl möglichst zu beschränken, da nur bedingt vertrauenswürdige Lieferanten herangezogen werden konnten. Es ist ihnen sicherlich nicht unbekannt, dass vor dem Einsatz der von uns genannten Lieferfirmen Warenlieferungen an die jüdische Gemeinschaft erfolgt sind, (Schokolade usw.), die keineswegs ausgeliefert werden durften.“ Ebenda: Brief vom 29. August an das Wirtschafts- und Ernährungsamt Bonn.

„Es ist sicherlich zu begrüßen, dass durch Einrichtung einer Sammelverpflegung die Juden möglichst aus den Geschäften ferngehalten werden. Grundsätzlich sind wir jedoch der Meinung, dass die Einrichtung der Sammelverpflegung kein Anlass für einen Preisvorteil sein kann. [...] Es ist auch nicht einzusehen, dass den Juden noch besondere Vorteile irgendwelcher Art eingeräumt werden.“⁸²⁹

Auf Grundlage der Empfehlungen fragte das Wirtschafts- und Ernährungsamt Bonner Geschäftsleute an. Bei einer Besprechung in der Behörde am 18. August 1941 wurden diese über die Rahmenbedingungen für die Lieferungen informiert: So sollten beispielsweise alle geschäftlichen Angelegenheiten nur in der „Kapellenstraße 6“ geführt und bei etwaigen Forderungen oder Wünschen seitens der jüdischen Gemeinschaft die Gestapo Bonn informiert werden.⁸³⁰ Letztlich entschieden sich zwölf Bonner Geschäfte/Geschäftsleute dazu, die internierten Juden zu beliefern: Firma Vianden unter Inhaber Kirsten: Kartoffeln; Zimmermann: Obst und Gemüse; Luhmer: Milch; Schöler: Fleisch; Knauf, Schäfer, Schmitz, Walbröl: Brot; Battermann: Fisch; Bürfent: Getränke; Bergmann: Putz und Waschmittel.⁸³¹

Drei Geschäftsmänner verzichteten auf den Auftrag. Bei Bauch und Nettekoven sind die Beweggründe aufgrund der Quellenlage nicht mehr nachvollziehbar.⁸³² Geschäftsinhaber Körner lehnte die Anfrage ab, weil er nicht bereit war, der jüdischen Gemeinschaft trotz erhöhter Abnahmemenge, ermäßigte Preise zu gewähren.⁸³³ Für Kleidung und Schuhe waren die Geschäfte Blömer und Duell & Co vorgesehen. Bereits in der Besprechung am 18. August 1941 äußerten deren Vertreter den Wunsch, dass die internierten Juden nur zu einer festgelegten Zeit die Läden betreten durften.⁸³⁴ Der Inhaber Blömer führte seine „Bedenken“ am 2. November 1941 weiter aus:

⁸²⁹ StA Bonn Pr 14/3.: Wirtschaftskammer Köln – Unterabteilung Einzelhandel, Kreisstelle Mittelrhein in Bonn vom 2. Juli 1941. Betrifft: Versorgung der Bonner Juden.

⁸³⁰ Vgl. StA Bonn Pr 14/3: Aktennotiz vom 18. August 1941.

⁸³¹ Ebenda: Wirtschafts- und Ernährungsamt Bonn vom 18. Juli 1941. Im September 1941 kam für Getränkeliieferungen noch Bürfent hinzu, der nach Rücksprache mit der Gestapo und der Kreisleitung als Lieferant angenommen wurde. Vgl. ebenda: Kreisleitung Bonn vom 25. September 1941.

⁸³² Vgl. ebenda: Wirtschafts- und Ernährungsamt vom 28. Juli 1941 und 6. August 1941.

⁸³³ Vgl. ebenda: Wirtschafts- und Ernährungsamt vom 28. Juli 1941.

⁸³⁴ Vgl. ebenda: Aktennotiz vom 18. August 1941.

„Wir bitten, vom 18.11.41 ab für die Juden die Verkaufszeit von ½ 9 – 10 Uhr festzusetzen, da wir in dem lebhaften Geschäftsverkehr von 17 – 18 Uhr keinesfalls Juden bedienen können. Es ist unseren Kunden nicht zuzumuten, sich beim Einkauf mit Juden zusammen an die Theke zu stellen, ausserdem schadet es dem Ruf unseres Hauses, wenn in der Haupt-Geschäftszeit die mit dem gelben Stern geschmückten Juden allwöchentlich gesehen werden.“⁸³⁵

Im Gegensatz dazu bemühten sich einzelne Geschäftsleute, der jüdischen Gemeinschaft ein wenig entgegen zu kommen. Laut einem Brief des Lagersprechers Mayer an die Gestapo Bonn bot der Metzger Schöler an, für den Schwund bei den Wurstwaren Ersatz zu liefern. Auch die Bäcker waren bereit, der „Kapellenstraße 6“ – entgegen nationalsozialistischer Vorgaben – Kuchen zu verkaufen. Ebenso offerierten sowohl die Bäcker als auch die Firma Bergmann, für die internierten Juden Großhandelspreise zu veranschlagen.⁸³⁶ Die Gestapo Bonn untersagte dies.

Auch von anderen Bonnern bekamen die internierten Juden Unterstützung oder zumindest Empathie. So wurde ihnen während sie Zwangsarbeit leisteten, gelegentlich Essen mitgegeben. Auch erhielten sie von Verwandten oder Freunden Lebensmittel und sonstige Bedarfsgegenstände:⁸³⁷ Beispielsweise half Josef Weiden der jüdischen Gemeinschaft, indem er sie mit Lebensmittelpaketen versorgte. Zunächst holte der ihm bekannte Hirsch das Essen persönlich ab. Eines Tages wurden sie dabei allerdings beobachtet und Weiden von der Gestapo Bonn befragt. Danach änderte Weiden das Arrangement und eine Angestellte seiner zukünftigen Frau gab die Lebensmittelpakete aus.⁸³⁸ Else Waldmann berichtete in einem Zeitzeugeninterview, dass sie von den

⁸³⁵ Erstmals abgedruckt in Verein an der Synagoge u. a. (Hg.): ... auch Endenich ist vielleicht das Ende nich!, S. 32. Außerdem in StA Bonn Pr 14/3: Textilhaus Blömer an das Wirtschafts und Ernährungsamt Bonn vom 2. November 1941.

⁸³⁶ Vgl. ebenda: Auszug der Gemeinschaft an die Staatspolizei Bonn vom 29. August 1941.

⁸³⁷ Vgl. auch Verein an der Synagoge u. a. (Hg.): ... auch Endenich ist vielleicht das Ende nich!, S. 26. Dies bestätigt auch Fritz Hirsch in einem Zeitzeugeninterview aus dem Jahr 1986. Seine Eltern Ida und Hermann Hirsch erhielten Lebensmittelpakete von Freunden. Vgl. Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 101.

⁸³⁸ Vgl. StA Bonn N 1985/558. Die Aussage Weidens in seiner Entnazifizierungsakte ist glaubwürdig, da er über die Jahre immer wieder mit den Nationalsozialisten wegen „Judenfreundlichkeit“ in Konflikt geriet.

Angestellten der Fabrik, in der sie arbeiten musste, freundlich behandelt wurde. Zudem kritisierte der Fabrikdirektor ihr gegenüber die Einführung des Judensterns: *„[D]er Direktor der Fabrik [machte ihr] Mut, indem er ihr sagte, dass sie erhobenen Hauptes zur Arbeit kommen soll – die Nicht-Juden seien diejenigen, die sich schämen sollten.“*⁸³⁹ Auch wurde Else Waldmann dank ihres Vorgesetzten Ramminger zweimal von der Deportation zurückgestellt.⁸⁴⁰

Die oben aufgeführten Handlungen der nicht-jüdischen Bonner zeigen ein breites Spektrum auf. Zunächst ist festzustellen, dass die nationalsozialistische Politik der Separierung durchaus den ihr zugedachten Zweck erfüllte; es existierten nur wenige Interaktionsmöglichkeiten zwischen Juden und Nicht-Juden. Die exkludierende „Volksgemeinschaft“ vor Ort war hergestellt. Letztlich kristallisierten sich drei Handlungsmuster heraus:

Menschen mit enger Bindung zu den internierten Juden – sei es aufgrund verwandtschaftlicher oder freundschaftlicher Beziehungen – waren bereit, diese im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen, auch wenn dies teilweise nur heimlich geschehen konnte. Nicht-Juden, die aufgrund äußerer Umstände in Kontakt mit der jüdischen Gemeinschaft kamen, z. B. aufgrund von Warenlieferungen in die „Kapellenstraße 6“, verhielten sich angepasst bzw. passiv. Sie folgten überwiegend den nationalsozialistischen Anweisungen, waren nicht ausfällig gegenüber den Juden und kamen ihnen gelegentlich entgegen. Einige Nicht-Juden, wie beispielsweise der Geschäftsführer der Kreisstelle Mittelrhein oder des Textilhauses Blömer unterstützten die antisemitische Politik. Sie verbalisierten dies in Briefen und brachten weitere konkrete Vorschläge zur Diskriminierung bzw. Exklusion der jüdischen Gemeinschaft ein. Ob dies aus Opportunismus, Profilierung gegenüber den lokalen Machthabern oder Antisemitismus geschah, ist nicht mehr zu rekonstruieren. Unmutsbekundungen oder Proteste seitens der nicht-jüdischen Bonner wegen der Einweisung und Internierung der jüdischen Gemeinde sind nicht bekannt. Die Beschwerde Dr. Kils an Oberbürgermeister Rickert bezüglich der Lebensbedingungen in der „Kapellenstraße 6“ stellte die Ausnahme dar.

⁸³⁹ Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 249: Zeitzeugenaussage.

⁸⁴⁰ Vgl. Rothe: Jüdinnen in Bonn, S. 289.

6.4 Deportationen

Im Oktober 1941 begannen die regelmäßigen Transporte mit den Deportationen von mehreren tausend Juden aus größeren Städten des Deutschen Reiches nach Litzmannstadt und in das Baltikum, sowie ab März 1942 in das Generalgouvernement.⁸⁴¹ Gleichzeitig wurden verschiedene Maßnahmen erlassen, um den reibungslosen Ablauf der Deportationen zu gewährleisten. Durch die Polizeiverordnung vom 1. September 1941 wurde die allgemeine äußere Kennzeichnung von Juden im Reichsgebiet vorgeschrieben – alle Juden im Alter von über sechs Jahren hatten in der Öffentlichkeit einen Stern mit der schwarzen Aufschrift „Jude“ zu tragen.⁸⁴² Adler bewertete dies als eine *„der letzten und [als] entscheidendste Maßnahme zur Absonderung der Juden vor der Deportation, [die] in Deutschland erst vor ihrem systematischen Beginn und gewiß zu ihrer Vorbereitung eingeführt“*⁸⁴³ wurde. Darüber hinaus verfügte das Reichssicherheitshauptamt per Erlass, dass ab Oktober 1941 Juden die Auswanderung verboten wurde.⁸⁴⁴

Die Transporte in den Osten hatten von Anfang an unter einer Vernichtungsabsicht gestanden, jedoch wurde zunächst der Plan, die Juden durch Zwangsarbeit, Unterernährung und Krankheiten zu töten – gegebenenfalls über mehrere Generationen hinweg – aufrechterhalten. Die unmittelbare Tötung war vorerst für die mittel- und osteuropäischen Juden vorgesehen.⁸⁴⁵ Ab März 1942 und mit der Fertigstellung der Vernichtungslager im Generalgouvernement begann die unterschiedslose Ermordung aller Juden, die aber nach wie vor unter dem Deckmantel von Umsiedlungs- und Arbeitseinsatzmaßnahmen durchgeführt wurde.⁸⁴⁶ In diesen Zeitraum fielen auch die Transporte der Bonner Juden.

⁸⁴¹ Vgl. Longerich: Politik der Vernichtung, S. 432.

⁸⁴² Vgl. ebenda, S. 447.

⁸⁴³ Adler: Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, S. 47.

⁸⁴⁴ Vgl. Walk (Hg.): Das Sonderrecht für die Juden, S. 353.

⁸⁴⁵ Vgl. Schloßmacher: Verzogen nach, S. 395.

⁸⁴⁶ Vgl. Longerich: Politik der Vernichtung, S. 489.

6.4.1 Deportation der Juden aus der „Kapellenstraße 6“

72 Juden aus der „Kapellenstraße 6“ wurden bereits in der Zeit von Dezember 1941 bis Februar 1942 nach Köln verlegt;⁸⁴⁷ dort wurden sie auf das „Fort V“ in Köln-Müngersdorf, in die ehemalige jüdische Loge in der Cäcilienstraße sowie in das bisherige jüdische Krankenhaus in Köln-Ehrenfeld verteilt.⁸⁴⁸ Sie verblieben noch einige Monate in den Lagern bis sie ab Juni 1942 mit unterschiedlichen Transporten in den Osten deportiert wurden.

Die Deportationen der Mehrheit der im Arbeits- und Wohnlager „Kapellenstraße 6“ internierten Juden begannen ab Juni 1942.⁸⁴⁹ Im amtlichen Schriftverkehr wurden sie als „Aus- und Umsiedlung“ oder als „Transport“ bezeichnet und tabuisiert. Die Bonner Gestapo beauftragte Lagerleiter Mayer, die Deportationslisten zu erstellen. Wer auf die Liste gesetzt wurde, erhielt seinen Bescheid einige Tage vorab und hatte die Möglichkeit, seine Verwandten und Freunde, darunter auch Nicht-Juden, zu benachrichtigen.⁸⁵⁰ Einige dieser Abschiedsbriefe sind noch in der Gedenkstätte Bonn vorhanden⁸⁵¹, so u. a. der Abschiedsbrief von Ida und Hermann Hirsch vom 24. Juli 1942:

⁸⁴⁷ Vgl. Neugebauer: Ein Dokument zur Deportation der jüdischen Bevölkerung Bonns, S. 158-230 und Verein an der Synagoge u. a. (Hg.): ... auch Endenich ist vielleicht das Ende nicht!, S. 43.

⁸⁴⁸ Vgl. van Rey: Die Vernichtung der Juden in Bonn, S. 239. Zu den Lagern in Köln siehe NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln: Lager der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen und der KZ-Häftlinge in Köln, <http://www.museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/default.aspx?s=1228&id=33&stt=K%c3%b6ln-M%c3%bcngersdorf>, gesehen am 2.5.2016.

⁸⁴⁹ Mit der Deportation der deutschen Juden in die besetzten mittel- und osteuropäischen Länder wurde deren industrielle Ermordung umgesetzt, wobei die rheinischen Juden aus geopolitischen Gründen zu den ersten Betroffenen gehörten. Von hier waren bis Jahresende 1941 bereits etwa 20.000 Menschen deportiert worden. Die Transporte der Bonner Juden begannen im Gegensatz dazu erst ein halbes Jahr später. Vgl. Düwell: Die Rheingebiete in der Judenpolitik des Nationalsozialismus vor 1942, S. 246. Siehe zur Entwicklung der Deportationen auch Gruner: Von der Kollektivausweisung zur Deportation, S. 56-57.

⁸⁵⁰ Vgl. van Rey: Die Vernichtung der Juden in Bonn, S. 240. Ein Beispiel für einen solchen Bescheid findet sich in den Erinnerungen von Dora Philippson: *„Sie stehen auf der Liste der zum Transport am 15. abzufertigenden Personen und haben sich ab 13. bereitzuhalten; nähere Anweisungen über Gepäck etc. ergehen noch.“* Rothe: Jüdinnen in Bonn, S. 303.

⁸⁵¹ So schrieb auch Bertha Mamlock noch am 12. Juni 1942 einen Abschiedsbrief an ihre Kinder: *„Geliebte Kinder, für all Eure Liebe innigen Dank. Jeder Einzelne hat mich doch so mit seiner Liebe beglückt ich war ja so reich und so stolz auf meine blonden schönen Kinder. So nehme ich Abschied von Euch. Unter Tränen und Küssen umarme Euch. Allgütiger Gott, beschütze sie alle und mach sie glücklich. Nun weint nicht über unser Judenschicksal. Es ist kein Schicksal es ist rohe Gewalt. Und mit welch Größe wird es getragen! Soeben kommen die Kölner. Von hier, oben sind die Transporte die in*

„Meine Liebsten! Leider haben wir nicht mehr, außer dem roten Kreuzbrief hören können. Jetzt müssen wir uns leider verabschieden, die Reise wird morgen früh angetreten. Euch wünschen wir stets das Allerbeste, bleibt gesund zusammen und vergeßt uns nicht. Macht es weiter wie bisher, schreiben dürfen wir nicht mehr, wir sind die letzten von vielen Hunderten [,] noch 90 Personen. Macht Euch keine Sorgen über uns, wie's kommt, so kommt's. Lebt herzlichst wohl begrüßt und küsst Gretel u. Kurt u. nun Gottbefohlen mit Gruß u. Kuss Euer Hermann.“⁸⁵²

Auch Günther Bucki erreichte in Palästina noch Wochen später eine auf den 16. Juli 1942 datierte Postkarte seiner Familie mit dem knappen Wortlaut: *„Ausreise morgen. Uns geht's gut. Auf Wiedersehen!“*⁸⁵³ Dies war das letzte Lebenszeichen, das er von ihr erhielt.⁸⁵⁴ Als Anna Meyer im August 1942 den Deportationsbescheid erhielt, entzog sie sich dem Transport nach Theresienstadt durch Selbstmord.⁸⁵⁵

Über das Prozedere in der „Kapellenstraße 6“ vor der Deportation berichtete Dora Philippon. Die Gestapo Bonn überprüfte das Gepäck und versah es mit Namensschildern. Danach mussten die Juden die letzten verbliebenen Wertsachen aushändigen, wie beispielsweise Silber oder Fotoapparate und an einer weiteren Stelle

den Tod gehen. [...] Die armen Menschen – nein es ist nicht zu beschreiben – Ihr Lieben, Dank 1000 Dank für all eure große Liebe.“ Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 8. Weitere Briefe finden sich u. a. in: Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 3, PB 67 und PB 74: Kopien.

⁸⁵² Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 101: Kopie.

⁸⁵³ Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 31: Kopie.

⁸⁵⁴ Zu Familie Bucki siehe ebenda, das Gedenkbuch der Gedenkstätte und Mehmel u. a.: Sie brannten am helllichten Tag, S. 19. Im Jahr 1926 zog das Ehepaar Alwine und Philipp Bucki mit ihrem dreijährigen Sohn Günther Josef nach Bonn in die Sternstraße 60. Dort eröffneten sie die Bügelanstalt und Schneiderei „Bügelfix“. 1928 wurde ihr zweiter Sohn Egon geboren. Am 10. November 1938 zerstörten SS-Männer ihr Geschäft während des Pogroms. Sie waren zur Aufgabe von Geschäft und Wohnhaus gezwungen. Vorübergehend kam die Familie bei Freunden unter, fasste aber den Entschluss, nach Palästina zu emigrieren. Dies gelang ihnen jedoch nicht, weil sie keine Einreisegenehmigung erhielten. Kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges konnte der 15-jährige Günther noch mit Hilfe der „Jugend-Alija“ nach Palästina fliehen. Seine Eltern und sein kleiner Bruder wurden hingegen am 15. Juli 1941 in die „Kapellenstraße 6“ eingewiesen. Am 17. Juli 1942 wurden Alwine, Philipp und der 14-jährige Egon Bucki über Köln-Deutz nach Minsk deportiert und in einem Wald nahe dem Konzentrations- und Vernichtungslager Maly Trostinez ermordet.

⁸⁵⁵ Vgl. Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 31: Bericht. Ebenso Horst-Pierre Bothien: „Die getauften Meyers“. Otto Meyer und die „Bonner Fahnenfabrik“ im Nationalsozialismus, <http://www.bonner-geschichtswerkstatt.de/index.php/miszellen/60-qdie-getauften-meyersq>, gesehen am 19.12.2016.

eine Vermögensaufstellung, Sparbücher und sonstige Bankausweise abliefern.⁸⁵⁶ Alle Juden aus der „Kapellenstraße 6“ wurden mit Bussen bzw. Wehrmachtsautos nach Köln-Deutz gebracht⁸⁵⁷ und von dort ins KZ Theresienstadt, in den Distrikt Lublin oder nach Minsk deportiert.⁸⁵⁸ Auf die Fahrt durften sie nur wenig Gepäck mitnehmen: Lebensmittel für acht Tage, 50 Reichsmark, Essgeschirr, einen Koffer oder Rucksack mit Bettzeug, Kleidung und Schuhen.⁸⁵⁹

Laut Michael Zimmermann waren an der Vorbereitung und Durchführung der Deportationen auf regionaler Ebene zahlreiche Instanzen beteiligt: die örtliche Gestapo, das Polizeipräsidium, das Einwohnermeldeamt, die Ordnungspolizei, das Arbeitsamt, das Finanzamt, das Wohnungsamt, die Sparkasse und andere Banken, bei denen die zu deportierenden Juden Konten unterhielten; seitens der Reichsbahn waren die Generalbetriebsleitung West, die Reichsbahndirektion Köln und das Personal des Deportationsbahnhofs beteiligt.⁸⁶⁰ Zudem waren jene Firmen involviert bzw. mindestens informiert, bei denen die Menschen Zwangsarbeit hatten leisten müssen.⁸⁶¹ Für Bonn lassen sich noch zusätzliche Akteure ausmachen. Oberbürgermeister Rickert oblag die treuhänderische Verwaltung der „Kapellenstraße 6“, weswegen er wenigstens an der Organisation der Abreisevorbereitungen beteiligt gewesen sein musste. Die Versorgung der jüdischen Gemeinschaft wurde vom Wirtschafts- und Ernährungsamt Bonn koordiniert; es ist davon auszugehen, dass

⁸⁵⁶ Vgl. Rothe: Jüdinnen in Bonn, S. 305.

⁸⁵⁷ Vgl. Hier divergieren die Aussagen von Philippson und Waldmann. Ebenda und Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 249: Zeitzeugenbericht.

⁸⁵⁸ Am 14. Juni 1942 wurde eine Gruppe von Juden aus dem Arbeits- und Wohnlager „Much“ in die „Kapellenstraße 6“ gebracht; von dort wurden sie am nächsten Tag einem der Transporte zugeordnet und deportiert. Vgl. Reifenrath: Die Internierung der Juden in Much, S. 58.

⁸⁵⁹ Vgl. van Rey: Die Vernichtung der Juden in Bonn, S. 240.

⁸⁶⁰ „Drei Millionen Menschen wurden von der Reichsbahn in die Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert. Dies geschah innerhalb von drei Jahren, d. h. ungefähr 1000 Tagen. Pro Tag vier bis fünf Züge à 1000 Menschen – nicht jedes Opfer wurde am Ziel der ersten Fahrt ermordet, sondern viele mussten noch ein zweites Mal einen Zug besteigen. Die Züge waren nicht nur ein Teil der Infrastruktur der Vernichtung, sondern auch Orte der Ermordung selbst. Durch die lange Reise, die beengten Verhältnisse und mangelnde Ernährung, etc. kamen auf der Fahrt selbst unzählige Menschen um.“ Vgl. Thomas Kuzczynski: Dem Regime dienen – nicht Geld verdienen. Zur Beteiligung der Deutschen Reichsbahn an Deportationen und Zwangsarbeit während der NS-Diktatur. Einige Überlegungen aus ökonomischer Sicht, in: ZFG 57 (2009), S. 510-529, hier S. 513.

⁸⁶¹ Vgl. Michael Zimmermann: Geschichte der Juden im Rheinland und Westfalen, Köln 1998, S. 253-254.

zumindest die Verpflegung der Juden auf dem Transport vom Amt arrangiert wurde.⁸⁶² Fahrer brachten die zur Deportation bestimmten Juden nach Köln-Deutz.

Nachweislich bekannt waren die Deportationen jenen Geschäftsleuten, die die jüdische Gemeinschaft in der „Kapellenstraße 6“ beliefert hatten. Allerdings kann im Falle der Geschäftsleute wie auch der nicht-jüdischen Bonner, die noch Kontakte mit der jüdischen Gemeinschaft unterhielten, ausdrücklich nur von Wissen über die Transporte gesprochen werden. Eine Beteiligung an den Deportationen in irgendeiner Form ist nicht belegt.

Es sind nur wenige Reaktionen der Bonner auf die Deportationen der Juden nachweisbar. Die oben aufgeführten Akteure beteiligten sich an der Vorbereitung und Durchführung der Transporte. Von den Deportationen wussten mindestens diejenigen Bonner, die noch mit der jüdischen Gemeinschaft in der „Kapellenstraße 6“ interagierten. Aussagen zu den Deportationen sind hingegen kaum erhalten. Lediglich zwei Quellen thematisieren sie. So schrieb der Bonner Notar Matthias Rech in seinen Tagebuchaufzeichnungen vom 24. Juli 1942:

*„Gestern war ich in der gleichen Sache nochmals dort [in der „Kapellenstraße 6“] und hörte von Hermanns, daß die „Reise“ nach Theresienstadt ginge. [...] Was mit ihnen geschieht, ist ganz ungewiß und es schwirren darüber die tollsten Gerüchte.“*⁸⁶³

Zudem ist aus der Entnazifizierungsakte des Bonner Buchrevisors und Treuhänders Alfred Boersken bekannt, dass er nach einem Urteil des obersten Parteigerichts vom 16. Juni 1944 wegen folgender defätistischer Äußerung aus der NSDAP ausgeschlossen

⁸⁶² Für diese Handlungen sind keine Quellen mehr in den Archiven vorhanden. Die Rückschlüsse wurden aufgrund der bisherigen Aufgaben der Dienststellen bei der Internierung der jüdischen Gemeinschaft in der „Kapellenstraße 6“ geschlossen.

⁸⁶³ Archiv der Gedenkstätte Bonn PB 299: Tagebuchaufzeichnung. Rech war aufgrund seiner Tätigkeit als Notar für die Überschreibung eines „jüdischen“ Geschäfts in die „Kapellenstraße 6“ zitiert worden.

wurde: „Deutschland habe den Krieg wegen der Judenaktion auf dem Gewissen und könne ihn nicht gewinnen.“⁸⁶⁴

Aufgrund der unzureichenden Quellenlage für Bonn lassen sich die überregionalen Forschungserkenntnisse zu den Reaktionen auf die Deportationen nicht abschließend bewerten.⁸⁶⁵

6.4.2 Deportationsziele

Die erste Deportation der Juden aus der „Kapellenstraße 6“ erfolgte am 15. Juni 1942 von Köln-Deutz in den Distrikt Lublin. Der Sonderzug Da 22 beförderte neben den Bonnern 250 Patienten der Heilanstalt aus Bendorf-Sayn, Juden aus verschiedenen Staatspolizeibezirken an Rhein und Ruhr, aus Köln, Aachen und Düsseldorf. Nach ihrer Ankunft in Lublin wurde auf einem Nebengleis zunächst eine Selektion durchgeführt. Etwa hundert Männer aus dem Transport wurden nach Majdanek überführt,⁸⁶⁶ wo sie zur Zwangsarbeit für das im Aufbau befindliche Lager eingeteilt wurden. Der Großteil der Deportierten wurde direkt ins Vernichtungslager Sobibor gebracht.⁸⁶⁷ Ebenfalls am 15. Juni 1942 wurden weitere Bonner Juden mit einem Großtransport in das KZ Theresienstadt deportiert. Bereits im September und Oktober 1942 wurden einige der Deportierten von dort ins Vernichtungslager Treblinka überstellt.⁸⁶⁸

Am 20. Juli 1942 erfolgte die dritte und zahlenmäßig größte Deportation von Bonner Juden nach Minsk. Unter der Zugnummer Da 219 wurden vor allem Juden aus der Umgebung von Köln – insbesondere aus Bonn, Siegburg und Troisdorf – befördert, darunter 118 Kinder im Alter von unter 10 Jahren. Etwa 20 bis 50 Personen wurden zur Zwangsarbeit für das Gut des Kommandeurs in Maly Trostenez ausgewählt. Die

⁸⁶⁴ StA Bonn N 1985/531: Entnazifizierungsakte mit der Aussage Boerskens vom 23. Juli 1945. Ähnliche Aussagen fand auch Bajohr nach der Kriegswende 1943. In seinem Kapitel „Bestrafungsängste und schlechtes Gewissen“ sind diese belegt. Bajohr u. a.: Der Holocaust als offenes Geheimnis, S. 65-76.

⁸⁶⁵ So spricht Bajohr bei den Reaktionen der Bevölkerung von einer „*Trias aus aktiver Zustimmung, Zurückhaltung und kritischer Distanz*.“ Ebenda, S. 53. Ian Kershaw geht hingegen von Gleichgültigkeit gegenüber den Deportationen aus, während Kulka stillschweigendes Einverständnis konstatiert. Aufgeschlüsselt findet sich die Forschungsdebatte bei Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 7-21.

⁸⁶⁶ Vgl. Alfred Gottwald, Diana Schulle: Die „Juden deportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005, S. 217-218.

⁸⁶⁷ Vgl. ebenda.

⁸⁶⁸ Vgl. ebenda, S. 291-292.

übrigen Deportierten wurden mit Lastwagen zu Gruben in einen Wald bei Blagowtschina gebracht, wo Schutzpolizisten und Angehörige der Waffen-SS die Menschen ermordeten.⁸⁶⁹

Die letzte Deportation von Bonner Juden fand am 27. Juli 1942 in das KZ Theresienstadt statt. Der Sonderzug hatte die Nummer Da 76 und transportierte 512 Juden aus Köln und Umkreis sowie aus der linksrheinischen Umgebung. Im August 1942 überstellte man bereits einige Juden aus diesem Transport nach Maly Trostinez bei Minsk, im September und Oktober 1942 wurden weitere Personen ins Vernichtungslager Treblinka deportiert. Im Januar 1943 und im Laufe des Jahres 1944 schickte man Juden dieses Transportes ferner in das Vernichtungslager Auschwitz.⁸⁷⁰

Nach dem heutigen Kenntnisstand haben nur elf Bonner Juden die Deportationen überlebt: Alfred, Margarete und Dora Philippson, Anneliese Winterberg, Else Waldmann, Hildegard Mayer, Elisabeth und Toni Herrmanns, Ottilie Levy, Thekla Scheuer sowie Hannah Klein. Wenn in älterer Literatur acht Überlebende genannt werden, sind damit jene Personen gemeint, die nach Bonn zurückgekehrt sind und von denen die Forschung zu diesem Zeitpunkt wusste.⁸⁷¹ Zudem existieren in den Arolsen Archives Dokumente, nach denen einige Juden und Halbjuden in Bonn die nationalsozialistische Herrschaft überlebt haben: Namentlich waren das Karl Becker, M. Beer, Dr. Hertz, Jacob Jacobs, Maria Putz, Hilde Schroeder (geb. Beer) und Franz Wahl.⁸⁷²

⁸⁶⁹ Vgl. ebenda, S. 243. Zu der Deportation nach Minsk vgl. auch den detaillierten Aufsatz von Schloßmacher: Verzogen nach, S. 397-402.

⁸⁷⁰ Vgl. Gottwald u. a.: Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945, S. 303.

⁸⁷¹ Nach einer Aufstellung von Monika Maylahn, die im Rahmen eines Projektes des Stadtarchivs Bonn eine Datenbank zu Juden in Bonn erstellte. Schloßmacher: Verzogen nach, S. 395.

Ausgenommen von den Deportationen der Bonner Juden waren diejenigen Juden, die durch „privilegierte Mischehen“ geschützt waren und „Mischlinge“. Im Rahmen der „September-Aktion“ im Herbst 1944 verhaftete die Gestapo Bonn am 12. und 18. September 1944 ungefähr 220 Bonner, worin die nicht-jüdischen Familienmitglieder inkludiert waren. Von der Gestapo-Zentrale wurden sie in Lastwagen in das Lager Köln-Müngersdorf deportiert. Danach trennte man die Familien. Die nicht-jüdischen Familienmitglieder wurden entlassen, die jüdischen in Arbeitslager und/oder Konzentrationslager deportiert. Mindestens neun Juden kamen im Zuge der Aktion um. Vgl. Verein an der Synagoge (Hg.): „September-Aktion“ 1944, S. 11. Siehe hierzu auch StA Bonn N 30/12, StA Bonn N 1985/951, StA Bonn N 1985/1072, StA Bonn N 1985/1079, Landesarchiv NRW - Abteilung Rheinland: Gerichts Rep. 2/404, Landesarchiv NRW - Abteilung Rheinland: Gerichts Rep. 195/1030.

⁸⁷² Registrierungen von ehemaligen Verfolgten in Deutschland, 1945, DE ITS. 3.1.1.3/ 8802290/ITS Digital Archive, Arolsen Archives.

6.4.3 Inbesitznahme der „jüdischen“ Werte

Schon kurz nach der Zwangseinweisung der Bonner Juden in das Arbeits- und Wohnlager „Kapellenstraße 6“ wurden die frei gewordenen Wohnungen beschlagnahmt und nach Instandsetzung vermietet, vorzugsweise an Familien, die durch Luftangriffe ihre Wohnung verloren hatten oder kinderreich waren.⁸⁷³ Am 25. November 1941 wurde mit der elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz Juden die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen, wenn sie einen „gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland“⁸⁷⁴ hatten. In diesem Fall fiel das Vermögen mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit an das Reich.⁸⁷⁵ Dieses Gesetz wurde auch bei den deportierten Juden angewendet.

Einen Tag nach dem letzten Transport der Bonner Juden, am 28. Juli 1942, kamen Beamte der Bonner Gestapo, u. a. Proll, des Finanzamtes Bonn und als Sachverständiger der Auktionator und Taxator Carl Virnich in die Räume des Arbeits- und Wohnlagers, um den zurückgelassenen Besitz der Juden zu besichtigen. Akribisch wurde eine Inventarliste erstellt, auf welcher der Wert und der frühere Besitzer der Gegenstände festgehalten wurde.⁸⁷⁶ Auf Anweisung des Oberfinanzpräsidenten Kölns sollte das Finanzamt Bonn die Objekte versteigern. Bei den Auktionen durfte nicht auf die jüdischen Vorbesitzer hingewiesen werden und sie mussten außerhalb der „Kapellenstraße 6“ stattfinden. Vorrang sollten jene Käufer haben, deren Wohnungen durch Fliegerangriffe zerstört worden waren.⁸⁷⁷ Teile der beschlagnahmten Möbel wurden in den Räumen des Finanzamts Bonn untergestellt; dieses „übernahm“ verschiedene Gegenstände, so u. a. *„4 Bücherschränke, 10 Schreibtische, 3 Schreibmaschinentische, [...], 4 Bilder, 3 Vasen, 14 Aschenbecher“*.⁸⁷⁸

Die öffentlichen Auktionen fanden zwischen August 1942 und August 1944 statt. Dr. Mulhaupt vom Finanzamt Bonn beauftragte Virnich am 31. Juli 1942 die Versteigerungen durchzuführen. In seinem Schreiben sprach er auch direkt die

⁸⁷³ Vgl. van Rey: Die Vernichtung der Juden in Bonn, S. 237.

⁸⁷⁴ Walk (Hg.): Das Sonderrecht für die Juden, S. 357.

⁸⁷⁵ Ebenda.

⁸⁷⁶ Otterbeck: Das Finanzamt Bonn im Nationalsozialismus, S. 227-228. Hier findet sich eine Aufstellung des beschlagnahmten beweglichen Vermögens aus der „Kapellenstraße 6“.

⁸⁷⁷ Vgl. ebenda, S. 225.

⁸⁷⁸ Ebenda, S. 228.

Provenienz der Gegenstände an und erklärte, dass es sich dabei um Einrichtungsgegenstände von Juden aus der „Kapellenstraße 6“ handelte. Für die Übernahme des Auftrages erhielt Virnich zehn Prozent des Verkaufserlöses.⁸⁷⁹ An Gegenständen wurde alles Erdenkliche auktioniert, von Schuhen über Bettzeug, Kommoden bis hin zu einem Klavier.⁸⁸⁰ In seiner Entnazifizierungsakte kommentierte Virnich seine Beteiligung so:

*„Seit etwa Mitte 1940 und in den Jahren 1941/43 führte ich im Auftrage des Finanzamts und in etwa 5 Fällen auch im Auftrag der Geheimen Staatspolizei Bonn Versteigerungen oder freihändige Verkäufe von Mobiliarvermögen (meist Möbel und Einrichtungsgegenstände) durch, die meines Wissens vorwiegend jüdischer Herkunft waren. Die Herkunft der Möbel nachzuprüfen, fiel jedoch nicht in meinem Aufgabenkreis als Versteigerer. Ausserdem hätte ich im Einzelfalle nicht feststellen können, inwieweit sie durch freiwillige Aufgabe ihrer Eigentümer in die Versteigerungsmasse gelangt waren.“*⁸⁸¹

Virnich bereicherte sich auch persönlich, indem er einen Geldschrank kaufte, der seines Wissens nach aus dem Besitz von Siegmund Mayer stammte.⁸⁸² Der Gesamterlös der Auktionen betrug über 320.000 RM und wurde durch die Finanzkasse vereinnahmt.⁸⁸³ Die alte Stadt Bonn profitierte also finanziell erheblich von der Deportation der jüdischen Gemeinschaft.⁸⁸⁴

⁸⁷⁹ Vgl. StA Bonn Pr 16/51: Schreiben des Finanzamts Bonn vom 31. Juli 1942 an Karl Virnich.

⁸⁸⁰ Vgl. Otterbeck: Das Finanzamt Bonn im Nationalsozialismus, S. 229-233.

⁸⁸¹ StA Bonn N 1985/556: Entnazifizierungsakte Virnich.

⁸⁸² Vgl. ebenda.

⁸⁸³ Vgl. Otterbeck: Das Finanzamt Bonn im Nationalsozialismus, S. 235.

⁸⁸⁴ Entsprechend der 13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz aus dem November 1941 fiel nach dem Tod eines Juden dessen Vermögen an das Deutsche Reich. Durch „die Verordnung soll das Vermögen der Juden, soweit nicht schon vorher wegen Auswanderung verfallen oder wegen Abschiebung innerhalb des Reichsgebiets (einschließlich der eingegliederten Ostgebiete) eingezogen ist, wieder der Volksgemeinschaft zugeführt werden.“ StA Bonn Pr 71/974: Oberfinanzpräsident Köln am 18. Februar 1944: Betrifft: Judenvermögen.

Das Finanzamt Bonn setzte diese Verordnung um. Der Hochrechnung Otterbecks zufolge gingen an Vermögen der Bonner Juden auf das Deutsche Reich über: knapp 3.000.000 RM an Grundstückswert durch Einziehung und Vermögensverfall, Sparguthaben und laufende Konten von ca. 58.000 RM und 98.000 RM an Wertpapieren. Vgl. ebenda.

Bajohr bewertet die Teilnahme an den Auktionen „jüdischen“ Eigentums als *„Verstrickung der Bevölkerung in die Vernichtungspolitik und Komplizenschaft mit dem Regime.“*⁸⁸⁵ Dieses Bild bestätigt sich durch Bonn. In ca. 30 Auktionen wurde das Eigentum der Bonner Juden versteigert. Aus Otterbecks Aufstellungen wird ersichtlich, dass das Angebot der „Vermögensverwertung“ von den Bonnern angenommen wurde. Inwiefern dem Einzelnen die Herkunft der Gegenstände bekannt war, kann nicht mehr nachvollzogen werden. Sicher belegt ist hingegen, dass sich die für die Versteigerungen verantwortlichen Akteure, Auktionator Virnich und das Finanzamt Bonn in voller Kenntnis der Sachlage bereicherten.

⁸⁸⁵ Bajohr u. a.: Der Holocaust als offenes Geheimnis, S. 53.

7. Exkurs: Denunziation der Jüdin Merkelbach

Über den eigentlichen Untersuchungszeitraum hinaus, illustriert der Fall der jüdischen Witwe Eva Merkelbach (verwitwete Ladewig, geb. Sürth) die unterschiedlichen und teils unvereinbar scheinenden bzw. widersprüchlichen Handlungen nicht-jüdischer Bonner gegenüber der verfolgten Minderheit. Ihre Geschichte zeigt auch die individuellen Einflüsse auf, die die Handlungen von Nicht-Juden bestimmten, wie auch deren Handlungsmöglichkeiten – selbst in dieser späten Phase der NS-Herrschaft.

Merkelbach war zweimal mit Nicht-Juden verheiratet gewesen. Als 1942 die Deportationen in den Osten begannen, waren Juden in so genannten privilegierten Ehen davon zunächst ausgenommen. Dies galt allerdings nicht, wenn der nicht-jüdische Ehepartner bereits verstorben war. Auf persönliches Bitten ihrer Söhne aus erster Ehe, Rudolf und Oskar Ladewig, strich Kriminalsekretär Seibel Merkelbach von der Deportationsliste und begründete dies mit dem Vermerk „ausgewandert“ oder „umgezogen“. Dadurch bewahrte er die 70-jährige Witwe einstweilen vor der Verschleppung.⁸⁸⁶

So konnte Merkelbach weiterhin im Haus ihrer Söhne in der Mozartstr. 32 in Bonn wohnen. Im Frühjahr 1944 kam es jedoch nach kleineren Unstimmigkeiten⁸⁸⁷ mit den nicht-jüdischen Mietern des Hauses Paula Schmitz und Maria Pieete zu einem Eklat. Pieete wollte ihren damaligen Freund und späteren Ehemann Alfred Pieete bei sich aufnehmen, wogegen sich Merkelbach aussprach. Daraufhin vermietete Schmitz an diesen eines zu ihrer Wohnung gehörendes Mansardenzimmer, ohne eine Genehmigung erhalten zu haben. Alfred Pieete räumte das Zimmer auch nicht, als Rudolf Ladewig Eigenbedarf anmeldete, um seine in Köln ausgebombte Ehefrau und Tochter dort unterzubringen. Am 16. Mai 1944 klagte Ladewig auf die Aufhebung des

⁸⁸⁶ Vgl. Landesarchiv NRW - Abteilung Rheinland Gerichts Rep. 195/1031: Denunziation Merkelbach, Rechtskräftiges Urteil gegen Maria Pieete vom 14. Juni 1953 bestätigt als rechtskräftig am 20. März 1954.

⁸⁸⁷ Merkelbach wollte den Aussagen ihrer Mieterinnen zufolge im gesamten Haus nach dem „Rechten“ sehen, was diese als übergriffig empfanden. Vgl. Landesarchiv NRW - Abteilung Rheinland Gerichts Rep. 195/1030 Urteil vom 5.5.1951: Denunziation einer Jüdin Merkelbach gegen Paula Schmitz, geboren am 31.3.1901 und Maria Pieete 2.2.1903 aus Bonn.

Mietverhältnisses des Mansardenzimmers.⁸⁸⁸ Im Zuge der Räumungsklage verteidigte sich das Ehepaar Schmitz mit folgenden Worten:

„die Kläger [Ladewig] ... sollten doch besser ihren Eigenbedarf auf Kosten ihrer volljüdischen Mutter, der Witwe Merkelbach, befriedigen: die weltanschauliche Ausrichtung der Beklagten verbiete es ihnen im übrigen ein Wohnrecht innerhalb ihrer eigenen Wohnung einzuräumen.“⁸⁸⁹

Im Juni 1944 zeigten Schmitz und Pieete Merkelbach bei der Gestapo Bonn an. Die von ihnen erhobenen Vorwürfe lauteten, dass die Witwe in ihre Wohnung eindringe und zänkisch sei. Man könne ihnen nicht länger zumuten, mit einer Jüdin unter einem Dach zu wohnen.⁸⁹⁰ Die Klärung des Sachverhaltes wurde Kriminalsekretär Seibel von Kriminalrat Proll übertragen. Laut der Zeugenaussage Ladewigs im Gerichtsprozess von 1953 fürchtete Seibel die Aufdeckung seiner Hilfe des Jahres 1942 und ließ sich von erneuten Bittgesuchen nicht erweichen.⁸⁹¹ Merkelbach wurde am 9. Juni 1944 von der Gestapo verhaftet. Im Vermerk der Haftanstalt Bonn lautet die Begründung ihrer Schutzhaft: „Belästigung deutscher Volksgenossen.“⁸⁹² Merkelbach wurde vom Gestapogefängnis am Kreuzbergweg, in das sogenannte Arbeitserziehungslager in der Kölnstrasse in Bonn gebracht, um im September 1944 nach Köln-Müngersdorf und von dort ins KZ Theresienstadt deportiert zu werden. Seitdem galt sie als verschollen.⁸⁹³

Merkelbachs Geschichte zeigt nochmals die große Handlungsspanne und -möglichkeiten der nicht-jüdischen Akteure auf. Auch gibt sie einen Hinweis auf die Hintergründe und Bedingungen, die die Handlungen der Akteure beeinflussten.

⁸⁸⁸ Vgl. Landesarchiv NRW - Abteilung Rheinland Gerichts Rep 195/1030 Urteil vom 7.10.1952: Denunziation einer Jüdin Merkelbach gegen Paula Schmitz, geboren am 31.3.1901 und Maria Pieete 2.2.1903 aus Bonn.

⁸⁸⁹ Landesarchiv NRW - Abteilung Rheinland Gerichts Rep. 195/1031: Denunziation Merkelbach, Rechtskräftiges Urteil gegen Maria Pieete vom 14. Juni 1953 bestätigt als rechtskräftig am 20. März 1954.

⁸⁹⁰ Vgl. Landesarchiv NRW - Abteilung Rheinland Gerichts Rep 195/1030 Urteil vom 7.10.1952: Denunziation einer Jüdin Merkelbach.

⁸⁹¹ Vgl. Landesarchiv NRW - Abteilung Rheinland Gerichts Rep. 195/1031: Denunziation Merkelbach, Rechtskräftiges Urteil gegen Maria Pieete vom 14. Juni 1953.

⁸⁹² Karteikarten betreffend Gefangene der Haftanstalt Bonn, DE ITS. 1.2.2.5/ 362500/ITS Digital Archive, Arolsen Archives: Eva Sara Merkelbach vom 24.06.1944.

⁸⁹³ Vgl. Landesarchiv NRW - Abteilung Rheinland Gerichts Rep 195/1030 Urteil vom 7.10.1952: Denunziation einer Jüdin Merkelbach.

Seibels Bereitschaft, Merkelbach von der Deportationsliste zu streichen und sie auf diese Weise zu schützen, war vermutlich auf die direkte Intervention ihrer Söhne zurückzuführen, die auf diese Weise eine persönliche Verbindung zu dem Kriminalsekretär aufbauten. Als sich der Fall für Seibel 1944 zu einem persönlichen Risiko für ihn als Person oder seine Karriere entwickelte, war er nicht mehr bereit, für die jüdische Witwe einzutreten.⁸⁹⁴ Das Verhalten Seiberts bestätigt die Aussage Gruners, der konstatiert:

„Je genauer wir jedoch die Handlungen ansehen, desto schwieriger gestaltet sich deren Untersuchung. Denn komplexe Individuen verhalten sich nicht einheitlich, sie treffen neue Entscheidungen oder ändern bereits getroffene, d.h. sie handeln widersprüchlich.“⁸⁹⁵

Pieete und Schmitz nutzten die politische Situation zu ihrem persönlichen Vorteil und konspirierten, um sich einer ihnen missliebigen Person zu entledigen. Ihr Handeln ist hinreichend im Urteil des Gerichts charakterisiert worden:

[Sie] sind hinreichend verdächtig gemeinschaftlich einen Menschen vorsätzlich und rechtswidrig des Gebrauchs der persönlichen Freiheit mit der Folge beraubt zu haben, dass der Tod der/des Freiheit Beraubten, durch die ihm während der Freiheitsentziehung widerfahrene Behandlung verursacht worden ist“.⁸⁹⁶

⁸⁹⁴ Zu den möglichen Einflüssen auf individuelle Handlungen siehe Gruner: Das Dogma der ‚Volksgemeinschaft‘, S. 85.

⁸⁹⁵ Ebenda, S. 84.

⁸⁹⁶ Landesarchiv NRW - Abteilung Rheinland Gerichts Rep 195/1030 Urteil vom 7.10.1952: Denunziation einer Jüdin Merkelbach.

Fazit

Welche Handlungen von Bonner Akteuren führten also zur Exklusion der Juden aus der Gesellschaft? Welche Handlungsmöglichkeiten bestanden in der jeweiligen Phase der nationalsozialistischen Herrschaft? Die vorliegende Forschungsarbeit konnte am Beispiel von Bonn deutlich zeigen, dass nicht eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe für die Ausgrenzung und Diskriminierung der Juden verantwortlich war. Vielmehr dass ein Konglomerat unterschiedlicher, teilweise kleiner und unbedeutend anmutender Handlungen verschiedener gesellschaftlicher Akteure sich zu Mustern verdichteten, die in der Exklusion der Juden aus der „Bonner Volksgemeinschaft“ resultierten.

In der ersten Phase der nationalsozialistischen Herrschaft, von der Machtübernahme bis zum Erlass der „Nürnberger Gesetze“, gingen Bonner Akteure über den diskriminierenden gesetzlichen Rahmen hinaus bzw. passten sich der exkludierenden Gesetzgebung ohne Notwendigkeit an. Damit widerlegt das Beispiel Bonn die Vorstellung, nach der die antisemitische Gesetzgebung nur von Anhängern der Nationalsozialisten positiv aufgenommen wurde.⁸⁹⁷

Etwas über zwei Monate nach der Konsolidierung ihrer Herrschaft in den Kommunen erließ die nationalsozialistische Regierung im Rahmen der „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ den „Arierparagraphen“; in diesem wurden Juden erstmals rassistisch definiert und als Gruppe auf gesetzlicher Ebene diskriminiert. Sie konnten nun wegen ihrer „Abstammung“ aus dem öffentlichen Dienst und in weiteren Berufsfeldern, wie u. a. der Rechtspflege entlassen werden. Obgleich angestellte Juden in der Bonner Stadtverwaltung nicht unter die Bestimmungen des „Arierparagraphens“ fielen, wurden sie sukzessive und in vorausseilendem Gehorsam durch Nötigung aus ihren Positionen gedrängt. Die verantwortlichen Stellen setzen die antisemitische Ideologie über die rechtliche Regelung hinaus um. An der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms-Universität und dem Landgericht Bonn wurde Juden gekündigt, jüdische Anwälte verloren ihre Zulassung. Diejenigen Richter und Anwälte, die sich durch Leumundszeugnisse für ihre jüdischen Kollegen einsetzen, diskreditierte der „Westdeutsche Beobachter“. Ihr kollegiales

⁸⁹⁷ Vgl. Peter Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 88.

Verhalten wurde als nicht gesellschaftskonform im Sinne der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ ausgelegt. Die in der Bezirksgruppe Bonn des „Bundes Nationalsozialistischer Juristen“ organisierten Anwälte beteiligten sich aktiv an der Ausgrenzung. Sie nahmen die neue Rechtslage zum Anlass, ihrer Konkurrenz zu schaden. So veröffentlichten sie beispielsweise eine Liste „jüdischer“ Anwälte in Bonn oder erschwerten diesen den Zugang zum Gerichtsgebäude. Die neue Gesetzeslage und die damit einhergehenden Handlungen von städtischer Seite wie auch distinguerter Berufsgruppen wurden von anderen gesellschaftlichen Akteuren wahrgenommen. Vereine übernahmen den „Arierparagraphen“ in ihren Satzungen und schlossen jüdische Mitglieder aus. Sie passten sich damit ohne Zwang der antisemitischen Gesetzgebung an. Nicht-jüdische Bonner entschieden sich dazu, persönliche Beziehungen zu Juden einzuschränken oder gänzlich aufzugeben. Die soziale Praxis vor Ort veränderte sich.

Einhergehend mit der diskriminierenden Gesetzgebung riefen die Nationalsozialisten dazu auf, nicht mehr in „jüdischen“ Geschäften einzukaufen. Auftakt war der offizielle und reichsweite Boykott am 1. April 1933. Ohne die bereitwillige Beteiligung lokaler Akteure hätte der Boykott weder vor Ort umgesetzt noch seine Wirkung entfalten können. Das Gros der Bonner folgte der Handlungsaufforderung und mied „jüdische“ Geschäfte. Damit verpasste es die Bonner Gesellschaft zu diesem frühen Zeitpunkt der nationalsozialistischen Herrschaft, ein Zeichen gegen den staatlich verordneten Antisemitismus zu setzen. So kann die Einschätzung der neueren historischen Forschung durch die Untersuchung über Bonn nur bestätigt werden: Das „Zulassen“ des Boykotts wurde von den Nationalsozialisten als Zustimmung ihrer Politik gewertet und das Nicht-kaufen als politische Meinungsäußerung interpretiert.⁸⁹⁸

Organisiert wurde die antijüdische Aktion von Mitgliedern der Bonner NSDAP und ihrer angeschlossenen Gliederungen. SA- und SS-Männer repräsentierten den nationalsozialistischen Willen auf der Straße und übten Druck durch ihre Präsenz aus. Nicht-jüdische Geschäftsinhaber beteiligten sich aus wirtschaftlichem Opportunismus

⁸⁹⁸ Vgl. Ahlheim: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 260 und Armin Nolzen: „Totaler Antisemitismus“, S. 196-197.

an der Inszenierung, indem sie ihre Geschäfte als „nicht-jüdisch“ kennzeichneten. Sie exkludierten damit bewusst Juden aus ihrer Zunft. Auch das „kaufende Publikum“ erfüllte, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die ihm zugedachte Funktion: Bonner gingen nicht in „jüdische“ Geschäfte, obwohl sich eine Vielzahl von ihnen in den Geschäftsstraßen aufhielt und über den ausgerufenen Boykott diskutierte. Dieses Verhalten kann nicht als Distanzierung gegenüber der antisemitischen Aktion gewertet werden, weil es genau damit der Handlungsaufforderung der Nationalsozialisten folgte.

In den nächsten zwei Jahren forderten Bonner Nationalsozialisten immer wieder nicht-jüdische Bonner dazu auf, Geschäfte jüdischer Inhaber zu meiden. In ihren Kampagnen griffen sie auf tradierte Stereotype zurück und versuchten eine antisemitische Stimmung in der Mehrheitsgesellschaft zu generieren. Sie setzten sich eigeninitiativ für die Exklusion der Juden aus der „Volksgemeinschaft“ ein. Dass die Boykott-Aufrufe bis zum Erlass der „Nürnberger Gesetze“ nur begrenzten Erfolg hatten, lag in den monetären Erwägungen der nicht-jüdischen Bonner begründet. Sie sahen die oftmals günstigeren Preise in „jüdischen“ Geschäften als Anreiz, sich der nationalsozialistischen Handlungsaufforderung zu widersetzen.⁸⁹⁹ Es waren also egoistische Beweggründe und nicht die Solidarisierung mit der jüdischen Minderheit, die ihr Handeln bestimmten. Im Frühjahr und Sommer 1935 eskalierte die antisemitische Propaganda; sie richtete sich nun nicht nur gegen jüdische Geschäftsinhaber sondern auch gegen die Käufer. Nicht-jüdische Bonner reagierten mit Unmut auf die Kampagne. Während Bajohr konstatiert, dass die Mehrheit der Gesellschaft negativ auf die antisemitischen Aktionen als Störung der öffentlichen Ordnung reagierte,⁹⁰⁰ sieht die Autorin der vorliegenden Arbeit einen anderen Grund für die Ablehnung: Die Käufer wurden persönlich angegriffen und bedroht. Sie sahen sich selbst der Gefahr ausgesetzt, aus der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ exkludiert zu werden. Antisemitische Kampagnen wurden solange hingenommen, wie man selbst nicht betroffen war.

⁸⁹⁹ Auf diesen Sachverhalt weist auch Bajohr in seiner Studie hin. Vgl. Bajohr u. a.: Der Holocaust als offenes Geheimnis, S. 29.

⁹⁰⁰ Vgl. ebenda, S. 36.

Der Erlass der „Nürnberger Gesetze“ im September 1935 leitete eine neue Phase in der Ausgrenzung der Juden ein: Das Verhalten der nicht-jüdischen zu den jüdischen Bonnern wandelte sich bis zum Novemberpogrom 1938 spürbar. Den lokalen Akteuren war der diskriminierende Charakter der Gesetze bewusst. Sie verstanden die „Nürnberger Gesetze“ als nationalsozialistische Handlungsaufforderung und exkludierten Juden über den rechtlichen Rahmen hinaus auf verschiedenste Weise und in nahezu allen Lebensbereichen. Lediglich enge persönliche Bindungen führten dazu, dass sich Bonner im Rahmen ihrer Handlungsmöglichkeiten widersetzen. Die Exklusion der Juden wurde gesellschaftsfähig. Damit widerlegt die Untersuchung zu Bonn bestehende Forschungsmeinungen, nach welchen die „Nürnberger Gesetze“ keinen entscheidenden Einschnitt im gesellschaftlichen Leben darstellten.⁹⁰¹ Vielmehr bestätigt die vorliegende Arbeit sowohl Bajohrs als auch Longerichs Überzeugung, der zufolge sie sich langfristig auf die soziale Praxis vor Ort auswirkten.⁹⁰² Mehr noch konnte anhand des Bonner Beispiels deutlich gezeigt werden, dass Akteure zeitnah auf die veränderte gesetzliche Lage reagierten.

Das „Blutschutzgesetz“ griff in die Privatsphäre der Bonner ein. Es war ein Mittel zur weiteren Exklusion der jüdischen Minderheit. Der Vorwurf der „Rassenschande“ wurde gegen Bonner Juden erhoben und hatte für die Betroffenen schwere strafrechtliche Konsequenzen, die von einer Haftstrafe bis zur Inhaftierung in einem Konzentrationslager reichten. „Der Stürmer“ wie auch der „Westdeutsche Beobachter“ dokumentierten die Fälle und führten den nicht-jüdischen wie auch den jüdischen Bonnern die Konsequenzen von gemeinsamen sexuellen Beziehungen vor Augen. Denunziert wurden die Paare häufig von Bekannten und Nachbarn, die mit ihrem Verhalten dem nationalsozialistischen Staat zuarbeiteten und sich aktiv an der Verfolgungspolitik beteiligten.

NSDAP-Funktionäre setzten bestehende Partnerschaften von Bonner Juden und Nicht-Juden zunehmend unter Druck. Auch die erschwerten Lebensumstände, die aus der Diskriminierung der jüdischen Partner resultierten, wie beispielsweise soziale

⁹⁰¹ Vgl. Benz: Die Deutschen und die Judenverfolgung, S. 56; Brechtken: Die nationalsozialistische Herrschaft 1933-1939, S. 105; Barkai: Vom Boykott zur „Entjudung“, S. 67.

⁹⁰² Vgl. Bajohr u. a.: Der Holocaust als offenes Geheimnis, S. 36-37; Longerich: "Davon haben wir nichts gewusst!", S. 95-100.

Ausgrenzung oder Arbeitslosigkeit, stellten eine Belastung dar. Trotzdem trennten sich die meisten Paare nicht. Unverheiratete Paare emigrierten gemeinsam und gaben damit ihre sozialen Strukturen und finanziellen Sicherheiten auf. Auf diese Weise entzogen sie sich dem nationalsozialistischen Einfluss.

Der Wandel im gesellschaftlichen Verhalten manifestierte sich in unterschiedlichen Situationen des Alltags, exkludierende Handlungen gegenüber Juden nahmen zu. So lehnten Bonner Akteure in scheinbar alltäglichen Situationen den Kontakt zu oder die Interaktion mit Juden ab; Dieses Verhalten reichte von der Meidung „jüdischer“ Geschäfte, über den Ausschluss von Juden aus Vereinen bis hin zur Verweigerung kleinster Dienstleistungen. Andere entschieden sich über die gesetzlichen Rahmenbedingungen hinaus, Juden zu diskriminieren, indem sie beispielsweise bestehende Arbeitsverhältnisse beendeten. Manche Akteure gingen soweit, diejenigen Nicht-Juden, die noch Kontakte zu Juden unterhielten, zu denunzieren. Die soziale Kontrolle vor Ort konnte nur durch lokale Akteure geleistet werden; sie trugen einen entscheidenden Anteil daran, die exkludierende „Volksgemeinschaft“ herzustellen. Interaktionen zwischen Nicht-Juden und Juden nahmen sukzessive ab.

Wer als Jude eingestuft wurde und somit unter die Bestimmungen der „Nürnberger Gesetze“ fiel, konnte nur durch die kommunale Verwaltung in Zusammenarbeit mit städtischen Ämtern und Institutionen vor Ort ermittelt werden. Die nationalsozialistische Regierung war für die Durchsetzung ihrer diskriminierenden Gesetzgebung auf die Mitarbeit der lokalen Dienststellen angewiesen; diese erfüllten ihre Aufgabe im Zuge der nationalsozialistischen Ausgrenzungspolitik. Die wenigen Juden, die noch im öffentlichen Dienst verblieben waren, wurden aufgrund der 1. Verordnung des „Reichsbürgergesetzes“ zwangsweise in den Ruhestand versetzt. Über die rechtlichen Rahmenbedingungen hinaus entließ die alte Stadt Bonn angestellte Juden. Der Stadtrat erdachte eigeninitiativ Maßnahmen, um jüdische Bonner in verschiedenen Lebensbereichen zu benachteiligen oder sie von der restlichen Gesellschaft zu separieren.⁹⁰³

⁹⁰³ Auf diesen Aspekt der Beteiligung der kommunalen Verwaltung verweist Gruner. Vgl. Gruner: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, S. 96-97.

Der Novemberpogrom stellte einen Bruch in der antisemitischen Politik der Nationalsozialisten dar – er war die Wende hin zur offenen Gewalt gegen Juden. Die historische Forschung ist sich einig, dass die Zerstörungen vor Ort vornehmlich von Parteigenossen und Angehörigen der NS-Verbände durchgeführt wurde. Die Haltung der Gesellschaft gegenüber dem Novemberpogrom ist hingegen umstritten: die Interpretation der Reaktionen reicht von Schock über schweigende Missbilligung bis hin zu Gleichgültigkeit gegenüber den Geschehnissen.⁹⁰⁴ Auch die vorliegende Forschungsarbeit kann diese Frage nicht eindeutig klären, oder eine einfache Antwort geben. Zwei Verhaltensweisen von Bonner Akteuren werden von der Autorin jedoch als bezeichnend gesehen: Erstens beobachteten nicht-jüdische Bonner die Zerstörungen und ergriffen nicht Partei für die jüdischen Bonner. Zweitens gingen Bonner Akteure ihrem Alltag nach, während die Zerstörungen stattfanden. Sollen diese Handlungen in einem Wort zusammengefasst werden, bietet sich nach Ansicht der Autorin der Begriff ‚fatalistisch‘ an. Das Gros der Bonner fügte sich, teils willentlich, teils angepasst, in die exkludierende „Volksgemeinschaft“ ein.

Die treibenden Akteure des Novemberpogroms in Bonn waren SA- und SS-Männer. Auch nicht in NS-Verbänden organisierte Bonner beteiligten sich vereinzelt an den Zerstörungen. Sie entschieden sich spontan und ohne Aufforderung „von oben“, Gewalt auszuüben. Polizei und Feuerwehr schritten trotz mangelnder Rechtsgrundlage nicht ein, mehr noch, die Polizei war direkt an den Verhaftungen der jüdischen Männer beteiligt. Dieses Ineinandergreifen und Zusammenspiel der verschiedenen örtlichen Institutionen und nationalsozialistischen Organisationen machten den Pogrom vor Ort erst möglich. Menschenansammlungen beobachteten die Zerstörungen der Synagogen und Geschäfte in Bonn. Nicht-jüdische Geschäfte blieben den 10. November 1938 über geöffnet und Bonner kauften weiterhin ein, obwohl gleichzeitig und in unmittelbarer Nähe Geschäfte jüdischer Inhaber verwüstet wurden. Zuweilen ging das Verhalten über Nicht-Handeln hinaus: Nicht-jüdische Bonner beschimpften Angestellte eines Geschäfts als „Judenknechte“. In seltenen Fällen halfen Bonner Akteure Juden.

⁹⁰⁴ Die in der Forschung vertretenen konträren Meinungen sind aufbereitet bei Kropat: Reichskristallnacht, S. 6-16 und S. 156.

In der Folge des Novemberpogroms wurde die letzte Phase des „Arisierungsprozesses“ von der nationalsozialistischen Führung vorangetrieben. Für die Umsetzung der systematisierten „Arisierung“ in Bonn waren Beamte und Angestellte unterschiedlicher städtischer Stellen unabdingbar. Diese erfüllten ihre Aufgaben geflissentlich. Dementsprechend kann Sabine Meckings und Andreas Wirschings Erkenntnis nur bestätigt werden, nach der sich die kommunale Verwaltung willig an der „Ausgrenzungs- und Verfolgungsmaschinerie“ beteiligte.⁹⁰⁵ Bonner erwarben in ihrem Verlauf „jüdisches“ Eigentum und nahmen damit das Angebot des nationalsozialistischen Staates der „Arisierung“ an. In einigen Fällen versuchten sie sich weitere Vorteile zu sichern, indem sie mit antisemitischen Phrasen die jüdischen Vorbesitzer diffamierten. Für ihren persönlichen Vorteil und Profit waren Bonner bereit, die Situation der exkludierten Minderheit auszunutzen.

Im Jahr 1939 wurde ein Teil der jüdischen Bonner in „Judenhäuser“ eingewiesen, um im Jahr 1941 zusammen mit den restlichen Bonner Juden in das Arbeits- und Wohnlager „Kapellenstraße 6“ verlegt zu werden. Mit ihrer räumlichen Separierung von den Nicht-Juden war ihre Exklusion aus der „Bonner Volksgemeinschaft“ abgeschlossen. Städtische Dienststellen setzten in Zusammenarbeit mit der NSDAP-Kreisleitung sowie der örtlichen Gestapo die Trennung um. Damit einhergehend entwickelten sie eigeninitiativ Anordnungen, Kontrollen und Restriktionen, um Interaktionen von nicht-jüdischen Bonnern mit der jüdischen Gemeinschaft weitestgehend zu unterbinden. Zudem erschwerten städtische Dienststellen die Lebensbedingungen der jüdischen Gemeinschaft. Sie verweigerten Hilfe zur Verbesserung der Umstände im Arbeits- und Wohnlager. Damit widerlegt das Beispiel Bonn die Vorstellung, dass die städtische Verwaltung nur passiv den Aufforderungen der nationalsozialistischen Regierung folgte.⁹⁰⁶

Durch die Separierung der Juden in der „Kapellenstraße 6“ existierten nur noch wenige Interaktionsmöglichkeiten zwischen Juden und Nicht-Juden. Aus den verfügbaren Quellen konnten drei grundlegende Handlungsmuster herausgearbeitet werden: Menschen mit enger Bindung zu den internierten Juden unterstützten diese

⁹⁰⁵ Vgl. Mecking u. a.: Stadtverwaltung als Systemstabilisierung, S. 4.

⁹⁰⁶ Vgl. Gotto: Nationalsozialistische Kommunalpolitik, S. 429.

im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Nicht-Juden, die aufgrund äußerer Umstände in Kontakt mit der jüdischen Gemeinschaft kamen, z. B. aufgrund von Warenlieferungen an die „Kapellenstraße 6“, verhielten sich angepasst, indem sie den nationalsozialistischen Anweisungen den Umgang mit Juden betreffend folgten. Einige Bonner forderten aktiv eine weitere Verschärfung der Diskriminierung und verbalisierten dies in Briefen bzw. brachten konkrete Vorschläge zur Exklusion der jüdischen Gemeinschaft ein.

Ab Mitte 1942 wurden die Bonner Juden in den Osten deportiert. Aufgrund der Quellenlage in Bonn können kaum Aussagen über beteiligte Akteure getroffen werden. Gesichert ist, dass die örtliche Gestapo und Oberbürgermeister Rickert an der Organisation der Abreisevorbereitungen beteiligt waren. Mehr ist hingegen über die „Vermögensverwertung“ der deportierten Juden bekannt. Das Finanzamt Bonn versteigerte in Zusammenarbeit mit einem Bonner Auktionator den zurückgelassenen Hausrat. Beide Akteure bereicherten sich in voller Kenntnis der Sachlage. Wie auch bei der „Arisierung“ nahmen Bonner das Angebot des nationalsozialistischen Staats an und erwarben „jüdisches“ Eigentum.

Durch die vorliegende Forschungsarbeit wird deutlich, dass die exkludierende „Volksgemeinschaft“ nur durch die Partizipation der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure vor Ort realisiert werden konnte. NSDAP-Funktionäre, -Mitglieder und auch die kommunale Verwaltung setzten die antisemitische Gesetzgebung um, gingen aber auch häufig über den gesetzlichen vorgegebenen Rahmen hinaus. Ohne sie hätte die antisemitische Politik nicht in die Praxis umgesetzt werden können. Aber auch eine Vielzahl anderer Akteure, wie beispielsweise das „kaufende Publikum“ oder Vereine, trugen durch wiederkehrende Handlungen dazu bei, die antisemitische Ideologie der Nationalsozialisten in der sozialen Praxis vor Ort zu etablieren. Dabei nahmen einige Bonner aus unterschiedlichen Beweggründen immer wieder eigeninitiativ die Möglichkeit wahr, Juden zu diskriminieren. Andere gingen auf Angebote des nationalsozialistischen Staates ein, von der Ausgrenzung der Juden zu profitieren. Viele Bonner distanzieren sich, vermeiden den Kontakt zu Juden oder brachen ihn vollständig ab. Sie versäumten gerade in den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Herrschaft, ein Zeichen gegen die antisemitischen Inszenierungen zu setzen. Dass

andere Handlungen möglich waren, zeigen die Beispiele, bei denen sich Bonner den Handlungsaufforderungen der Nationalsozialisten widersetzen. Dokumentiert sind zumeist Fälle, in denen die handelnden Personen eine persönliche Beziehung mit den Juden hatten. Die exkludierenden Handlungen überwogen aber bei weitem, verdichteten sich zu Handlungsmustern und führten schließlich dazu, dass die jüdische Minderheit vollständig aus der „Bonner Volksgemeinschaft“ ausgrenzt war.

Abkürzungsverzeichnis

Bd.	Band
BDM	Bund Deutscher Mädel
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
Gestapo	Geheime Staatspolizei
HJ	Hitlerjugend
KZ	Konzentrationslager
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NS-Hago	Nationalsozialistischen Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisationen
PB	Personalbestand
SA	Sturmabteilung
Sopade	Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Exil
SS	Schutzstaffel
StA	Stadtarchiv Bonn
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Ungedruckte Quellen

Archiv der Gedenkstätte für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus - An der Synagoge e.V.

PB 8, PB 31, PB 54, PB 63, PB 66, PB 67, PB 74, PB 86, PB 89, PB 101, PB 124, PB 163, PB 169, PB 182, PB 183, PB 198, PB 220, PB 249, PB 257, PB 267, PB 270, PB 299, PB 311, PB 334

Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution

DE ITS. 1.1.5.3/01010503, DE ITS. 1.2.2.5/362500, DE ITS. 3.1.1.3/8802290, DE ITS. 6.3.1.1/6311068445

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz

GStA PK HA Rep. 76 Va Nr. 10396, GStA PK HA Rep. 84a Nr. 51887, GStA PK HA Rep. 84a Nr. 51892, GStA PK HA Rep. 84a Nr. 51917, GStA PK HA Rep. 84a Nr. 53613, GStA HA Rep. 120 Nr. 3043

Landesarchiv NRW - Abteilung Rheinland

Gerichts Rep. 2/183, Gerichts Rep. 2/404, Gerichts Rep. 104/406, Gerichts Rep. 195/345-348, Gerichts Rep. 195/1030, Gerichts Rep. 195/1031

Stadtarchiv Bonn

Be PA 1974/140, Du 326, Go 1340, Go 7171, IC 1

N 30/12, N 41/934, N 1985/531, N 1985/537, N 1985/550, N 1985/555, N 1985/556,
N 1985/558, N 1985/613, N 1985/661, N 1985/682, N 1985/685, N 1985/694,
N 1985/720, N 1985/751, N 1985/766, N 1985/771, N 1985/799, N 1985/810,
N 1985/830, N 1985/849, N 1985/913, N 1985/941, N 1985/942, N 1985/951,
N 1985/964, N 1985/1001, N 1985/1049, N 1985/1072, N 1985/1079, N 1985/1081,
N 1985/1084, N 1985/1112, N 1985/1129, N 1985/1134, N 1985/1172, N 1985/1236

Pr 5/7, Pr 9/52, Pr 9/53, Pr 9/1228, Pr 10/575, Pr 10/666, Pr 10/815, Pr 10/819,
Pr 10/833, Pr 14/3, Pr 16/41, Pr 16/48, Pr 16/51, Pr 16/61, Pr 16/75, Pr 18/130,
Pr 18/255, Pr 24/257, Pr 24/1685, Pr 31/1786, Pr 71/922, Pr 71/974, Pr 71/2437,
Pr 71/2438, Pr 71/2439, Pr 71/2440, Pr 71/2442, Pr 71/2443, Pr 6840

The Wiener Library, London

051-EA-0830

II. Gedruckte Quellen

Publizierte Quellen

Barkow, Ben/Gross, Raphael/Lenarz, Michael (Hg.): Novemberpogrom 1938. Die
Augenzeugenberichte der Wiener Library, London, Frankfurt am Main 2008.

Faust, Anselm: Die „Kristallnacht“ im Rheinland. Dokumente zum Judenpogrom im
November 1938 (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes
Nordrhein-Westfalen, Bd. 24), Düsseldorf 1987.

Fröhlich, Elke (Hg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für
Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Russlands,
München 1993.

- Heyen, Franz Josef: Nationalsozialismus im Alltag. Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus vornehmlich im Raum Mainz-Koblenz-Trier, Boppard am Rhein 1967.
- Klefisch, Peter: Die Kreisleiter der NSDAP in den Gauen Köln-Aachen, Düsseldorf und Essen (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Quellen und Forschungen 45), Düsseldorf 2000.
- Kropat, Wolf-Arno: „Reichskristallnacht“. Der Judenpogrom vom 7. bis 10. November 1938 – Urheber, Täter, Hintergründe. Mit ausgewählten Dokumenten, Wiesbaden 1997.
- Kulka, Otto/Jäckel, Eberhard (Hg.): Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933-1945, Düsseldorf 2004.
- Pracht-Jörns, Elfi: Jüdische Lebenswelten im Rheinland. Kommentierte Quellen von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart. Mit einem Vorwort von Monika Grübel und Georg Mölich, Köln 2011.
- Schlette, Ruth: „Ich hoffe trotzdem bald in Palästina ein neues Leben anfangen zu können“. Ruth Hadassah Herz aus Beuel (1925-1942) und ihre Briefe, in: Bonner Geschichtsblätter, Bd. 51/52 (2001), S. 123-176.
- Stadt Bonn/Stadtarchiv Bonn (Hg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung in Bonn 1932/33. Eine Dokumentation aus Bonner Zeitungen. Ausgewählt von Willi-Ferdinand Becker, Franz Josef Stauf, Dorothee van Rey, Manfred van Rey, Bonn 1983.
- Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933 –1945 (VEJ). Deutsches Reich 1938 – August 1939. Bearb. von Susanne Heim, München 2009.
- Walk, Joseph (Hg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, Heidelberg ²1996.

Autobiographien und Lebenserinnerungen

- Barnard, Margot: „Ich sehe Dich nie wieder!“. Erinnerungen für die Zukunft, Bonn 2009.

- Kahle, Marie: Was hätten Sie getan? Die Flucht der Familie Kahle aus Nazi-Deutschland. Kahle, Paul: Die Universität Bonn vor und während der Nazi-Zeit (1923-1939), Bonn ³2006.
- Meyer, Otto: Meine Erlebnisse in den Jahren 1933-1945, in: Bonner Geschichtsblätter, Bd. 49/50 (1999), S. 473-486.
- Nussbaum, Carl: Ein Lebenslauf von der Geburt bis zum Ende des Dritten Reiches, in: Bonner Geschichtsblätter, Bd. 51/52 (2001), S. 97-122.
- Samuel, Arthur: Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933, in: Bonner Geschichtsblätter, Bd. 49/50 (1999/2000), S. 399-457.
- Wohl, Eva: So einfach liegen die Dinge nicht. Erinnerungen – Von Deutschland nach Israel, hg. v. Astrid Mehmel, Bonn 2004.
- Zander, Josef: Godesberger Kommunalpolitik in schwerer Zeit 1915-1933, Bad Godesberg 1949.

Zeitungen

- „General-Anzeiger für Bonn und Umgebung“: Zeitrahmen von 1932-1938
- „Der Stürmer“: Zeitrahmen von 1934-1938
- „Westdeutscher Beobachter“: Zeitrahmen von 1929-1938

III. Sekundärliteratur

Adler, Hans-Günther: Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974.

Ahlheim, Hannah: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“ Antisemitismus und politischer Boykott in Deutschland 1924 bis 1935, Göttingen 2011.

Althoff, Bernward: Der 10. November 1938 in Bonn, in: Doris Maurer, Arnold E. Maurer (Hg.): Bonn. Ein Städte-Lesebuch, Frankfurt am Main 1990, S. 51-54.

Arndt, Maria (Hg.): Unwiederbringlich vorbei. Geschichte und Kultur der Juden an Sieg und Rhein. Zehn Jahre Gedenkstätte Landjuden an der Sieg, Siegen 2005.

Arntz, Hans-Dieter: Judaica. Juden in der Voreifel, Euskirchen³ 1987.

Bajohr Frank, Michael Wildt: Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt 2009.

Ders./Pohl, Dieter: Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006.

Ders.: Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt am Main 2001.

Ders.: „Arisierung“ als gesellschaftlicher Prozeß. Verhalten, Strategien und Handlungsspielräume jüdischer Eigentümer und „arischer“ Erwerber, in: Fritz Bauer Institut, Peter Hayes, Irmtrud Wojak (Hg.): „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt/New York 2000, S. 15-31.

Ders.: „Arisierung“ in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 35), Hamburg 1997.

Barkai, Avraham: Vom Boykott zur „Entjudung“ – Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943, Frankfurt am Main 1988.

Bauer, Markus: Machtergreifung und Gleichschaltung in Siegburg. Der Lokalteil der nationalsozialistischen Zeitung „Westdeutscher Beobachter“ von 1932 bis 1939, Siegburg 2009.

- Benediktinerinnen der ewigen Anbetung (Hg.): Gelobt und angebetet sei ohne Ende das allerheiligste Altarsakrament. 21.11.1857-21.11.1982, Bonn 1982.
- Benz, Wolfgang (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009.
- Ders.: Einleitung: Die NSDAP und ihre Mitglieder, in: Wolfgang Benz (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 7-19.
- Ders.: Was ist Antisemitismus?, München 2004.
- Ders.: Die Deutschen und die Judenverfolgung. Mentalitätsgeschichtliche Aspekte, in: Ursula Büttner (Hg.): Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Frankfurt am Main 2003, S. 51-67.
- Bergen, Doris/Hájkova, Anna/Löw, Andrea: Warum eine Alltagsgeschichte des Holocaust?, in: Andrea Löw, Doris Bergen, Anna Hájkova (Hg.): Alltag im Holocaust Jüdisches Leben im Großdeutschen Reich 1941-1945, München 2013, S. 1-13.
- Bialas, Wolfgang/Fritze, Lothar: Einleitung, in: Wolfgang Bialas, Lothar Fritze (Hg.): Ideologie und Moral im Nationalsozialismus (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 50), Göttingen 2013, S. 9-21.
- Bialas, Wolfgang: Moralische Ordnungen des Nationalsozialismus (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 52), Göttingen 2014.
- Bonner Anwalt-Verein e.V. (Hg.): Das Schicksal der im Landgerichtsbezirk Bonn zugelassenen jüdischen Rechtsanwälte während der Zeit des Nationalsozialismus, Bonn 1999.
- Bothien, Horst: „...nicht der schlimmste Bürgermeister“. Heinrich Alef, Leiter der Bad Godesberger Stadtverwaltung 1933-1945, in: Bonner Geschichtswerkstatt (Hg.): „Wie herrlich duftet es hier nach Eau de Cologne!“ Bad Godesberg – ein historisches Lesebuch, Bonn 2008, S. 153-159.
- Ders.: Das braune Bonn: Personen und Ereignisse (1925-1939) mit zwei Beiträgen von Sebastian Klein, Bonn 2005.
- Ders.: Wegweiser durch die Literatur zur NS-Geschichte in Bonn. Eine Bibliographie. Mit erster Ergänzung, Stand: Ende 1999, Bonn 1998.

- Ders./ Stang, Erhard: Abgeschoben nach Polen am 28.10.1938... Jüdische Familien in Bonn. Gesehen mit der Kamera von Abraham Sieff. Eine Dokumentation zur Ausstellung, Bonn 1993.
- Ders.: Bonn in der NS-Zeit. Verfolgung und Widerstand. Begleitheft zur Ausstellung „Historische Meile“ anlässlich der 2000-Jahre-Feier der Stadt Bonn, Bonn 1989.
- Bracher, Karl Dietrich: Stufen totalitärer Gleichschaltung: Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Michael Kißener (Hg.): Der Weg in den Nationalsozialismus 1933/34. Neue Wege der Forschung, Darmstadt 2009, S. 50-66.
- Ders./Sauer, Wolfgang/Schulz, Gerhard (Hg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Berlin 1962.
- Braubach, Max: Jüdischer Anteil an der Bonner Gelehrsamkeit (Rheinische Vierteljahrsblätter, Bd. 32) 1968, S. 402-418.
- Brechtken, Magnus/Jasch, Hans-Christian/Kreutzmüller, Christoph/Weise, Nils (Hrsg.): Die Nürnberger Gesetze - 80 Jahre danach. Vorgeschichte, Entstehung und Auswirkungen, Göttingen 2017.
- Ders.: Die nationalsozialistische Herrschaft 1933-1939, Darmstadt ²2012.
- Brieskorn, Egbert (Hg.): Felix Hausdorff zum Gedächtnis. Aspekte seines Werkes, Vieweg 1996.
- Broszat, Martin: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München 1984.
- Bruendel, Steffen: Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003.
- Bücher, Johannes: Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Beuel (Studien zur Heimatgeschichte der Stadt Beuel am Rhein, Heft 7), Beuel 1965.
- Burleigh, Michael: Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung, Frankfurt am Main 2000.
- Dann, Otto: Die Bonner Juden und die akademischen Berufe (Bonner Geschichtsblätter, Bd. 37) 1985, S. 139-142.

- Davis, Belinda/Lindenberger, Thomas/Wildt, Michael: Einleitung, in: Belinda Davis, Thomas Lindenberger, Michael Wildt (Hg.): Alltag, Erfahrung, Eigensinn. Historisch-anthropologische Erkundungen, Frankfurt am Main, S. 11-28.
- Dörner, Bernward: Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte, Berlin 2007.
- Ders.: NS-Herrschaft und Denunziation: Anmerkungen zu Defiziten in der Denunziationsforschung, in: Historical Social Research 26 (2001), S. 55-69.
- Düwell, Kurt: Die Rheingebiete in der Judenpolitik des Nationalsozialismus vor 1942: Beitrag zu einer vergleichenden zeitgeschichtlichen Landeskunde, Bonn 1968.
- Eilers, Rolf: Die Synagogengemeinde Godesberg-Mehlem (Godesberger Heimatblätter, Heft 6) 1968, S. 35-56.
- Ennen, Edith/Höroldt, Dietrich: Vom Römerkastell zur Bundeshauptstadt. Kleine Geschichte der Stadt Bonn, Bonn 1968.
- Essner, Cornelia: Die „Nürnberger Gesetze“ oder Die Verwaltung des Rassenwahns 1933-1945, Paderborn 2002.
- Falter, Jürgen W.: Zur Soziographie des Nationalsozialismus. Studien zu den Wählern und Mitgliedern der NSDAP, Köln 2013.
- Ders.: Die Wahlen des Jahres 1932/33 und der Aufstieg totalitärer Parteien, in: Eberhard Holtmann (Hg.): Die Weimarer Republik. Das Ende der Demokratie, Bd. 3, München 1995, S. 271-313.
- Ders.: Hitlers Wähler, München 1991.
- Ders./Lindenberger, Thomas/Schumann, Siegfried: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986.
- Feiner, Shmuel: Haskala - Jüdische Aufklärung. Geschichte einer kulturellen Revolution. Aus dem Hebräischen übersetzt von Anne Birkenhauer, Hildesheim/Zürich/New York 2007.
- Fischler, Hersch: Zum Zeitablauf der Reichstagsbrandstiftung. Korrekturen der Untersuchung Alfred Berndts, in: VfZ 53 (2005), S. 617-632.

- Föllmer, Moritz/Graf, Rüdiger (Hg.): Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt am Main 2005.
- Frei, Norbert: „Machtergreifung“. Anmerkungen zu einem historischen Begriff, in VfZ 31 (1983), S. 136-146.
- Fremerey-Dohna, Helga/Schoene, Renate: Jüdisches Geistesleben in Bonn 1786-1945. Eine Bibliographie (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn, Bd. 37), Bonn 1985.
- Gessner, Dieter: Die Weimarer Republik, Darmstadt 2002.
- Goldberg, Bettina: Die Zwangsausweisung der polnischen Juden aus dem Deutschen Reich im Oktober 1938 und die Folgen, in: ZfG, 1998, S. 971-984.
- Göppinger, Horst: Juristen jüdischer Abstammung im „Dritten Reich“. Entrechtung und Verfolgung, München 1990.
- Gotto, Bernhard: Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933-1945, München 2006.
- Gottwald, Alfred/Schulle, Diana: Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005.
- Gross, Raphael: November 1938. Die Katastrophe vor der Katastrophe, München 2013.
- Gruner, Wolf: Die Berliner und die NS-Judenverfolgung. Eine mikrohistorische Studie individueller Handlungen und sozialer Beziehungen, in: Rüdiger Hachtmann, Thomas Schaarschmidt, Winfried Süß (Hg.): Berlin im Nationalsozialismus. Politik und Gesellschaft 1933-1945 (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 27), Göttingen 2011, S. 57-88.
- Ders.: Die Kommunen im Nationalsozialismus. Innenpolitische Akteure und ihre wirkungsmächtige Vernetzung, in: Sven Reichardt, Wolfgang Seibel (Hg.): Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus, Frankfurt/New York 2011, S. 167-213.
- Ders.: Das Dogma der ‚Volksgemeinschaft‘ und die Mikrogeschichte der NS-Gesellschaft, in: Habbo Knoch, Hans-Werner Niemann, Jochen Oltmer, Dietmar

- von Reeken, Detlef Schmiechen-Ackermann, Karl-Heinz Schneider (Hrsg.):
Nationalsozialistische Volksgemeinschaft, Bd. 7, Paderborn 2008, S. 71-93.
- Ders.: Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938-1945). Neue Perspektiven und Dokumente, in: Birthe Kundrus, Beate Meyer (Hg.): Die Deportationen der Juden aus Deutschland. Pläne - Praxis - Reaktionen 1938-1945, Göttingen 2004, S. 21-63.
- Ders.: Die Grundstücke der „Reichsfeinde“. Zur „Arisierung“ von Immobilien durch Städte und Gemeinden 1938-1945, in: Fritz Bauer Institut (Hg.): „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt/New York 2000, S. 125-157.
- Ders.: Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkung lokaler und zentraler Politik im NS-Staat (1933-1942), München 2002.
- Ders.: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen. Zur wechselseitigen Dynamisierung von zentraler und lokaler Politik 1933-1941, in: VfZ 48 (2000), S. 75-126.
- Ders.: Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938-1943, Berlin 1997.
- Gutzmer, Karl: Der Bonner Buchhandel im Überblick mit besonderer Berücksichtigung des Dritten Reichs, Kultur in Bonn im Dritten Reich. Mit einem Beitrag von Karl Gutzmer (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn, Bd. 62), Bonn 2002, S. 289-324.
- Ders.: Die Philipppsons in Bonn. Deutsch-jüdische Schicksalslinien 1862-1980. Dokumentation einer Ausstellung in der Universitätsbibliothek Bonn 1989, (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn, Bd. 49), Bonn 1991.
- Ders.: Chronik der Stadt Bonn, Dortmund 1988.
- Haag, Victor: Politische Wahlen in Bonn 1919-1933 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn, Bd. 44), Bonn 1989.
- Handschuhmacher, Thomas: „Volksgemeinschaft“ als Gegenstand sozialer Praktiken. Eine Untersuchung am Beispiel der NSDAP-Ortsgruppe Lohmar (Geschichte im Westen, Bd. 28) 2013, S. 91-117.

- Harling, Sabine: Einleitung. Ein Streifzug durch 400 Jahre Godesberger Geschichte, in: Bonner Geschichtswerkstatt (Hg.): „Wie herrlich duftet es hier nach Eau de Cologne!“. Bad Godesberg – ein historisches Lesebuch, Bonn 2008, S. 6-16.
- Hehl, Ulrich von: Die Kontroverse um den Reichstagsbrand, in: VfZ 36 (1988), S. 259-280.
- Ders.: Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln, Mainz 1977.
- Henrichs, Annegret: Lorenz Hoffstätter, Ordensfabrikant: „Einer der ersten Gefolgsmänner Adolf Hitlers am Rhein“, in: Bonner Geschichtswerkstatt (Hg.): „Die Beueler Seite ist nun einmal die Sonnenseite...“. Ein historisches Lesebuch, Bonn 1996, S. 82-88.
- Hermann, Angela: Hitler und sein Stoßtrupp in der Reichskristallnacht, in: VfZ 56 (2008), S. 603-621.
- Herzig, Arno: Jüdische Geschichte in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1997.
- Heyer, Helmut: Kultur in Bonn im Dritten Reich. Mit einem Beitrag von Karl Gutzmer (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn, Bd. 62) Bonn 2002.
- Hildebrand, Klaus: Das Dritte Reich, München ⁷2010.
- Höpfner, Hans-Paul: Die Universität im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft (Veröffentlichungen des Archivs der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn, Bd. 12) Bonn 1999.
- Ders.: Die vertriebenen Hochschullehrer der Universität Bonn 1933-1945 (Bonner Geschichtsblätter, Bd. 43/44), 1996, S. 447-487.
- Hörning, Karl H./Reuter, Julia: Doing Culture: Kultur als Praxis, in: Karl H. Hörning, Julia Reuter (Hg.): Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und Praxis, Bielefeld 2004, S. 9-19.
- Ders.: Soziale Praxis zwischen Beharrung und Neuschöpfung. Ein Erkenntnis- und Theorieproblem, in: Karl H. Hörning, Julia Reuter (Hg.): Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Praxis, Bielefeld 2004, S. 19-40.

Ders.: Kultur und soziale Praxis. Wege zu einer „realistischen“ Kulturanalyse, in: Andres Hepp, Rainer Winter (Hg.): Kultur – Medien – Macht. Cultural Studies und Medienanalyse, Opladen 1997, S. 31-45.

Hradil, Stefan: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen, Schichten zu Lagen und Milieus, Opladen 1987.

Imbusch, Peter: Von Klassen und Schichten zu sozialen Lagen, Milieus und Lebensstilen – Von der Machtversessenheit zur Machtvergessenheit?, in: Peter Imbusch (Hg.): Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Theorien und Konzeptionen, Wiesbaden 1998, S. 275-299.

Jaspar, Gotthard: Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930–1934, Frankfurt am Main 1986.

Josten, Ulrich: Preußische Polizei und NS-Machtergreifung – das Beispiel Bonn, in: Jürgen Frölich, Esther-Beate Körber, Michael Rohrschneider (Hg.): Preußen und Preußentum vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Beiträge des Kolloquiums aus Anlaß des 65. Geburtstags von Ernst Opgenoorth am 12.2.2001, Berlin 2002, S. 179-197.

Kershaw, Ian: „Volksgemeinschaft“. Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungskonzepts, in VfZ 59 (2011), S. 1-19.

Kißener, Michael: Der Weg in den Nationalsozialismus 1933/34. Neue Wege der Forschung, Darmstadt 2009.

Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik (Grundriss der Geschichte, Bd. 16), München 2009.

Kramer, Nicole/Nolzen, Armin: Einleitung, in: Nicole Kramer, Armin Nolzen (Hg.): Ungleichheiten im „Dritten Reich“. Semantiken, Praktiken, Erfahrungen (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 28), Göttingen 2012, S. 9-27.

Kreutzmüller, Christoph: Gewalt gegen Juden im Sommer 1935, in: Magnus Brechtken (Hrsg.): Die Nürnberger Gesetze, Göttingen 2017, S. 71-89.

- Kuller, Christiane: Bürokratie und Verbrechen. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland (Das Reichsfinanzministerium im Nationalsozialismus, Bd. 1), München 2013.
- Dies.: „Kämpfende Verwaltung.“ Bürokratie im NS-Staat, in: Dietmar Süß, Winfried Süß (Hg.): Das „Dritte Reich.“ Eine Einführung, München 2008, S. 227-245.
- Kuzczynski, Thomas: Dem Regime dienen – nicht Geld verdienen. Zur Beteiligung der Deutschen Reichsbahn an Deportationen und Zwangsarbeit während der NS-Diktatur. Einige Überlegungen aus ökonomischer Sicht, in ZfG 57 (2009), S. 510-529.
- Lekebusch, Sigrid: Not und Verfolgung der Christen jüdischer Herkunft im Rheinland 1933-1945. Darstellung und Dokumentation, Köln 1995.
- Linn, Heinrich: Juden an Rhein und Sieg, Siegburg 1983.
- Ders.: Nationalsozialistische Rassengesetzgebung, in: Heinrich Linn (Hg.): Juden an Rhein und Sieg, Siegburg 1983, S. 192-198.
- Longerich, Peter: „Davon haben wir nichts gewusst!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945, München 2006.
- Ders.: Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998.
- Ders.: Deutschland 1918-1933. Die Weimarer Republik. Handbuch zur Geschichte, Hannover 1995.
- Lüdtke, Alf: Funktionseliten: Täter, Mit-Täter, Opfer? Zu den Bedingungen des deutschen Faschismus, in: Alf Lüdtke (Hg.): Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial- anthropologische Studien, Göttingen 1991, S. 559-591.
- Lynn, Abrams: Oral History Theory, New York 2010.
- Mallmann, Klaus Michael/Paul, Gerhard: Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich (Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935-1945, Bd. 2), Bonn 1991.
- Mann, Reinhard: Protest und Kontrolle im Dritten Reich: Nationalsozialistische Herrschaft im Alltag einer rheinischen Grossstadt, Frankfurt/New York 1987.

- Matzerath, Horst: Bürokratie und Judenverfolgung, in: Ursula Büttner (Hg.): Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Frankfurt am Main 2003, S. 105-129.
- Ders.: Oberbürgermeister im Dritten Reich. Auswertung einer quantitativen Analyse, in: Klaus Schwabe (Hg.): Oberbürgermeister, Boppard am Rhein 1981, S. 157-199.
- Ders.: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970.
- Mecking, Sabine/Wirsching, Andreas: Stadtverwaltung als Systemstabilisierung? Tätigkeitsfelder und Handlungsspielräume kommunaler Herrschaft im Nationalsozialismus, in: Sabine Mecking, Andreas Wirsching (Hg.): Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft, Paderborn 2005, S. 1-23.
- Mehmel, Astrid/Seider, Sandra: Sie brannten am helllichten Tag. Der Novemberpogrom in Bonn am 10. November 1938, Bonn 2009.
- Mehrtens, Herbert: Felix Hausdorff. Ein Mathematiker seiner Zeit, Bonn 1980.
- Mertens, Annette: Himmlers Klostersturm. Der Angriff auf katholische Einrichtungen im Zweiten Weltkrieg und die Wiedergutmachung nach 1945, Paderborn 2006.
- Meyer, Beate: „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933-1945 (Studien zur jüdischen Geschichte, Bd. 6), Hamburg 1999.
- Milton, Sybil: Menschen zwischen Grenzen: Die Polenausweisung 1938, in: Julius H. Schoeps (Hg.): Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte, München/Zürich 1990, S. 184-209.
- Mommsen, Hans: Changing Historical Perspectives on the Nazi Dictatorship, (European Review, Bd. 17), 2009, S. 73-80.
- Ders.: Amoklauf der „Volksgemeinschaft“? Kritische Anmerkungen zu Michael Wildts Grundkurs zur Geschichte des Nationalsozialismus, in: Neue Politische Literatur, 53 (2008), S. 15-20.
- Ders.: Der Holocaust und die Deutschen. Aktuelle Beiträge zu einer umstrittenen Frage, in: ZfG 56 (2008), S. 844-854.

- Neugebauer, Otto: Der Pogrom vom 10. November 1938 in Bonn, in: Bonner Geschichtsblätter 19 (1965), S. 196-207.
- Ders.: Ein Dokument zur Deportation der jüdischen Bevölkerung Bonns und seiner Umgebung, in: Bonner Geschichtsblätter 18 (1964), S. 158-230.
- Nolzen, Armin: „Totaler Antisemitismus“. Die Gewalt der NSDAP gegen die Juden, 1933-1938/39, in: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hg.): „Volksgemeinschaft“: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich“? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn 2012, S. 179-199.
- Ders.: Der „Führer“ und seine Partei, in: Dietmar Süß, Winfried Süß (Hg.): Das „Dritte Reich“. Eine Einführung, München 2008, S. 55-76.
- Ders.: Die Gaue als Verwaltungseinheiten der NSDAP. Entwicklungen und Tendenzen in der NS-Zeit, in: Jürgen John, Horst Möller, Thomas Schaarschmidt (Hg.): Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“, München 2007, S. 199-218.
- Ders.: The Nazi Party and its Violence against Jews, 1933-1939: Violence as a Historiographical Concept, in: Yad Vashem Studies 23 (2003), S. 245-285.
- Otterbeck, Alexander: Das Finanzamt Bonn im Nationalsozialismus, Hamburg 2014.
- Pamp, Rüdiger: Richter am Landgericht. Das Landgericht Bonn und sein Bezirk in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Heinz Faßbender (Hg.): 150 Jahre Landgericht Bonn, Bonn 2000, S. 95-143.
- Peukert, Detlef: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt am Main 1987.
- Pfeiffer, Lorenz: Der Ausschluss der Juden 1933 aus deutschen Turn- und Sportvereinen und das Beschweigen nach 1945. Alte und neue Perspektiven deutscher Sporthistoriographie, in: ZfG 59 (2011), S. 217-229.
- Popitz, Heinrich: Phänomene der Macht, Tübingen ²1992.
- Pracht, Elfi: Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen. Regierungsbezirk Köln (Beiträge zu den Bau- und Kunstdenkmälern im Rheinland, Bd. 34.1), Köln 1997.

- Pracht-Jörns, Elfi: Jüdisches Schicksal im Nationalsozialismus 1933-1945, in: Claudia Maria Arndt (Hg.): Unwiederbringlich vorbei. Geschichte und Kultur der Juden an Sieg und Rhein. Zehn Jahre Gedenkstätte „Landjuden an der Sieg“ (Zeugnisse jüdischer Kultur im Rhein-Sieg-Kreis, Bd. 3), Siegburg 2005, S. 30-52.
- Przyrembel, Alexandra: ‚Doing law‘ – Feindgefühle gegenüber Juden: ‚Rassenschande‘ vor NS-Gerichten, in: Magnus Brechtken (Hrsg.): Die Nürnberger Gesetze, Göttingen 2017, S. 89-103.
- Dies.: „Rassenschande“. Reinheitsmythos und Vernichtungslegitimation im Nationalsozialismus, Göttingen 2003.
- Purkert, Walter: Ein dionysischer Mathematiker. Felix Hausdorff – Paul Mongré, in: Thomas Becker (Hg.): Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im „Dritten Reich“ und der Nachkriegszeit, Bonn 2008, S. 185-209.
- Raithel, Thomas/Streng, Irene: Die Reichstagsbrandverordnung. Grundlegung der Diktatur mit den Instrumenten des Weimarer Ausnahmezustands, in: VfZ 48 (2000), S. 413-460.
- Rauhut-Brungs, Leah/Wasser, Gabriele/Hodde, Peter (Hg.): Stadtrundgang durch Bonns jüdische Geschichte. „Alef-puff, Beis-puff. Hört er noch nich uff“?, Egling an der Paar 2001.
- Reckwitz, Andreas: Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive, in: Zeitschrift für Soziologie 32 (2003), S. 282-301.
- Reemtsma, Jan Philip: Über den Begriff „Handlungsspielräume“, in: Mittelweg 36 Heft 11 (2003/2003), S. 5-25.
- Reibel, Carl-Wilhelm: Das Fundament der Diktatur: Die NSDAP-Ortsgruppen 1932-1945, Paderborn 2002.
- Reichardt, Sven: Praxeologische Geschichtswissenschaft. Eine Diskussionsanregung, Sozial. Geschichte 22 (2007) S. 43-66.
- Ders.: Praxeologie und Faschismus. Gewalt und Gemeinschaft als Elemente eines praxeologischen Faschismusbegriffs, in: Karl H. Hörning, Julia Reuter (Hg.):

- Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und Praxis, Bielefeld 2004, S. 130-153.
- Reicher, Benno: Jüdische Geschichte und Kultur in NRW. Ein Handbuch, Essen 1983.
- Reifenrath, Bruno H.: Die Internierung der Juden in Much. Ein Buch des Gedenkens, (Veröffentlichung des Geschichts-und Altertumvereins für Siegburg und den Rhein-Sieg-Kreis e. V., Bd. 15), Siegburg 1982.
- Retterath, Jörn: „Was ist das Volk?“. Volks- und Gemeinschaftskonzepte der politischen Mitte in Deutschland (1917-1924) (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 110), Berlin/Boston 2016.
- Reuband, Karl-Heinz: Denunziationen im Dritten Reich. Die Bedeutung von Systemunterstützung und Gelegenheitsstrukturen, in: Historical Social Research 26 (2001), S. 219-234.
- Rothe, Valentine: Jüdinnen in Bonn: 1933-1945, in: Annette Kuhn (Hg.): Frauenleben im NS-Alltag, Pfaffenweiler 1994, S. 281-321.
- Rürup, Reinhard: Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 15) Göttingen 1975.
- Schilling, Konrad: Monumenta Judaica Handbuch. 2000 Jahre Geschichte und Kultur der Juden am Rhein, Köln 1964.
- Schloßmacher, Norbert: Verzogen nach: „unbekannt wohin“. Zur Ermordung von Bonnerinnen und Bonnern bei Minsk im Juli 1942, in: Bonner Geschichtsblätter Bd. 57/58 (2008), S. 389-404.
- Ders.: „Kurzerhand die Farbe gewechselt“: Die Bonner Polizei im Nationalsozialismus (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn, Bd. 66), Bonn 2006.
- Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.): „Volksgemeinschaft“. Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich“? Propaganda und Selbstmobilisierung im NS-Staat, Paderborn 2012.
- Schorn, Franz Hubert: Überlebt - das Schicksal der jüdischen Richter in Bonn, in: Bonner Geschichtsblätter, Bd. 55/56 (2006), S. 143-207.

- Schulte, Christoph: Die jüdische Aufklärung. Philosophie, Religion und Geschichte, München 2002.
- Schulte, Klaus H. S.: Bonner Juden und ihre Nachkommen bis um 1930. Eine familien- und sozialgeschichtliche Dokumentation, Bonn 1976.
- Schumann, Dirk: Gewalt als Methode der nationalsozialistischen Machteroberung, in: Andreas Wirsching (Hg.): Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte 9), Göttingen 2009, S. 135-156.
- Seethaler, Helmut: Kunstaktion: Denk-Zettel, Wien 2000.
- Sewell, William: How classes are made. Critical reflections on E. P. Thompson's Theorie of Working-Class Formation, in: Harvey J. Kaye, Keith McClelland (Hg.): Critical Perspectives, Philadelphia 1990, S. 50-77.
- Shulamit, Volkov: Die Juden in Deutschland 1780-1918 (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 16), München 1994.
- Sonnet, Peter: Die „Machtergreifung“ in Bonn 1933, in: Josef Matzerath (Hg.): Bonn. 54 Kapitel Stadtgeschichte, Bonn 1989, S. 281-291.
- Stadtverwaltung Beuel (Hg.): Das Beueler Rathaus gestern und heute (Studien zur Heimatgeschichte der Stadt Beuel am Rhein, Heft 4), Beuel 1959.
- Stang, Erhard: „...keine Todesfälle von Einwohnern jüdischen Glaubens“. Der Mord an den Godesberger Juden 1933-1945, in: Bonner Geschichtswerkstatt (Hg.): „Wie herrlich duftet es hier nach Eau de Cologne!“ Bad Godesberg – ein historisches Lesebuch, Bonn 2008, S. 159-174.
- Ders.: „...scheinbar auf dem Aussterbeetat“. Aus den Anfangsjahren der Beueler NSDAP, in: Bonner Geschichtswerkstatt (Hg.): Die Beueler Seite ist nun einmal die Sonnenseite... – ein historisches Lesebuch, Bonn 1996, S. 75-80.
- Ders.: Ostjuden in Bonn: „Kein wünschenswerter Zuwachs im nationalen Sinne...“, in: Bonner Geschichtswerkstatt (Hg.): „Es treibt mich die Nötigung des Lebens...“. Fremde in Bonn. Ein historisches Lesebuch, Bonn 1993, S. 103-108.
- Steber, Martina/Gotto, Bernhard (Hrsg.): Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives, Oxford 2014.

- Steinbach, Peter: Die Gleichschaltung: Zerstörung der Weimarer Republik - Konsolidierung der nationalsozialistischen Diktatur 1933/34, in: Michael Kißener (Hg.): Der Weg in den Nationalsozialismus 1933/34. Neue Wege der Forschung, Darmstadt 2009, S. 66-91.
- Steuwer, Janosch: Was meint und nützt das Sprechen von der „Volksgemeinschaft“? Neuere Literatur zur Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, in: Archiv für Sozialgeschichte 53 (2013), S. 487-534.
- Strenge, Irene: Machtübernahme 1933 - Alles auf legalem Weg?, Berlin 2002.
- Tucholsky, Kurt: Panter, Tiger & Co. Eine Auswahl aus seinen Schriften und Gedichten, hg. v. Mary Gerold-Tucholsky, Hamburg ⁵⁷2010.
- Reeken, Dietmar von/Thießen, Malte (Hg.): „Volksgemeinschaft“ als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort, Paderborn 2013.
- Rey, Manfred van: Jüdisches Leben in Bonn, in: Claudia Maria Arndt (Hg.): Unwiederbringlich vorbei: Geschichte und Kultur der Juden an Sieg und Rhein, Siegburg 2005, S. 218-237.
- Ders.: Unveröffentlichtes Manuskript zum Vortrag von: Arisierung von Geschäften und Häusern in Bonn, Bonn 2001.
- Ders.: Die Vernichtung der Juden in Bonn, in: Eugen Eichhorn, Ernst Jochen Thiele (Hg.): Vorlesungen zum Gedenken an Felix Hausdorff (Berliner Studien zu Mathematik 5), Berlin 1994, S. 227-250.
- Ders.: Leben und Sterben unserer jüdischen Mitbürger in Königswinter. Ein Buch des Gedenkens, Königswinter 1985.
- Ders.: Unveröffentlichtes Manuskript. Zur Vernichtung der Juden in Bonn. Zusammenfassung des Kenntnisstandes, o. A.
- Verein an der Synagoge (Hg.): „September-Aktion“ 1944. „Mischehen“ und „Mischlinge“ in Bonn. Dokumentation zur Ausstellung, Bonn 1994.
- Ders., Stadtmuseum Bonn, Deutsch-Israelische Gesellschaft, Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (Hg.): „... auch Endenich ist vielleicht das Ende nich!“

- Deportiert aus Endenich Juni/Juli 1942: Transport der Bonner Juden in die Vernichtungslager. Eine Dokumentation zur Ausstellung, Bonn 1992.
- Vogt, Helmut: Unternehmer im Nationalsozialismus. Das Beispiel Hans Ringsdorff, in: Godesberger Heimatblätter 50 (2012), S. 171-193.
- Ders.: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten (1914-1948), in: Dietrich Höroldt, Manfred van Rey (Hg.): Geschichte der Stadt Bonn in vier Bänden. Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt 1794-1989, Bonn 1989, S. 437-638.
- Weffer, Herbert: Endenich. Die Geschichte eines Bonner Vorortes, Bonn 1987.
- Ders.: Die jüdischen Gemeinden im Bereich des heutigen Stadtkreises Bonn vor 1945, in: Heinrich Linn (Hg.), Juden an Rhein und Sieg, Siegburg 1983.
- Wegehaupt, Philipp: Funktionäre und Funktionseliten der NSDAP. Vom Blockleiter zum Gauleiter, in: Wolfgang Benz (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 39-60.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949 (Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4), München 2003.
- Wenzel, Mario: Die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände. Ein Überblick, in: Wolfgang Benz (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, 19-39.
- Wildt, Michael: Gewalt als Partizipation. Der Nationalsozialismus als Ermächtigungsregime, in: Alf Lüdtke, Michael Wildt (Hg.): Staats-Gewalt: Ausnahmezustand und Sicherheitsregimes. Historische Perspektiven, Göttingen 2008, S. 215-240.
- Ders.: Das Ich und das Wir. Subjekt und Gesellschaft und ‚Volksgemeinschaft‘ im Nationalsozialismus, in: Der Ort der Volksgemeinschaft in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, in: Habbo Knoch, Hans-Werner Niemann, Jochen Oltmer, Dietmar von Reeken, Detlef Schmiechen-Ackermann, Karl-Heinz Schneider (Hrsg.): Nationalsozialistische Volksgemeinschaft, Bd. 7, Paderborn 2008, S. 37-50.

Ders.: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919-1939, Hamburg 2007.

Ders.: „Wir wollen in unserer Stadt keine Juden sehen“. Antisemitismus und Volksgemeinschaft in der deutschen Provinz, in: Mittelweg 36, Heft 5 (2004), S. 83-102.

Wirsching, Andreas (Hg.): Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte 9), Göttingen 2009.

Ders.: Die deutsche „Mehrheitsgesellschaft“ und die Etablierung des NS-Regimes im Jahre 1933, in: Wirsching, Andreas (Hg.): Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte 9), Göttingen 2009, S. 9-30.

Ders.: Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2000.

Zimmermann, Nicolai: Was geschah mit den Juden in Deutschland zwischen 1933 und 1945? Eine Dokumentation des Bundesarchivs, ZfG 64 (2016), S. 1045-1059.

Lexikonartikel

Alicke, Klaus-Dieter: Lexikon der jüdischen Gemeinden im deutschen Sprachraum, Bd. 1 Aach-Groß Biberau, Gütersloh 2008, S. 23-146.

Benz, Wolfgang (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3: „Wucherjude“, Berlin/New York 2010, S. 348-349.

Bergmann, Werner: Vorurteile, in: Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3, Berlin/New York 2010, S. 343-346.

Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 2, Stuttgart 1975.

- Hördel, Stefan: Sturmabteilung der NSDAP, Handbuch des Antisemitismus, in:
Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3, Berlin/New York 2010, S.
587-591.
- Kreutzmüller, Christoph: Wirtschaftsantisemitismus, in: Wolfgang Benz (Hg.):
Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart,
Bd. 3, Berlin/New York 2010, S. 347-348.
- Sass von, Hartmut: Ernst Fuchs, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon
(Band 33), Nordhausen 2012, S. 492–500.
- Schmitz-Bernig, Cornelia: Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin/New York 1998.
- Töllner, Axel: Arierparagraph, in: Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch des Antisemitismus.
Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3, Berlin/New York 2010, S.
28-30.
- Wyrwa, Ulrich: Moderner Antisemitismus, in: Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch des
Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3,
Berlin/New York 2010, S. 209-213.

Internetadressen

- Benz, Wolfgang: Antisemitismus und Antisemitismusforschung,
<https://docupedia.de/zg/Antisemitismus>, gesehen am 14.3.2016.
- Bleek, Wilhelm: Paul Kahle (1875-1964), Ordinarius für orientalische Philologie,
[http://www.rheinische-
geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/K/Seiten/PaulKahle.aspx](http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/K/Seiten/PaulKahle.aspx), gesehen am
13.2.2017.
- Bopf, Britta: „Arisierung“ in Köln, [http://www.rheinische-
geschichte.lvr.de/themen/Das%20Rheinland%20im%2020.%20Jahrhundert/Sei-
ten/ArisierunginK%C3%B6ln.aspx?print=true](http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/themen/Das%20Rheinland%20im%2020.%20Jahrhundert/Seiten/ArisierunginK%C3%B6ln.aspx?print=true), gesehen am 23.2.2017.
- Bothien, Horst-Pierre: „Die getauften Meyers“. Otto Meyer und die „Bonner
Fahnenfabrik“ im Nationalsozialismus, [http://www.bonner-
geschichtswerkstatt.de/index.php/miszellen/60-qdie-getauften-meyersq](http://www.bonner-geschichtswerkstatt.de/index.php/miszellen/60-qdie-getauften-meyersq),
gesehen am 19.12.2016.

Bundesarchiv: Die Abschiebung polnischer Juden aus dem Deutschen Reich 1938/1939 und ihre Überlieferung,
<https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/zwangsausweisung.html.de?page=3>.

Bussemer, Thymian: Propaganda. Theoretisches Konzept und geschichtliche Bedeutung, <https://docupedia.de/zg/Propaganda>, gesehen am 23.5.2016.

Kreutzmüller, Christoph: Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit im Nationalsozialismus. Abläufe, Blickwinkel und Begrifflichkeiten,
<https://docupedia.de/zg/Arisierung>, gesehen am 23.2.2017.

Mehmel, Astrid: Alfred Philippson (1864-1953), Geograph, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/P/Seiten/AlfredPhilippson.aspx>, gesehen am 17.11.2014.

Mertens, Annette: Klostersturm im Rheinland 1940–1942, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/themen/Das%20Rheinland%20im%2020.%20Jahrhundert/Seiten/KlostersturmimRheinland1940%E2%80%931942.aspx?print=true>, gesehen am 10.10.2016.

Dies.: Widerstand gegen das NS-Regime? Katholische Kirche und Katholiken im Rheinland 1933-1945, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/themen/Das%20Rheinland%20im%2020.%20Jahrhundert/Seiten/KatholischeKircheundKatholikenimRheinland1933%E2%88%921945.aspx>, gesehen am 25.5.2017.

Mommsen, Hans: Forschungskontroversen zum Nationalsozialismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2007 H. 14-15, S. 7-21, <https://www.bpb.de/apuz/30541/forschungskontroversen-zum-nationalsozialismus> (16.5.2019).

Nietzel, Benno: Wiedergutmachung für historisches Unrecht, dort datiert 27.08.2013, https://www.docupedia.de/images/0/03/Wiedergutmachung_fuer_historisches_Unrecht.pdf, gesehen am 5.2.2014.

- Nolzen, Armin: Arbeit an Begriffen, zum sechsten: „Volksgemeinschaft“, <https://arminnolzen.wordpress.com/2015/07/12/arbeit-an-begriffen-zum-sechsten-volksgemeinschaft/>, gesehen am 2.10.2016.
- Ders.: Die NSDAP in der Rheinprovinz nach 1933, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/themen/Das%20Rheinland%20im%2020.%20Jahrhundert/Seiten/DieNSDAPinderRheinprovinznach1933.aspx>, gesehen am 21.1.2015.
- Ders.: Vergleichende Faschismusforschung und „Volksgemeinschaft“. Über die Notwendigkeit einer operativen Semantik, <https://arminnolzen.files.wordpress.com/2014/10/stellungnahmepodiumsdiskussionmc3bcnchen.pdf>, gesehen am 3.8.2016.
- NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln: Lager der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen und der KZ-Häftlinge in Köln, <http://www.museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/default.aspx?s=1228&id=33&stt=K%c3%b6ln-M%c3%bcngersdorf>, gesehen am 2.5.2017.
- Rönz, Andrea: Regierungsbezirk Köln, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/orte/ab1815/Regierungsbezirke/Seiten/RegierungsbezirkK%c3%b6ln.aspx>, gesehen am 26.2.2013.
- Schloßmacher, Norbert: Bonn (kreisfreie Stadt), http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/orte/ab1815/Kreisfreie_Staedte/Seiten/Bonn.aspx, gesehen am 1.7.2014.
- Schmidt, Helmut: Wir dachten nur: Endlich ist es vorbei, dort datiert 05.06.2015, <http://www.zeit.de/2015/18/helmut-schmidt-erinnerungen-zweiter-weltkrieg/komplettansicht>, gesehen am 21.11.2016.
- Schwarz, Meier/Lange, Karin: Die „Kristallnacht“-Lüge, <http://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/die-kristallnacht-luege/>, gesehen am 16.2.2017.
- Stang, Erhard: „Ihr weiterer Aufenthalt im Reichsgebiet ist unerwünscht.“ Schicksale Beueler Juden und Jüdinnen, <http://www.bonner->

geschichtswerkstatt.de/index.php/projekte/beuel-76/68-schicksale-beueler-juden-und-juedinnen, gesehen am 1.5.2016.

Tagungsbericht: HT 2008: Ungleichheiten in der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“, 30.09.2008 – 03.10.2008, dort datiert 24.10.2008, <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-2305>, gesehen am 5.10.2012.

Tagungsbericht: German Society in the Nazi Era. „Volksgemeinschaft“ between Ideological Projection and Social Practice, 25.03.2010-27.03.2010 London, dort datiert 25.11.2016, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-3121. Tagungsbericht: Lebenswelt Ghetto des Historischen Seminars der Universität Hamburg, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2855&view=print>, gesehen am 15.7.2010.

Tagungsbericht: Praxistheoretische Ansätze in der Geschichtswissenschaft. Chancen und Grenzen. 25.02.2005-26.02.2005, dort datiert 04.04.2005, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=748>, gesehen am 3.1.2012.

Thomann, Björn: Robert Ley (1890-1945), NS-Reichsführer der DAF, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/L/Seiten/RobertLey.aspx>, gesehen am 1.7.2014.

Walraff, Horst: Gau Köln-Aachen, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/orte/ab1815/Nationalsozialistische%20Gaue/Seiten/GauK%C3%B6ln-Aachen.aspx>, gesehen am 8.11.2014.

Ders.: Josef Grohé (1902-1987), Gauleiter der NSDAP, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/G/Seiten/JosefGroh%C3%A9.aspx>, gesehen am 23.7.2014.

Weiß, Lothar: Die rheinischen Großstädte während der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 (Teil I – Rahmenbedingungen und Ausgangslage vor der Krise), [http://www.rheinische-](http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/orte/ab1815/Nationalsozialistische%20Gaue/Seiten/GauK%C3%B6ln-Aachen.aspx)

geschichte.lvr.de/themen/Das%20Rheinland%20im%2020.%20Jahrhundert/Seiten/WeltwirtschaftskriseRahmenbedingungen.aspx, gesehen am 2.1.2014.

Ders.: Die rheinischen Großstädte während der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 (Teil II – Verlauf der Weltwirtschaftskrise), <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/themen/Das%20Rheinland%20im%2020.%20Jahrhundert/Seiten/WeltwirtschaftskriseVerlauf.aspx>, gesehen am 2.1.2014.

Wildt, Michael: Rezension zu: Dörner, Bernward: Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte. Berlin 2007 / Bajohr, Frank; Pohl, Dieter: Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten. München 2006 / Longerich, Peter: „Davon haben wir nichts gewußt!“. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945. Berlin 2006, dort datiert 03.12.2008, www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-9771, gesehen am 17.8.2010.

Ders.: „Volksgemeinschaft“. Eine Antwort auf Ian Kershaw, Nr. 8, dort datiert 2011, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Wildt-1-2011>, gesehen am 23.4.2013.